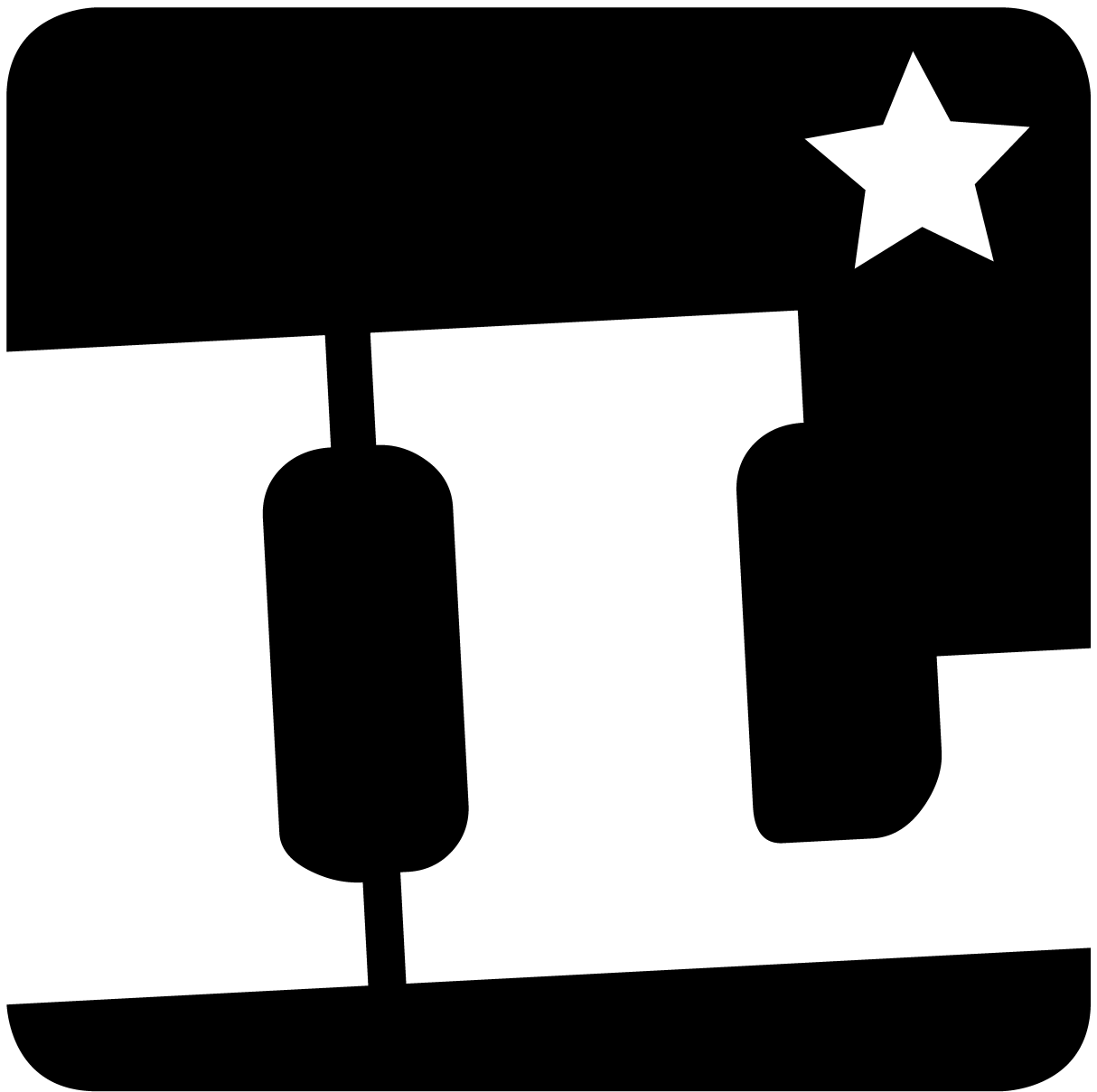


**Reader zur  
Strategiekonferenz  
der Interventionistischen  
Linken | April 2016**



**Reader zur Strategiekonferenz  
der Interventionistischen Linken  
im April 2016**

**Impressum**

Interventionistische Linke  
c/o Libertad!  
Gneisenaustraße 2a  
10961 Berlin

[kontakt@interventionistische-linke.de](mailto:kontakt@interventionistische-linke.de)  
[www.interventionistische-linke.de](http://www.interventionistische-linke.de)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Call for Papers zu Plan A, B oder C ...</b>	<b>2</b>
<b>PLAN A, B, C</b>	
<b>Nach Athen, im Kampf um die Grenzen, nach Paris, von unterwegs</b> Von Thomas Seibert, Dezember 2015	<b>4</b>
<b>Über Willkommens-Inis, vergessene OXIs und diffuse Drittel</b> Von der IL Münster	<b>15</b>
<b>Das strategische Dilemma der Linken des 21. Jahrhunderts</b> Von DGS	<b>19</b>
<b>Zeit für Plan C</b> Von Jan Schlemmermeyer	<b>23</b>
<b>Der demokratische Aufstand</b> Von Sandro Mezzadra und Mario Neumann, März 2016	<b>29</b>
<b>Von Zombies und Monstern</b> Von Kalle_fx, IL Berlin	<b>36</b>
<b>ANSTÖSSE UND EINSCHÄTZUNGEN</b>	
<b>„Wir bekräftigen, dass die Machtfrage nicht umgangen werden kann“</b> Von Diktyo – Netzwerk für Politische und Soziale Rechte	<b>41</b>
<b>Reflections on current struggles and practices</b> Von Allt åt alla, Sweden	<b>45</b>
<b>Vier Thesen zur aktuellen Debatte über die Re-Organisierung der Linken in Österreich</b> Von Pyrx	<b>48</b>
<b>Alles hat seine Zeit</b> Von Libertad!	<b>51</b>
<b>Zwei Stichpunkte, die mir für eine linke Perspektive von Bedeutung sind</b> Von Peter Nowak	<b>56</b>
<b>BINNENPERSPEKTIVEN</b>	
<b>Überlegungen zum Internationalismus</b> Von der IL Münster	<b>58</b>
<b>Thesen für eine populäre Strategie der Linken</b> Von Hendrik Sander und Jonas Baliani, Februar 2016	<b>60</b>
<b>Der Aufbau linker Gegenmacht braucht eine strategische Orientierung auf Alltagskämpfe</b> Von Sanna und Sebbo, IL Berlin	<b>71</b>
<b>„... vom Verlangen nach einem glücklicheren Leben motiviert“</b> Von Marta, IL Berlin	<b>76</b>
<b>... zum gemeinsamen Ausbrechen aus dem Käfig in uns drin</b> bassrandale, IL Berlin	<b>80</b>
<b>Selbstverständnis Queer-Feminismus in der IL 2016</b> Von IL Münster und Leipzig	<b>86</b>
<b>Let's Open Up. No Fear</b> Von step (organisiert in der IL Hamburg), März 2016	<b>91</b>

# Call for Papers zu Plan A, B oder C ...

Schon im dritten Jahr hintereinander überstürzen sich die Dinge wie zuletzt wohl nur 1989, und uns bleibt wenig übrig, als dem Prozess so gut es eben geht zu folgen. Auch wenn der unabsehbare Fortgang der Krise und die leider absehbare Eskalation uns weiterhin nötigen, zunächst auf kurze Sicht zu entscheiden und zu handeln, liegt die Unumgänglichkeit einer auf längere Frist abzielenden strategischen Besinnung auf der Hand. Dabei geht es um unsere eigenen Möglichkeiten und um die weitere Ausrichtung unseres Organisationsprozesses. Es geht aber auch um die Perspektiven der weiteren Linken.

Diesem Ziel dient die kommende Strategiekonferenz, die wir deshalb auch nicht nur für uns veranstalten. Ihr Gelingen wird nicht nur an ihrem Verlauf, sondern auch an dem hängen, was wir schon im Vorfeld sagen – und zuschreiben werden. Deshalb dieser Call for Papers. Wir suchen erste Antworten auf diese (und andere) Fragen:

– Was bleibt von der globalen Welle der Platzbesetzungen, in denen der arabische Frühling zu mehr als nur einem regionalen Ereignis wurde? Was lehrt uns sein Scheitern? Was zum Beispiel lehrt uns der Umschlag der Besetzung des Maidan in eine vertiefte innerimperiale Krise ohne emanzipatorische Tendenz. Eine Krise von selbst wieder globalem Ausmaß, die Hölle Syriens und das Wagnis Rojava einschließend?

– Was lehrt uns die Eskalation von Terror und Anti-Terror? Was der Umstand, dass die fundamentalistische Gewalt heute keine Sache ferner Länder, sondern der Ränder unserer eigenen Städte ist, getragen auch von Subjekten aus „unserer“ Mitte? Was, andersherum gedacht, haben wir vom immer deutlicher hervortretenden Modell autoritär gewordener neoliberaler Postpolitik zu halten – von einem Regime, dass nicht einmal mehr „Sicherheit“ zu garantieren vermag und den Ausnahmezustand deshalb im Verfassungsrang festschreibt?

– Was (größte Frage vielleicht von allen) ist eigentlich unser Verhältnis zur Ankunft des globalen Südens inmitten des globalen Nordens? Wie stellen wir uns dem rassistischen Mob entgegen, wie der extremistischen Mitte? Und wie zur Bewegung des Willkommens, deren Größe, Durchhaltevermögen und Autonomie auch uns überrascht hat?

– Wie schätzen wir die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und ihr Spiel von

wechselnden Mehr- und Minderheiten, von Dritteln und Zwiedritteln eigentlich ein? Wie die mit ihm gesetzten Gefahren – und die von ihm eröffneten Chancen? Was eigentlich sagen wir heute zum griechischen Aufbruch und seinem jähen Abbruch – der vielleicht nur eine Unterbrechung gewesen sein wird? Wie denken wir über die Modelle, die uns Syriza, Podemos, die Bewegungswahllisten der spanischen Städte, die portugiesische Koalition, die Erneuerung der Labour Party bereitstellen? Sind das für uns „Modelle“, d. h. etwas, das uns zum Anhalt werden kann, um „es“ selbst noch einmal anderes zu machen? Wie halten wirs dabei mit der Regierungs-, gar mit der Machtfrage, auch mit der Frage nach einem „anderen“ Regieren?

– Wie halten wirs eigentlich – mit der „Demokratiefrage“: Gesetz immerhin, dass sie von nahezu allen sozialen und politischen Kämpfen seit 1989 als ihre erste und wichtigste Frage gefragt wurde und wird? Was ist uns Postdemokratie, was *democracia real ya*, und was hat das mit welchem Sozialismus, welchem Kommunismus zu tun? Mit dem Verhältnis von Partei und Bewegung, Institution und Ereignis?

– Wie glauben wir, stellen sich uns alle diese Fragen, wenn es in diesem, im nächsten, vielleicht erst im übernächsten Jahr zu einer Eskalation auch der ökonomischen Krise kommt? Was bleibt dann von uns und was werden wir dann sein und werden? Politisch, aber auch ganz „privat“, jede für sich? Was bleibt dann von uns und was werden wir dann in welchem Kapitalismus sein?

– Wer, so ist bei all' dem immer mitzufragen, sind wir als Linke denn eigentlich, als Linke des 21. und zugleich noch immer als Linke des 20. Jahrhunderts? Was bedeutet uns „1989“ – und was „1968“, die beiden Wendemarken zwischen Alter und Neuer Linke? Sind sie uns Wendemarken? Was eigentlich ist aus unserem Versprechen geworden, *race*, *class* und *gender* endlich wirklich Drei-zu-eins zu nehmen, marxistisch und/oder postmarxistisch, fordistisch und/oder postfordistisch, modern und/oder postmodern? Als Linke noch immer einer Klasse oder eines Klassenbündnisses, als Linke gegen alle Klassen, als Linke des Städtischen, als Linke des Cyberuniversums, als Linke in der und gegen die imperiale Lebensweise, die auch unsere ist? Als Linke, verdammt und vielleicht, auf verlorenem Posten?

# PLAN A, B, C

**Nach Athen, im Kampf um die Grenzen,  
nach Paris, von unterwegs**

Von Thomas Seibert, Dezember 2015

**Über Willkommens-Inis, vergessene OXIs und diffuse Drittel**

Von der IL Münster

**Das strategische Dilemma der Linken des 21. Jahrhunderts**

Von DGS

**Zeit für Plan C**

Von Jan Schlemermeyer, August 2015

**Der demokratische Aufstand**

Von Sandro Mezzadra und Mario Neumann, März 2016

**Von Zombies und Monstern**

Von Kalle\_fx, IL Berlin

# Nach Athen, im Kampf um die Grenzen, nach Paris, von unterwegs

Erste Notizen zum Plan A einer neuen Linken (nicht nur) in Deutschland

Von Thomas Seibert, Dezember 2015

Im ebenso hitzigen wie kurzen Streit um die Kapitulation Syrizas vor dem Staatsstreich der EU beriefen sich viele auf den „Plan B“, den die griechische Linksregierung hätte ausspielen sollen. Syriza habe sich der Konfrontation viel zu naiv gestellt und sich deshalb nicht auf den unumgänglichen Austritt aus der EU vorbereitet. Übersprungen wurde dabei die gerade im Plebiszit des „OXI“ verdichtete, in sich zweideutige Position der Mehrheit der Syriza-Unterstützer\*innen. In der verband sich die entschiedene Zurückweisung des Troika-Memorandums mit dem nicht minder entschiedenen Willen zum Verbleib in der EU: aus Gründen, die zu klären von entscheidender Bedeutung sein wird. Übersprungen wurde dabei natürlich auch die doch erhebliche Anzahl der Griech\*innen, die nicht mit „OXI“ gestimmt haben und insofern einen „Grexit“ entschieden abgelehnt hätten – ein Votum, dass Syriza zur Kenntnis nehmen musste. Andere Stimmen hielten dem deshalb entgegen, dass den griechischen Genoss\*innen und uns allen stattdessen ein „Plan A“ gefehlt hat, der kein griechischer, sondern ein europäischer Plan hätte sein müssen. Ihm wäre es darum gegangen, sich der Berliner und Brüsseler Machtpolitik nicht bloß in Athen, sondern auch auf deren eigenem Feld entgegen zu stellen: zuerst und vor allem in Deutschland und den anderen Dominanzstaaten der EU. (1) Erst ein relevanter Widerstand im Herzen der Bestie hätte der Idee Syrizas zum Durchbruch verhelfen können, die ökonomisch-politische Krise Griechenlands erst einmal zur Krise der ganzen EU zu machen. Weil es diesen Widerstand, diese praktische Solidarität nur in ersten Ansätzen (etwa dem des Blockupy-Bündnisses) gab, ging der Kampf Syrizas (vorerst) verloren. Will die Linke diese bittere Einsicht strategisch wenden, muss sie den angesichts der Globalisierung des Kapitals längst fälligen Übergang zu einer transnationalen Politik weiter forcieren. Aus der Vielzahl der dabei anzugehenden Probleme seien zwei gleich an dieser Stelle genannt. Das erste liegt darin, sich strategisch trotz einer sich im Wochen- und Monats-

Rhythmus überschlagenden Krisendynamik auf einen mehrjährigen Prozess einlassen zu müssen, um sich wenigstens perspektivisch aus der Defensive zu befreien. Das zweite Problem liegt darin, dass der Übergang zu einer transnationalen Politik zunächst auf nationaler und lokaler Ebene und darum in jeweils unterschiedlicher Weise angegangen werden muss. Deshalb kehren die folgenden Notizen immer wieder auf die deutschen Verhältnisse zurück.

## Was nicht war, muss jetzt werden

Der Plan A ist zwischenzeitlich immer dringlicher geworden. Denn schon während des Scheiterns des griechischen Aufbruchs verlagerte sich der Fokus der politischen Auseinandersetzung auf die Erschütterung des EU-Machtgefüges durch die Bewegung der Geflüchteten. Hatten sich von Jahresbeginn 2015 bis zum September immerhin bereits 700.000 Menschen den Zugang nach Europa erstritten, kamen allein in den sechs folgenden Wochen über 400.000 weitere hinzu. Sie hebelten so das Dublin-Regime von unten aus – Tendenz bis heute ungebrochen. Nachdem Bundeskanzlerin Merkel den Geflüchteten (wohl im Vollzug eines politischen Lapsus) wenigstens die deutschen Grenzen öffnete, formierte sich, was seither „Willkommensbewegung“ genannt wird: eine Masseninitiative spontaner Solidarität, die Neuankömmlingen die Gastfreundschaft anbietet, zu der der neoliberal umgerüstete Staat weder willens noch in der Lage ist. Ebenso schnell formierte sich allerdings eine zweite Antwort, zu der sich ein brandschatzender rassistischer Mob mit der Pegida-Bewegung und maßgeblichen Teilen der politischen und medialen Eliten zusammenfand. Mit Unterstützung der Sozialdemokratie und der Zustimmung von Landesregierungen unter grüner Beteiligung wurde das sowieso schon zerschundene Asylrecht weiter ausgehöhlt. Den Gipfel der Infamie wie der unverhohlenen Gewaltbereitschaft markieren die Charaktermasken des Unheils, für die sogar Afghanistan ein „sicheres Herkunftsland“ ist.

In diese Situation intervenierte schließlich ein zum „Islamischen Staat“ (IS) gerechnetes Kommando junger Dschihadist\*innen französischer und belgischer Herkunft und ermordete am 13. November in Paris an acht verschiedenen Orten brutal 130 Menschen. Die längst im freien Fall in die Abwahl befindliche Regierung Hollande nutzte das Gemetzel und warf sich nach Verhängung eines dreimonatigen Ausnahmezustands zur Kriegsherr\*in eines intensivierten „Krieges gegen den Terror“ auf, dessen Preis mit dem Kollateraltod Hunderter, wenn nicht Tausender Zivilist\*innen und einer Eskalation der militärischen Auseinandersetzung bezahlt werden wird. Die damit noch einmal beschleunigte Krisendynamik wird sich weiter überstürzen, wenn es (was eher naheliegend als unwahrscheinlich ist) zu neuen Anschlägen in Europas Metropolen kommt; auch hier gilt es, in einer mehrjährigen Frist zu denken.

Im Übergang zum anti-terroristischen Ausnahmezustand können sich die Führungsstäbe der EU auf Klassenübergreifende Zweidrittelmehrheiten stützen. Das war schon in der Niederzwingung der Syriza-Regierung und bei der Schleifung des Asylrechts der Fall und ist, von links betrachtet, das kardinale Problem. Kardinal (also grundlegend und vor allem: ausschlaggebend) ist dieses Problem, weil es sich gleich drei Faktoren verdankt. Der erste liegt in der systematischen Entpolitisierung nicht nur der europäischen, sondern der Weltverhältnisse nach dem Zusammenbruch sämtlicher Sozialismen des 20. Jahrhunderts. Der zweite liegt im seither ungebrochenen Ausgriff des Kapitals eben nicht mehr nur auf die Arbeit, sondern auf das Ganze des Lebens und der Welt. Verstärkt werden beide Faktoren drittens durch die Rückschläge der düsteren Zukunftsperspektiven dieses Kapitalismus in die Subjektivität der Unterworfenen. In unseren Gesellschaften führt das zu der sich selbst als „realistisch“ verstehenden, wenn auch latent verzweifelten Zustimmung der Meisten zu einem Krisen- und Kriegsregime, dessen letztes Versprechen die Sicherung „unserer“ Grenzen zu den ringsum näher rückenden Zusammenbruchs- und Verwüstungsregionen ist. Die systematische Entpolitisierung durch einen alternativlos gewordenen Kapitalismus und der Überlebensrealismus der Mehrheitsgesellschaft begründen die Metastabilität der neoliberalen Un-Ordnung: den Umstand, dass sie sich nicht trotz, sondern gerade durch ihre zunehmende Instabilität erhält. Sie begründen damit aber auch, worum es im Plan A gehen wird: Er wird

der Plan sein, auf den sich zunächst einmal die Minderheiten einigen, die sich dem neoliberalen Konsens verweigern. Das ist nicht viel, aber auch nicht nichts.

### **Das andere Drittel**

Wo also bleibt das Positive? Von links kann diese Frage nur im Verweis auf das ereignisoffene Potenzial sozialer Kämpfe beantwortet werden, das heute in den vielstimmigen Widerständen gegen kapitalistische Globalisierung liegt. Kann deren erster Zyklus auf die Demonstration von Seattle 1999 datiert werden, beginnt ihr zweiter Zyklus 2010 im arabischen Frühling und den „Occupy“-Bewegungen. Das Potenzial dieses heute noch fortdauernden Zyklus liegt weniger in dem, was er lokal zu erreichen vermochte, im Gegenteil: Die meisten dieser Kämpfe gingen verloren, manche – Libyen, Syrien – in wortwörtlich katastrophaler Weise. Bemerkenswert aber bleibt der Umstand, dass die politische Form der mehr oder minder spontanen, massenhaften Platzbesetzung binnen zwei, drei Jahren weltweit aufgegriffen und von ganz unterschiedlichen Subjekten politisiert wurde. Das ist nicht zuletzt deshalb von strategischer Bedeutung, als das neoliberale „Ende der Geschichte“ die Form des massenhaften spontanen Aufstands definitiv der abgeschlossenen Vergangenheit zuweisen wollte: ein fundamentaler Irrtum, wie wir heute wissen. Zwar schwächt sich der Zyklus selbst seit 2013 ab, doch hat er noch im Abschwung zu signifikanten Wahlerfolgen neuer oder transformierter linker Parteien in gleich mehreren Ländern auch der EU geführt: Syriza selbst war dafür ja nur das bislang erfolgreichste Beispiel. Ähnliche Entwicklungen bahnen sich in Spanien, Portugal, Irland, Schottland, vielleicht in ganz Großbritannien an.

Für einen Plan A ist dabei von entscheidender Bedeutung, dass das auch und gerade für die deutschen Verhältnisse gelten könnte, an deren Metastabilität die innere Machtkonstellation der EU hängt. Obwohl an der Zweidrittelmehrheit der Großen Koalition kein Weg vorbeiführt, bleibt doch strategisch anzuerkennen, dass sich das dritte Drittel dieser Gesellschaft abseits hält. Dabei beziehe ich mich nur zum Teil auf die drastisch zunehmende Zahl derer, die sich durch Stimmenthaltung verweigern: Mit ihnen wäre das Lager des Nein zwar noch einmal größer, doch tendieren viele „Politikverdrossene“ eher nach rechts als nach links. Vielmehr meine ich die hochgeschätzt 30 Prozent, niedrig geschätzt an die 20 Prozent derer, die sich bei ver-

schiedenen Anlässen ausdrücklich links der Zweidrittelgesellschaft positioniert haben und dies auch heute noch tun.

Will man dieses Drittel zunächst einmal in der Zahl plausibel machen, wäre an das Jahr 2010 zu erinnern. Damals lag eine Ablösung der christliberalen durch eine rot-grün-rote Koalition mit einer prognostizierten Fifty-fifty-Aufteilung der Wähler\*innenstimmen vorübergehend in der Luft. Natürlich heißt das nicht, dass die Hälfte der deutschen Gesellschaft zu einer Linkswende bereit gewesen wäre: Erstens wäre eine rot-grün-rote Koalition trotz Beteiligung der LINKEN keine Linksinregierung gewesen, und zweitens war der Anteil derer, die ebenso gut für Rot-schwarz oder Schwarz-grün votiert hätten, schon damals nicht zu unterschätzen. Und dennoch: Zieht man letztere großzügig von der Gesamtstimmzahl der rot-grün-roten Parteien ab, gerät genau das dissidente Drittel in den Blick, von dem im Folgenden die Rede ist. Dieses Milieu, halten wir das als erstes fest, ist deutlich größer als die organisierte oder aktivistische Linke.

Dabei macht sich dieses Drittel nicht nur passiv-elektoral bei Umfragen oder Wahlen bemerkbar, sondern hat sich während der Griechenland-Krise und aktuell in der völlig unerwarteten Willkommensbewegung auch aktiv zu Wort gemeldet. Dazu gehört, dass die oft spontanen Anti-Pegida-Demonstrationen in der Regel deutlich stärker sind als die rechten Zusammenrottungen, denen sie sich in den Weg stellen. Allerdings ist genau an dieser Stelle bereits der wichtigste Vorbehalt zu nennen: Es fehlt diesem Drittel offensichtlich eine gemeinsame Stimme, d. h. die politische Artikulation, mit der es zum „Lager“ oder zum „Block“ einer Gegenmacht würde. Anders gesagt: Das dissidente Drittel dieser Gesellschaft ist in sich und in seinen Verbindungen zu anderen Milieus diffus, seine Zusammensetzung wechselt je nach Anlass, es verfügt über keine gemeinsamen Orte, keine gemeinsame Agenda, keinen gemeinsamen strategischen Entwurf. Es ist also, auf den Punkt gebracht, weit entfernt davon, ein politisches Subjekt zu sein. Und trotzdem: Nimmt man zur Kenntnis, was die Willkommensbewegung aus dem Stand zu tun in der Lage war und ist, wird ein gesellschaftliches Potenzial sichtbar, das auszuloten bleibt.

Das bestätigt sich in der Zusammensetzung des Milieus, das wenigstens zur Hälfte in den Mittelklassen situiert ist. Von Bedeutung ist das insoweit, als seine Protagonist\*innen deshalb

gar nicht unmittelbar zur Parteinahme gedrängt werden, sondern eher aus einem moralischen, wenn nicht aus einem explizit politischen Impuls heraus handeln. Im Vorgriff auf mein erst noch einzuführendes Hauptargument gesprochen: Gerade weil sie nicht aus materiellem Eigeninteresse Partei ergreifen, haben sie offensichtlich eine Idee von dem, was sie tun oder tun wollen. Interessanterweise gilt das auch für diejenigen, die aus weniger gut abgesicherten Positionen kommen: in der Willkommensbewegung prominent von Leuten migrantischen Hintergrunds. Es gilt natürlich auch von den Linken, die für die Solidaritätsarbeit an der Seite der Geflüchteten spontan aus ihren Routinen ausgestiegen sind. Strategisch gefasst heißt das nicht weniger, als das wir von (und mit) Leuten sprechen, deren gesellschaftliche Bedeutung auf gar keinen Fall unterschätzt werden darf. Finden sie eine gemeinsame politische Artikulation, dann wird in den herrschenden Verhältnissen absehbar mehr nach links rücken als nur dieses Drittel. Wenn es einen Plan A geben wird, dann hängt er maßgeblich an diesem, seinem subjektiven Faktor.

### **Erste Auslotung eines Versprechens**

Sehen wir deshalb genauer hin: Das schon zur Griechenland-Krise vernehmbare und in seinem Verhältnis zur Bewegung der Geflüchteten noch deutlicher hör- und sichtbar gewordene dissidente Drittel ist nicht „links“ im Sinn einer aktiven Zustimmung zu den theoretischen Kategorien, den strategischen Hypothesen und der überlieferten Programmatik der traditionellen Linken, weder der moderaten noch der radikalen. Schärfen wir noch: Die Organisationen und Diskurse, die Rhetorik und das Auftreten von Linken sind für dieses Drittel kein wirklich attraktiver Bezugspunkt. Dem widerspricht nicht, dass gar nicht so wenige selbst aus dieser Linken stammen und ihr im Wahlverhalten oder sonst wie aus der Ferne verbunden geblieben sind. Kennlich würde die Distanz, fragte man sie, ob sie der Linken die Fähigkeit zu einer relevanten Veränderung der bestehenden Verhältnisse zutrauen: Das tun sie nicht, so wenig übrigens wie die meisten Linken. Damit konkretisiert sich eine nächste Bestimmung der möglichen politischen Artikulation des Drittels: Findet die dissidente Minderheit dieser Gesellschaft eine gemeinsame Stimme, dann wird das zwar eine linke Artikulation, aber keine Artikulation (nur) von Linken sein.

Sie wird links sein, weil sie die Griechenland-



Krise, die von den Geflüchteten geschaffene Krise und die vom – wie am – islamistischen Terror exekutierte Krise als ebenso viele Krisen des Sozialen und damit „irgendwie“ des Kapitalismus erfährt. Dem entspricht dann, dass sie mögliche Lösungen dieser Krisen in der Lösung sozialer Fragen sucht – man kann an dieser Stelle nicht nur auf die 250.000 Teilnehmer\*innen der Berliner Anti-TTIP-Demonstration, sondern auch auf die 3,3 Millionen Unterschriften verweisen, die binnen eines Jahres europaweit gegen das Abkommen gesammelt wurden.

Nur eine Minderheit dieser Minderheit aber würde die Lösung der sozialen Fragen heute noch in der Klassenfrage suchen. Nicht, dass der Klassencharakter der bestehenden Verhältnisse verkannt oder übergangen würde – dass wir in Klassenverhältnissen leben, ist ja mitgemeint, wenn der Grund aller Krisen im Kapitalismus ausgemacht wird. Würde man aber sagen, dass deren Lösung an der Arbeiter\*innenklasse hängt, könnte man kaum auf Zustimmung rechnen. Das bestätigte sich, würde man dem die These unterlegen, dass die Arbeiter\*innenklasse ein objektives Interesse an der eigenen und darin der Emanzipation aller habe, das sich subjektiv-praktisch in der Macht bewähre, alle Räder zum Stillstand zu bringen: Fände man überhaupt Zuhörer\*innen, schlug e einem bestenfalls milde Ironie entgegen. Im Vorausblick auf einen Plan A darf dieser „Abschied vom Proletariat“ (Gorz) nicht mehr als Schwäche, sondern muss als erfahrungsgesättigte Stärke gewertet werden. Sie ist das, was das dissidente Drittel nicht wenigen bekennenden Linken voraushat.

Dazu gehört, dass die sozialen Fragen in einem radikalen, hier noch zu klärenden Sinn als Demokratiefragen, d. h. als politische Fragen im eminenten Sinn des Worts gestellt werden. Dass darin ein kategorial wie im Konkreten entscheidender Fortschritt liegt, wird in den ökologischen Krisen zum Tragen kommen: Sie sind heute einerseits das Ferment aller anderen Krisen und sind andererseits Krisen, die nur gelöst werden können, wenn ihr universeller, jede und jeden Einzelnen von uns betreffender Charakter begriffen wird. Dem Verweis auf die TTIP-Demonstration entspricht hier ein Verweis auf den Leipziger Postwachstumskongress, zu dem im September 2014 3000 Teilnehmer\*innen zusammenkamen. Weil die meisten von ihnen heute schon der Einsicht folgen, dass die Ökologie nicht partikular, sondern nur im (politisch erst zu schaffenden) „Gattungsinteresse“ politisiert werden kann,

könnte ihnen in einer neuen Linken eine maßgebliche Rolle zukommen.

Mit der Orientierung an der Demokratiefrage steht das dissidente Drittel in der Perspektive der sozialen Kämpfe der letzten drei Jahrzehnte, die sich meist als Demokratiekämpfe, als Kämpfe um „wirkliche“, „echte“ oder „wahre“ Demokratie (*democracia real ya!*) verstanden haben. Wem das spanisch vorkommt, der trifft ins Schwarze: offen ausgesprochen und massenwirksam zur Losung erhoben wurde dieser Punkt zuletzt in den spanischen Platzbesetzungen und in der anfänglichen Zurückweisung nahezu sämtlicher linker Organisationen durch die Aktivist\*innen der M15-Bewegung. Dass die Selbstverortung „jenseits der Rechten und der Linken“ nicht unproblematisch ist, hat sich dann allerdings am Verhältnis zwischen der traditionslinken Izquierda Unida (IU) und der nicht-linken/nicht-rechten Podemos gezeigt: Zum Nachteil beider Seiten wurde dieses Verhältnis erst von der IU, dann von der Podemos-Führung zerrüttet. (2) Dennoch kommt der spanischen Entwicklung vielleicht eine beispielhafte Rolle für mögliche deutsche Entwicklungen zu, besonders dann, wenn man dazu einen Seitenblick auf die jüngsten politischen Wendungen in Portugal wirft.

### **Wahre Demokratie**

Historisch gesehen hat sich der Primat der Demokratiefrage zuerst in den Massenbewegungen manifestiert, die den Zusammenbruch der real existierenden Sozialismen beschleunigt haben. Seither bestimmt er nahezu alle sozialen Kämpfe, vom Aufstand der Zapatist\*innen bis zu den globalen Millionenprotesten in der Folge des arabischen Frühlings. Dabei zielt die Forderung nach „Demokratie jetzt“ weder nur auf eine repräsentative Parteien- und Parlamentsdemokratie noch nur auf eine direkte Plenar- oder Basisdemokratie. Vielmehr ist „wahre Demokratie“ zum universellen Namen zugleich für die Benennung, die Untersuchung, die Anklage, das aktive Aufbrechen und die letztendliche Überwindung aller Herrschafts-, Ausbeutungs- und Missachtungsverhältnisse geworden. Demokratie soll radikal nicht-exklusiv und nicht-diskriminierend sein und setzt deshalb auf die Zustimmung von potenziell allen und einer jeden. Derart entgrenzt und radikalisiert, lässt die Demokratieforderung niemanden ungeschoren, weil jeder und jede, die einem Demokratisierungsprozess beitrifft, schon damit begonnen hat, zu jemand anderem zu werden.

Kommt in dieser Bewegung untergründig auch das Erbe des Mai 68 und seiner „Autonomien in erster Person“ zum Tragen, bleibt auch hier festzuhalten, dass Klassenfragen dabei nicht übersprungen werden dürfen, sich aber nur noch als Fragen unter anderen Fragen stellen.

In Deutschland erinnert diese Positionsbestimmung nicht zufällig an die Gründungsphase der Grünen. Auch damals wurde ein Ausbruch aus leerlaufenden linken Routinen gesucht. Auch damals verdichtete sich die in der Sache zweifellos linke Dissidenz abseits traditionslinker Spieleinsätze: im Feminismus, in der Ökologie, in den Widerständen gegen Disziplinarinstitutionen aller Art – von der Familie über die Schulen, Kasernen, Gefängnisse und die Verwahranstalten für abweichende oder randseitige Subjekte bis zur Architektur und zum Städtebau. Auch damals ging es eher um die Reformation von Lebensweisen als um Reform und/oder Revolution im Kampf um Staatsapparate. Begab man sich auf alte Terrains der Linken, ging es dort weniger um Lohnkämpfe und innerbetriebliche Auseinandersetzungen als um Forderungen wie die nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, die der Rest-Arbeiter\*innenbewegung noch heute suspekt sind. Dem entsprach die Zurücksetzung des Klassenkampfes im eigenen Land unter Berufung auf anti- oder postkoloniale Befreiungskämpfe in Afrika, Asien und Lateinamerika. Deren Prominenz verdankte sich auch dem Umstand, dass sich diese Kämpfe der Zustimmung europäischer Arbeiter\*innenklassen nicht sicher sein konnten: ein innerproletarisches Machtverhältnis, das schon Lenin und Luxemburg verzweifeln ließ, zwischenzeitlich aber dramatisch an Aktualität gewonnen hat.

Der Unterschied zwischen den 1980er Jahren und heute besteht allerdings darin, dass die grüne Partei und die Restposten der Neuen Sozialen Bewegungen längst selbst Teil des Problems geworden und deshalb nur noch bedingt Teil der Lösung sind. Das wiederum zeigt sich auch und nicht zuletzt im Aufstieg der LINKEN, der sich eben nicht nur ehemaligen SED-Mitgliedern oder von der SPD frustrierten Gewerkschaftler\*innen verdankt. Allerdings gilt auch von der LINKEN, dass sie nur insoweit Teil der Lösung ist, als sie zugleich Teil des Problems ist. Im dissidenten Drittel spiegelt sich das in einer kuriosen, vielleicht aber produktiv aufzulösenden Konfusion: Nicht wenige seiner Protagonist\*innen sind zwar noch immer Wähler\*innen der Grünen, gestehen bei genauerer Prüfung aber zu, eigent-

lich näher bei der LINKEN zu sein, der sie aus eher kulturellen Gründen dennoch nicht beitreten wollen. Die SPD kommt für sie nur noch insoweit in Betracht, als ratlos anerkannt wird, in Bezug auf mögliche Wahlmehrheiten trotz allem ohne sie nicht auszukommen.

### **Strategisch-taktisches Zwischenstück**

Für den Plan A heißt das zunächst einmal, dass vom rot-grün-roten Farbenspiel noch nicht abgesehen werden kann, soll eine linke Wendung der europäischen Krise auch und gerade in den deutschen Verhältnissen gesucht werden. Allerdings steht rot-grün-rot dann weniger für eine parteipolitische als für eine gesellschaftliche Konstellation: für die Vierte Kraft, in der sich das dissidente Drittel politisch artikulieren könnte. Nach Lage der Dinge wird es sich dabei um eine Organisation oder eine Organisierung neuen, wenn auch nicht gänzlich neuen Typs handeln: Auf Podemos wurde schon verwiesen, inspirierend könnte auch ein (eher auf die Form als auf den Inhalt gerichteter) Rückblick auf Attac und die Sozialforen in den frühen 2000er Jahren sein. Nicht zu vernachlässigen ist natürlich das noch lange nicht ausgeschöpfte Potenzial der sozialen Netzwerke wie überhaupt der elektronischen Kommunikation: Es reicht, dazu auf die Rolle der Handys in der Bewegung der Geflüchteten zu erinnern.

Auch wenn bei Vierter Kraft eher nicht an eine vierte Partei des rot-grün-roten Spektrums zu denken ist, liegt es nahe, Kapital aus dem Umstand zu schlagen, dass sie de facto in Konkurrenz zur SPD, zu den Grünen und wohl auch zu den LINKEN stünde und deshalb über ein erhebliches Drohpotenzial verfügen könnte. Aus der Gründungsphase der Grünen bleibt zu erinnern, dass die Rechtsform „sonstige politische Vereinigung“ auch Nicht-Parteien die Kandidatur bei Parlamentswahlen erlaubt.

In der Sache aber müsste sich diese Organisation oder Organisierung zumuten, im rot-grün-roten Lager die programmatische und strategische Führung übernehmen zu wollen und es damit überhaupt erst zu einem „Lager“ zu machen. Dabei wäre das Farbenspiel selbst neu zu definieren: das erste Rot bezeichnete dann seine antikapitalistische Tendenz, grün stünde für alle politischen Begehren, die sich historisch dem Mai 68 verdanken, und im zweiten Rot verdichtete sich der pragmatisch unerlässliche Ernst, von links her Einfluss auf die „Mitte der Gesellschaft“ nehmen zu wollen. Strategisch auf den Punkt gebracht, stellte die Vierte Kraft damit noch nicht die Macht-, wohl aber die Frage nach einer Regierung, die einer

Veränderung (nicht nur) der deutschen Verhältnisse wenigstens zuarbeiten könnte. Im Rückblick auf den Staatsstreich gegen Syriza lässt sich ahnen, was dabei gewonnen werden könnte.

### Die Probe auf den Ernstfall

Zeit für den vielleicht wichtigsten Vorbehalt gegen den Plan A: Markiert er nicht, traditionslinks gesprochen, ein zutiefst kleinbürgerliches politisches Projekt – ein Projekt der Mittelklassen? Entspringt er nicht einer Überhöhung des an sich unstrittigen Faktums, dass die Demokratiekämpfe der letzten Jahrzehnte weltweit von den Mittelklassen dominiert wurden?

Ja und nein. Was empirisch stimmt, geht kategorial am eigentlichen Punkt vorbei. Denn wenn ich von einer Depotenzierung der Klassenfrage gesprochen habe, ging es mir nicht (nur) um eine nüchterne Einschätzung der historischen Arbeiter\*innenklasse und die Revision ihrer kategorialen Überhöhung in der marxistischen Theoriebildung. Es ging mir stattdessen um eine Kritik ausnahmslos jedes Versuchs, den subjektiven Faktor gesellschaftlicher Veränderung „objektiv“ in einer besonderen sozialen Gruppe zu identifizieren: Die Mittelklassen sind da nicht besser und nicht schlechter als die Arbeiter\*innenklasse, und sie werden auch nicht einlösen, was vergeblich von den „kämpfenden Völkern“ des Südens, von den Frauen, den jungen Generationen oder den „Randgruppen“ erhofft wurde. Deshalb ist wenig gewonnen, wenn an die Stelle des proletarischen Klassenkampfs jetzt die „Revolte der Mittelklassen“ (Kagarlitzki) gerückt würde. Vielmehr muss es darum gehen, den subjektiven Faktor gesellschaftlicher Transformation in einer sehr viel abstrakteren und kategorial tiefer gelegten Weise zu bestimmen. Deshalb der voranstehende Abschnitt zur *democracia real ya*, in dem ich nach dem subjektiven Faktor gesellschaftlicher Veränderung gefragt habe. Die im Folgenden zu vertiefende Antwort suche ich in einer Demokratisierungsgeschichte, die sich als Prozess, Institution wie als gelebter Habitus an ausnahmslos alle und an jede Einzelne adressiert und von dieser universellen Adresse seit Jahrhunderten schon von einer Demokratisierung zur nächsten getrieben wird. Das heißt nicht, dass hier von einem anonymen, zuletzt subjektlosen Geschehen die Rede wäre. Im Gegenteil: Die Antwort auf die Frage nach dem subjektiven Faktor kann nur deshalb in einer Repolitisierung dieser Demokratisierungs-

geschichte gesucht werden, weil diese Geschichte von konkreten, historisch situierten Subjekten gemacht wurde. Dennoch bleibt hier ein Zirkel zu denken: in genau dem Maß, in dem die wahre Demokratie nur das sein kann, was ihre Subjektivitäten aus ihr machen, finden umgekehrt diese Subjektivitäten ihre eigene Bestimmung erst in dem Augenblick, in dem sie je auf ihre besondere Weise zu Subjekten eines Demokratisierungsprozesses werden. Dies wiederum ist so, weil sie bis dahin primär das sind, was die herrschenden Verhältnisse aus ihnen gemacht haben. Mit den historisch überkommenen Theorien privilegierter „revolutionärer Subjekte“ war zumindest anfangs nichts anderes gemeint: Die objektivistische Verdinglichung schlich sich immer erst später ein.

Gerade darum aber findet die politische Artikulation wahrer Demokratie in der Konstellation des Anti-Terror-Kriegs ihre doppelte Bewährungsprobe. Die erste ergibt sich zunächst aus dem Druck der beiden Kriegsparteien, unter dem sie unvermeidlich in eine extreme Schieflage gerät. Denn im Anti-Terror-Krieg droht Demokratie schon deshalb „westlich“ vereinnahmt zu werden, weil dieser Krieg erklärtermaßen in ihrem und im Namen der Menschenrechte und also der „westlichen Werte“ geführt wird. Die Vereinnahmung funktioniert umso besser, weil sie von der fundamentalistischen Gegenseite ausdrücklich bestätigt wird, die ihren Kampf gegen den Westen passenderweise als Kampf gegen Demokratie und Menschenrecht führt. Sie funktioniert aber auch, das ist der schwierigste Punkt, weil der Widerspruch zwischen der real existierenden „westlichen“ und der nur weltweit zu denkenden „wahren“ Demokratie trotz seiner Schärfe ein innerer Widerspruch ist, während der Widerspruch zum Fundamentalismus ein äußerer, gänzlich unvermittelbarer ist: ein Verhältnis, das dem Widerspruch von Demokratie und Faschismus ähnelt. Wer dafür ein handgreifliches Beispiel will, der denke an das kurdische Rojava, dessen Demokratisierungsbewegung im Kampf gegen den IS auf die Unterstützung der US-Luftwaffe zurückgreift. Der Kern des Problems liegt darin, dass diese Allianz eben nicht einfach nach der Logik funktioniert, in der der Feind meines Feindes mein Freund ist: So einfach ist das leider nicht. Die Dringlichkeit einer Befreiung der wahren Demokratie aus dem Zangengriff von Terror und Anti-Terror-Krieg wird noch deutlicher, wenn man die aktuellen Krisenszenarien um ein oder zwei Jahrzehnte in die Zukunft verlängert

und sich zugleich Rechenschaft ablegt über die Herkunft dieser Krisen aus Jahrhunderten westlichen Kolonialismus und Imperialismus: Wie werden sich die konkreten Subjekte wahrer Demokratie entscheiden, wenn es weitere, auch heftigere Anschläge gibt und die weltweiten Fluchten infolge verwildernder Gewalt, wachsender Verelendung und ökologischer Verwüstungen weiter ansteigen? Wie wird sich, konkreter gefasst, das dissidente Drittel der deutschen Gesellschaft dann verhalten – wird von ihm überhaupt noch die Rede sein? Wird es sich mit schwarz-roten oder schwarz-grünen „Lösungen“ zufriedengeben, damit wenigstens die Metastabilität der deutschen Verhältnisse erhalten wird: „Ruhe und Ordnung“?

### **Wahrheits- und Ideenpolitik I**

Natürlich kann die Antwort auf diese Frage nur praktisch gegeben werden. Links aber wird sie nur dann sein, wenn sie im barbarischen Doppel von Anti-Terror-Krieg (westlichem Imperialismus) und fundamentalistischem Terror (religiös, wenn auch nicht nur islamistisch grundiertem Antiimperialismus) eine Dritte Front eröffnet. An dieser Front wird dann allerdings auch ein kategorialer Kampf zu führen sein, den ich im Anschluss an post-marxistische Philosophien als einen „wahrheits-“ oder „ideenpolitischen“ Kampf bezeichne. In ihm wird es um die (leider auch von „links“ betriebene) Reduktion der Demokratie und der Menschenrechte zu vorgeblich bloß „westlichen Werten“ und damit überhaupt um „Werte“ gehen müssen, radikal verstanden also um Ideen und Wahrheiten. Mit dieser Wendung wird deutlich, warum ich eingangs gesagt habe, dass es einen Plan A nur geben wird, wenn wir uns immer auch von der unmittelbaren Aktualität ablösen und uns auf eine mehrjährige Frist des Nachdenkens und Ausprobierens einlassen.

Weil es dabei aber nicht bloß um eine Sache des Kopfes, sondern um den zutiefst materiellen, immer auch handgreiflichen Prozess der (im weitesten Sinn des Wortes zu verstehenden) Bildung von Subjekten geht, komme ich noch einmal auf das Gemetzel im Pariser Bataclan zurück. Man hat dabei recht schnell von einer „Jugendrevolte“ gesprochen, in der Jugend auf Jugend geschossen hat. Man ist damit endlich von der rassistischen Denunziation abgerückt, nach der fundamentalistische Gewalttäter\*innen Analphabet\*innen aus fernen Ländern seien, die sich und andere in die Luft sprengen, um sich im Paradies mit 72 Jungfrauen vergnügen zu können. Man hat

endlich anerkannt, dass der IS wie zuvor schon al-Qaida in steigendem Maß Subjekte anzieht und aktiviert, die inmitten europäischer Demokratien aufgewachsen sind, doch von diesen Demokratien systematisch missachtet werden: Leute, die nur um die Ecke, wenn auch in den Stadtvierteln wohnen, die viele nur vom Vorbeifahren kennen. Man hat diesen Ausschluss mit dem fortdauernden Kolonialismus und Rassismus, damit aber mit dem Kapitalismus und zuletzt mit dessen neoliberaler Radikalisierung in Verbindung gebracht. Man fordert deshalb eine Lösung der sozialen Fragen, die diesem Ausschluss zugrunde liegen. All' das ist richtig. Trotzdem gilt es gerade hier, einen, den entscheidenden Schritt weiter zu gehen.

Einen ersten Hinweis dazu gibt Peter van Buren, der nach der US-Intervention im Irak sogenannte *Provincial Reconstruction Teams* geleitet hat. Van Buren schreibt: „Verstehen wir den Krieg endlich als das, was er ist – als einen Krieg, der gegen Ideen geführt wird, religiöse, anti-westliche, antiimperialistische Ideen. Verstehen wir, dass man Ideen nicht bombardieren kann. Westliche Truppen auf dem Boden des Mittleren Ostens und westliche Flugzeuge im Himmel darüber fachen das Feuer nur an. Vergeltung kann und wird niemals eine Idee auslöschen.“ Ähnlich äußert sich der in Paris lehrende und forschende US-amerikanische Ethnologe Scott Atran in einem äußerst lesenswerten *Spiegel*-Interview. Ohne zu bestreiten, dass der IS eine bestialisch operierende Organisation ist, heißt es dort in nur scheinbar provokativer Wendung: „Der IS ist eine freudvolle Bewegung. Er setzt unserer Lethargie eine Verheißung entgegen. (...) Wir sollten uns eingestehen, dass unsere Kultur in einer Krise ist. Unsere Vorstellung, dass die Menschen schon gesättigt sind, wenn sie in einer Shoppingmall einkaufen und im Café sitzen können oder eine sichere 40-Stunden-Woche haben, ist zum Irrglauben geworden. (...) Wir befinden uns in einem Krieg der Ideen.“ (3)

Vertieft werden beide Positionen schließlich durch eine Studie, die der in London lehrende Politikwissenschaftler Adam Hanieh in dem Onlinemagazin *Jacobin* veröffentlicht hat. Hanieh zeigt, dass die dschihadistische Gewalt einer radikalen Ethik existenzieller Authentizität und einem utopischen Gesellschaftsentwurf folgt, den der IS in einem realpolitischen Staatsgründungsprojekt tatsächlich umzusetzen versucht. Alle drei Elemente – die Ethik existenzieller Authentizität, die Gesellschafts-

utopie und die Staatsgründung – entwickelt Hanieh aus dem Scheitern des arabischen Frühlings als eines Versuchs der Befreiung aus kolonialer und postkolonialer Unterwerfung; er zeigt damit an, wo und wie nach einer Lösung zu suchen sein wird. (4)

Um zu verstehen, wovon van Buren, Atran und Hanieh sprechen, müssen wir noch einen Schritt zurückgehen. Wir müssen fragen, wie eigentlich ein Ausschluss funktioniert, der dem Widerstand der Ausgeschlossenen scheinbar keine andere Wahl als die einer barbarischen politischen Theologie lässt, die Wahl also eines Angriffs auf das Ganze des Diesseits von der Idee eines religiösen Jenseits her. Wir müssen also fragen, wie eine Gesellschaft, eine Welt verfasst ist, die eine Jugendrevolte zum Rückgriff auf eine religiöse Idee nötigt, die den Revoltierenden selbst vor Kurzem noch so fremd war wie denen, die sie im Namen dieser Idee niedermetzeln.

Natürlich hat das mit ihrer materiellen sozialen Situation zu tun, mit dem Vorenthalt oder gar Raub jeden Zugangs zu den materiellen und ideellen Privilegien der weißen „Mitte der Gesellschaft“ – den Zugang zu ihren Shoppingmalls, Cafés und Konzerthallen eingeschlossen. Doch legen dieser Vorenthalt und diese Beraubung bloß für sich genommen den Griff zur roten Fahne näher: „Wacht auf, Verdammte dieser Erde!“ Warum aber, das ist die entscheidende Frage, machen sich in Paris, Brüssel oder Berlin aufgewachsene Jugendliche und junge Erwachsene stattdessen zu Verdammten des Himmels? Warum gilt das nicht nur für einige wenige „Extremist\*innen“, sondern mittlerweile für Zehntausende, d. h. für eine soziale Bewegung? Eine Bewegung, die übrigens unterschätzt würde, reduzierte man sie auf eine Revolte nur der jungen Generationen.

## **Wahrheits- und Ideenpolitik II**

Eine Antwort findet sich im ideen- oder wahrheitspolitischen Kern des Neoliberalismus. Entgegen einer verbreiteten Annahme liegt er weder in seiner wirtschaftswissenschaftlichen Doktrin noch in seinem wettbewerbsindividualistischen Freiheitsversprechen. Der Kern des Neoliberalismus liegt vielmehr in einer umfassenden, selbst wieder kategorialen Deutung unserer Gegenwart, mithin unserer Welt. Dieser Weltdeutung zufolge ist die westliche kapitalistische Demokratie im Ende des letzten Jahrhunderts zur alternativlosen und derart einzig möglichen Weltordnung geworden. Weil das so ist, hat heute nur noch das „Wert“ und kann deshalb auch nur noch das

gewählt werden, was in den Grenzen dieser Demokratie Wert hat und zur Wahl steht. Ideen, das liegt auf der Hand, gehören dazu nicht, und genau das macht Ideen für diejenigen attraktiv, die selbst auch nicht dazugehören. Der Angriff auf das Bataclan war insofern nicht nur ein Angriff auf das säkulare Vergnügen im Diesseits dieser Welt, er galt nicht einfach nur einer Vergnügungsstätte. Er war ein Angriff auf eine Gesellschaft, die ihren Vergnügungen auch deshalb so viel Raum lässt, weil sie kategorisch ausschließt, jemals zu einer ganz anderen Gesellschaft werden zu können. Dies aber gelingt ihr, indem sie ein solches Anderswerden zu einer „bloßen“ Idee und obendrein zu einer historisch überwundenen Idee erklärt.

Anders gesagt: Die Anschläge von Paris waren ein Angriff auf eine Gesellschaft, deren ganz und gar undialektischer Materialismus in der kategorischen Verleugnung von Ideen besteht – abgesehen natürlich von der Schwundstufe der „westlichen Werte“. Deren Angelpunkt wird nicht zufällig immer wieder in Beschwörungen einer allumfassenden „Toleranz“ ausgemacht, deren existenzielle Bedeutung Atran zu Recht in den Begriff wie in die subjektive Befindlichkeit der „Lethargie“ übersetzt. Näher an der Theologie formuliert: Die seit Langem entschlossenste Jugend-, Kultur- und Sozialrevolte hat einer Welt den Heiligen Krieg erklärt, die ihr Diesseits und dessen Vergnügungen zu einem Diesseits erklärt hat, das kein Jenseits, also keine Idee und deshalb auch kein Anderswerden mehr kennt.

Der wahrheits- und ideenpolitische, der kategoriale Punkt, um den es hier geht, liegt dann aber weder in einer Anerkennung fundamentalistischer politischer Theologie noch in der Zustimmung zur lethargischen säkularen Ideenlosigkeit. Er zielt stattdessen auch hier auf die Eröffnung einer Dritten Front. Sie bildet sich überall dort, wo der neoliberale Imperativ „Es gibt keine Alternative – Lebe ohne Idee!“ ebenso zurückgewiesen wird wie die politisch-theologische Idee eines absoluten Herrn und seines apokalyptischen Gesetzes.

An dieser Stelle bin ich allerdings zu einer Präzision meines Begriffs einer Ideen- oder Wahrheitspolitik und eines kategorialen Kampfes genötigt. Denn die Eröffnung einer Dritten Front jenseits der neoliberalen Ideenlosigkeit und der reaktionären Idee des absoluten Herrn kann ja nicht darin liegen, sich einfach eine eigene, irgendwie „passendere“ Idee zurechtzumachen. Vielmehr kann, etwas weniger martialisch, eine solche Dritte Option

nur einer Dialektik der beiden Extreme entspringen. Diese Dialektik hätte einerseits darzulegen, dass die neoliberale Ideenlosigkeit selbst einer Idee entspringt, einer Idee allerdings, die im Neoliberalismus korrumpiert, weil zum Machwerk der Herrschaftssicherung herabgesunken ist. Sie hätte andererseits verständlich zu machen, dass der Fundamentalismus des absoluten Herrn genau besehen gar keine Idee, sondern nur das Trugbild einer Idee ist. Damit wären zwei erste und wesentliche Bestimmungen des Begriffs der Idee gewonnen: Eine Idee ist etwas, das einerseits zum Machwerk herabsinken und andererseits durch ein Trugbild verstellt werden kann. Im Machwerk verkommt die Idee gleichsam in ihrem eigenen Namen: im Fall des Neoliberalismus also gerade unter Berufung auf die Idee der Freiheit als der Leitidee jeder Demokratie. Im Trugbild wird die Idee wortwörtlich fetischisiert, d. h. auf einen Fetisch (lat. *facticius*, nachgemacht, künstlich) übertragen. Der islamistische Fundamentalismus bedient sich dazu des Rufs des Propheten an jeden und jede seiner Gläubigen, ein reines und also heiliges Leben zu führen, ein Leben jenseits der Sünde (im christlichen Fundamentalismus geht es entsprechend um den Ruf des Christus, im buddhistischen um den Ruf des Buddha). Dabei wird dem Ruf eine gleichsam magische Macht zur Verwandlung zugleich des Subjekts wie der Welt verliehen – eine Macht, die sich im Enthusiasmus des vom Ruf angesprochenen Gläubigen beweist. Es ist dieses Moment, das Atran wiederum zu Recht als das „freudvolle“ Moment auch und gerade des IS bezeichnet.

Das neoliberale Machwerk und das fundamentalistische Trugbild funktionieren also beide auf eine perfide Weise. Der Neoliberalismus bedient sich der Idee der Freiheit, von der niemand von uns absehen will, weil sie zu der Idee geworden ist, an der alle anderen Ideen – auch die der Gleichheit und der Brüderlichkeit – ihren Grund und ihr Ziel haben. Der Fundamentalismus bedient sich des Umstands, dass sich eine Idee (immer auch) im Enthusiasmus beweist, d. h. in der Stimmung freudiger Erregung und leidenschaftlichen Ernstes, der die Bereitschaft zum entschlossenen Handeln entspringt. Wie von der Freiheit möchte auch vom Enthusiasmus kaum jemand absehen.

### **Ideen- und Wahrheitspolitik III**

Was aber ist dann die Idee selbst – die Idee, die weder Machwerk noch Trugbild wäre? Hier

kehrt der Zirkel wieder, in dem ich die universelle Idee einer wahren Demokratie mit historisch lokalisierten Subjekten und ihren jeweiligen Demokratisierungsbewegungen verbunden habe – und andersherum. Denn wenn eine Idee sich dadurch von einer Ideologie (Machwerk oder Trugbild) oder, deutlicher noch, von einer bloßen Meinung unterscheidet, dass sie eine universelle, d. h. jederzeit und überall gültige Wahrheit artikuliert, dann kann sie zumindest heute nicht mehr in einem jenseitigen „Ideenhimmel“ gesucht werden. Genauso wenig darf sie als Äußerung eines den konkreten Subjekten jenseitigen „Weltgeistes“ verstanden werden. Vielmehr kann von einer solchen Idee nur gesprochen werden, sofern sie von konkreten Subjekten erschaffen wurde und von ihnen immer neu bezeugt wird. Darin liegt: Der historische Ort einer Idee ist die Subjektivität, die sie in ihrem alltäglichen Leben, Sprechen und Arbeiten wie in ihren Abenteuern und Kämpfen ebenso bezeugt wie in den Institutionen, die diesen Kämpfen entspringen. Zugleich aber gilt – das eben ist der Zirkel – dass die Macht einer Idee darin liegt, die Subjektivitäten allererst hervorzubringen, die für sie Zeugnis ablegen werden. Dies geschieht, indem eine Idee uns den Möglichkeitshorizont aufspannt, in dem wir von bloßen Privatpersonen zu politischen Subjekten im leidenschaftlichen Sinn des Wortes werden können.

In der Politik gibt es eigentlich nur eine solche Idee: die universelle Wahrheit des Politischen selbst, die von der Französischen Revolution in der seither unvergesslichen Losung *Liberté, Égalité, Fraternité* artikuliert wurde. Sie war und ist allerdings, daran hängt im Folgenden alles, kein „westlicher Wert“. Prominent belegen lässt sich das im Verweis auf das zweite Jahr der Französischen Revolution, in dem die aufständischen schwarzen Sklav\*innen Haitis die Losung des republikanischen Frankreich gegen das republikanische Frankreich kehrten und damit zur Losung der anti- und postkolonialen Demokratisierungsbewegungen erhoben. Ein historisch sehr viel weiter zurückliegendes, doch gleichermaßen prominentes Beispiel verdanken wir dem Spartakus-Aufstand, in dem die Römische Republik von einer aus Subjekten der ganzen Welt gebildeten Multitude an die damals schon zum Machwerk korrumpierte Idee des Politischen erinnert wurde. Alles andere als ein „westlicher Wert“ war die Idee der Demokratie schließlich – um ein Beispiel aus jüngster Zeit zu wählen – auf dem Tahrirplatz in Kairo. Dort hat die

aufständische Menge im Ruf nach dem „Sturz des Regimes“ für sich und für uns alle die universelle Wahrheit des Politischen erneuert, die in den realen Demokratien zum Machwerk herabgesunken ist. Dass die Idee der Demokratie schon auf dem Tahrir in der Gefahr stand, vom Trugbild einer Gemeinschaft der Gläubigen verstellt zu werden, belegt, dass die Grenzen und Übergänge zwischen Idee und Ideologie selbst dann immer neu ausgekämpft werden müssen, wenn die im Kampf bezeugte Wahrheit als solche universell, d. h. jederzeit und überall gültig ist.

Hier liegt auch der Grund, warum ich das spanische *democracia real ya* in die seltsam zeitverlorene, in gutem Sinn unzeitgemäße und – nicht zuletzt! – bereits von Marx verwendete Wendung einer „wahren“ Demokratie übersetzt habe: einer Demokratie, die die real existierende Demokratie an ihrer eigenen Idee misst und ihr im Namen dieser Idee den Prozess macht. (6) Die Differenz von Realität und Idee ist also, wiederholen wir das, keine Sache bloß des Kopfes, sondern entspringt dem materiellen Prozess oder, genauer noch, dem materiellen Ereignis der (im weitesten Sinn des Wortes verstandenen) Bildung eines politischen Subjekts. In diesem Ereignis trennt eine „wirkliche Bewegung“ (Marx) der Demokratisierung im Diesseits der einen Welt zwei Welten voneinander: die ab jetzt vergehende und die ab jetzt heraufziehende, anderswerdende Welt.

Politisch unumgänglich ist diese „idealistische“ Wende insofern, weil unsere Annahme, dass die Lösung der wortwörtlich brennenden Fragen unserer Epoche in ihren sozialen Fragen liegen wird, erst in ihrem Licht verständlich wird. Um noch einmal auf Scott Atran zurückzukommen: „Wenn Menschen sich heiligen Grundsätzen unterworfen haben, lassen sie sich selten mit ökonomischen Angeboten herauskaufen.“ Wollen wir die Macht des fundamentalistischen Trugbilds dennoch durch eine Politik brechen, die ausnahmslos allen und einer jeden das Recht auf freien und gleichen Zugang zu Bildung, Gesundheit und allgemeiner Wohlfahrt und, ebenso unverzichtbar, das Recht auf Freizügigkeit und gesicherte Ankunft am frei gewählten Ort des eigenen Lebens garantiert, dann liegt es an uns, klarzustellen, dass es dabei nicht (bloß) um ein „ökonomisches Angebot“ geht. Vielmehr muss intellektuell wie sinnlich deutlich werden, dass es dabei um die Freiheit zur aktiven Teilhabe an der Idee der Demokratie handelt. Sie heißt eben deshalb „Idee“, weil sie in der praktischen Garantie der sozialen, kulturellen, ökonomischen und

politischen Rechte die Möglichkeit birgt, individuell wie kollektiv zum lebendigen Subjekt einer Wahrheit zu werden. Dabei lehrt uns die demokratische Idee der Gleichheit aller um willen der Freiheit ausnahmslos einer jeden, dass diese Rechte erst dann wirklich garantiert sein werden, wenn zuletzt auch der „Anspruch“ auf eine „soziale und internationale Ordnung“ garantiert ist, in der sie „voll verwirklicht werden können“. (7)

Dass diese Lehre nicht nur über das Trugbild des Dschihad, sondern auch über die zum Machwerk herabgesunkenen Realdemokratien des globalen Kapitalismus hinausführt, harrt allerdings der Bestätigung *in actu*, d. h. in Ausübung der Tat. Mehr als eine „bloße“ Idee ist sie folglich erst dann, wenn sie ihren Ort nicht nur im Zeugnis ihrer Subjekte, sondern auch in den Institutionen einer tatsächlich demokratischen Gesellschaft hat. Genauer: wenn die Idee der Demokratie ihren Ort in den Kämpfen um das findet, was aus diesen Institutionen werden kann. Wird ein solcher Kampf gewonnen, schenkt die Idee der Demokratie ihren Subjekten die Erfahrung, das „leben“ und „für eine Idee leben“ ein und dasselbe sind: Freude, Abenteuer, Glück und Enthusiasmus des Ereignisses. Solche Erfahrungen haben sich in den letzten Monaten, vergessen wir das nicht, ungezählte Male machen lassen: auf den Plätzen Athens in der Feier des „OXI“, und heute überall dort, wo dem Grenzübertritt einer Geflüchteten unentgeltlich der Willkommensgruß dargeboten wird. Weitergetragen von Begegnung zu Begegnung und derart zur sozialen Bewegung politisiert, übersetzt dieser Gruß das alte, zu alt gewordene Losungswort der Brüderlichkeit in das bedingungslos garantierte Recht auf Gastfreundschaft. Wo die Willkommensbewegung die Demokratie von ihrer national(staatlich)en Begrenzung auf den Verbund der „Einheimischen“ befreit und sich eigens den Fremden und Anderen öffnet, realisiert sie das dynamische Moment einer Ideen- und Wahrheitspolitik: Sich immer neu der Erprobung auszusetzen und dabei auf sich selbst den ersten Stein zu werfen, d. h. sich selbst, wo nötig, zu revidieren. Die Idee der Demokratie bewährt sich darin als eine zugleich individuelle und kollektive Lebens-Form im radikalen Sinn des Wortes: als ein nicht nur ideen-, sondern zugleich „biopolitisches“ Wie des hier und jetzt Leben- und Anders-werden-könnens, und nicht als ein Was, das über unseren Leben, über unseren Köpfen und Körpern schweben würde. (10) Mit dieser Wendung habe ich die dritte und entscheidende

Bestimmung der Idee der Demokratie benannt, die Bestimmung, mit der sie sich von jedem Machwerk und von jedem Trugbild trennt und ihren eigenen, stets prekären Unterschied als einen Unterschied ums Ganze setzt.

### Vorläufiger Schluss

Kann das dissidente Drittel der deutschen wie überhaupt der europäischen Gesellschaften zum artikulierten Drittel der Idee der Demokratie werden? Wird es sich zu einem solchen „Idealismus“ bereithalten und ihn seiner materialistischen Dialektik zuführen? Wird dieses Drittel und mit ihm die Idee der Demokratie damit „mehrheitsfähig“ werden? Ich weiß es nicht, niemand kann das heute wissen. Doch kommen diese Fragen nicht zufällig in der Frage nach einem linken Populismus zusammen, in der nach dem Übergang von einer Minderheits- auf eine Mehrheitsposition gefragt wird. Genauer: In der nach den Subjektivitäten gefragt wird, die diesen Übergang bewerkstelligen könnten. Im Rückverweis dieser Frage diesmal nicht auf die Gründungs-, sondern auf die Krisengeschichte der Grünen meldet sich der Un-Begriff der „Realpolitik“ zu Wort, der wiederum nicht zufällig auch viele strategische Debatten der LINKEN leitet. Realpolitik heißt, auf das zu schießen, was „populär“ und deshalb mehrheitsfähig zu sein scheint: im Blick auf Wähler\*innenstimmen und im Blick auf Regierungskoalitionen.

Grüne Realpolitik hat ihre Demokratiefragen deshalb auf das zusammengestrichen, was in den real existierenden Mittelklassen als konsensfähig galt: Kapitalismuskritik fiel da recht bald durchs Raster. Realpolitiken der LINKEN erliegen immer wieder der Versuchung, ihre sozialen Fragen in einer Sprache vorzutragen, die weniger den Konsens als das Ressentiment der Unterklassen artikuliert: Befreiung aber wird stets Befreiung vom Ressentiment sein müssen.

Beide Realpolitiken sind zutiefst ideenlos und befördern damit den Realismus der Meisten, die ihr Kreuz lieber bei Merkel und Gabriel machen, nicht aus Begeisterung, sondern weil sie ihnen zutrauen, unter den Bedingungen der Krise das real Mögliche zu sichern.

Ein Populismus der Idee läge demgegenüber in dem Versuch, das an unterschiedlichen gesellschaftlichen Orten von ganz verschiedenen Subjekten artikulierten Begehren nach wahrer Demokratie zur Mehrheitsfrage zu machen und sich dazu zunächst einmal auf das dissidente Drittel (nicht nur) der deutschen Gesellschaft einzulassen. Nicht nur der deutschen schon

deshalb, weil ein so verstandener Plan A nur ein transnationaler Plan sein kann – auch und gerade dann, wenn er seine realpolitische Bewährungsprobe in der Transformation deutscher Europapolitik finden wird. Soll mit ihr der EU eine politische Krise aufgezwungen werden, geht es dabei nicht mehr nur um die griechische Krise, sondern zugleich um das europäische Grenzregime und den globalen Anti-Terror-Krieg.

Die ideenpolitische Grundierung eines solchen Projekts eröffnet uns die Möglichkeit, uns gleich auf doppelte Weise vom Druck der Macht und der Gewalt zu distanzieren und damit aus der Defensive zu kommen. Indem sie zwischen Machwerk, Trugbild und Wahrheit ihren Unterschied ums Ganze setzt, öffnet sie uns den Möglichkeitshorizont, den eine Wahrheit denen aufspannt, die bereit sind, für sie einzustehen. Und: Indem sie uns auf die lange Frist eines ideenpolitischen Kampfes verweist, befreit sie uns von der Politik der Angst, auf die beide Kriegsparteien mit der strategisch gewollten Eskalation des Geschehens setzen. Mit ihrem ersten Zug, dem Aufspannen eines Horizonts der Wahrheit, führt uns die Ideenpolitik auf die Lehre zurück, die eine Linke des 21. von der Linken der 19. und 20. Jahrhunderts zu lernen hat. Diese Lehre liegt in dem Wagnis, mit dem sich die „alte“ Linke zu ihrer Zeit enthusiastisch auf ein „Gespenst“ eingelassen hat, von dem sie annahm, das es in Europa umgehe. Von einem Gespenst weiß Google zu sagen, dass es ein spukendes Wesen in Menschengestalt sei, das uns zu bewegen vermag, obwohl es nicht wirklich existiert. Die Idee der Demokratie heißt so, weil von ihr aktuell auch nicht mehr zu sagen ist.

### Fußnoten

- 1) Leo Mayer: Für einen Plan A, <http://kommunisten.blogspot.de/2015/08/11/fuer-einen-plan-a-fuer-einen-plan-a-kommentar-von-leo-mayer-marxistische-linke>.
- 2) Raul Zelik: Problematischer Populismus, <http://neues-deutschland.de/artikel/992821.problematischer-populismus.html>.
- 3) Peter van Buren: Paris: You don't want to read this, [http://www.commondreams.org/views/2015/11/15/paris-you-dont-want-read?utm\\_campaign=shareaholic&utm\\_medium=facebook&utm\\_source=socialnetwork](http://www.commondreams.org/views/2015/11/15/paris-you-dont-want-read?utm_campaign=shareaholic&utm_medium=facebook&utm_source=socialnetwork). Eigene Übersetzung.
- 4) Der IS ist für viele schlicht ein Abenteuer. Interview mit Scott Atran, <http://www.spiegel.de/politik/ausland/islamischer-staat-der-is-ist-fuer-viele-schlicht-ein-abenteuer-a-1065754.html>.
- 5) Adam Hanieh: A Brief History of ISIS, <https://www.jacobinmag.com/2015/12/isis-syria-iraq-war-al-qaeda-arab-spring>.
- 6) Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Kritik des Hegelschen Staatsrechts. In: MEW Bd. 1: 232. Vgl. dazu auch die Marx- und Demokratie-Deutung bei Miguel Abensour: Demokratie gegen den Staat. Marx und das machiavellistische Moment, Berlin 2012.
- 9) Artikel 28 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte.



# Über Willkommens-Inis, vergessene OXIs und diffuse Drittel

Eine Ergänzung zu Thomas Seiberts „Nach Athen ...“

Von der IL Münster

*„Respektiert die anderen nicht einfach nur, bietet ihnen einen gemeinsamen Kampf an, da unsere Probleme heute gemeinsame Probleme sind.“ Slavoj Žižek*

## Das diffus-dissidente Drittel

Der folgende Text ist keine Antwort auf Thomas, sondern eher eine Ergänzung oder Weiterführung. Man kann ruhig sagen, dass sich die Ereignisse des letzten Jahres überschlagen haben oder vielleicht besser: dass sich geschichtliche Möglichkeiten ergeben haben. Vielleicht klingt das zu groß, aber diese Möglichkeiten sind viel mehr als nichts. Was sie sind, was sie bedeuten, wissen wir noch nicht, aber unterschätzen sollten wir sie auf keinen Fall. Unterschätzen sollten wir auch nicht die „Gefahren“, „Bedrohungen“ oder etwas sachlicher: Problematiken. In dem Text von Thomas geht es um beides und er endet mit dem Gespenst. Die Linke des 21. Jahrhunderts solle von der „alten“ Linken und ihrem Enthusiasmus, sich auf das Gespenst einzulassen, lernen.

Ganz offensichtlich brauchen wir das Gespenst! Aber es geht nicht einfach so um, und die Vermutung liegt nahe, dass diejenigen, die sich auf das Gespenst einlassen, auch diejenigen sind, die einen massiven Beitrag dazu leisten müssen, dass es umgeht ... Das Wagnis, von dem Thomas spricht, ist also ein Doppeltes.

Was vielleicht klar ist: Man sollte sich in unserer Situation erneut auf einen längeren Prozess einlassen. Und auch: Zwanzig bis dreißig Prozent, um die es Thomas geht, können ein Bezugspunkt radikaler linker Politik sein. Es gibt eine Reihe von Anzeichen dafür, dass diese Einschätzung stimmen könnte. Vielleicht sind die dreißig Prozent eine sehr wohlwollende Schätzung, aber immerhin. Das ist nicht nichts und ein verächtlicher Blick auf diese diffuse Menge hilft nicht weiter. Aber wie sähe dieser Blick stattdessen aus und was könnte es bedeuten, hier einen Bezugspunkt für radikale linke Politik zu finden? Anders: Wie wäre hier zu intervenieren, so, dass die eigene, immer wieder als marginal wahrgenommene Position gestärkt wird, also die Perspektive für eine grundlegende Veränderung erweitert wird. Und

eine zweite Frage kommt hinzu: Welche Funktion hat eigentlich eine radikale linke Position innerhalb dieser Gemengelage vor allem in Bezug auf die zwanzig bis dreißig Prozent?

## Zwei Typen des diffusen Drittels

Zunächst eine Anmerkung zu dem dissidenten Drittel: „... die hochgeschätzt 30 Prozent, niedrig geschätzt an die 20 Prozent derer, die sich bei verschiedenen Anlässen ausdrücklich links der Zweidrittelgesellschaft positioniert haben und dies auch heute noch tun.“ Eine Zustimmung zu der damit gegebenen Aufforderung, dieses „Potenzial ... auszuloten“ fällt nicht schwer. Irgendwie stellen viele Veranstaltungen, Diskussionen, Aktionen und auch Aktionsformen den Versuch dar, dies zu tun und vielleicht ist es wichtig, sich das noch einmal vor Augen zu führen. Aber wie sieht dieses dissidente Drittel aus? Vor allem nach dem „Sommer der Migration“.

Eine Bahnsteigbeobachtung aus der Provinz. Neben denjenigen, die bei Veranstaltungen auftauchen und hin und wieder auf einer Demo, vielleicht sogar bei den 250.000 in Berlin waren – die aber innerhalb dieses Drittels selbst noch eine kleine Minderheit sind – gibt es zum Beispiel folgende Charaktere: Figur 1 hat gar kein Problem damit, freimütig zu bekennen, dass dieser neoliberale Kapitalismus irgendwie ein Problem darstellt, zerstörerisch ist, Klima und Umwelt bis hin zur Katastrophe zu bringen scheint und die Situation an den europäischen Grenzen ein Hinweis auf die Inhumanität dieses Kapitalismus darstellt. Grund genug, etwas zu tun. Und das Aktivitätspotenzial dazu ist auch da. Reicht aber nicht weiter als bis zur Erkundung dieses europäischen Raumes mit dem Wohnmobil, auf den Tennisplatz, in das noch zurückgebliebene Programmkinos oder bis auf das Meditationskissen als Möglichkeit, für sich selbst einen Umgang mit der Weltlage zu finden. Figur 2 sieht längst nicht so klar oder

besser gesagt, lässt sich in ihrem Weltbild eigentlich nicht so erschüttern wie Figur 1, lebt recht selbstverständlich in dieser Gesellschaft, die nun Mal so ist, wie sie ist, vertraut in Wahlen, verteidigt die Demokratie ganz selbstverständlich nach rechts und ist in dem Sinne in ihrer Situationsanalyse nicht so weit „fortgeschritten“ wie Figur 1, macht aber etwas, was Figur 1 nicht hinkriegt: Handelt, und zwar ohne lange aufgefordert zu werden, sondern einfach, weil es notwendig ist: betreut die gerade angekommene syrische Familie, gibt Sprachunterricht, tut alles im Rahmen des gesetzlich Möglichen dafür, dass die albanische Familie aus der Nachbarschaft nicht abgeschoben wird. (Das ist nun nicht das Ergebnis einer soziologischen Untersuchung, sondern lediglich Alltagsfeldforschung auf dem Bahnsteig auf dem Weg zur Arbeit.) Man könnte dem noch einiges hinzufügen, aber zumindest lässt sich eines behaupten: Bei aller Notwendigkeit, das dissidente Drittel nicht aus den Augen zu verlieren – dieses Drittel ist nicht dissident, es ist auf die eine oder andere Weise lediglich diffus links oder jenseits dieser Kategorie ansprechbar. Für die weiteren Ergänzungen ist das nicht unerheblich. Über diese Anmerkung hinaus eröffnet der Text von Thomas einen politischen Raum, den es tatsächlich auszuloten gilt.

### **Die entpolitisierte Gesamtsituation**

Nehmen wir einmal an, dass Figur 1 und Figur 2 als Teil eines diffusen Drittels Ziel einer linksradikalen Intervention sind, dann wäre zu fragen, wie das geht. Dann bestünde doch die Aufgabe darin, die Analyse von Figur 1 zu vertiefen und zu radikalieren und vor allem Figur 1 in Bewegung zu bringen. Möglicherweise haben diese beiden Aspekte miteinander zu tun. Figur 2 hat gar kein „Bewegungsproblem“, aber benötigt dringend eine Erschütterung seiner Grundannahmen.

Sonst steigt sie demnächst aus der Hilfe von Geflüchteten aus und arbeitet bei der Tafel mit, stabilisiert also das, gegen das sie so selbstverständlich hilft. Wie sähe hier Intervention aus oder befinden wir uns schon zu weit in der „Mitte“ der Gesellschaft? Eine Form der Intervention ist banal: Reden! Absolut notwendig, aber sehr langwierig und immer nur möglich durch eine persönliche Verbindung und darüber hinaus keine politische Strategie. (Dabei besteht das Problem nicht darin, dass die linksradikale Position zu weit entfernt wäre von Figur 1 und 2.) Dennoch ist es selbstverständlich, dass „Reden“ stattfinden

muss und an diesem Punkt verlässt die Selbstverständlichkeit die Banalität, insofern wir es ja mit einer entpolitisierten Gesamtsituation zu tun haben und die Einsicht in die Notwendigkeit einer politischen Diskussionskultur ist zunächst sehr allgemein und nicht spezifisch linksradikal. Und dennoch muss es an dieser Stelle gelingen, eine Verbindung herzustellen, die diesen quasi-formalen Aspekt nicht von einer inhaltlichen Orientierung trennt, die sich in der Demokratiefrage nicht auf Verfahrensfragen einlässt, sondern von vornherein Freiheit und Gleichheit als untrennbar behauptet und einen Bezug zum Gespenst herstellt. Die also auf keinen Fall um der Ermöglichung einer politischen Diskussion willen von einer radikalen Position abrückt, sondern in der radikalen Position auch den entscheidenden Beitrag zur Ermöglichung der Diskussion sieht! An dieser Stelle geht es also um Hegemonie. Aber um in diesem „Stellungskrieg“ voranzukommen, müssen zunächst sogar die Bedingungen erkämpft werden, um – wenn man denn in Gramscis Bild bleiben will – den Stellungskrieg überhaupt kämpfen zu können. Und dies gegen das neoliberale Subjekt, für das es ja seit Thatcher bekanntermaßen keine Gesellschaft mehr gibt. Somit also gegen die in ihm und durch dieses Subjekt massiven raumgreifenden Entpolitisierungen. Hier ist die Linke in einer Position, die mit einem Bild aus der Friedensbewegung Anfang der achtziger Jahre den neoliberalen Gegner folgendermaßen kennzeichnen könnte. Seine Haltung (und damit auch sein Beitrag im Kampf um Hegemonie) könnte lauten: Was interessiert mich deine politische Position? Es ist Stellungskrieg, aber ich gehe einfach nicht hin! Es ist zu vermuten, dass diese Form von neoliberaler Subjektivierung auch am dissident-diffusen Drittel nicht spurlos vorüber gegangen ist – trotz Willkommensinitiativen, trotz ...

### **Linksradikale Intervention**

Von diesem Punkt ausgehend zunächst zur zweiten Ausgangsfrage nach der Funktion einer radikalen linken Position bzw. damit verbundenen Intervention. Anders gesagt: Welche Effekte muss das kleine Gespenst provozieren? In den Auseinandersetzungen und realen Bedrohungen (gegen den IS-Terrorismus, Pegida und Nazis, die ökologischen Verwüstungen des Kapitalismus, aber auch – und damit wechseln wir die Ebene – die Zerstörungen der Subjekte in den alltäglichen Verwertungsprozessen) wird „radikal links“ gebraucht, um überhaupt eine Erbschaft zu verteidigen, die auf sehr

unterschiedliche Weise aufgegriffen wird, die also auch der politische Liberalismus für sich in Anspruch nimmt und von der er zumindest noch zehrt, auch wenn *dieses* (sein) Projekt bis auf die Knochen korrumpiert und ausgehöhlt ist. Ob wir das wollen oder nicht: Auch wenn wir marginal sind, leisten wir einen Beitrag dazu, die Versprechungen, Hoffnungen und Möglichkeiten, die mit der Französischen Revolution eingesetzt worden sind, nicht untergehen zu lassen. Und – wie Thomas in seinem Text deutlich gemacht hat – sie waren von Beginn an nicht auf das reduzierbar, was als westlich-abendländisch, kapitalistisch-demokratisch durch den politischen Liberalismus seine Universalität behauptet, seinen weltumspannenden Siegeszug angetreten hat und noch immer weiter siegen will, sondern stehen für eine Universalität, für die Balibar den Begriff Gleichfreiheit gebraucht und die von vornherein darüber hinaus ging. Doch ist zu vermuten, dass der momentan siegreiche Zombie sich noch immer auch davon ernährt. Und wir kommen nicht so ohne Weiteres aus dieser Nummer 'raus. Bevor eine radikale Linke ihr ureigenstes Projekt – eine solidarische Gesellschaft von Freien und Gleichen – erkämpft, war sie immer schon und wird auch wohl weiterhin in diese unseligen Rettungsversuche verstrickt sein.

### **Die wirkliche Bewegung**

Dazu gäbe es viel zu sagen und zu diskutieren – vor allem zu den Zombie-Ernährungsstrategien (also zu der Fähigkeit des neoliberalen Kapitalismus (fast) alles zu vereinnahmen und für eine kapitalistische Verwertung zurichten zu können). Insofern bleibt es hier bei der Andeutung einer Richtung. Allerdings hat diese zu tun mit der Form einer möglichen Intervention und ihren Inhalten, das heißt mit ihrer Gestalt. Dabei sei Folgendes gesetzt: Politisches Handeln – von der Eröffnung oder Fortsetzung eines politischen Diskurses bis hin zur militanten politischen Aktion – ist immer ein Gestaltungsvorgang, ein Akt des Gestaltens. Dieser Begriff mag an dieser Stelle eigenartig erscheinen, ist aber vielleicht hilfreich, wenn man sich dabei auf Ernst Bloch beruft. Deshalb hier in Kürze. Bloch unterscheidet, in Anlehnung an die psychologische Gestalttheorie (nicht: Gestalttherapie!) aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts, zwei prototypische Möglichkeiten: die „unechte“ Gestalt oder vielleicht auch verfestigte Form, das, was nicht weiter geht, was festsetzen soll, Stillstand und ewige Form, der „heilige Acker“ oder „ewige Krieger“, für Bloch faschistoid zumal in der

ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Vielleicht ist es kein Zufall, dass der Neoliberalismus hier das Ende der Geschichte setzt und damit eine gegebene Form totalitär macht. Er versperrt allen Möglichkeiten den Weg bis hin zu dem Punkt, dass er sich als politischer Liberalismus selbst auf eine Weise aushöhlt und anstatt zur proklamierten ewig gültigen Form, zur Karikatur/Farce seiner selbst geworden ist. (An dieser Stelle gibt es selbstverständlich eine Nähe zu Thomas Hinweis auf „Machwerk“ und „Trugbild“ einer Idee.) Das alles hat mit dem, was für Bloch die Qualität einer Gestalt bzw. des Gestaltens ausmacht, nichts zu tun. Ich kürze ab und zitiere ihn: „alle echten Gestalten sind ... Spannungsfiguren, Tendenzfiguren, eines Unterwegs, also auch Auszugsgestalten ihrer selbst. ... sind objekthaft-experimentelle Realmodelle jenes wahren Totum, das erst im Schwange steht.“ Anders formuliert: Die Militanz einer politischen Aktion oder die Radikalität einer politischen Position zeichnet sich nicht durch eine (äußere) Form aus (sei es die Form der Aktion, die Sprache oder was auch immer), sondern zum einen durch ihren Bezugspunkt, das, was Bloch „jenes wahre Totum, das erst im Schwange steht“ nennt und was, zumindest im Moment so schwer zu fassen zu kriegen ist, weil es sich meistens lediglich in Gespensterform zeigt. Und zum anderen dadurch, dass es nicht abschließt, sondern immer einen Spiel- und Handlungsraum eröffnet, der denkbar, spürbar, fühlbar wird und sich nicht mit halbfertigen Ergebnissen zufriedengibt. Das, worum es geht, wird in gewisser Weise tatsächlich vorweggenommen – dies kann man gerne Selbstermächtigung nennen – und genau dadurch für die Zukunft ermöglicht. Oder anders formuliert: Die von Bloch beabsichtigte Konstruktion einer Möglichkeit trifft auf eine geschichtliche Möglichkeitskonstellation, also eine Situation. Es ist natürlich kein Zufall, dass das, was Bloch hier beschreibt, sich auch bei Marx wiederfindet: „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“ Womit wir erneut beim Gespenst wären.

### **Radikale Kreativität**

Aber wir können und brauchen uns hinter diesem Gespenst nicht zu verstecken. Wir brauchen eine klare und explizite Radikalität und dies auch, um nicht in der politischen

Fantasielosigkeit zu versinken. Nehmen wir das an dieser Stelle unverfängliche Beispiel TTIP, unter dessen Gegnern sich auch eine ganze Reihe von denen befinden, die dem möglichen Drittel zuzurechnen sind. Sicherlich ist es erstaunlich (und durchaus positiv), dass so viele dagegen auf die Straße gehen. Aber erstens ist die Perspektive nicht einfach TTIP zu verhindern, weil es nach TTIP schon längst Möglichkeiten gibt, die mit TTIP verbundenen Ziele auf andere Weisen zu realisieren. TTIP ist für das neoliberale kapitalistische Regime nicht der Eckstein, der, würde er angekratzt oder verhindert, das ganze System ins Wanken brächte. Insofern müsste klar werden, dass es in der Auseinandersetzung um (hier zum Beispiel) TTIP immer um's Ganze geht. Zugleich kann man zumindest vermuten, dass eine „antikapitalistische“ Position über die Maßen hilfreich oder sogar Voraussetzung dafür wäre, dann tatsächlich TTIP zu verhindern. Das ließe sich für eine ganze Reihe von Auseinandersetzungen zeigen, in die das dissident/diffuse Drittel in irgendeiner Weise involviert ist und sei es auch nur auf dem Sofa sympathisierend (Krise, Klimakämpfe, Flucht und Migration, Recht auf Stadt ... ). Eine klar antikapitalistische Position wird nicht nur benötigt, um die unterschiedlichen Kämpfe immer wieder zu verbinden, sondern eben auch, um die notwendige politische Kreativität zu entfalten. Und das gilt nicht nur für die Orte, Kampagnen, Initiativen etc. in die hinein eine radikale Linke interveniert, um sie bspw. nach links zu verschieben. Das gilt auch in Bezug auf einen zu kurz greifenden Umverteilungsdiskurs. Das gilt umso mehr für die eigenen strategischen Orientierungen, Ausrichtungen, Kampagnen und Aktionen, die erdacht, entwickelt und durchgeführt werden.

„Woher kommen die richtigen Ideen? Fallen sie vom Himmel? Nein. Sind sie angeboren? Nein. Sie können nur aus der gesellschaftlichen Praxis kommen ...“ (Mao, zitiert nach Georges Casalis – franz. Befreiungstheologe –, Die richtigen Ideen fallen nicht vom Himmel). Die richtigen Ideen kommen also aus den Situationen oder anders gesagt: aus den geschichtlichen Möglichkeiten, die es zu lesen gilt! Im besten Fall korrespondieren diese geschichtlichen Möglichkeiten mit den Möglichkeitsfiguren, die Bloch im Sinn hatte. Wenn ich „Nach Athen ...“ richtig lese, so geht es ja auch darum, dass das diffuse Drittel ein Problem mit den Ideen hat. Oder anders gesagt: Es hat keine Idee! Allerdings ist das nicht so ungewöhnlich für eine neoliberal durchgestylte Gesellschaft und

ihre Subjekte und gilt auch für den Rest bis hin zu dem Punkt, dass eine Infizierung bis in die radikale Linke hinein (ich verwende jetzt einfach mal diese plakative Zuschreibung) geschieht. (Klar sollte dabei aber auch nicht vergessen werden, dass sie auch immer wieder durchbrochen wird!) Die vermeintliche neoliberale „Kreativität“ ist billig, digital und hat sich schon längst dem Diktat der Zählbarkeit unterworfen. Und: Sie modelt das Subjekt bis zur Unkenntlichkeit, überfordert es mit einem Kreativitätspostulat und dem Zwang, permanent neue Ideen zu produzieren. Aus einer gesellschaftlichen Praxis kommen diese nicht.

### Die Bedeutung der Ideen

Man könnte auch sagen: Wir brauchen eine Idee oder den Glauben daran, dass mit diesem Ganzen tatsächlich Schluss sein kann, die Traurigkeit des Kapitalismus verschwindet und ein neuer Frühling möglich ist. Diese Idee gibt es im Anschluss an und in Verbindung mit einer Tradition (in der sich die gesellschaftliche Praxis in der Geschichte wiederfindet) und es gibt gar keinen Grund, diese aufzuheben. „Wir müssen alles, auch uns selbst, neu erfinden!“ Nein, das müssen wir nicht! Wenn diese Formulierung nicht die neoliberale Subjektivität im Kern zum Ausdruck bringt, dann weiß ich nicht, welche es besser könnte. Sie spiegelt sowohl Hybris als auch Überforderung und mündet in – Ideenlosigkeit. Das Geniale an Marx' kategorischem Imperativ ist ja gerade, dass er sich dieser Zurichtung des Menschen in einer Weise entgegenstellt, die die einzige Möglichkeit seiner Rettung darstellt und ihn als Subjekt ernst nimmt: „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.“ Also nicht und auf keinen Fall in den Menschen einzugreifen, wie es der Kapitalismus in jeder Phase und gerade auch jetzt getan hat und tut. Die Strategien dieser Zurichtung sind immer auf's Neue zu entlarven und in den umzuwerfenden Verhältnissen zu suchen.

Als freundliche Aufforderung sollte uns/einer radikalen Linken dieser Imperativ zunächst genügen. Und wenn aus dem diffusen Drittel ein wirklich dissidentes Zehntel würde: gut! Dazu aber brauchen wir sicher die Treue zum Ereignis, die Demut vor der tatsächlichen gesellschaftlichen Praxis, eine „Disziplin der Zeit“, wie Alain Badiou so treffend sagt, und die Bereitschaft oder den Mut, dem „was uns zu bewegen vermag, obwohl es nicht existiert“ (Thomas Seibert) ein Gesicht zu geben.

# Das strategische Dilemma der Linken des 21. Jahrhunderts

Eine Antwort auf Thomas Seibert

Von DGS

Seiberts Text stellt viele (richtige) Fragen, die eine Linke (egal welcher politischer Richtung) beantworten muss, wenn sie überhaupt „politikfähig“ sein will. Wobei die Frage, was eigentlich „(linke) Politikfähigkeit“ bedeutet, selbst noch diskussionswürdig ist. Den Anhänger für Seiberts Überlegungen bilden die Entwicklungen in Griechenland, die zum Wahlsieg von Syriza geführt haben.

## A) Voraussetzungen für „linken Widerstand“ (Neue soziale Bewegungen)

Wir stimmen Seibert zu, dass die griechische Syriza mehr Unterstützung von „außen“ hätte bekommen müssen (insbesondere soziale Kämpfe in den imperialistischen Kernstaaten wie der BRD) und dass die Krise in Griechenland eigentlich zu einer „Krise der EU“ hätte gemacht werden müssen, wenn ein Bruch mit der Austeritätspolitik hätte gelingen sollen.

Richtig ist auch, dass die OXI-UnterstützerInnen zwar gegen die Austeritätspolitik waren, aber auch für den Verbleib in der EU. Dies war der zentrale programmatische Widerspruch der gesamten Syriza-Politik.

Seiberts strategische Schlussfolgerungen, die wir teilen, sind:

a) sich auf eine langfristige Perspektive einstellen („mehrfähriger Prozess“)

b) der Übergang zu transnationaler Politik (als Folge der Globalisierung) kann nur auf nationaler oder lokaler Ebene beginnen.

Seibert nennt drei Hauptprobleme für heutige linke Politik:

1) „Der erste liegt in der systematischen Entpolitisierung nicht nur der europäischen, sondern der Weltverhältnisse nach dem Zusammenbruch sämtlicher Sozialismen des 20. Jahrhunderts.“

2) „Der zweite liegt im seither ungebrochenen Ausgriff des Kapitals eben nicht mehr nur auf die Arbeit, sondern auf das Ganze des Lebens und der Welt.“ (Ökonomisierung sämtlicher Lebensverhältnisse)

3) „Verstärkt werden beide Faktoren drittens durch die Rückschläge der düsteren Zukunftsperspektiven dieses Kapitalismus in die

Subjektivität der Unterworfenen. In unseren Gesellschaften führt das zu der sich selbst als ‚realistisch‘ verstehenden, wenn auch latent verzweifelten Zustimmung der Meisten zu einem Krisen- und Kriegsregime, dessen letztes Versprechen die Sicherung ‚unserer‘ Grenzen zu den ringsum näher rückenden Zusammenbruchs- und Verwüstungsregionen ist. Die systematische Entpolitisierung durch einen alternativlos gewordenen Kapitalismus und der Überlebensrealismus der Mehrheitsgesellschaft begründen die Metastabilität der neoliberalen Un-Ordnung: den Umstand, dass sie sich nicht trotz, sondern gerade durch ihre zunehmende Instabilität erhält.“

Den letzten Punkt mit der zunehmenden Instabilität sehen wir kritisch, da er uns zu sehr nach einer latenten Zusammenbruchstheorie aussieht. (1) Davon kann aber beim gegenwärtigen Kapitalismus, zumindest in den Metropolen, nicht gesprochen werden. Ansonsten halten wir diese Diagnose *grosso modo* für richtig.

Aus dieser Diagnose leitet Seibert die Notwendigkeit ab: „Er wird der Plan sein, auf den sich zunächst einmal die Minderheiten einigen, die sich dem neoliberalen Konsens verweigern.“ Er nennt diese Minderheit das „dissidente Drittel“.

Wir sind unsererseits diesbezüglich skeptisch – sowohl, was die begriffliche Ebene, als auch, was die Quantifizierung anbelangt. Zur Quantifizierung:

– Wikipedia fasst die Meinungsumfragen der letzten Zeit, wie folgt zusammen: „Ein Bündnis aus SPD, DIE LINKE und Grünen könnte eine Mehrheit“ nur dann „haben, wenn weder AfD noch FDP in den Bundestag einziehen.“ (2)

– Was die NichtwählerInnen anbelangt, so schreibt Thomas Seibert selbst: „Doch tendieren viele ‚Politikverdrossene‘ eher nach rechts als nach links“.

– und was die Wählenden anbelangt, so wählt ein erheblicher Teil der WählerInnen von SPD und Grünen diese Parteien nicht trotz, sondern wegen deren neoliberalen, (humanitär-) militärinterventionistischen Ausrichtung.

– Und die WählerInnen der Linkspartei sind überwiegend jedenfalls – zumindest ziemlich – langmütig, was deren neoliberale Regierungsbeteiligungspraxis (wenn möglich) betrifft, und nicht unbedingt dem „dissidenten“ Spektrum zuzurechnen, was Fragen des Nationalismus/Rassismus und des Geschlechterverhältnisses/der sexuellen Orientierung(en) anbelangt. Und was die begriffliche Ebene anbelangt: Wir stimmen Seibert zu,

a) dass dieses Milieu sich stark aus den sogenannten Mittelklassen rekrutiert (wobei wir allerdings gerade in dem Denken in der „Mittelklassen“-Kategorie einen wichtigen Teil des „Problems“ sehen) und

b) dass diese Leute nicht aus eigenem materiellem Interesse handeln, sondern aus moralischen und politischen Motiven, die auf gewissen Ideen beruhen, denen sich diese Leute bewusst sind. Dies macht sie grundsätzlich ansprechbar für gesellschaftliche Ideen und Entwürfe, die über den bestehenden Rahmen hinausgehen. Ob das insgesamt zu einer „Linksverschiebung“ führen kann, bleibt abzuwarten. Wir neigen da eher zu einer gewissen Skepsis; und zwar nicht, weil uns das – in diesem Sinne („über den bestehenden Rahmen hinaus“) „utopische“ Denken fernliegt, sondern weil bislang alle sozialen Kämpfe und Bewegungen nach 1945 mit Niederlagen endeten. Uns scheint, dass sich an dieser mäßigen Erfolgsbilanz wenig ändern wird, solange sich – ein enger Begriff von „Arbeiterklasse“/„Proletariat“ aufseiten der Reste des stalinistischen maoistischen und trotzkistischen Partei-Marxismus einerseits und – ein affirmativer bis weinerlich-selbstkritischer Un-Begriff von „Mittelschicht“/„-klassen“ aufseiten der Bewegungs-Linken andererseits wechselseitig stabilisieren und den Durchbruch zu einem marxistischen Begriff von „Lohnabhängigen“ (= diejenigen, deren (Über-)Leben vom Verkauf ihrer Arbeitskraft als Ware abhängt – und zwar unabhängig von konkretem Tätigkeitsinhalt und Ausbildungsniveau) blockiert. (3)

Seibert glaubt, dass der Schlüssel für diese neuen sozialen Bewegungen in der „sozialen Frage“ liege, deren Antworten schon deshalb „links“ seien, weil sie erkennen würden, dass mit der „sozialen Frage“ der „Kapitalismus“ immer schon mitgemeint sei. Wir halten dieses „Argument“ für sehr fragwürdig.

Erstens ist gar nicht klar, was genau mit „Kapitalismus“ gemeint ist, wenn von ihm gesprochen wird. Auch Rechte und FaschistInnen sprechen vom „Kapitalismus“, wenn auch in

demagogischer Weise. Richtig ist aber, dass die soziale Frage nicht auf ökonomische Kämpfe reduziert werden kann, wie das tatsächlich einige „Traditionalisten“ (tendenziell) machen. Wenn Seibert aber schreibt: „Nur eine Minderheit dieser Minderheit aber würde die Lösung der sozialen Fragen heute noch in der Klassenfrage suchen. Nicht, dass der Klassencharakter der bestehenden Verhältnisse verkannt oder übergangen würde – dass wir in Klassenverhältnissen leben, ist ja mitgemeint, wenn der Grund aller Krisen im Kapitalismus ausgemacht wird. Würde man aber sagen, dass deren Lösung an der Arbeiter\*innenklasse hängt, könnte man kaum auf Zustimmung rechnen. Das bestätigte sich, würde man dem die These unterlegen, dass die Arbeiter\*innenklasse ein objektives Interesse an der eigenen und darin der Emanzipation aller habe, das sich subjektiv-praktisch in der Macht bewähre, alle Räder zum Stillstand zu bringen: fände man überhaupt Zuhörer\*innen, schlänge einem bestenfalls milde Ironie entgegen. Im Vorausblick auf einen Plan A darf dieser ‚Abschied vom Proletariat‘ (Gorz) nicht mehr als Schwäche, sondern muss als erfahrungsgesättigte Stärke gewertet werden. Sie ist das, was das dissidente Drittel nicht wenigen bekennenden Linken voraus hat.“, dann schüttet er aus unserer Sicht das Kind mit dem Bade aus. Sicher ist die heutige „Arbeiterklasse“ nicht mehr das, was sie in der Weimarer Republik oder vielleicht sogar noch in den 1950er Jahren (trotz „Wirtschaftswunder“) war. Trotzdem bleibt der Klassenkampf der „ArbeiterInnenbewegung“ (die sich möglicherweise neu definieren und als Teil multipler „Fortschrittstendenzen“ (neben anderen) sehen muss) aber eine zentrale strategische Achse des „Antikapitalismus“. Ohne diese eine zentrale strategische Achse ist aber alles Gerede von „Linksverschiebung“ illusionär.

Seibert spricht auch ziemlich klar aus, wo er mit seinen Überlegungen hin will: „Strategisch auf den Punkt gebracht, stellte die Vierte Kraft (der politische Block des dissidenten Drittels) damit noch nicht die Macht-, wohl aber die Frage nach einer Regierung, die einer Veränderung (nicht nur) der deutschen Verhältnisse wenigstens zuarbeiten könnte.“

Nach all den geschichtlichen Erfahrungen mit „Links-“ und „Volksfront“-Regierungen (und Griechenland ist ja nun wirklich noch taufisch in Erinnerung) können wir eine solche Aussage nur als blauäugig bezeichnen. Am Ende musste sich noch jede dieser Regierungen entscheiden, ob sie:

– den Schritt zum Bruch mit dem Bestehenden gehen wollten, worauf sie nicht vorbereitet waren, weshalb sie ihn wohlweislich (fast) nie gingen,

– oder ob sie als Agentur zur Stabilisierung des Bestehenden handeln (wollen/müssen).

Einer „Veränderung (nicht nur) der deutschen Verhältnisse wenigstens zuarbeiten“, aber die Machtfrage hintenanzustellen – das funktionierte schon früher schlecht (4), und es funktioniert unter den heutigen Bedingungen von kapitalistischer Krise und bürgerlicher Klassenoffensive umso schlechter.

Wir würden Thomas Seibert aber insofern zustimmen, dass es keine soziale Gruppe gibt, die sich privilegiert als „revolutionäres Subjekt“ eignet; im Übrigen befinden wir uns da in bester Übereinstimmung mit Lenin, auch wenn Seibert den Namen Lenin wahrscheinlich lieber ins Revolutionsmuseum verfrachten würde. Aber gerade in Fragen wie Krieg und Frieden und äußeren und inneren Widersprüchen ist der Kompass der Klassenorientierung unverzichtbar („der Hauptfeind steht im eigenen Land“), sonst endet es in letzter Instanz beim (sozialdemokratischen) Pro-Imperialismus, wenn man dem Fundamentalismus (nur) die (vermeintlich klassenlose und/oder klassenübergreifende) „wirkliche Demokratie“ entgegengesetzt (5) anstatt die internationale Solidarität und Klassenaktion der „Unterklassen“. Womit sich dann die „Klassenfrage“ als notwendiger Bestandteil transformatorischer Strategien (negativ) bestätigen würde.

## **B) Jenseits von Machwerk und Trugbild**

Wir lehnen Seiberts Begriff der „wahren Demokratie“ analytisch ab, weil er von dem Zusammenhang zwischen der Form der jeweiligen Demokratie und gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen und damit von der Machtfrage abstrahiert. (6) Das heißt aber nicht, dass seine Beschreibungen per se keinen Wert hätten. Tatsächlich glauben auch wir, dass sowohl die neoliberale „Ideenlosigkeit“ (Ende der Geschichte) als auch der Fundamentalismus einer „absoluten Ordnung“ falsch sind, da sie das Entwicklungspotenzial – sowohl gesellschaftlich als auch „persönlich-subjektiv“ – blockieren oder doch zumindest schwer behindern. Allerdings bleiben wir mit dem Entwicklungsbegriff (um nicht das häufig missbrauchte Wort „Freiheit“ zu verwenden) nicht bei der (bürgerlichen) Französischen Revolution stehen, sondern möchten sie über das „Formal-Politische“ ins „Sozial-Ökonomische“ hinüberführen. Diese gesellschaftliche Trans-

formation bedeutet aber nicht die Ausfüllung der Form der „Demokratie“ mit einem neuen „sozialen Inhalt“ (da irrte unseres Erachtens Rosa Luxemburg, auch wenn wir sonst viel von ihr halten), sondern auch die Form der „Demokratie“ muss sich wandeln, wenn sich ihre gesellschaftliche Funktion ändern soll. Das heißt, ein (Halb-)Staat aufständischer Rätebewegungen (die aktuell nicht erkennbar sind) ist eine andere Demokratie als eine bürgerlich-repräsentativ-parlamentarische Demokratie, deren Form eben adäquat ist zur kapitalistischen Klassenherrschaft (und auch zum Rassismus und Patriarchat). Wenn diese bürgerlichen (rassistisch-patriarchalen) Verhältnisse überwunden werden sollen, muss auch die Bereitschaft zum „Bruch“ mit eben dieser Form von Demokratie bestehen. Und genau an dieser (Staats-)Frage (das wusste Lenin sehr gut) scheidet sich die revolutionäre Linke von der reformistisch-gradualistischen.

Unseres Erachtens ist es daher die vorrangige Aufgabe der „Linken“, eine Einigung in wesentlichen (Programm-)Fragen zu erzielen (7), um handlungsfähiger zu werden. Der Bruch mit der bestehenden Form von Demokratie und die Einsicht in die Notwendigkeit (für grundlegende gesellschaftliche Veränderungen), den bestehenden Staatsapparat nicht fertig zu übernehmen, sondern zerbrecen zu müssen, ist dabei ein Essential, hinter dem nicht zurückgegangen werden kann, wenn es um „revolutionäre Organisation“ und nicht nur diese oder jene Linderungen im Hier und Jetzt gehen soll. An dieser Frage wird sich die Spreu vom Weizen trennen und auch trennen müssen. Wir jedenfalls würden uns freuen, wenn sich auch Thomas Seibert im Weizentrog einfinden würde.

### **Zum Weiterlesen**

- Thesen zu einer europäischen revolutionären Programmatik , <http://www.trend.infopartisan.net/trdo815/t400815.html>.  
- Der kommende Aufprall. Auf der Suche nach der Reißleine in Zeiten der Krise - Strategische Überlegungen, [http://akkffm.blogspot.de/images/DerkommendeAufprall\\_web.pdf](http://akkffm.blogspot.de/images/DerkommendeAufprall_web.pdf).

### **Fußnoten**

- 1) Vgl. dazu <http://arschhoch.blogspot.de/2012/03/04/wie-aktuell-ist-die-revolution/> und [http://arschhoch.blogspot.de/images/5\\_AntiThesen\\_FINALTR\\_ENN.pdf](http://arschhoch.blogspot.de/images/5_AntiThesen_FINALTR_ENN.pdf) und demnächst die Abschnitte 1. und 8. des Teils II (Warum ich (auch) keinE FT-CI-TrotzkistIn bin... – Zur Kritik des Manifestes der Trotzkiistischen Fraktion / Vierte Internationale, der in Deutschland RIO angehört) der Serie zur Trotzkiismus-Kritik von DGS; Teil I erschien in trend 12/2015.
- 2) [https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl\\_zum\\_19.\\_Deutschen\\_Bundestag](https://de.wikipedia.org/wiki/Wahl_zum_19._Deutschen_Bundestag).
- 3) Vgl. dazu den Abschnitt 7.d) Zum Problem der ökonomischen und politischen Spaltung der Lohnabhängigen in diesem Text von DGS: <http://www.trend.infopartisan.net/trdo611/to30611.html>.

4) Zwar ist es durchaus möglich, dass eine sog. fortschrittliche Regierung, ohne die gesellschaftliche Machtfrage zu stellen und ohne sich selbst zum Instrument des Bruchs mit dem bestehenden Staatsapparat zu machen, einzelne (oder auch eine ganze Reihe von) Reformen im Interesse der Ausgebeuteten und Beherrschten durchsetzt, aber dies kann innerhalb der bestehenden Verhältnisse keine umfassende „Reformalternative“ (zur Kritik dieses DKP-Konzeptes von um 1990 siehe: Peter Brendel, Zu schön um wahr zu sein. Zur Einschätzung des DKP-Entwurfs „Bundesrepublik Deutschland 2000“, in: Hintergrund. Marxistische Zeitschrift für Gesellschaftstheorie und Politik IV/1988, 46–61 [49 ff.]) sein, sondern wird immer wieder bestimmte Grenzen aufweisen und von gegenteiligen Maßnahmen konterkariert werden (s. z. B. die Regierungspolitik der SPD in der Weimarer Zeit [Noske: „Einer muss den Bluthund machen! Ich scheue die Verantwortung nicht!“] oder die sogenannten Berufsverbote bereits als Willy Brandt Bundeskanzler war) oder aber an bestehenden gesellschaftlichen Machtverhältnissen

brechen (s. aktuell die Syriza-Regierung im Sommer 2015 in Griechenland oder Anfang der 1980er Jahre die PS/KPF-Regierung in Frankreich).

5) Für eine Kritik des Neo-Kautskyianismus in der Demokratie-Frage siehe: unsere gemeinsame Kritik am NAO-Manifest, <http://www.nao-prozess.de/blog/eine-neue-tolle-nao-idee-den-kapitalismus-demokratisch-abschaffen-und-den-gemeinsamen-Text-von-Micha-Schilwa-und-DGS>,

<http://theoriealspraxis.blogspot.de/2014/01/29/fuer-eine-raetesozialistische-de-konstruktion-des-demokratie-begriff>.

6) Siehe noch einmal die beiden in FN 5 genannten Texte.

7) Vgl. zur „Essential-Methode“, die bedeutet, „dass sich die programmatische Annäherung zunächst auf einige programmatische und strategische Mindeststandards revolutionärer Theorie und Politik [...] konzentrieren sollte“: <https://systemcrash.wordpress.com/2014/03/20/was-bleibt-vom-nao-prozess-als-fliesstext>.



# Zeit für Plan C

Jenseits von zahnlosem Reformismus in den EU-Staatsapparaten  
oder verbalradikalem Bruch damit

**Von Jan Schlemmer, August 2015**

*„Wenn wir uns in der Krise an das Alte klammern, kann nichts Neues entstehen.“* Reimut Reiche

Diese Niederlage ist unsere Niederlage, ist eine Chance. Zwei Dinge sind nach der kurzen Debatte der letzten Wochen klar und können inzwischen als bekannt vorausgesetzt werden. Zum einen: Die Niederlage der griechischen Regierung gegenüber der maßgeblich von der deutschen Regierung vorangetriebenen Erpressungspolitik ist nicht irgendeine Niederlage irgendwelcher ausländischer GenossInnen, sondern eine Niederlage der europäischen Linken als Ganzes und damit nicht zuletzt auch unsere.

Denn eine europäische Alternative ist offenbar „nur gegen die hierzulande konsolidierten Machtverhältnisse und gesellschaftlichen Mehrheiten zu erreichen“. (Strohschneider 2015) Die aufgeregte Fachsimpelei darüber, was „die Griechen“ nun machen „müssen“ ist daher nichts als eine Ablenkung von dem eigentlichen Job, der für die deutsche Linke jetzt ansteht. Deswegen „schweigen wir besser für einen Moment und enthalten uns der Gedankenspiele, was besser für Griechenland wäre“. (Candeias 2015) Dass nach der ungewohnt dynamischen Situation in der EU in diesem langen ersten Halbjahr jetzt Zeit zum konzeptionellen Denken und Handeln ist, ist insofern vor allem eine Chance, unsere Politik in den Mühen der deutschen Ebene zu überdenken. Die sozialen Bewegungen und Kämpfe gegen das dritte Memorandum gehören von hier aus zwar natürlich weiterhin unterstützt (da ist ganz sicher auch noch Luft nach oben und praktische Gelegenheiten gibt es viele, siehe solidarity4all 2013), allzu viel kaufen kann sich davon in Griechenland angesichts der „schwachen Bewegungen in Deutschland“ (Dreis 2015) aber ohnehin niemand.

Zum zweiten war die Niederlage von Montag, dem Dreizehnten, eine, die eine neue Runde der Auseinandersetzung eingeleitet hat. Sie ist so schmerzhaft wie vorläufig und stellt die Frage, was aus der jüngsten Entwicklung für die Zukunft zu lernen ist – d. h. was wir alle anders machen müssen, gerade weil viele im Rahmen ihrer Möglichkeiten einiges versucht und wenig

erreicht haben. (Vgl. Seibert 2015) Denn diese Niederlage hat eine nicht mehr ganz so junge Erkenntnis über den europäischen Kapitalismus endgültig in aller Öffentlichkeit ratifiziert: „So, wie es ist, bleibt es nicht, nicht einmal in den Zentren des Neoliberalismus. Das aber markiert auch das endgültige Scheitern aller rot-grünen Vorstellungen von kosmetischen Veränderungen im Rahmen des Bestehenden. Demokratische Politik, die sich selbst ernst nimmt, muss heute auf eine Transformation der politischen und ökonomischen Formen zielen und eine Exit-Strategie aus dem Krisenkapitalismus entwickeln. Denn dieser zerstört das Soziale und die Demokratie.“ (Kipping/Riexinger 2015)

Mit anderen Worten: Der hegemoniale Lack des deutschen Europas – und damit auch der mit ihm irgendwie kritisch verbundenen Teile einer vermeintlich linken Mitte – ist ab, „die Schwelle ist überschritten“. (Vorstandes ISM 2105) Das zeigt nicht zuletzt die grenzübergreifende Empörung über das offen autoritäre Auftreten der deutschen Politik. Doch so, wie bisher, geht es auch für ihre Gegner und mithin die gesamte „Mosaiklinke“ (vgl. Urban 2009) in diesem Land nicht weiter. Denn »Syriza hat, selbst wenn man die Einschätzung vertritt, der 13. Juli 2015 sei eine unumkehrbare Niederlage im Ringen gegen die Krise und das Europa der Austerität, die Voraussetzungen für fortschrittliche Politik verändert. Die von der Athener Regierung verfolgte Politik war mindestens, und das ist mehr, als die Linken in Europa in den vergangenen Jahren erreicht haben, ein großer Katalysator.“ (Strohschneider 2015) Allein, was das hierzulande konkret heißen kann, scheint noch unklar. Darum soll es im Folgenden gehen.

## Schluss mit der Geisterstunde

Klar ist zugleich auch, was das Neue schon Mal nicht sein kann: Die Fokussierung auf die Grexit-Option, die nun von ganz verschiedenen Teilen der gesellschaftlichen Linken in Deutschland als der bisher fehlende „Plan B“

angepriesen wird (vgl. Wissler/Gohlke2015; Schaber 2015), ist nicht nur als gut gemeinter Ratschlag fraglich, weil sie ihrerseits keine Lösung für das Problem der Verelendung und dafür hat, dass das plebiszitäre Moment des OXI mit einem von oben geplanten Grexit „umschlagen würde in eine gelenkte Demokratie und letztlich den Autoritarismus einer linken Regierung“. (Blockupy goes Athens 2015)

Vielmehr ist die Diskussion mal wieder ein Beispiel dafür, dass in der bürgerlichen Gesellschaft viele Menschen gerade „in Epochen revolutionärer Krisen (...) ängstlich die Geister der Vergangenheit zu ihrem Dienste herauf beschwören“ und „ihnen Namen, Schlachtparole, Kostüm entlehnen, um in dieser althehrwürdigen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die neuen Weltgeschichtsszene aufzuführen“. (Marx/Engels 1972)

Der Grexit ist in der deutschen Debatte vor allem die Neuauflage der alten links-nationalistischen These, dass die Rückkehr in die nationalstaatliche Wagenburg unvermeidlich sei, um „die Reste jener politischen Institutionen so gut wie möglich zu verteidigen und instand zu setzen, mit deren Hilfe es vielleicht gelingen könnte, Marktgerechtigkeit durch soziale Gerechtigkeit zu modifizieren und zu ersetzen“. (Bischoff/Radke 2015) Sie zielt weniger auf Griechenland als auf die linke Politik hierzulande. Dabei aktualisiert sie zum einen das fundamentale Missverständnis der etatistischen Linken, die den (National-)Staat zum Hort der politischen Gestaltungsfreiheit verkürt – was unter heutigen Bedingungen einer globaler Arbeitsteilung noch hoffnungsloser ist, als es das ohnehin immer schon war. (Vgl. Hirsch 2005) So frei Weltmarktkonkurrenz und Wachstumszwang ausschalten zu können, ist der Staat nicht mal im Fordismus gewesen.

Heute befeuert das zudem gerade jene Souveränitätsfiktion, die so tut, als ob in der EU „alle Mitgliedsstaaten den gleichen Spielraum wie die Bundesrepublik hätten, (...) wenn sie sich denn nur an der richtigen Politik orientierten, sprich: an der Deutschen“. (Werner 2015) Dass die meisten Griechen das nicht wollen, ist übrigens ausgerechnet die hierzulande mit Abstand populärste Begründung der Grexit-Option. Schäuble und Co. wollen Griechenland raus werfen, weil sie den wirtschaftspolitischen Konflikt von einem einer sich erst zögerlich bildenden, europäischen Innenpolitik wieder zu einem außenpolitischen Thema machen wollen. Zum anderen bedeutet

das linke Revival des Nationalstaates eine Verkenning der gefährlichen Dynamik des neuen Nationalismus (und das ausgerechnet in einer Zeit, in der im ganzen Land wieder Flüchtlingsheime brennen). Denn in diesem ist der „kleine Mann“ nicht mal mehr „Arbeitnehmer, sondern Steuerzahler und hat damit das gleiche Interesse wie ‚unsere Banker und Politiker‘“. (Tsomou 2015)

Gerade ein „linker Populismus“ müsste genau hier die entscheidende Differenz einziehen, anstatt sich wie Sarah Wagenknecht jüngst mit dem Leistungsträger-Diskurs von Hans Werner Sinn bis AfD gemeinzumachen. (Vgl. Schindler et al 2015) So bitter es ist: „Die Rückkehr zur Nation, der das ökonomische Fundament längst abhandengekommen ist, ist nur noch als reaktionäres Projekt möglich.“ (Konicz 2015) Sozial geht nicht national. Eine fortschrittliche Lösung lässt sich heute nur noch transnational denken. Darunter ist sie nicht zu haben.

### **Plan C: Das Mosaik muss sein Leben ändern**

Bleibt also vorerst nur das Hoffen darauf, dass das „soziale Europa“ nach genug Appellen an das europäische Bewusstsein doch noch vom Himmel fällt? Im Gegenteil. Die folgenlose Flut von Konzepten für ein soziales und föderales Europa (vgl. Münchau 2015) ist selber schon zu einem Symptom seiner postdemokratischen Entleerung geworden. Zugleich ist sie Ausdruck einer sozialen Virtualisierung der gesellschaftlichen Linken, die sich zu wenig um die realen Bedingungen kümmert und umso mehr gut gemeinte, aber abstrakte Konzepte produziert.

Das ist gerade in Bezug auf die Krisenpolitik ein Problem. Denn bei ihr geht es „nicht einmal vorrangig, um die Haushaltskonsolidierung, sondern vor allem um die sogenannten Strukturreformen zur Steigerung der ‚Wettbewerbsfähigkeit‘. Die Austeritätspolitik dient dazu, in der gesamten EU die Löhne zu senken, die Profitabilität zu erhöhen und die Position des deutschen und europäischen Kapitals in der Weltmarktkonkurrenz zu verbessern. Es ist eine entscheidende Schwäche der überwiegend keynesianisch argumentierenden deutschen Linken, dass sie aus einer an der effektiven Nachfrage orientierten Perspektive die Austeritätspolitik immer nur als irrational darstellt.“ (Sablowski 2015) Schließlich helfen gegen diese politökonomische Bedingungskonstellation, die den Rahmen des politisch Möglichen auch für die Linke absehbar begrenzt, keine abstrakten Appelle – und das gilt auf supranationaler wie nationaler Ebene. (Vgl. Heinrich 2015) Des-

wegen lässt die „Alternative“, entweder zahlloser Reformismus in den Staatsapparaten und Kanälen der EU oder verbalradikaler Bruch mit ihr auf nationalstaatlicher Ebene, keine linke Wahl zu.

Die beginnt überhaupt erst jenseits dieser staatsfixierten Gegenüberstellung, die Ausdruck eines in wesentlichen Teilen immer noch fordistisch geprägten Politikverständnisses ist. Ausgangspunkt einer linken Strategie wäre dagegen mithin die Einsicht, dass traditionelle Politikkonzepte, wie die Fokussierung auf den Staat als Instrument der Krisenlösungen und eine homogene Vorstellung des politischen Subjektes linker Politik der aktuellen Situation nicht angemessen sind und dagegen ein Konzept gesamtgesellschaftlicher Veränderung nötig ist. Das meint nicht zuletzt, Ungleichzeitigkeiten und Widersprüchen nicht identitär zu vereindeutigen.

Damit unterscheidet sich diese Perspektive von allen – leider immer noch oft als besonders links apostrophierten – romantischen Avantgardevorstellungen, die in sozialen Auseinandersetzungen „die politische Führung“ (marx21 2013) übernehmen wollen. Sie setzt sich aber auch von neosozialdemokratischen Konzepten ab, die ihre Aufmerksamkeit vor allem einer „Regierungsteilhabe“ (Nitz/Liebich 2010) widmen. Zugleich stellt sie sich gegen Homogenitäts- und Reinheitsfantasien, wie es sich auch auf Bewegungsseite immer wieder gibt (Unsichtbares Komitee 2010). Denn sie meint sowohl für Partei wie soziale Bewegung jeweils eine Selbstbeschränkung. Schließlich würde es für die Partei bedeuten, innerhalb des Staates – in Inhalt wie auch einem entsprechenden Modus – Politik für eine Gesellschaftsveränderung zu machen, die aus strukturellen Gründen wesentlich außerhalb davon stattfinden muss. Denn es ist nicht ja nicht neu: Die etablierten Strukturen demokratischer Staatlichkeit verhindern systematisch Partizipation und die Gestaltungskapazitäten des Steuerstaates sind darüber hinaus heute politökonomisch ziemlich begrenzt. Für die Bewegungen würde es im Gegenzug bedeuten, einen reichlich unstrategischen Horizontalismus zu überwinden, der immer noch so tut, als wäre das Feld staatlicher Kräfteverhältnisse eins, was einen eigentlich nichts angeht und in dessen Niederungen man sich deswegen nicht die Finger schmutzig machen müsste.

Dass auch von Bewegungsseite zu wenig gegen den deutschen Putsch passiert ist, hat schließlich nicht zuletzt auch damit zu tun, dass man

bisher häufig kein Verhältnis zu neuen linken Parteienprojekten wie Syriza entwickelt und dessen machtpolitische Querschnittsbedeutung für alle „Teilbereichsthemen“ von A wie Antirassismus über K wie Klimawandel bis T wie TTIP zu oft ignoriert hat. Gerade weil der Reformismus des 21. Jahrhunderts gar kein klassisch sozialdemokratisches Integrationsprojekt mehr sein kann, wird das aber nicht das letzte Mal gewesen sein, dass sich für die Bewegungen die Machtfrage stellt. (Vgl. Neumann 2014) Wenn die sozialen Bewegungen ihren politischen Anspruch ernst meinen, sollten wir uns also langsam darauf einstellen, dass sie zumindest indirekt bald wieder mit am Verhandlungstisch der Macht sitzen könnten. Dann sollten es eine eigene Strategie geben, wie man das Spiel der Macht nachhaltig verändern kann, anstatt es nur wütend zu kommentieren.

### **Das Mosaik muss von zu Hause ausziehen**

Ein weiterer Grund dafür, dass die gesellschaftliche Linke ihre Strategie in Richtung gesamtgesellschaftlicher Veränderung jenseits der etablierten Formen von Interessensvertretung und -artikulation verschieben sollte, liegt in einer bisher häufig unterschätzten Rekonfiguration der Kräfteverhältnisse hierzulande. Das zeigt eine Analyse der Veränderungen innerhalb des hegemonialen Blocks in der BRD. Hier lässt sich spätestens mit der Bildung der Großen Koalition 2013 die Annäherung der autoritär-neoliberalen Fraktion an Positionen der „neoliberalen Reregulierungsfraktion“ feststellen, die die Mehrheitsströmungen von SPD und Grünen und nicht zuletzt die dominierenden, auf die Exportindustrie ausgerichteten Teile der DGB-Gewerkschaften samt ihres Anhangs umfasst. Diese haben, auch in Reaktion auf die Kritik am reinen Neoliberalismus, moderate Kurskorrekturen eingeleitet. (Vgl. Georgi/Kannankulam 2015) „Mögen sie aus linker Sicht unzureichend sein, neoliberal sind sie definitiv nicht.“ (Werner 2015) Allerdings gelten diese soziale Korrekturen seitens der ganz großen, schwarz-rot-grünen Koalition nur für jene, die – siehe eine an der Verwertbarkeit orientierte Migrationspolitik, das Tarifeinheitsgesetz, die Energiepolitik, Mietpreisbremse oder Mindestlohn – bereits als „fleißige Ameisen“ im Standort Deutschland gelten. (Rötzer 2013) In diesem Sinne sind die Ausfälle Sigmar Gabriels und vieler Medien gegen die „faulen Griechen“ gar nicht neu, sondern liegen ziemlich genau

auf der Linie des Projektes eines selektiv-inklusive Wettbewerbsstaates autoritärer Prägung. Denn angesichts der Produktivitätssteigerungen und der volkswirtschaftlichen Kritik an der schwachen Binnenkonjunktur für höhere Löhne im Inland einzustehen und zugleich die harte Knute für Griechenland zu fordern ist leider nicht notwendigerweise ein Widerspruch. Das alte Problem des tradeunionistischen Bewusstseins wird im nationalen Wettbewerbsstaat aktualisiert. Zwar profitieren auch hierzulande keineswegs alle Menschen von der Politik der Bundesregierung, aber viele begreifen sich als eben jene Leistungsträger einer Zweidrittelgesellschaft für die hier Politik gemacht wird. Sie befürchten die „Entwertung ihres moralischen Besitzstandes“ (Werner 2015), wenn es nicht grundsätzlich so weiter geht wie bisher. Aus dieser Grundhaltung kann man dann auch mal die Pressefreiheit verteidigen oder TTIP kritisieren, einen Ausgang aus der Deutschland AG bieten solche Einpunktkampagnen für sich genommen nicht, „wenn sie nicht in ihrer Gesamtheit Alternativen zum Exportmodell darstellen“. (Riexinger 2015)

Das verweist auf ein zentrales bündnispolitisches Problem: Die großen Gewerkschaften aus dem Exportsektor sind nicht Teil der Lösung, sondern Teil des Problems. Sie sind der rosa Elefant, von dem in der linken Debatte kaum die Rede ist – und mit dem auf absehbare Zeit keine linke Politik in Europa zu machen sein wird (und dabei ist von der Frage der dringend notwendigen ökologischen Konversion noch gar nicht die Rede gewesen, vgl. Mahnkopf 2015). Denn ohrenbetäubend ist nicht nur das Schweigen der Sozialdemokratie, sondern vielmehr noch der faktische Schulterchluss von IG Metall und IG BCE mit dem autoritären Wettbewerbsstaat, gegen den auch die gelegentliche Schaufensterpolitik des DGB und das ehrliche Engagement vieler Aktiver wenig hilft. Er basiert darauf, dass die schrumpfenden Kernbelegschaften von Facharbeitern zwar äußerlich noch an das gute alte Proletariat der fordistischen Fabrik erinnern mögen, faktisch haben sie aber im Postfordismus eher die Funktion der Bauern während der Französischen Revolution inne: Eine wichtige soziale Gruppe, der aber keineswegs per se eine fortschrittliche Rolle zu kommt. Und daran ist leider nicht nur die *Bild*-Zeitung schuld. (Vgl. Völpel 2015) Vielmehr ist es der „krisen-korporatistische Schulterchluss“ (Bierbaum 2013) der Gewerkschaften in der Export-

industrie selbst, der die politökonomische Grundlage für den Nationalismus unter der eisernen Kanzlerin darstellt. Es ist an der Zeit ihn von Links auch so zu behandeln, anstatt weiterhin auf Godot zu warten und von einer „Verankerung“ in Organisationen zu träumen, deren Basis längst auf der anderen Seite steht. Insgesamt zeigt sich an diesem Punkt: Eine gesellschaftliche Linke, die aus Angst davor, die selbsterklärten Leistungsträger – die doch vor allem anderen die neuen Spießer sind – zu verschrecken, nicht zum Bruch des Friedens in der Wagenburg Deutschland bereit ist, mag gelegentlich die Rolle eines regulativen Korrektivs im Innern spielen. Vom selbsterklärten Ziel einer sozial-ökologischen Transformation in Europa und der Bezugnahme auf den demokratischen Aufbruch in Südeuropa sollte sie sich dann aber ehrlicherweise verabschieden.

### **Für eine Politik der Möglichkeiten**

Anstatt sich in den Trümmern des fordistischen Wohlfahrtsstaates behaglich einzurichten und so zu tun, als wären die Niederlagen der letzten Jahre nur ein Betriebsunfall gewesen, braucht ein neuer linker Aufbruch hierzulande nicht zuletzt eine programmatische Modernisierung. Er kann an den Sollbruchstellen im Heute ansetzen und darin für jene Möglichkeiten streiten, die bereits jetzt Fluchtpunkte einer Exit-Strategie aus dem Krisenkapitalismus sind, auch wenn diese regelmäßig quer zu klassischen Vorstellungen linker Politik liegen mögen. (Vgl. Mason 2015)

Die gesellschaftliche Linke kann z. B. endlich den Bruch mit dem bisherigen Leistungsethos, der soziale Gerechtigkeit zur dürren Formel alter Männer gemacht hat, wagen und sich dazu durchringen, ein bedingungsloses Grundeinkommen als sozialpolitisches Minimalziel zur Entfesselung der produktiven Ressourcen einer im Hamsterrad der Wettbewerbsfähigkeit gefangenen Arbeitsgesellschaft anzuvisieren. Sie kann dabei die Aufwertung von Care- und Wissensarbeit zu einem zentralen Ziel linker Politik machen und auf dieser Grundlage auch den praktischen Schulterchluss mit jenen Gewerkschaften, wie Teilen von ver.di, suchen, die zwar längst nicht so mächtig sind, wie ihre Kollegen aus der Exportindustrie, dafür aber dem Ziel gesellschaftlicher Bedürfnisbefriedigung deutlich näher stehen. (Vgl. Winker 2009) Und sie kann selbst im Herzen des europäischen Krisenregimes jene Elemente einer Gemeinwohlökonomie (Commons) wie etwa das Miethäusersyndikat und die zahlreichen Flüchtlingsinitiativen unterstützen.

Übrigens auch schon dadurch, dass sie für eine praktische Abrüstung des Wettbewerbsstaates eintritt und beispielsweise tatsächlich Hausbesetzungen legalisiert oder in dem sie die Migrationsbewegungen endlich nicht mehr als Gegenstand von Charity, sondern als Teil einer transnationalen Umverteilungsbewegung erkennt. Solch eine Orientierung auf grenzübergreifende Prozesse und Netzwerke der Selbstorganisation ist zentral. „Denn in Griechenland und Spanien war es gerade die Maulwurfsarbeit in den Platzbewegungen, in sozialen Zentren und Formen der selbsthilfeorientierten Organisierung, die die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse durcheinandergewirbelt haben.“ (Warnke 2015)

Klingt noch etwas abstrakt? Ist es gar nicht. Würde zum Beispiel die Bundestagsfraktion der Linken das nächste Mal einen Teil ihrer Diäten nicht als einmalige PR-Aktion an SOS-Kinderdörfer verschenken, sondern an einen Verein, der Projekte der Selbstorganisation hier und im Süden Europas unterstützt, wäre das mehr als ein Anfang und praktisch weitaus nützlicher als alle Solidaritätsadressen zusammen. Denn „die auf das Jahr gerechnet 200.000 Euro wären wichtige Ressourcen, um mit Hilfe von professionellen OrganizerInnen zu versuchen, Projekte anzustoßen, zu unterstützen und zu begleiten: für den Aufbau dauerhafter Verbindungen von Sozialarbeit, Bildungsarbeit und politischer Organisierung, zum Beispiel in Auseinandersetzungen um steigende Mieten, in der Organisierung Erwerbsloser, für die Selbstorganisation von Jugendlichen und Flüchtlingen, für Re-Kommunalisierungs-Initiativen. Keine reine Sozialarbeit, aber Projekte, die einen Unterschied machen, Lebensqualität durch Solidarität im prekären Alltag verbessern und politische Organisierung in der Gesellschaft stärken.“ (Ebd.)

All diese Ansatzpunkte lassen sich in diesem Land natürlich nicht im nationalen Rahmen denken – und zwar aus inhaltlichen Gründen. Denn „wer den neoliberalen (...) Konsens aufbrechen will, muss den Dualismus von nationaler Politik und internationaler Staatengemeinschaft unterlaufen. Wenn es nur an einer Stelle gelingen würde, eine transnationale Allianz zwischen politischen Parteien, linken Regierungen und sozialen Bewegungen zu schmieden und einen Erfolg zu erzielen: Es wäre ein ‚Geschichtszeichen sein, dass sich nicht mehr vergisst‘ (Kant).“ (Möller 2015)

Konkret setzt das voraus, dass „ein Perspektivenwechsel vollzogen werden muss, bei dem mensch nicht mehr als Teil einer

nationalen, sondern der europäischen oder gar globalen Linken agiert“. (Koniszc 2015)

### **Für eine Politik der Minderheiten**

Es stimmt: Eine Regierungsmehrheit wird man in diesem Land mit der Orientierung auf den Bruch mit dem deutschen Modell der Interessenartikulation auf absehbare Zeit nicht zustande bringen. Das ist allerdings so schlimm nicht, zumindest wenn man sich ansieht, wohin uns „der linke Gehorsam gegenüber den etablierten Formen der Politik, in unserem Alltag und unseren Lebensformen“ (Neumann 2015) inzwischen gebracht hat. Zudem relativiert die Bedeutung transnationaler Prozesse die Bedeutung der „Mehrheit in einem Land“ vielleicht schneller als man denkt. Will man den Veränderungsdiskurs nicht der politischen Rechten überlassen, steht in der BRD daher zunächst einmal eine Politik der Minderheit an, die darauf zielt die oppositionellen Teile, die berühmten 20 Prozent des Oxi-Lagers, hierzulande überhaupt erst einmal zu einem antagonistischen Akteur zu konstituieren. Linke Politik kann dabei nicht einfach existierende Interessen repräsentieren, sondern muss „das Feld der Repräsentierten aktiv herstellen“ (Kipping/Riexinger 2013). Das setzt aber in der Praxis auch einen konfliktorientierten Stil voraus, der sich von der Konsensfixiertheit und Konstruktivität eines „falschen Mehrheitsdenkens“ (Kahrs/Strohschnider 2015), das einige für die Bedingung erfolgreicher Oppositionsarbeit halten, unterscheidet. „Politik von unten macht man nicht bei Günther Jauch und im *Spiegel*. Sie muss sich mit denen verbünden, die von diesem medialen Spektakel ausgeschlossen sind“ (Neumann 2015) und – z. B. mithilfe des Internets – eigene Foren schaffen.

Konkret könnte das, bleiben wir beim Beispiel Partei, heißen: Wenn man etwa von „Finanzputsch“ und „Erpressung“ redet, es dann aber nicht fertigbringt, die Beteiligung an der Abstimmung, die dieses Diktat im Bundestag demokratisch absegnet, öffentlichkeitswirksam zu verweigern, ist das schwach – und könnte das nächste Mal einfach anders gemacht werden. Und warum eigentlich redet der DGB-Vorsitzende auf dem Bundesparteitag der LINKEN und verteidigt dort ein Tarifeinheitsgesetz, das die gesellschaftliche Linke insgesamt ablehnt – während der schwer angefeindete Chef einer Spartengewerkschaft der Lokführer dort nur zu hören darf? Weil das die Verankerung der Partei in den Gewerkschaften stärkt? Es soll ja auch eine Dummheit der

Taktierer geben. Das Problem reicht dabei bis in die Fragen des Wordings hinein: Wenn etwa ein prominenter Abgeordneter der Partei kurz nach dem Finanzputsch gegen eine linke Regierung in der EU dazu einfach gar nichts mehr sagt und stattdessen schwer konstruktiv bemängelt, dass in diesem Land „keine Weichen für die kommenden Jahrzehnte gestellt werden“ (Bartsch 2015), vermittelt das nicht gerade den Eindruck, dass man die eigene Kritik an der deutschen Politik besonders ernst nehmen würde. *Business as usual* ist der Monstrosität der politischen Entwicklung nicht angemessen. Und die Liste ließe sich fortsetzen.

Um aber zwei naheliegende Missverständnisse gleich vorzubeugen: Der Mut zu einem konfliktbereiten Auftreten, das politische Erwartungen irritiert, ist keine Absage an eine soziale Verbeiterung. Es könnte vielmehr sogar Bedingung eines erfolgreichen Linkspopulismus sein. Zudem geht es auch nicht darum, eine „Bewegungspartei“ auszurufen und so zu tun, als könnte man als Partei wie eine soziale Bewegung agieren – die Handlungslogiken und Aufgaben von Bewegung und Partei bleiben unterschiedliche. Es geht nur darum sich als Partei wie als Bewegung praktisch auf das Niveau des Konfliktes zu begeben, in dem wir uns längst befinden.

Insofern stimmt es, dass der 13. Juli in einem weiten Sinne die „Organisationsfrage wieder auf die Tagesordnung gesetzt hat“. (Candeias 2015) Denn ob sich das Oxi-Lager politisch konstituiert und es sozial verbreitert werden kann, klärt sich anhand der Frage, ob es über Spektrengrenzen hinweg den Mut gibt, sowohl aufeinander zuzugehen wie zugleich praktisch die eigene Einbindung in die Standortfamilie zu kappen. Dafür braucht es Gelegenheiten zur Verständigung (vielleicht bei einer Oxi-Konferenz im Herbst?) und Kristallisationspunkte zur Sichtbarkeit (vielleicht bei Blockupy am 1. Mai in Berlin?) sowie den Schritt raus aus der politischen Szene und hinein in die Gesellschaft (vielleicht mit einer europaweiten Kampagne für ein wildes Referendum?).

Zugegeben: Das wird alles kein Spaziergang

werden und erfordert einiges an Veränderung – gerade des linken Selbstverständnisses und der eigenen Politikmuster. Aber es ist ja nicht so, als gäbe es dabei nichts zu gewinnen. Denn eins stimmt zweifellos: „Wer beschissene Beziehungen hat, kann nur eine beschissene Politik machen.“ (Unsichtbares Komitee 2015) Und das gilt auch anders herum.

#### Literatur

- Bartsch, Dietmar (2015): Die SPD hat sich in Gefangenschaft der Union begeben.
- Bierbaum, Heinz (2013): Eingebunden. Jenseits des Krisenporporatismus
- Bischoff/Radke (2015): Den GREXIT von links träumen?
- Blockupy goes Athens (2015): Das griechische Dilemma und wir
- Candeias, Mario (2015): Zerfall des europäischen Gedankens?
- Dreis, Ralf (2015): Den Widerstand von unten organisieren, in: neues deutschland, 18.7.2015
- Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2015): Kräfteverhältnisse in der Eurokrise. Konfliktodynamiken im bundesdeutschen „Block an der Macht“, in: Prokla 180
- Gohlke, Nicole/Wissler, Janine (2015): Die Grexit-Frage(n) stellen, in: neues deutschland, 23.7.2015
- Heinrich, Michael (2015): Demokratie im Europa des Euro, in: nd-Dossier: #This Is A Coup, Berlin
- Hirsch, Joachim (2005): Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems, Hamburg
- Kahrs, Horst/Strohschneider, Tom (2015): Was sollten wir fragen?, in: nd-Dossier: #This Is A Coup, Berlin
- Kipping, Katja/Bernd Riexinger (2013): Verankern, verbreitern, verbinden
- Konicz, Tomasz (2015): Kampffeld Europa, in: neues deutschland, 20.7.2015
- Liebich, Stefan und Inga Nitz (2010): Mut zur Reform!
- Mahnkopf, Birgit (2015): So, wie es ist, bleibt es nicht
- marx21-Netzwerk (2013): Vom Wahlkampf zum Klassenkampf
- Marx, Karl/Engels, Friedrich (1972): Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte, Berlin.
- Mason, Paul (2025): The End of capitalism has begun
- Münchau, Wolfgang (2015): Ein echter Förderalismus für Europa
- Möller, Kolja (2015): Für eine Politik der Verträge
- Neumann, Mario (2014): Die Welt verändern und die Macht übernehmen, in: ak 593
- Neumann, Mario (2015): Das Subjekt sind immer die Anderen, in: neues deutschland, 10.2.2015
- Pantou, Panagiotis (2015): Ende einer Aera? In: nd-Dossier: #This Is A Coup, Berlin
- Riexinger, Bernd (2015): Möglichst viele sammeln, in: nd-Dossier: #This Is A Coup, Berlin
- Rötzer, Florian (2013): Die kleinen und fleißigen Leute der SPD.
- Schaber, Peter (2015): Raus hier! Ein linkes Plädoyer für den »Grexit« – und die Zerschlagung von EU und Euro-Zone
- Sablowski, Thomas (2015): Die Etappenschlappe, in: Junge Welt, 18.7.2015
- Seibert, Thomas (2015): Wo der Gegner steht, in: neues deutschland, 29.7.2015
- Solidarity 4 All (2013): Solidarität für Alle!
- Strohschneider, Tom (2015): Der griechische Katalysator, in: neues deutschland, 5.8.2015

# Der demokratische Aufstand

Blockupy, DiEM und 2025: Über die Möglichkeit einer transnationalen Offensive

Von **Sandro Mezzadra und Mario Neumann, März 2016**

Gar nichts ist vorbei – außer der Katerstimmung. Ein halbes Jahr nach #thisisacoup sucht die europäische Linke nach einer neuen politischen Strategie. Dass es dabei einer grundsätzlichen Neubegründung bedarf, die den Bezugsrahmen der Aufstände gegen die Austeritätspolitik in Südeuropa überschreitet, stellt die große Herausforderung dar. Es überrascht daher wenig, dass sich derzeit die Konferenzen und Kongresse häufen, die allesamt die Frage nach einer europäischen Strategie der Linken und ihrem Verhältnis zur EU ins Zentrum rücken. Von den verschiedenen Plan-B-Initiativen oder der gewerkschaftlichen Initiative Europa neu begründen bis DiEM25 und Blockupy gibt es eine neue Konjunktur europäischer Fragestellungen, die nicht zuletzt von den Konflikten um Griechenland und dem Sommer der Migration neu auf die Tagesordnung gesetzt worden sind.

Während europäische Fragen unzweifelhaft die politische Debatte bestimmen, kann leider keine Rede davon sein, dass sich linke Politik derzeit europäisieren oder transnationalisieren würde. Im Gegenteil beobachten wir nicht selten eine Abkehr vom europäischen Raum, die ganz unterschiedliche Motive und Gründe hat, in Summe aber ein politisches Vakuum hinterlässt, das dringend geschlossen werden muss.

## Die Renationalisierung und Lokalisierung linker Strategie

Von der Debatte um einen sogenannten Grexit und den neuen alten linken Nationalismen, die ein Programm um Fragen der nationalen (Währungs-)Souveränität entwerfen und dabei nicht zufällig auch eine offene Flanke zu rechtspopulistischen Argumentationen zeigen, versprechen wir uns weder eine angemessene Antwort auf die derzeitigen Herausforderungen, noch einen Fortschritt hinsichtlich der Werte und Normen, mit denen die Linke identifiziert wird. Nationale Souveränität ist weder eine strategische noch eine normative Antwort auf die vielfältigen europäischen und globalen Krisen unserer Zeit.

Während sich diese Debatte größtenteils im politischen Betrieb und im traditionslinken Milieu abspielt, sehen wir eine weitere Tendenz

des Rückzugs aus dem europäischen Raum: Diese findet statt in Teilen der sozialen Bewegungen und hat sich teilweise durch die Erfahrungen in der Solidaritätsarbeit für Geflüchtete verstärkt. Aus den großartigen Bewegungen praktischer Solidarität und der Unmittelbarkeit lokaler Praxis wird hier eine tendenzielle Abkehr von jeder „abstrakten“ politischen Initiative geschlussfolgert. Diese hat in ihrer Konsequenz eine defensive Wirkung: nämlich eine strategische Orientierung auf das Lokale und Unmittelbare, in der die Machtfrage, die sich in Europa weiterhin und dringlich stellt, unbeantwortet und dadurch den Eliten überlassen bleibt.

Unsere These lautet dagegen: Nach #thisisacoup und dem Sommer der Migration kann eine linke Offensive nur ultraeuropäisch sein.

## Die Suche nach einer neuen Offensive

Klar ist: Die gewaltsame Durchsetzung der Austeritätspolitiken und die gegenwärtige Konjunktur der Kämpfe um Migration begründen eine neue Phase der Auseinandersetzung um Europa, die neue Antworten erfordert. Diese Antworten können aber nicht die politische Resignation und die Rückkehr zu alten Mustern linker Politik sein. Die Frage bleibt daher: Wie kann ein europäischer Bezugsrahmen des Widerstands und der Offensive hergestellt werden?

Wir denken, dass es heute mehr denn je darum gehen muss, eine transnationale Strategie neu zu begründen, die die verschiedenen Ebenen der politischen Initiative miteinander verbinden muss und sie gleichzeitig überschreitet. Eine solche Verbindung kann sich in unseren Augen bündeln um einen demokratischen Aufstand in Europa. Dieser muss die Dimension der Ökonomie ebenso einschließen wie Fragen des europäischen „Außens“.

Wir haben keine endgültigen Antworten und erst recht keinen Plan X anzubieten. Wir denken vielmehr, dass sich wirkliche Antworten nur in der politischen Praxis finden werden. Wir möchten vielmehr einen Horizont und eine Richtung aufzeigen, in die die Suche in unseren Augen gehen sollte. Diese Suche umfasst auch die Fragen, wie die Grenzen aller linken politischen Formen – vom Aktivismus bis zur

Parteilpolitik – aufgebrochen werden können. Und dabei ist klar: Es geht um eine kollektive Suche, eine gemeinsame Anstrengung bei der Erfindung neuer Formen, Sprachen und Orte. Zwei Orte einer solchen Suche sind für uns derzeit Blockupy und DiEM. Sie sind einerseits realexistierende Projekte, an denen wir auf verschiedene Weisen teilnehmen und andererseits beispielhafte Pole eines politisch produktiven Spannungsgewebes, das sich weit über diese beiden Projekte hinaus entfalten muss. Innerhalb dieses Feldes – dem Wechselspiel zwischen einer neuen Form des Aktivismus und der zivilgesellschaftlichen Aktivierung der vielen Menschen, die aus den verschiedensten Gründen keine AktivistInnen sein wollen und können – bewegen sich die Überlegungen unseres Artikels.

Es ist die Gegenwart des „Griechischen Frühlings“ und des „Sommers der Migration“, mit der wir dabei beginnen möchten. Dabei möchten wir vor allem deutlich machen, dass – entgegen weitverbreiteter Einschätzungen – beide Erfahrungen die Notwendigkeit einer europäischen Offensive unterstreichen und gerade nicht zu einer falschen Rückbesinnung auf einseitige nationale oder lokale Strategien führen dürfen.

### **Das griechische Europa**

In Griechenland (und ebenso in Spanien, Portugal und Irland) haben wir beispielhaft erlebt, wie sich europäische Politik auf der nationalen Ebene verdichtet und dass es tatsächlich möglich ist, diesen Prozessen mit einer Offensive von unten zu begegnen. Griechenland ist in dieser Hinsicht ein Laboratorium der Krisenbearbeitung – aber auch des Widerstands.

Die politische Eskalation rund um das griechische Referendum war dabei von einer massiven Ungleichzeitigkeit der gesellschaftlichen Dynamiken und Kräfteverhältnisse gekennzeichnet. Während sich in Griechenland infolge der jahrelangen Aufstände, Platzbesetzungen und Alltagskämpfe das politische Koordinatensystem verändert und eine linke (um nicht zu sagen: linksradikale) Regierung hervorgebracht hat, war von dieser beinahe vorrevolutionären Stimmung (wenn man einmal von den eigentümlichen Entwicklungen auf der Iberischen Halbinsel absieht) im Rest von Europa wenig zu spüren. Die nationale Offensive der griechischen Linken war schon nach wenigen Monaten mit ihrer institutionellen Isolation und der Defensivsituation der europäischen Linken konfrontiert.

Und ohne die Frage für unwichtig zu erklären, welche Fehler und verpasste Chancen die Linie von Alexis Tsipras bedeutet hat, lag hierin das entscheidende Dilemma der Situation.

Nicht erst in dieser Situation gab es den Versuch, die Konfrontation der griechischen Regierung mit den Troika-Institutionen zu transnationalisieren. Beispielhaft dafür stehen der Blockupy-Prozess und die Mobilisierung zum 18. März 2015 vor die Türme der EZB in Frankfurt. Während die griechischen Kämpfe sich wesentlich auf die nationalen Kräfteverhältnisse auswirkten und über diesen Umweg die europäische Politik der Memoranden zurück auf die europäische Bühne trugen, versuchten die europäischen Bewegungen, sich in diese Auseinandersetzung einzureihen. Diese politische Strategie wurde durch die Umstände bedingt, keine Frage. Es ist aber eine Tatsache, dass die daraus entstandene europäische Solidaritätsbewegung nicht imstande war, die institutionelle Isolation der griechischen Regierung zu brechen. Und dass sie darüber hinaus nicht in der Lage war, eine Offensive jenseits der griechischen politischen Geografie einzuleiten.

Heute kann mit Sicherheit gesagt werden, dass diese politische Konstellation sich massiv verändert hat und dass sie keine weitere Grundlage für einen transnationalen politischen Prozess mehr darstellt. Eine europäische Initiative der Linken kann nicht ausschließlich von den sozialen Zusammenstößen in Südeuropa am Leben gehalten werden. Kann daraus aber der Schluss gezogen werden, dass es einer Renationalisierung linker Politik bedarf? Diese Frage ist zu verneinen.

### **Die Chance der Niederlage**

So richtig es ist, dass die griechische Regierung die europäischen Kräfteverhältnisse unterschätzt hat, so falsch ist es, daraus zu folgern, dass das europäische Terrain nicht der richtige Schauplatz dieser Auseinandersetzung gewesen sei. Es waren schließlich europäische Politiken und Machtverhältnisse, die die griechische Situation produziert haben! Die griechische Niederlage ist in Wahrheit eine Niederlage der europäischen Linken gewesen und verweist insofern auf die Notwendigkeit einer kontinentalen Offensive – nicht auf die Notwendigkeit einer Renationalisierung linker Strategie. Syriza steht für die Grenzen einer nationalen Offensive und die Schwäche der europäischen Linken – und nicht für die Grenzen des Kampffeldes Europa. So sehr wir in diesen Monaten das wahre Gesicht der EU



gesehen haben, so wenig ist heute eine linke Offensive denkbar, die nicht einen transnationalen Charakter hat und die europäische Herrschaft attackiert. Auch die autoritäre Verfassung der EU ist kein hinreichender Grund für eine Abkehr von einer wahrhaft europäischen Initiative – es sei denn, man folgt einem verengten Politikbegriff, der sich auf institutionelle Politik beschränkt.

Ein strategischer Rückzug aus dem europäischen Raum hin zu einer – letztlich defensiven – Erneuerung nationaler Politiken ohne europäischen Horizont ist keine Antwort auf dieses Problem. Wir wollen nicht bestreiten, dass die nationale Dimension ein wichtiger Ort für Konflikte und Brüche darstellt. Um diese Konflikte und Brüche nicht bloß defensiv auszutragen, ist aber eine europäische Strategie unbedingt notwendig. Und das hängt nicht nur davon ab, dass die europäische Organisation der Macht effektiv herausgefordert werden muss. Es hat auch damit zu tun, dass die Integration der Wirtschaft und der Märkte auf europäischer Ebene dazu geführt hat, dass auch die Akkumulation des sozialen Reichtums transnationalisiert wurde. Ein Kampf um die Wiederaneignung dieses Reichtums – als Grundlage jeder linken Politik – kann letztlich nur auf dieser Ebene erfolgreich geführt werden. Natürlich geben die Erfolge der griechischen Bewegung auf nationalem Terrain auch einen wichtigen Hinweis darauf, dass die Situation der Kämpfe in Europa heterogen ist und dass die jeweiligen nationalen und lokalen Besonderheiten unterschiedliche Antworten erfordern. Verbleiben sie aber dauerhaft auf diesen Ebenen, sind sie nicht in der Lage, den Kern des neoliberalen Projekts zu attackieren.

Die griechischen Kämpfe haben in dieser Hinsicht nicht nur eine Niederlage erlitten, sondern auch eine neue Dimension des offenen Kampfes um Europa erschlossen. Es ist eine unbestreitbare Tatsache, dass die europäische Machtarchitektur in ungekanntem Ausmaß politisiert wurde. Das Schattendasein und die Ungreifbarkeit europäischer Herrschaft sind überwunden und einem neuen Bild gewichen, in dem politische und ökonomische Mächte jenseits der Nationalstaaten Namen und Adressen haben. Die Eliten Europas wurden aus den Berliner, Frankfurter und Brüsseler Hinterzimmern ins Licht der Öffentlichkeit gezerrt. Insofern lässt sich durchaus davon sprechen, dass der griechische Frühling nicht nur eine Niederlage für die europäische Linke war, sondern auch eine neue Möglichkeit einer transnationalen politischen Initiative

produziert hat – einer Initiative, die sich nicht mehr über den Umweg des Nationalstaates begründen muss, sondern die sich absehbar direkt auf europäischem Terrain austragen und zuspitzen lässt.

Die Verfassung Europas, die Demokratiefrage, ist auf diese Weise ein populäres Thema geworden. Die Krise der Repräsentation hat sich wirksam auf die Mechanismen und Institutionen der EU ausgeweitet. Die europäische Demokratiefrage erschließt sich heute unmittelbar (das zeigt nicht zuletzt das große Interesse an der DiEM25-Gründung). Sie stellt sich in einer Situation, die durch eine tiefe Krise und Veränderung der europäischen Machtkonstellation gekennzeichnet ist. Und sie stellt sich, weil in der griechischen Auseinandersetzung klar geworden ist, dass sie eigentlich eine unmittelbar europäische Auseinandersetzung war. Und das Gleiche gilt für die Kämpfe der Migration und um Grenz- und Migrationspolitik, die unmittelbar nach der „Lösung“ der griechischen Krise einen neuen Höhepunkt hatten.

### **Die Bewegung der Geflüchteten und die Politik der Solidarität**

Wechseln wir daher, wie angekündigt, zu diesem vermeintlich anderen Schauplatz der gegenwärtigen Kämpfe: Aus der Perspektive sozialer Bewegungen können wir nämlich ohne zu zögern sagen, dass die letzten Monate keinesfalls nur eine Phase der Resignation oder Niederlage gewesen sind. Vielmehr haben wir eine Bewegung der Geflüchteten und ihrer UnterstützerInnen erlebt, die auf ihrem Höhepunkt im Sommer der Migration in nur wenigen Tagen die Architektur der europäischen Abschottung temporär gestürzt hat. Eine Bewegung also, die nicht nur eine Mobilisierung war, sondern die tatsächlich Hunderttausenden etwas erkämpft und ermöglicht hat: vom Überqueren der Grenzen bis zur Versorgung mit Kleidung, Speisen und ärztlicher Hilfe. Sie hat reale Erfolge produziert. Und sie war, so sehr sie auch nationale Ausprägungen und Unterschiede hat, eine transnationale Erhebung im besten Sinne: über alle Grenzen hinweg. Das haben uns die Geflüchteten selbst gelehrt, durch ihre Mobilität und ihre Kämpfe, die den europäischen Raum als solchen herausgefordert haben.

Es war aber nicht nur die Entschlossenheit der Geflüchteten, die uns hat staunen und hoffen lassen. Es waren auch die unzähligen UnterstützerInnen und die unerwartet vielen entstandenen Netzwerke und Orte der

Solidarität, die schon heute nicht mehr aus unserem politischen Koordinatensystem wegzudenken sind – sei es in Deutschland, in Ungarn oder in Griechenland. Der unerschöpfliche und unkonventionelle Einsatz von Hunderttausenden ist zwar ein spontanes, aber keineswegs ein unerklärliches Phänomen.

Es ist ein Kennzeichen der Kämpfe der letzten Jahre, dass Momente des Aufbruchs nicht um politische Programme zum Leben erwachen, sondern an Orten der sozialen Begegnung und der gelebten Solidarität. Das Gemeinsame zu schaffen, eine andere Subjektivität zu ermöglichen, ist immer auch und in erster Linie eine Frage der realen sozialen Beziehungen; etwas, das im Alltag und vor der eigenen Tür stattfindet und daher immer auch eine lokale Form haben muss. Solidarität ist alles andere als – wie oft behauptet – unpolitisch: Sie stellt die Vereinzelung des individuellen Schicksals genauso infrage wie die Trennung zwischen „uns“ und den „Anderen“ und gibt damit auf der Ebene des Alltags eine gelebte Antwort auf die nationalistischen und rassistischen Spaltungen. In der praktischen und gelebten Solidarität liegt ein konkretes utopisches Moment. Der Sommer der Migration hat uns gezeigt, dass es immer eine Alternative gibt, wenn die Menschen sich zusammenschließen. Die Verallgemeinerung dieses Moments jenseits der Ausnahmesituation und der Geflüchteten geschieht mit Sicherheit nicht automatisch. Es ist alles andere als ein Zufall, dass viele der Solidaritätsstrukturen in Griechenland (auf die wir ja alle seit Jahren schauen) ihren Ursprung ebenfalls in der Geflüchteten-Solidarität haben.

### **Die Grenzen der Stadtteile**

Ebenso wenig wie aus der Kapitulation der griechischen Regierung gefolgert werden kann, dass eine politische Initiative sich auf den Nationalstaat rückbesinnen muss, sollten uns die Erfahrungen des Sommers der Migration dazu verleiten, das Lokale als ausschließlichen Ort einer linken Strategie zu überhöhen. Wir müssen stattdessen fragen, wie sich eine organische Verbindung von lokaler Praxis (und ihrer Heterogenität) und einer transnationalen politischen Initiative herstellen lässt. Dies ist nötig, um ihre Wirksamkeit zu erhöhen und das Gemeinsame jenseits der unmittelbaren Erfahrung zu verallgemeinern. Das ist keine Frage der „Politisierung“ im traditionellen Sinne des Wortes – vielmehr denken wir, dass es eines Prozesses gegenseitiger Stimulation bedarf. Wie können das „konkrete Gemeinsame“, die neuen sozialen Beziehungen, die alltägliche Solidarität

übersetzt werden in eine transnationale politische Initiative, ein „abstraktes Gemeinsames“?

Die Frage der produktiven Überschreitung des lokalen Horizonts stellt sich aber nicht nur aufgrund der potenziell größeren Wirksamkeit einer politischen Initiative, die den Raum des Lokalen überschreitet. Provokativ und zugespitzt können wir behaupten, dass in Europa heute die lokale Dimension als solche nicht mehr existiert. Das erfahren die Solidaritätsinitiativen der Geflüchteten und MigrantInnen in jedem Stadtteil, wenn sie einerseits mit den Auswirkungen und der Krise des europäischen Grenzregimes konfrontiert sind, andererseits mit Migrationsbewegungen, die die Frage der Beziehung von Europa zu seinem „Außen“ auf einmal in seinem „Innen“ mächtig und dramatisch stellen (das ist die große postkoloniale Frage, die auf diese Weise auch in Europa gestellt wird!). Aber das Gesagte bezeichnet auch die Erfahrung jeder kommunalen Linksregierung, die sich mit Mächten und Grenzen auseinandersetzt, deren Grundlagen weit über jede lokale Dimension hinaus bestehen.

So bizarr es klingt: Früher oder später stoßen auch vermeintlich lokale Kämpfe auf die Frage einer europäischen Strategie – es sei denn, sie reduzieren sich selbst auf diejenigen Fragen, die tatsächlich im lokalen Raum ausgetragen werden, und lassen damit die grundsätzliche Architektur des Krisen- und Migrationsregimes unangetastet. Weder die Niederlage der griechischen Regierung, noch die Erfolge der lokalen Initiativen können also die Notwendigkeit einer europäischen Offensive infrage stellen. Im Gegenteil: Sie machen diese Notwendigkeit dringender denn je!

### **Lokal, national, transnational: Kampffeld Europa**

Fassen wir zusammen: Die Entwicklung eines gemeinsamen europäischen Horizonts der Kämpfe steht vor mehreren Herausforderungen. Er muss die zentrale Bedeutung der europäischen Ebene politisch vermitteln, die Kluft zwischen der „realen“ Erfahrung alltäglicher Solidarität und einer „abstrakten“ politischen Konstruktion schließen und eine Antwort auf die Heterogenität sozialer Kämpfe finden, die dieser angemessen ist und zugleich auf die Homogenität der transnationalen neoliberalen Prozesse antwortet.

Wie aber können die objektiven Grenzen nationaler und lokaler Kämpfe erfolgreich überwunden werden? Wir sind uns darüber klar, dass die Beantwortung dieser Fragen nicht

die Homogenisierung von Bewegungen oder die Ignoranz gegenüber der extremen Fragmentierung des europäischen Raums bedeuten kann.

Die Kluft zwischen der Heterogenität der Kämpfe und der europäischen Dimension konkret zu politisieren, ist vielmehr die grundlegende Aufgabe in der gegenwärtigen Situation, die darüber hinaus durch eine anwachsende geografische Fragmentierung gekennzeichnet ist. Gerade angesichts dieser Heterogenität und Fragmentierung stellt die europäische Dimension nach wie vor den wesentlichen Kristallisationspunkt dar, um dem Regime, das unsere Leben beherrscht und strukturiert, angemessen zu begegnen. Und in dieser Dimension, die zu durchdringen vielleicht eine komplexe und „abstrakte“ Aufgabe ist, stoßen wir auf die Ursachen unserer alltäglichen und konkreten Probleme. Es ist das europäische Krisenregime, das unseren Alltag bestimmt und durchdringt.

Es ist daher auch die europäische Dimension, auf der perspektivisch eine kollektive Verfügung über die materiellen Bedingungen unseres Alltagslebens, ein neues System der Gegenmächte erfunden und etabliert werden muss. Wie können wir eine Idee davon bekommen, in welche Richtung die Suche nach solch einem Projekt gehen kann?

### **Der demokratische Aufstand**

Wir denken, dass die Aufstände der letzten Jahre – ob im arabischen oder europäischen Raum – eine unmissverständliche Richtung anzeigen, wie eine gemeinsame politische Artikulation von verschiedenen sozialen Kämpfen und Initiativen aussehen kann. Ein gesellschaftlicher Antagonismus wird sich heute in Europa um Fragen der Demokratie artikulieren.

Aber was heißt heute Demokratie? Kann die Demokratiefrage einfach als eine Frage von formalen Verfahren, konstitutionellen Garantien und politischer Repräsentation verstanden werden? Bedeutet ein demokratischer Aufstand in Europa, dass er sich erschöpft in der Hoffnung auf eine Demokratisierung der EU? Wir denken, dass dies nicht der Fall ist. Die Entleerung der repräsentativen Demokratie nimmt heute in Europa besonders dramatische Züge an. Das heißt nicht, dass politische Repräsentation und Wahlprozesse nicht mehr bedeutende Kampfplätze bilden können (und auf eine paradoxe Weise eine neue politische Bedeutung bekommen). Aber sowohl die griechische Erfahrung wie diejenige einer

Großstadt wie Barcelona demonstrieren, dass selbst die Eroberung einer nationalen oder kommunalen Regierung eine Situation produziert, in der die repräsentativen Institutionen unmittelbar an die Grenzen ihrer Aktionsfähigkeit stoßen. Die Demokratiefrage stellt sich heute um und gegen diese Grenzen.

Das heißt, dass Demokratie heute nur als Überschuss, als Überschreitung dieser Institutionen von innen wie von außen verstanden werden kann. Es geht um einen vielfältigen, auch in sich konfliktiven Prozess ihrer Demokratisierung. So verstanden ist die Kombination von heterogenen (institutionellen wie außerinstitutionellen) Akteuren und Formen die entscheidende Bedingung, um die Demokratiefrage auf wirksame und innovative Weisen zu stellen. Die notwendige Hybridität dieser Akteure entspricht einer Lage, in der die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Partei, Gewerkschaft und sozialen Bewegungen durch die neuen Formen der kapitalistischen Entwicklung radikal infrage gestellt wurde. Herausgefordert und infrage gestellt wird dabei nicht nur die politische Repräsentation des „Volkes“, sondern auch die spezifische Form der Repräsentation der „Arbeiterklasse“, die die Entwicklung und Expansion der Demokratie im Zeitalter des Fordismus und Wohlfahrtsstaates getragen hat.

### **Demokratie und Klassenkampf**

Durch die politische Enteignung bedeutender Teile der heutigen Arbeit (von MigrantInnen zu Prekarierten), die Fragmentierung der Arbeitsverträge und die Durchdringung der sozialen Kooperation durch das Finanzkapital, ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit zunehmend jeder demokratischen Vermittlung entzogen. Eine Repolitisierung dieses Verhältnisses ist die materielle Bedingung für eine „demokratische Neuerfindung“. In diesem Sinne lässt sich sagen, dass die Demokratiefrage mit der Frage einer neuen politischen Artikulation des Klassenkampfes einhergeht. Die Aufstände der letzten Jahre benötigten keine ausgearbeitete Theorie, um diesen Zusammenhang intuitiv zu erkennen.

Diese Verbindung von Demokratie und Klassenkampf weist auf die Notwendigkeit hin, die Bildung von gesellschaftlichen Mehrheiten und sozialen Koalitionen mit dem Konflikt und mit den Brüchen zu verbinden, die unausweichlich sind, um neue Räume für das Gemeinsame schaffen zu können. Wenn man von einem solchen Modell der sozialen Koalition ausgeht, kann man beginnen, die Frage einer

europäischen Strategie der Linken auf einer anderen Grundlage zu stellen. Die europäische Dimension ist nicht abstrakt und eine europäische Strategie kann nicht auf die Organisation von europäischen Kampagnen und Aktionstagen reduziert werden. Sie sind nach wie vor strategisch wichtig, müssen aber in den materiellen Zusammenhang einer europäischen Strategie gestellt werden, die sich auf eine Vielheit von Ebenen bezieht.

### **Eine europäische Kampagne**

Eine neue europäische Strategie der Linken muss zunächst dazu fähig sein, die europäische Dimension von lokalen Erfahrungen und Kämpfen hervorzuheben und politisch zu interpretieren. Die Produktion von Resonanzen, die über die bloße Vernetzung hinausgeht – vom systematischen Austausch von Kenntnissen hin zur Bildung von Netzwerken von „rebellischen Städten“ – kann die Grundlagen für gemeinsame europäische Kampagnen bilden, hinter denen die Materialität einer alltäglichen Politik steht und die deshalb dazu fähig sein können, die europäischen Institutionen direkt und wirksam anzugreifen. Diese politische Form existiert nicht, sie muss erfunden werden! So wichtig in dieser Hinsicht lokale Initiativen und ihre Koordinierung sind, so wenig kann sie aus ihrer bloßen Addition entstehen. Wir haben für diese Frage keine Lösung anzubieten, wollen aber nachdrücklich auf der Notwendigkeit dieser Suche nach einer erneuerten politischen Form bestehen. Die verschiedenen transnationalen Projekte wie Blockupy und DiEM25 sind Orte einer solchen Suche.

Blockupy und DiEM25 (als beispielhaftes Verhältnis von aktivistischen und zivilgesellschaftlichen Feldern) markieren die Pole eines neuen Spannungsgefüges, innerhalb dessen die demokratische Frage in Europa neu gestellt werden kann – in der Perspektive eines demokratischen Aufstandes, in dem andere (lokale wie nationale und europäische) Akteure wesentliche Rollen spielen müssen. Der Zeithorizont von DiEM25, also eine Perspektive der nächsten zehn Jahre, erscheint uns dabei ebenso richtig, wie gleichzeitig klar sein muss, dass es für Gelassenheit keinen Anlass gibt. Die Frage der Geflüchteten stellt in dieser Hinsicht die aktuell wesentliche Herausforderung und Aufgabe dar, an der sich die Produktivität einer europäischen Initiative messen lassen muss. In diesem Fall sind wir mit einer vielstimmigen und realexistierenden sozialen Bewegung konfrontiert, die gleichzeitig die Frage der

neuen Qualität des sozialen Zusammenlebens in unseren Städten und die Frage der Verweigerung des Krieges an den Grenzen Europas und über sie hinaus auf eine radikale, postkoloniale Weise stellt. Auf diese Weise stellt sich die Frage globaler Gerechtigkeit – was auch „Fluchtursachen“, die „imperiale Lebensweise“ oder europäische Außenpolitik einschließt – ganz unmittelbar in den Metropolen, wo die Grenzen Europas tagtäglich überschritten werden.

Eine europäische Kampagne im Spannungsfeld zwischen aktivistischer Rebellion und zivilgesellschaftlicher Intervention könnte die Bedingungen schaffen, um aus der Solidarität und den Kämpfen der Geflüchteten selbst eine politische Offensive zu begründen. Auf der Grundlage bestehender Erfahrungen und Vorschläge kann um die Fragen der Bewegungsfreiheit, des Rechts auf Stadt, der sozialen Rechte und der Grenzen Europas ein Programm konkreter Ziele und Maßnahmen formuliert werden. Die Bildung von städtischen Koalitionen, Aktionstage in Städten und an den Grenzen, regionale und nationale Mobilisierungen könnten die Möglichkeit bieten, die Organisation des Widerstands mit einer Offensive auf dem Gebiet der konstituierenden Macht zu artikulieren. Das heißt, dass das Ziel einer solchen Kampagne nicht die bloße Koordinierung des Widerstands sein sollte, sondern die Vervielfältigung von „positiven“ Inhalten der schon existierenden Kämpfe und der Erfahrungen der Solidarität, ihre Verdichtung in einem Bild und, darüber noch hinaus, in ersten Institutionalisierungen eines anders werdenden Europas. Einen europäischen Aktionstag in Berlin nach einer solchen Kampagne zu organisieren, wäre dann sicherlich alles andere als eine abstrakte Weise, die europäische Frage auf den Straßen zu stellen!

### **Multiple Krise der EU und die Rückkehr der Nation**

Wir sollten uns klar machen: Eine neue europäische Initiative der Kämpfe ist dringend notwendig. Wir befinden uns in einer Lage, in der die EU durch die Verkettung von multiplen Krisen einen Prozess der tiefen Fragmentierung erlebt. Man spricht nicht ohne Grund von einer Tendenz zu ihrer Desintegration. Es ist eine Tatsache, dass die EU, so wie wir sie in den letzten zwei Jahrzehnten gekannt haben, vor einer existenziellen Krise steht. Die Uneinigkeit und Planlosigkeit der Herrschenden betrifft etwa die Restrukturierung des Grenzregimes,

aber auch zukünftige Integrationsschritte. Dabei entstehen neue Spaltungen und existierende vertiefen sich, nicht nur diejenige zwischen Nord und Süd, sondern auch diejenige zwischen Ost und West oder der Konflikt um Großbritannien.

Das ist das Szenario, in dem neue und alte Rechte in vielen europäischen Ländern erstarken und die etablierten nationalen wie europäischen Mächte unter Druck setzen. Im Namen der nationalen Souveränität und des „Volkes“ wird dadurch die Demokratiefrage nationalistisch entstellt und politisch neutralisiert. Die Stunde der Nationen scheint wieder geschlagen zu haben in Europa. Die Europäische Union würde sicherlich durch eine weitere Intensivierung der Renationalisierungsprozesse tief greifend verändert. Diese Prozesse stellen aber den neoliberalen Kern der europäischen Politiken nicht infrage. Sie deuten vielmehr auf das Entstehen von neuen Kombinationen von Neoliberalismus und Nationalismus hin, die eine weitere Hierarchisierung und Verarmung der europäischen Gesellschaften bedingen werden, neue Formen der sozialen Disziplinierung herbeiführen und Räume für noch mehr Rassismus, Angst, Ausgrenzung und soziale Spaltung eröffnen würden.

Dagegen müssen wir europäisch kämpfen und rebellieren. Bleibt die nationale Ebene ein wesentlicher Schauplatz der politischen Initiative, muss man sich gleichwohl klar darüber sein, dass in Europa im Rahmen des Nationalstaates kein linker Plan B gelingen kann. Nationale politische Entwicklungen können Teil einer neuen Strategie der Linken sein – aber nur, wenn sie unmittelbar die europäische Frage stellen, d. h., wenn sie darauf zielen, einen Bruch auf kontinentaler Ebene zu produzieren. Ebenso wenig wie die transnationale Macht des Finanzkapitals können die Kräfte des Nationalismus und des Faschismus auf der Grundlage einer nationalen (und sogar einer traditionellen „internationalistischen“) Politik geschlagen werden. Jede linke Tendenz der Renationalisierung verstärkt diese Kräfte – sowie die Herausbildung einer nationalistischen und autoritären Sozialdemokratie, wie wir sie derzeit in Frankreich und Deutschland beobachten können.

### **Unterm Himmel des Interregnums**

Wir leben in einer Zeit, die von vielen im Rückgriff auf Gramsci als „Interregnum“ be-

zeichnet wird. Das Interregnum ist durch spezifische Gefahren, aber auch durch eine konstitutive Öffnung gekennzeichnet. In dieser Lage denken wir, dass die demokratische Frage, so wie wir sie hier beschrieben haben, den entscheidenden Kampfplatz in Europa bildet. Dabei haben wir zu zeigen versucht, dass diese Frage heute nicht mehr im Rahmen der traditionellen Lehre und Praxis der repräsentativen Demokratie und ebenso wenig im Rahmen der traditionellen linken Politik (ob „radikal“ oder „reformistisch“) gestellt und gelöst werden kann.

Durch den Hinweis auf die Kombination von Demokratie und Klassenkampf haben wir die notwendige „Bewegungsseite“ jeder demokratischen Erfindung in Europa hervorgehoben (und wir haben auch darauf hingewiesen, dass das Subjekt dieser Bewegung kein schon konstituiertes „Volk“ sein kann). Um es ganz einfach zu sagen, Demokratie heißt heute die Bildung einer kollektiven Macht, die dazu fähig ist, unser gemeinsames Leben in die Richtung von Gleichheit, Freiheit und Solidarität zu verändern. Dies ist nicht möglich ohne soziale Kämpfe und Mobilisierung, ohne den „demokratischen Aufstand“.

Diese Kombination von sozialen Kämpfen und kollektiver Macht auf die europäische Dimension zu projizieren, ist die wirkliche Machtfrage, mit der wir heute konfrontiert sind. Die notwendige europäische Initiative muss vor dem Hintergrund dieser Frage entwickelt werden – innerhalb und außerhalb Europas, in und gegen die EU, in den Parlamenten und auf der Straße. Nur eine Vielfalt von Brüchen und Allianzen, die Erfindung von neuen politischen Formen – an einer Vielzahl von Orten intensivierter Rebellion gegen Neoliberalismus und Nationalismus – können die Bedingungen für Erfolge auf europäischer Ebene schaffen. In der Zeit des Interregnums kann das Spannungsfeld von Aktivismus und zivilgesellschaftlicher Polarisierung den Rahmen für die Bildung eines europäischen Blocks bieten, der sich dann auf den verschiedenen Ebenen der politischen Initiative artikulieren muss. Ein Block, der in seinen vielfältigen Erscheinungsformen ein einheitliches Ziel besitzt: die Eröffnung einer Offensive gegen das neoliberale Regime der Angst, Verzweiflung und Vereinzelung in Europa. Die erste Bedingung einer solchen politischen Strategie aber bleibt, wie eh und je, der rebellische Ungehorsam. Ohne Rebellion keine Strategie.

# Von Zombies und Monstern

Von Kalle\_fx, IL Berlin

*„Der Neoliberalismus ist einem Zombie vergleichbar. Zombies laufen umher und erzeugen entsetzliche Verwüstungen, aber in ihnen ist kein Leben mehr.“ Michael Hardt*

*Der vorliegende Text möchte knapp die aktuellen Entwicklungen skizzieren und kommende Herausforderungen für die radikale Linke aus einer vor allem europäischen Perspektive aufzeigen. Er formuliert die These, dass die radikale Linke sich trotz einer tiefen Hegemoniekrise der neoliberalen Gesellschaftsformation in Europa in der Defensive befindet und mit einem Erstarken rechter und rechtspopulistischer Parteien und Bewegungen konfrontiert ist. Daraus resultiert für den Autor, die Notwendigkeit die soziale Frage stärker in den Mittelpunkt einer linksradikalen Strategiebildung zu stellen.*

## In einer Zeit der Monster

Dass die Wirtschaftskrise in Europa noch lange nicht überwunden ist, zeigt ein Blick auf die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Während europäische und deutsche Eliten von Aufschwung und der überwundenen Krise sprechen, pumpt Mario Draghi weitere Milliarden in die europäischen Geld- und Finanzmärkte, ohne die Länder wie Italien oder Frankreich sich heute schon nicht mehr refinanzieren könnten. Gleichzeitig führt die Austeritätspolitik der Troika und der Europäischen *Economic Governance* dazu, dass eine Stabilisierung der europäischen Finanzsysteme unmöglich ist. Vielmehr bleiben die Finanz- und Produktionssysteme weiter prekär und fragil, während die Wirtschaftskrise sich zunehmend in eine politische Krise in Europa übersetzt. Nach dem Scheitern von Syriza in Griechenland und der zunehmenden Zentralisierung von Podemos in Spanien, dem Abflauen des gesamten europäischen Bewegungszyklus scheint die Artikulation von Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus verstummt und blockiert. Das System ist nicht in der Lage, wie noch 1970, aus seinen Fehlern zu lernen und sich zu erneuern. Das Alte stirbt, aber das Neue ist blockiert und kann nicht zu Welt kommen. Die Zeit der Monster, sie ist jetzt und äußert sich im Aufstieg rechtspopulistischer Parteien wie dem Front National oder der AfD. Sie bündeln die Ablehnung und

Empörung des herrschenden Systems und kleiden es in ein rassistisches und nationalistisches Gewand. Hier zeigt sich nicht zuletzt, dass die Nation und die mit ihr verbundenen Grenzen immer noch hegemonialer und stärker im Alltagsverstand der europäischen BürgerInnen verankert sind, als postmoderne TheoretikerInnen immer behauptet haben. Die Multitude ist heute der braune Mob und randaliert im sächsischen Heidenau oder in der französischen Provence. Die neoliberale Gesellschaftsformation in Europa ist in ihrer bisher größten Krise und nichts spricht derzeit dafür, dass sie sich aus dieser noch einmal erholen könnte. Denn anstatt einer ökologischen Erneuerung bspw. im Sinne eines Green New Deals, kommt es zu einer autoritären Verhärtung, welche im Zuge einer sich weiter verschärfenden Wirtschaftskrise zunehmen wird.

## Eine erneute Eskalation der Eurokrise steht bevor

Die sich zunehmend verschärfende Krise in den sogenannten BRICS-Staaten wird wahrscheinlich bald zu einer erneuten Eskalation der Wirtschaftskrise in Europa führen, trifft der dortige Konjunktur- und Börseneinbruch mit Deutschland vor allem das Herz des europäischen Krisenregimes. Deutschland hatte seine Exporte mit der Verschuldungskrise in Südeuropa aus dem europäischen Binnenmarkt in die damals noch rasant wachsenden BRICS-Staaten verlagert und damit einen stärkeren Einbruch seiner Industrie verhindern können. Mit den gleichbleibenden niedrigen Löhnen und einer hohen Arbeitsproduktivität konnte der deutsche Export auch in der Eurokrise auf einem hohen Niveau gehalten und ein starker Stellenabbau in diesen Bereichen verhindert werden. Ein Einbruch der Exporte durch die sinkende Nachfrage in Folge der Krise in den BRICS-Staaten wird daher die europäische Wirtschaftskrise weiter verschärfen und die Zentrifugalkräfte in der Europäischen Union nochmals erhöhen. Denn anders als noch 2007 sind nun alle Instrumente, um einer Wirtschaftskrise entgegenzutreten zu können, aus-

geschöpft und das europäische Wirtschaftssystem wäre einer erneuten Eruption relativ hilflos ausgeliefert. Eine Refinanzierungskrise von Italien und Frankreich könnte daher wohl kaum noch verhindert werden und auch Deutschland würde dadurch wirtschaftlich ins Straucheln geraten. Dies jedoch würde sehr wahrscheinlich das Ende des Euros und der Europäischen Union, wie wir sie heute kennen, bedeuten. Denn mit einer Krise im Zentrum der EU würde nicht nur die Position des ordoliberalen Lehrmeisters Deutschland geschwächt, sondern auch die europäische Koordinierung der Wirtschafts- und Fiskalpolitik infrage gestellt werden. Das britische Referendum im Sommer dieses Jahres kann als ein Ausdruck dieser Zentrifugalkräfte in der EU interpretiert werden.

Zugleich werden die sich seit 2015 verstärkenden Fluchtbewegungen die Polarisierung sowie die Verteilungskämpfe innerhalb der europäischen Gesellschaften weiter verstärken. Denn mit dem Festhalten an der schwarzen Null und der Schuldenbremse werden die Kosten auf die Armen und Ärmsten der Gesellschaft abgewälzt. Schon heute sprechen politische und wirtschaftliche Eliten in Europa davon, dass aufgrund des hohen Anstiegs an Geflüchteten weiter am Sozialstaat gespart werden müsste. Zugleich werden schon jetzt Errungenschaften der Gewerkschaften wie etwa der Mindestlohn versucht, auszuhöhlen und eine Konkurrenz zwischen prekär Beschäftigten und Geflüchteten herzustellen. In Ländern wie etwa Frankreich oder Großbritannien sind solche Spaltungslinien ganz konkret schon zu beobachten und werden dort auch offensiv von rechtspopulistischen Parteien genutzt. Verbunden mit einer weiteren Eskalation der europäischen Wirtschaftskrise würde auch in den nordeuropäischen Staaten eine Zerstörung des Sozialstaats sowie der bestehenden Tarif- und Lohnfindungssysteme forciert werden.

Aufgrund der blockierten Erneuerungsfunktion des europäischen neoliberalen Kapitalismus und den zunehmenden Zentrifugalkräften reagiert das europäische Staatsapparatenensemble autoritär und mit Repression. Mit der Wirtschaftskrise wurden die konsensualen Einbindungsmechanismen zunehmend durch autoritäre Zwangsmechanismen ersetzt. Die disziplinierende Austeritätspolitik als wirtschafts- und fiskalpolitische Komponente wird durch eine Remilitarisierung der Außengrenzen, dem Aussetzen von Schengen, einer systematischen Militarisierung der EU-

Mitgliedsstaaten, dem Aufbau internationaler Geheimdienst- und Überwachungsnetzwerke etc. ergänzt. Das Recht auf Bewegungsfreiheit wird genauso scharf beschnitten wie Demonstrations- und Meinungsfreiheit. So kann eine Demonstration in Spanien heute für den Anmelder im Zweifelsfall Tausende von Euro kosten.

Diese Verhärtung des europäischen Staatsapparatenensembles und das zunehmende Fehlen der Konsenskomponente offenbaren die Hegemoniekrise des europäischen Neoliberalismus und zeigen, dass die sogenannten europäischen Werte nicht mehr als warme Worte waren. Die autoritäre Politik des permanenten Ausnahmezustands ist der Ausdruck eines Systems, welches nur noch herrschend aber nicht mehr führend ist. Eine weitere Eskalation der europäischen Wirtschaftskrise würde diese Hegemoniekrise weiter vertiefen und sich zugleich in einer sich wiederum verstärkenden Repression niederschlagen.

### **Offene Situationen nutzen ...**

Eine Hegemoniekrise bedeutet jedoch auch immer, dass sich Möglichkeiten und Räume finden, progressive Ideen und Vorstellungen zu artikulieren und das Schwanken des herrschenden Gefüges weiter zu verstärken. Bisher ist uns das als radikale Linke in Deutschland ebenso wie in den anderen Zentrumsstaaten der EU nicht gelungen. Mit Ausnahme der südeuropäischen Länder blieb die Linke in der EU auffällig schwach und unkoordiniert. Ein gemeinsames gegenhegemoniales Projekt konnte nicht einmal formuliert, geschweige denn artikuliert werden. Blockupy, so wichtig es in dieser Situation auch war und dessen Errungenschaften hier nicht infrage gestellt werden sollen, blieb auf einer rein symbolischen Ebene verhaftet und schaffte es nicht, an reale Kämpfe und Klassenausinandersetzungen anzudocken. „Europa von unten“ blieb ein leerer Signifikant, der nicht mit Inhalt gefüllt wurde.

Bisher konnte in Deutschland und in fast allen Ländern Nord- und Osteuropas diese offene Situation von der konservativen und konterrevolutionären Rechten genutzt werden. Sie schafften dies vor allem dadurch, dass sie sich auf gesellschaftlich fest verankerte Institutionen wie Grenzen und Nation beriefen und gleichzeitig die soziale Frage rassistisch aufluden und von rechts politisierten. Die gesellschaftliche Linke befindet sich dagegen in der Defensive und versucht derzeit relativ hilflos, ihre

humanistische Positionen gegen einen gesellschaftlichen Rechtsruck zu retten. Gerade in der sogenannten Flüchtlingskrise schaffte es die gesellschaftliche Linke dabei nicht, über moralische Forderungen hinauszukommen. Dabei verpasst sie es, die soziale Frage von links zu repolitisieren und überließ sie damit der Rechten. Die Deutungshoheit über die soziale Frage wieder zurückzugewinnen und Klassenhass statt Rassismus auf die politische Tagesordnung in Europa zu setzen, ist wohl die größte Herausforderung für die radikale aber auch für die gesamte gesellschaftliche Linke in der Zukunft. Nur dadurch kann die gesellschaftliche Linke aus ihrer Defensivposition herauskommen und nicht den Erneuerungsversuchen liberalen Akteuren zum Opfer zu fallen. Nur damit können wir die kommenden Auseinandersetzungen im Rahmen einer sich weiter verschärfenden Hegemoniekrise der europäischen neoliberalen Gesellschaftsformation für uns entscheiden und systematisch Brüche im herrschenden System zu produzieren.

### **... und die soziale Frage nicht rechts liegen lassen!**

Dazu bedarf es einer strategischen Orientierung zu den realen Kämpfen und Auseinandersetzungen auf der lokalen/regionalen Ebene und einer gesamteuropäischen Verknüpfung. Dabei sollte jedoch der Schwerpunkt auf der Verankerung in den lokalen/regionalen Strukturen als auf der europäischen oder transnationalen Vernetzung liegen. Denn eine transnationale Vernetzung kann nur dann sinnvoll sein, wenn auch eine reale Struktur auf der lokalen und regionalen Ebene existiert und auch dort vernetzt ist. Dort nur dort können alternative Strukturen aufgebaut und Brüche mit dem herrschenden System erreicht werden. Nur mit einer lokalen Verankerung kann langfristig die Machtfrage gestellt werden.

Denn um Hegemonie wird eben dort gerungen, wo Menschen mit realen Problemen konfrontiert sind, also bei Zwangsräumungen, auf dem Amt, in den Betrieben, im Alltag oder in den Universitäten. Das mögen Probleme sein, welche durch europäische oder transnationale Entscheidungen und Prozesse verursacht wurden, jedoch für die Menschen auf der lokalen Ebene ihre Auswirkungen zeigen und damit für sie auch nur dort präsent sind. Wer dies vernachlässigt, agiert in einem luftleeren Raum und übersieht, dass auch die europäischen bzw. transnationalen Prozesse und Entscheidungen in lokalen Räumen ihre

Grundlagen haben. Deshalb sollten wir genau dort aktiv sein; Menschen, Initiativen und Organisationen genau dort zusammenbringen und sprechfähig machen. Unsere Aufgabe besteht darin, die soziale Frage zu stellen, die gesellschaftlichen Zustände zuzuspitzen und in ein Verhältnis mit der neoliberalen Politik der letzten Jahrzehnte zu stellen, Antagonismen mit dem herrschenden System zu schaffen und Brüche zu produzieren. Klassenhass statt Rassismus sollte die Devise sein. Gleichzeitig stehen wir vor der Herausforderung, eine Spaltung zwischen Prekarisierten und Geflüchteten und damit eine weitere Stärkung der Rechten zu verhindern. Denn auch das „dissidente Drittel“ wählt rechtspopulistische Parteien, wie die Landtagswahlen am 13. März offenbarten.

Die Repolitisierung der sozialen Frage von links kann sich dabei nicht nur auf unsere sozialpolitischen Kampffelder beschränken, sondern muss Einfluss auf alle unsere Politikbereiche haben. Eine konsequente Klassenpolitik darf somit nicht nur im Krisen- oder Stadtbereich Gegenstand der politischen Artikulation sein, sondern muss auch Politikbereiche wie Queer-Feminismus, Klima oder Antifa umfassen. Dass dies leider noch nicht oder nicht mehr der Fall ist, macht unsere derzeitige Schwäche offensichtlich.

Die derzeitigen Initiativen für eine „Stadt für alle“ sind dabei ein richtiger Anfang und sollte meiner Ansicht nach weiter und auch breiter verfolgt werden. Sie könnten es ermöglichen, mittelfristig aus der gesellschaftlichen Defensive herauszukommen und den Diskurs wieder ein wenig nach links zu verschieben. Sie können jedoch nur ein Anfang sein, um kommende Herausforderungen zu meistern und aufkommende Chancen besser nutzen zu können.

Mittel- und langfristig ist die Schaffung eines gegenhegemonialen Projekts unverzichtbar, um eine reale Alternative zum bestehenden neoliberalen Hier und Jetzt artikulieren zu können. Nur mit einem konkreten gesellschaftlichen Gegenentwurf zum kapitalistischen Normalzustand, wie er sich in der Europäischen Union, aber auch im Alltag von uns allen darstellt, ist es langfristig möglich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zu verschieben. Leere Slogans wie „Stadt für alle!“ oder „Europa von unten“ sind gut und schön, müssen aber mit Inhalt gefüllt und materiell unterfüttert werden. Zugleich muss ein solches Projekt insofern breit und offen formuliert sein, sodass es Anknüpfungspunkte für jene gesellschaftlichen



Akteure bietet, die nicht augenscheinlich unserer „Szene“ angehören. Hegemonie zu erkämpfen heißt nämlich auch eine breite gesellschaftliche Basis zu schaffen und starke Verbündete zu gewinnen, um langfristig die Machtfrage stellen zu können. Die Strategiekonferenz könnte dabei ein Anfang für die Formulierung eines solchen konkreten gegenhegemonialen Projekts sein.

**Anmerkung**

*Da der Text relativ spontan und kurzfristig vor Abgabedatum entstanden ist, konnten viele weitere Aspekte nicht beleuchtet und Fragen, welche im vorliegenden Text zwar aufgeworfen wurden, nicht besprochen werden. Sie sollen hier jedoch kurz noch mal aufgezählt werden: Was würde ein Zusammenbruch der Europäischen Union für die radikale Linke bedeuten und was würde dies für uns ändern? Wie reagiert sie auf zunehmende Repression im Zuge der Verhärtung der politischen Form des neoliberalen Kapitalismus? Wie könnte ein gegenhegemoniales Projekt der gesamtgesellschaftlichen Linken inhaltlich konkret aussehen?*

# ANSTÖSSE UND EIN- SCHÄTZUNGEN

**„Wir bekräftigen, dass die Machtfrage nicht umgangen werden kann“**

Von Diktyo – Netzwerk für Politische und Soziale Rechte

**Reflections on current struggles and practices**

Von Allt åt alla, Sweden

**Vier Thesen zur aktuellen Debatte über die  
Re-Organisierung der Linken in Österreich**

Von Pyrx

**Alles hat seine Zeit**

Von Libertad!

**Zwei Stichpunkte, die mir für eine linke Perspektive von Bedeutung sind**

Von Peter Nowak

# „Wir bekräftigen, dass die Machtfrage nicht umgangen werden kann“

Antworten auf einige von uns gestellte Fragen aus Griechenland

**Von Diktyo – Netzwerk für Politische und Soziale Rechte**

## Griechenland und linke Regierungsmodelle

In Griechenland hat sich der Kreis „linke Regierung“ vollständig geschlossen. Tatsächlich, also als angewandte Politik und nicht nur als allgemeine Dynamik oder Hoffnung, hat er sich nie geöffnet. Schon im Februar 2015 zeigte sich überdeutlich die Ausweglosigkeit der Syriza-Strategie, um jeden Preis in Eurozone und EU zu bleiben bei gleichzeitig volksfreundlichem Kurs unter den Bedingungen von Normalität. Gleichwohl gab es bis zum Juli 2015 ein diffuses politisches Klima – nicht nur bei der Linken und den Bewegungen, sondern in weiteren Bereichen der unteren Klassen und der Jugend –, welches gezeigt hat, dass nach wie vor viel offen ist. Dieses Klima von extremer Klassenpolarisierung und politischer Radikalisierung reflektiert das Referendum vom 5. Juli 2015 mit seinen 62 Prozent Nein in einzigartiger Weise.

Die Missachtung des Ergebnisses des Referendums durch Syriza, die Unterschrift unter die Vereinbarung mit den „Gläubigern“, die Wahlen im September 2015 mit einem Syriza-Programm, das die bizarre Politik der „volksfreundlichen Umsetzung der Memoranden“ verfolgt, und schließlich die Umsetzung des härtesten Memorandums seit 2010 beendeten tragisch den kurzen „griechischen Frühling“.

Heute vollzieht die Syriza-Anel-Regierung eine vollständig sozialliberale Politik, nicht nur im wirtschaftlichen Bereich, sondern auch hinsichtlich demokratischer Rechte, in der Außenpolitik und natürlich gegenüber den politischen und ökonomischen Flüchtlingen. Der Kurs dieser Regierung ist vorgegeben: Sie hat noch die Unterstützung (unter unerbittlichem Druck) des nationalen und internationalen Kapitals, weil sie (noch) die geeignetste Regierung für die Umsetzung unpopulärer Maßnahmen mit der geringsten Wahrscheinlichkeit sozialen Widerstands ist. Gleichzeitig ist aber ihr moralischer Vorsprung

dahin und die Wahlpräferenz schwindet dramatisch. Der soziale Block, der Syriza gestützt hat, hat die Partei noch nicht gänzlich verlassen, schrumpft aber zusammen, während Lähmungs- und Fäulniserscheinungen in der Regierung und dem Parteiapparat rapide zunehmen.

Wir glauben nicht, dass das Abgleiten von Syriza nach Mitte-Links (zumindest seit 2012), seine Anpassung an das System (auf jeden Fall schon einige Zeit vor den Wahlen vom Januar 2015) und seine Mutation während der gesamten Regierungsdauer zum Staatsträger eine Verschwörung oder ein Verrat seiner Führungsriege sind. Wir meinen, dass diese Entwicklung ein Produkt der reformistischen Natur von Syriza ist, der die politische Macht unter (für die Linke) ausgesprochen ungünstigen internationalen Korrelationen übernahm, seines bürgerlichen Europäismus, der ihm auch nur den kleinsten Bruch mit der EU und der Eurozone verbot, seiner absoluten „eurokommunistischen“ parlamentarischen Sichtweise, die ihn zu vollständiger Missachtung der Volksmobilisierung und der sozialen Selbstorganisation (als Bestandteil des Projekts der Schaffung einer Klassenallianz derer „von unten“)

führte, und natürlich seiner auf den Parteivor-sitzenden zugeschnittenen antidemokratischen Struktur als Partei. Dies hat Syriza nach rechts gewendeten Kurs, die Manipulation seiner Mitglieder und die Marginalisierung der internen linken Opposition ausgesprochen begünstigt.

An dieser Stelle müssen wir als Diktyo Selbstkritik üben: Wir glauben, dass es richtig war, schon seit 2011 das Ziel einer linken Regierung der Linken zu propagieren; wir haben die politischen Bedingungen und die bewegungsbezogenen Voraussetzungen, damit eine solche Regierung das Selbstbewusstsein und die Organisation derer „von unten“ stärken würde, richtig beschrieben; zurecht haben wir die Form der „antreibenden [propulsiven] Opposition“

gegenüber dieser Regierung gewählt. Wir haben jedoch einen großen Fehler strategischer Bedeutung gemacht, der viele andere nach sich gezogen hat: Wir haben die Bewegungsorientiertheit von Syriza über- und seinen Reformismus unterschätzt. So haben wir nicht ausreichend eine Frontstellung gegen seine (zu erwartende) Rechtswendung aufgebaut; wir blieben inaktiv bei seinen extremen Kompromissen (außer der Veröffentlichung von einigen Erklärungen); und wir setzten die Schwerpunkte der antreibenden Opposition – mit Ausnahme der Internierungslager für Flüchtlinge und Migrant\*innen und in gewisser Hinsicht auch der Politischen Gefangenen –, obwohl wir sie frühzeitig und detailliert beschrieben hatten, in der Praxis nicht um. Auch bei uns herrschte eine Mischung aus Illusionen, Unsicherheit und politischer Unbeweglichkeit.

Wir meinen, dass aus dem Vorstehenden deutlich wird, dass wir Vorbehalte hegen gegenüber Entwicklungen oder bestimmten Parteien in Portugal, Spanien, Großbritannien usw. Wir sagen „Vorbehalte“ und nicht „Ablehnung“, weil wir einerseits nicht denken, dass wir uns kategorisch zu Vorgängen äußern sollten, an denen wir nicht selbst praktisch teilhaben, und weil wir andererseits verstehen, dass das Ziel der Entfernung der neoliberalen Rechten aus den Regierungssämtern die unteren Klassen interessiert und folglich auch die radikale Linke beschäftigen muss.

Es hat sich aber historisch gezeigt (und in unseren Zeiten grenzt diese Feststellung an eine Selbstverständlichkeit), dass die Mitte-Linke – sogar die bewegungsorientierte reformistische Linke vom Typ Syriza – die „von unten“ um sich scharen kann, dass die Möglichkeit besteht, dass sie für einen gewissen Zeitraum extreme neoliberale Politik abwehren kann, dass sie aber gänzlich unfähig ist, den Kern dieser Politik anzugreifen (Austerität, Entwertung der Lohnarbeit, Privatisierungen, Zügellosigkeit des Finanzkapitals, „Sicherheits“-Politik usw.). In diesem Sinne sind jedwede Mitte-Links-Formierungen oder radikale „postlinke“ Parteien dazu verurteilt, vom Sozialliberalismus aufgesogen zu werden, ihre Wählerschaft zu verleugnen und das Terrain für die Entwicklung massenhafter sozialer Bewegungen und radikaler linker Zusammenschlüsse noch schwieriger zu machen. Das soll nicht ihre dogmatische Gleichsetzung mit der Rechten bedeuten, kann in manchen Fällen auch ihre kritische Wahlunterstützung erfordern; zunächst und vor allem aber bietet es einen

unabhängigen Standpunkt der Bewegungen und der Linken ihnen gegenüber: Das heißt, sie können zu einem gegebenen Zeitpunkt der neoliberalen Herrschaft Probleme bereiten; sie können sie aber keineswegs infrage stellen. Wir brauchen eine unabhängige Klassenbewegung und eine antikapitalistische Linke.

Vor dem Hintergrund der Niederlage der Syriza-Regierung, der Enttäuschung, der Zersplitterung, der Ödnis, die sie hervorruft (und fortführt hervorzurufen), verbunden mit negativen Entwicklungen für die Linke in Lateinamerika, Nordafrika, dem Mittleren Osten und anderen Teilen der Erde, beschäftigen uns stark die Fragen, die zusammenhängen mit: „Mit welcher Linken, für welche Art von Regierung, für welche Herrschaft?“ Nur andeutungsweise bekräftigen wir Folgendes:

a) Wir sind keine Anhänger\*innen des „ideologischen Rückzugs in die Einsiedelei [Anachoritismus]“, der eschatologischen Verkündigung der „kommunistischen Zukunft“ nach der „Großen Nacht der Revolution“.

b) Wir meinen, dass sowohl auf den Kommunismus wie auch die Revolution von heute an hingearbeitet werden muss durch Verbindung kleiner Subjekte wie uns, mit den vorhandenen sozialen Notwendigkeiten, durch praktische Politik, die versucht, die großen Gefahren abzuwehren (Rechtsradikale, TINA – *There is no alternative* –; das ungeschriebene Motto von Syriza nach dem Referendum, kriegerische Zusammenstöße usw.) und die die „kleinen“ Gelegenheiten nutzt (Kämpfe gegen die Austerität, Solidaritätsbewegungen für Flüchtlinge, Brüche mit der „Einbahnstraße Europa“ usw.).

c) Wir meinen, dass eine Regierung der Linken, selbst wenn sie mit den besten Vorsätzen antritt, zu vollständigem Scheitern verurteilt ist, wenn sie nicht, in Koordination mit den europäischen Bewegungen, das Verlassen des Landes aus der Eurozone und der EU vorbereitet hat, und vor allem, wenn nicht bereits vorher vorhandene massenhafte Strukturen sozialer Selbstorganisation und Gegenmacht, praktischer Infragestellung der kapitalistischen Herrschaft und des staatlichen Gewaltmonopols existieren.

d) Wir bekräftigen, dass die Machtfrage nicht umgangen werden kann. In diesem Sinne – obwohl wir Vorhaben von genossenschaftlicher, solidarischer oder sozialer Ökonomie unterstützen – glauben wir, dass diese, auch alle zusammengenommen, in keinem Fall das System umzingeln und zur Aufgabe zwingen können.

Der „Moment“ des Zusammenstoßes mit der bürgerlichen Macht kann nicht vermieden werden und die Zwangsentscheidung „Reform oder Revolution“ ist nach wie vor aktuell, auch wenn die Formen und die Inhalte des antikapitalistischen sozialistischen Übergangs nur umrissen werden können.

e) Wir meinten immer schon, dass die Kenntnis und die Verbundenheit mit der Wirklichkeit primäre Voraussetzungen für ihre Veränderung sind. Genau deshalb glauben wir als Diktyo, dass der neuerliche Zusammenschluss der Bewegung einhergeht bzw. einhergehen muss mit der Neugründung der Linken. Wenn die Linke sich nicht innerhalb der Bewegung befindet, wenn sie nicht zusammen mit ihr atmet, ist sie eine Linke der „Repräsentation“, bürokratisch, und in letzter Konsequenz bürgerlich. Wenn, entsprechend, die Bewegung sich nicht koordiniert, keine Institutionen des Ratschlags und der Produktion von Politik ins Leben ruft, ist sie zur Zersplitterung und zur Übertragung [von eigener Macht an Parteien usw.] verurteilt.

### **Demokratie, Partei – Bewegung und radikale Linke**

Die Fragestellungen und vor allem die Antworten, die erwartet werden, sind außerordentlich weitgehend. Für den Fortgang der Diskussion wagen wir einige prinzipielle Annäherungen:

Soweit es uns betrifft, vermeiden wir allgemein den Gebrauch des Begriffs „Demokratie“. Wir meinen, dass die bürgerliche Demokratie die bestimmte Form der politischen Herrschaftsausübung des kapitalistischen Systems ist und, in diesem Sinne, einerseits der regulierende Rahmen der Reproduktion der bürgerlichen Klassenherrschaft (verfassungsmäßiger Schutz des Privateigentums, staatliches Machtmonopol, rechtliche Verankerung der klassenmäßigen Ausbeutung usw.), andererseits unterworfen ist den jeweiligen sozialen und politischen Wechselbeziehungen (Streiks, demokratische Rechte, politische Kämpfe usw.). Aus diesem Blickwinkel betrachtet, glauben wir, dass die (bürgerliche) Demokratie als Feld der Verwirklichung – oder zumindest der Forderung nach – sozialer Umwandlung eine leere Worthülse ist. (Daher auch unsere Gegenansicht zum eurokommunistischen Narrativ) Gleichzeitig meinen wir, dass die (bürgerliche) Demokratie ein für die Entwicklung des sozialen Antagonismus günstigeres Feld darstellt als andere Herrschaftsformen des Kapitalismus (Faschismus, Diktatur, despotische Demokratie usw.). Aus

diesen Gründen, Gründen der Verteidigung demokratischer Rechte und der Entwicklung von Freiräumen für die Bewegungen und Kämpfe, widersetzen wir uns den totalitären Tendenzen des zeitgenössischen Kapitalismus, dem Staat im Ausnahmezustand und der Entziehung von Rechten, der Umwandlung der parlamentarischen Demokratie in eine Regierungsdemokratie.

Wir glauben, dass der allgemeine und abgehobene Gebrauch des Begriffs „Demokratie“ durch die in der EU herrschenden Kräfte nicht einfach vorgeschoben und heuchlerisch ist, sondern gefährlich. Denn damit wird beabsichtigt, die bisher aggressivste Phase der europäischen Herrschaft mit dem Vorhang der „gemeinsamen demokratischen Werte“ und der „europäischen Kultur“ zu versehen: Die Schließung der Grenzen für die Flüchtlinge, die Sicherheitspolitik, die Bombardierungen etc. geschehen im Namen einer „Demokratie“, die zwecks Konfrontation mit dem „Terrorismus“ (den sie zu einem großen Teil erst selbst geschaffen hat) die Freiheit und die Gleichheit abschafft, auf die sie ansonsten so schwört.

Wir sagen, dass wir im Rahmen des Gegenangriffs auf die neoliberale (und ideologische) Vorherrschaft eine neuerliche Sinngebung für grundlegende Begriffe brauchen. Mag auch die Vorherrschaft der Gegner nicht so kompakt sein wie 1989, die Illusionen derer „von unten“ viel weniger; mag die fortgesetzte ökonomische/soziale Krise auch ihre eigene (bisher siegreiche) Erzählung infrage stellen – gleichwohl bewegen wir uns, solange wir auf dem Feld des Gegners bleiben, wie Seiltänzer zwischen Sprachlosigkeit und Integration.

Folglich – ohne in Verbalismen und in die Demokratieverachtung stalinscher Prägung zurück verfallen zu wollen – ist die einzige „tatsächliche Demokratie“, die Programm und Projekt für die antikapitalistische internationalistische Linke sein kann, dasjenige sozialpolitische Verhältnis, bei dem die Gleichheit die Freiheit sichert und die Freiheit die Gleichheit garantiert. Mit anderen Worten, soziale und politische Demokratie, Teilhabe gewährleistet und unmittelbar, aber auch pluralistisch und mit allgemeinen Vertretungsformen; relativ großzügig, um gegenteiligen Auffassungen Raum zu geben, aber auch relativ stark und streng, um dem Klassenfeind Einhalt zu gebieten.

Schließlich sagen wir, dass in unserer Epoche der soziale Wechsel, der Weg zur sozialistischen Demokratie und zum Kommunismus, um ein befreiender zu sein, demokratisch sein muss:

im Verhältnis sozialer Bewegungen und politischer Subjekte; zwischen unterschiedlichen Identitäten, Interessen und Bedürfnissen; zwischen der zentralen politischen Ebene und der molekularen Ebene der täglichen Praktiken; zwischen der Freiheit und der Effizienz, der Organisation und dem freien Willen, der Gleichheit und der Verschiedenheit; schließlich zwischen dem „großen Bild“, das Know-how, Verallgemeinerung und Theorie erfordert, und den „kleinen Bildern“, die Ausbildung, Kenntnisse und Lebenserfahrung mit sich bringen – nur ein einheitliches sozialpolitisches Subjekt kann all das oben Aufgezählte zu einem gemeinsamen Vorwärtsgen verbinden.

Abschließend können wir festhalten, dass die radikale Linke von 2016 kleiner ist als die von

1968, sicher in besserer Verfassung als die von 1989, offensichtlich weiser durch die Erfahrungen der Zapatistas, der Antiglobalisierungs- und Antikriegsbewegung des vorigen Jahrzehnts, erfahrener hinsichtlich des Konzepts des Zusammenschlusses der mannigfachen aufständischen Subjekte, sicherer, dass die antikapitalistische internationalistische Strategie heute auf breitere soziale Schichten treffen kann, furchtsamer im Hinblick auf die Gefahr der rechtsradikalen Machtübernahme und Hegemonie des „europäischen Nationalismus“, fähiger hinsichtlich ihrer Allianzen mit Teilen der traditionellen Linken, mit höherem Bewusstsein – aber auch höherer Ungewissheit – bezüglich der Notwendigkeit programmatischer Vertiefung.

# Reflections on current struggles and practices

Von Allt åt alla, Sweden

In times of crisis, in which the struggle between the working class and capital is intensified, we as a social movement, as actors for a future beyond the limits of capital must look upon and evaluate ourselves in relation to society. Since the context for our struggle is constantly in transformation the answers to the questions who we are, what we do and with whom we do it will always change. In this paper, we shall make an attempt to frame some key elements of how we as actors are constituted, what struggles we participate in and why – as well as what the lessons we have learnt can tell us about the way ahead. Therefore, we will present a brief introduction in regards to how our movement has changed during the last five years or so, discuss some core concepts which we relate to in our struggles, and finally we shall posit ourselves in a local and transnational context in order to look to the future.

Allt åt alla as of today is in large a result of critical discussions regarding the fall pits and problems faced by the late 90s and 00s autonomous anti-globalization and anti-fascist social movements. The autonomous movement chose to marginalize itself from the broader society both in practice, esthetic and in rhetoric. Our confrontational practices against the state and the fascist movement had made it hard for us to intervene in class oriented struggles. We were seen as a self-chosen outsider with the goal of creating chaos. The practices were successful in combating the street-fascists but were unsuccessful in creating a broader progressive movement. We therefore saw this as our aim when founding Allt åt alla – moving away from the outsider position to a more locally based, broad organization with progressive political goals. Traditionally the autonomous movement has a wide experience of local struggles, why the turn to class conflict in everyday life was not farfetched but nonetheless filled with challenges.

In this context, we found ourselves in critical discussions and in a position where we were challenging and questioning our role in class conflicts, as well as our way of organizing. We have later seen that this continuous critical approach has been beneficial in our

development, as it has lead us to become more dynamic and has helped us grow as a movement.

## In the strive of being a dynamic actor

Today, when asking ourselves about our own reasons for joining and staying in Allt åt alla, a lot of the responses state that the dynamism and the wide range of struggles in which we engage have been decisive reasons. Even if our movement to a large degree stems from the antifascist scene in Sweden, we have moved beyond secret action groups and fetishized posing, and instead expanded our repertoire of conflicts. Our flexible nature, the loose framework and the reluctance towards specific isms posit us in a unique position among other groups and networks. Our goal is to be a non-dogmatic, transparent and dynamic movement, which is something we strive for both internally and externally. An ongoing debate of the use of terminology traditionally associated with the left (concepts such as communism, socialism or working class) posits us in a pragmatic space between traditional etiquettes and new social movements. This undogmatic approach has resulted in a motley group of members in which some have a lot of previous experience in the left, and others do not. At the same time, we avoid concealment of our views and aims and instead work to normalize a 'radical' critique of the capitalist system. To those that aim to brand us as left-wing extremists, it makes us hard to pinpoint and define. We thrive in this position as it opens us up for any kind of struggle we see as important or relevant to us. We want to see ourselves as a movement in which the goal is everything and the curiosity of how to reach it is great. We would also very much like to see us as an inclusive organization and a movement without formal leadership, an organization in which all members are encouraged and able to participate in both decision making and execution.

However, this image is not complete as a description of our group. With loose formal structures follows informal hierarchies. As we are highly focused on practices and practical approaches to problem solving, the individuals

with the knowledge and experience in practices are often made informal leaders. We tend to neglect new members and internal hierarchies, perhaps due to an over-reliance on our group's dynamic and pragmatic posture. With a strong emphasis on practices, and on what we actually do, we sometimes overlook the rewarding discussions between members about politics, society and the self, which could be beneficial both for new members but also as a way of opening ourselves up to multiple perspectives on things. The balance between enabling discussion and still maintaining a practical focus is difficult and requires a lot of work.

We do believe that by reflecting upon our group helps us understand how our struggles are acted out, constituted and where they may take us. Our practices and struggles are therefore what we shall discuss in the next section.

### **Using a variety of methods and practices**

The struggles in which we take part are what we perceive as defining for our organization. We let our practices define us, rather than define ourselves before acting. Therefore, constantly evaluating our motivations and strategies for struggle is of utmost importance if we wish to develop further as a group.

During the last year, we have engaged in a number of struggles which all tie together even though they at first may seem disconnected. We reacted during the refugee crisis, we fought alongside EU-migrants from Romania (mostly Roma, but not only - that is why we call them EU-migrants) against displacement, we initiated a project where we arrange homework help for children and migrants studying Swedish, we have organized an interest group for the obstetrics and gynecology department and initiated solidarity campaigns with the Kurdish people. Our approaches to these struggles have differed as the struggles are different in nature and demand varying methods and practices. What they all have in common is of course the nature of the problem - we can in all of these instances see how capitalism as a system has created and reproduced the structures which create the need for struggle. However, it remains clear that the reasons for why we participated in these different struggles diverge. In discussions of importance, many see the struggles for the wellbeing of refugees as perhaps the most important struggle during last year, which is motivated by the acuteness of the situation and the state's inability to act. This cannot be compared with the low intensity struggles we

take part in regarding women's health since the situation is much less urgent - yet this struggle connects to us as individuals to a much larger degree. Political subjectivity can thus be seen as an important element in our relationship to different struggles - sometimes we act in everyday situations, and sometimes we need to use collective action to prevent a possible crisis. We try to analyze our surrounding and see what struggles that are within our reach. With many of our members coming from the more confrontational autonomous movement we have a constant internal debate of how to position ourselves in relation to less-confrontational tactics and a feeling of not being radical enough. One way of perceiving this internal conflict is that we try to set goals in relation to our struggles. What do we actually want to achieve, how can we win the conflict at hand? By asking ourselves this, the practices that follow are often times more adapted to the situation and we are therefore more likely to win than if we would only fall back onto the methods we are comfortable with. Perhaps one of the most important lessons of being engaged in struggles which differ in their nature and methods is that they more than often complement each other. When the EU-migrants who lived in a settlement were being evicted by the municipality, we had already built strong relations with the affected groups since we had organized a common together with them during a long period of time. This common, a space in which we met and exchanged knowledges or just had coffee, could therefore serve as a base from where the organization against the eviction could take place. In this way, a low key, long term practice such as the common was highly beneficial during a time of high intensity struggle. The organizing of earlier said common was a transforming activity for our members, as a group we tried to challenge ourselves to find things, dreams and desires we shared with the EU-migrants. We went from being crippled with fear of being labeled as "charity workers" to not giving a damn and instead searching for the commonalities between us. Working in this twilight zone between charity and political organizing made us uneasy but the thrill of not having any answers but instead searching for ways to act together marked a new way to organize going forward.

We may also rhetorically connect all kinds of struggles when communicating externally by being active in different social settings - by arguing that there is a need both for open borders and a strong health care we do not fall



into the trap of placing these against each other.

### **Local and transnational cooperation**

In relation to cooperation and alliances we like to see ourselves as pragmatic and practical. When discussing what kinds of co-operations that work and benefit everyone involved, it is clear that co-operations that stem from a practical need – when we share the same short-term goal and operate in the same struggle for the moment – work by far the best. Cooperations that are based upon ideas rather than active struggle – such as those we sometimes engage in with other groups in the Swedish autonomous left – seem to be more problematic. Therefore, we tend to navigate towards groups and actors who may not traditionally be seen as part of our immediate circle. While we still organize larger events and demonstrations together with the autonomous left, much of what we hope to communicate is that we are not interested in working with those who are the most ‘radical’ but rather with anyone who share the same interests as us, making it more likely for us to actually win.

In regards to transnational co-operations we see ourselves in a more instrumental way. When it comes to the fighters in Rojava, we act in solidarity, but not only through manifestations and demonstrations but instead by collecting resources such as money or technical equipment. This way, we have made local connections with other groups involved in the Kurdish struggle, which has been beneficial since we therefore have closer ties to those on the ground in Rojava. This way, we have also connected local and transnational struggles in a meaningful way, something which we often times we see as a challenge. In regards to struggles which take place across actual border, such as the refugee crisis, we have so far not been active in any cross-border struggles apart from some organizing of transports during a couple of weeks in September. We found this to be logistically hard, and have instead framed the problem politically as a transnational problem with local manifestations. As borders have closed, we find that we have lost this struggle and feel the need to reevaluate somewhat, which this conference gives us an opportunity to do.

### **Defining elements**

In order to conclude this paper in which we try to discuss and reflect on some of our strengths, weaknesses and challenges, we find some key elements that seem to be reoccurring in our organization.

In terms of how we relate to others and to our own practices, we find that a pragmatic and practical approach helps us to establish alliances beyond the ones that we have traditionally entered. By asking ourselves who is here now and who can be part of actually winning this conflict? we find that cooperations become less forced and more likely to work smoothly. The same kind of dynamism and flexibility guide us into methods and practices of conflict and struggle, and we try not to act on preconceived notions on which practices are appropriate in the situation just because we are accustomed to them, but instead hope to challenge ourselves such as in the case with the common for EU-migrants. When we step out of our comfort zone, we broaden our repertoire – something that has been very beneficial for us so far. We hope to be able to engage in deeper discussions regarding a broad repertoire during the conference. The practices that we chose and use are also ways of communicating to other people, and when these can speak for themselves, rather than being motivated by an abstract discourse, they define us as an organization to a much larger degree than a traditional leftist conceptual apparatus. We also find strength in being able to use methods which have different levels of militancy, and aim to never solidify as an organization which only use either highly confrontational nor non-confrontational methods.

Clearly, we still find many challenges ahead of us. Our internal democracy is in no way perfect, and the incorporation of new members proves difficult at times. We find that when we construct enemies that lie closer to us (such as e.g. the municipality) we are often more successful, or at least more comfortable than when constructing the whole nation state or the EU as our primary enemy. As we see that politics of migration is one of the most important political struggles ahead, this needs to be confronted, and we hope to look deeper into the relation between the local and the transnational, as these perspectives are not mutually exclusive, together with other comrades during our stay in Hannover.

# Vier Thesen zur aktuellen Debatte über die Re-Organisierung der Linken in Österreich

Von Pyrx

## 1. Soziale (Massen-)Bewegungen sind die zentralen AkteurInnen gesellschaftlicher Veränderung

Bedeutende soziale Fortschritte wurden und werden in erster Linie durch soziale Bewegungen erkämpft und nicht durch Parteien; letztere dienen bestenfalls der Sicherung dieser Errungenschaften im Rahmen von Gesetzen. Soziale Bewegungen gehorchen jedoch eigenen Regeln, sie sind zyklisch und meistens eher kurzlebig. Das muss kein Nachteil sein, hat aber ein Problem: Erfolgreich erkämpfte Errungenschaften können nur von Dauer sein, wenn sie in den existierenden Institutionen verankert werden. Diese Prozesse gehen immer auch mit einer Veränderung dieser Institutionen selbst einher – und genau daran müsste sich eine zukunftsorientierte Politik orientieren: Die Offenheit gegenüber sozialen Bewegungen und die Bereitschaft zur (Selbst-)Transformation als zentrale Elemente einer neuen linken Politik. Einer Politik, die keinen Alleinvertretungsanspruch stellt, sondern sich als Dienstleisterin für soziale Bewegungen begreift. Das bedeutet sich als Organisation zu beschränken, mit dem Ziel Räume für kommende Bewegungen und Kämpfe zu öffnen.

*Soziale Bewegungen können nicht geplant werden*

Soziale Bewegungen gehorchen ihren eigenen Rhythmen, sie entwickeln autonome Organisationsformen und einen politischen Eigensinn. Sie entstehen nicht im luftleeren Raum, sondern durch die geduldige Arbeit von AktivistInnen und organisatorischen Zusammenhängen. Soziale Bewegungen können jedoch nicht am Reißbrett entworfen werden. Dem ist auch im Rahmen der Re-Organisierung der Linken Rechnung zu tragen. Da in Österreich soziale Bewegungen traditionell schwach sind, können wir diese neue politische Macht nicht aus einer Massenbewegung heraus aufbauen. Es wird jedoch überlebensnotwendig sein, Offenheit zu den kommenden Bewegungen zu bewahren. Dies bedeutet nicht die Bevormundung sozialer Bewegungen, sondern

ein Handeln auf gleicher Augenhöhe sowie die Akzeptanz unterschiedlicher Rhythmen von Bewegungen und Organisationen.

## 2. Es gibt keine ArbeiterInnenbewegung mehr

Die nicht demokratisch legitimierte Institution der SozialpartnerInnenschaft diente lange der Integration des Großteils der ArbeiterInnenklasse in das herrschende System. Eine wirkliche ArbeiterInnenbewegung gab es in der zweiten Republik nur in Spuren. Die Gewerkschaften waren fest in die kapitalistischen Herrschaftsmechanismen eingebunden und tolerierten dementsprechend auch keine autonomen Kämpfe der ArbeiterInnen. Die SozialpartnerInnenschaft existiert heute nur als „Zombie“, in der mehr als Abwehrkämpfe in diesem Rahmen nicht mehr möglich sind. Wie fest die SozialpartnerInnenschaft dennoch im Denken und Handeln von ÖGB und AK verankert ist, zeigt jedoch etwa die Steuerreform. Zentrale Auseinandersetzungen jenseits von „mehr im Börsel“, wie z. B. drängende ökologische Fragen, die Sicherung und Verbesserung sozialer Dienstleistungen oder Geschlechtergerechtigkeit sind mit ihnen nicht durchsetzbar. Es existieren zwar Ansätze von Widerstand jenseits der etablierten Organisationen (rund um Themen wie Prekarisierung oder Care-Arbeit), diese sind jedoch noch weit davon entfernt, eine gemeinsame politische Agenda und dementsprechende Kampfformen auszubilden.

*Die gesellschaftliche Arbeit ist das Zentrum der sozialen Frage*

Die gesellschaftliche Arbeitsteilung wie auch ihr Gegenbegriff, die Zusammensetzung der lebendigen Arbeit, stehen nach wie vor im Zentrum kapitalistischer Gesellschaftsformationen. An ihr orientieren sich in letzter Instanz die großen politischen Weichenstellungen. Solange das neoliberale Paradigma dabei nicht gebrochen werden kann, wird der Zwang zur Lohnarbeit einhergehen mit der Abwertung unbezahlter Arbeit sowie die

Produktion gesellschaftlichen Reichtums mit der Zunahme von Arbeitslosigkeit und Armut. Daran wird auch die beste Antidiskriminierungspolitik nichts ändern. Durch die Vervielfältigung von Arbeitsverhältnissen und Formen der Arbeitsorganisation ist der kulturelle Zusammenhang der traditionellen ArbeiterInnenbewegung verloren gegangen. Die viel zitierte „Einheit der ArbeiterInnenklasse“ war zwar immer schon ein Konstrukt auf Kosten der vielfältigen Lebensrealitäten von ArbeiterInnen (nicht zuletzt bestimmt durch geografische Verortung, Geschlecht, Alter und Qualifikation), dennoch funktionierte dieses Konstrukt im Rahmen der klassischen ArbeiterInnenorganisationen zumindest soweit, dass die Repräsentation proletarischer Interessen durch Parteien, Gewerkschaften und Vorfeldorganisationen politisch wirksam werden konnte. Mit einer dermaßen institutionalisierten ArbeiterInnenbewegung war wahrhaftig ein Staat zu machen. Die Ideologie eines neutralen Staates, der durch die institutionelle Besetzung durch die ArbeiterInnenorganisationen zu einem Medium der Emanzipation werden kann, ist nicht länger aufrechtzuerhalten. Sowohl der „Realsozialismus“ als auch das Scheitern der Sozialdemokratie zeigen heute die Beschränktheit staatlichen politischen Handelns auf, wenn es um die Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung geht. Eine Re-Organisation der Linken, die die soziale Frage wieder ins Zentrum rückt, muss zwar wohl oder übel auch im staatlichen Rahmen agieren, ist jedoch gut beraten, diesen als zu überschreitendes Problem und nicht als Horizont zu verstehen. Eine Fokussierung auf die soziale Frage bedeutet dementsprechend eine die aktuellen Tendenzen der Transformation der Arbeit in Rechnung stellende Strategie, die sich nicht auf den nationalen wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungsreformismus begrenzt.

### **3. Eine neue linke repräsentative Formation ist notwendig**

Ich schreibe im Folgenden von der Notwendigkeit einer „neuen repräsentativen Formation“ (NRF), um die Differenz zur klassischen Partei sichtbar zu machen. Klassische Parteien beruhten auf der Repräsentation sozialer Großgruppen und ihrer Bewegungen im bürgerlichen Staat. Diese Form der Repräsentation ist mit dem Ende des Fordismus unwiederbringlich in die Krise geraten: sowohl durch die Bewegungen von und nach 1968 als auch durch die siegreiche neoliberale Konterrevolution da-

gegen.

Heute verweist der neoliberal gewendete Kapitalismus jede Möglichkeit einer kulturell vermittelten Einheit der Arbeitenden ins Reich der Legenden. Die Re-Organisation der gesellschaftlichen Linken kann sich nicht mehr auf die identitätsstiftende Gemeinsamkeit von Arbeits- bzw. Ausbeutungserfahrungen gründen, zu unterschiedlich sind auch die Bedürfnisse und Interessen einzelner Klassen-segmente. Dies bedeutet auch, dass es kein revolutionäres Subjekt im Singular mehr gibt. Eine NRF muss ihren Zusammenhalt daher aus anderen Quellen speisen:

- Klare Frontstellung gegenüber dem politischen Gegner, den kapitalistischen und staatlichen Eliten,
- Anerkennung von Unterschieden bei der Suche nach gemeinsamen Handlungsfeldern,
- kollektive soziale Experimente,
- erfolgreiche und somit gemeinschaftsstiftende Kampagnen,
- Re-Konstruktion einer neuen großen Erzählung vom „Guten Leben für alle“.

Eine NRF kann das politische Vakuum links von SPÖ und Grünen füllen, wirksame Deutungsangebote für all jene machen, die von der Politik der Großen Koalition genug haben, die rassistische Politik der FPÖ nicht mittragen und den Grünen eine Antwort von „links unten“ auf die soziale Frage nicht zutrauen.

### *Es braucht einen Reformismus auf Höhe der Zeit*

Vom Trugbild der revolutionären Partei sollten wir uns ein für alle Mal verabschieden. Die Geschichte des 20. Jahrhunderts zeigt, dass der Staat kein Vehikel einer radikalen Veränderung der Gesellschaft sein kann. Aspekte einer radikalen Veränderung sind vielmehr der Bruch mit dem kapitalistischen Normalbetrieb durch soziale Massenbewegungen und andererseits der Aufbau neuer, postkapitalistischer und post-staatlicher Institutionen. Beides kann und soll von einer NRF unterstützt, nicht aber ersetzt werden. In nicht-revolutionären Phasen beschränkt sich die Reichweite einer NRF wohl auf Kampagnen zur Durchsetzung von Reformen in enger Tuchfühlung mit existierenden Bewegungen und Kämpfen.

### **4. Für eine politische Neuzusammensetzung der Subjekte**

AktivistInnen sozialer Bewegungen, linke Intellektuelle, Aktive in linken NGOs und im Bereich solidarischer Ökonomie, kritische Gläubige: Das Potenzial einer NRF wird umso

größer sein, je vielfältiger das Mosaik der Beteiligten ist. AktivistInnen mehr oder weniger linker Parteien und ihrer Vorfeldorganisationen werden eine wichtige Rolle beim Aufbau einer NRF spielen. Um zu einer qualitativ anderen Form von Politik zu gelangen, braucht es jedoch eine deutlich breitere Zusammensetzung, andere und vielfältige Formen von Know-how inhaltlicher und organisatorischer Art. Dabei ist sowohl die Unter- als auch Überschreitung des Nationalstaats von Bedeutung: zum einen die Verankerung im gesamten Bundesgebiet und somit eine kritische Reflexion der Wien-Lastigkeit der Linken, zum anderen ein Selbstverständnis als Teil der transnationalen Linken, die weiß, dass die zentralen politischen, sozialen und ökologischen Probleme im Rahmen nationalstaatlicher Politik nicht gelöst werden können.

Die Beteiligung sozialdemokratischer AktivistInnen an einer NRF ist notwendig und wünschenswert. Dies liegt einerseits in der quantitativen Schwäche der Linken begründet, andererseits soll eine neue linke Kraft eine inhaltliche Breite repräsentieren, die auch genuin sozialdemokratische Positionen beinhaltet. Unabhängig von den politischen Positionen wird jedoch die aus den sozialdemokratischen Organisationen mitgebrachte Organisationskultur ein Problem bei der Formierung einer NRF darstellen. Die Art der Gremienarbeit und der (innerparteilichen) Machtpolitik der SPÖ sind Paradebeispiele für strukturell undemokratisches Handeln. Sie dürfen in einer neuen Organisation nicht bestimmend werden, was angesichts einer oft jahrzehntelangen Sozialisierung in SP-Apparaten keine leichte Aufgabe darstellt.

*Mit den Gewissheiten der alten Linken brechen*  
Eine Linke, die gesellschaftliche Bedeutung erlangen will, muss wahrnehmbare Deutungsangebote für einen Ausweg aus der gegenwärtigen Vielfachkrise des Kapitalismus machen. Diese sollen den Raum für mögliche Verbindungen von Massenbewusstsein, sozialen Bewegungen und repräsentativer Politik öffnen. Eine derartige Perspektive kann nur aus einer offensiven und zukunftsgerichteten Analyse

entwickelt werden.

Aktuellen Verhältnissen ist nicht mit politischen Rezepten aus der Garküche der 1960er Jahre beizukommen. Heute stellt sich die soziale Frage als qualitative – und das heißt auch als ökologische: Wie ist ein „Gutes Leben für alle“ möglich? Weder die Staatsorientierung noch der Lohnarbeitsfetisch oder das – in der Linken leider nach wie vor weitverbreitete – Wachstumsparadigma sind dafür brauchbare Ansätze. Eine zeitgemäße emanzipatorische Politik in Richtung einer sozial-ökologischen Transformation muss diese sozial und ökologisch fatalen Vergesellschaftungsmuster überschreiten. In diesem Sinne ist eine emanzipatorische Politik mehr als Umverteilung plus Anerkennung. Es ist er Kampf ums Ganze: um die Verteidigung und Gewinnung alter und neuer Gemeingüter, das Recht auf Bewegungsfreiheit, „Einkommen zum Auskommen“ – zum Beispiel in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens, soziale Sicherheit und politische Beteiligung für alle auf allen Ebenen, auch in der Ökonomie.

Es geht um den Aufbau einer neuen politischen Kraft unter der Perspektive des Primats sozialer Bewegungen – bei gleichzeitig weitgehender Abwesenheit letzterer. Angesichts der anhaltenden Schwäche sozialer Bewegungen in Österreich kann der Aufbau einer NRF nicht aus einem Bewegungszyklus heraus in Angriff genommen werden. Eine NRF muss die Gratwanderung meistern, die soziale Frage ins Zentrum ihrer Politik rücken, gleichzeitig und gleichrangig auf zweierlei Art: als Umverteilungsfrage und als Kritik der „imperialen Lebensweise“ und des damit verbundenen, ökologisch verheerenden Arbeits- und Konsumethos der globalen Mittelklassen. Dies ist der Einsatz einer organisatorischen Neuzusammensetzung der Linken. Dazu braucht es den Mut, mit lieb gewonnenen Gewohnheiten und Politikformen zu brechen. Nur die Anerkennung von Unterschieden, die Neugier auf das „noch nie Dagewesene“ sowie ein solidarischer Dialog auf Augenhöhe wird uns erlauben, gemeinsam die ausgetretenen Pfade zu verlassen.

# Alles hat seine Zeit

Bemerkungen zum Ende der Initiative Libertad!

## Von Libertad!

Schlusserklärungen aus der linksradikalen Bewegung sind oft nicht viel mehr als tote Politik. Bürokratische Formulierungen, die zwischen peinlicher Selbstkritik und schlechter Nacherzählung schwanken. Hybris trifft auf Kleinmut, mal ist die Welt Schuld, mal die Autor/innen selber. Kommen wir zu unserem Punkt: Wir lösen Libertad! auf und vollziehen damit formal, was sich schon seit ein paar Jahren abgezeichnet hat. Niemand hat auf diese letzten Worte gewartet, weil kaum noch jemand von unserer Existenz wusste. Dennoch wollen wir uns nicht stumm verabschieden, auch auf die Gefahr solcher Erklärungen innewohnender Selbstgefälligkeit hin. Wir waren die Jahre über öffentlich präsent, wir organisierten Kampagnen, gaben eine Zeitung heraus, schrieben Flugblätter. Wenn wir das endgültig nicht mehr unter diesem Namen tun, sollten wir sagen warum. Zudem sind wir eine der historischen Quellgruppen der Interventionistischen Linken (IL). Also sprechen wir nicht nur aus der Vergangenheit.

Die Begrenztheit unseres politischen Prozesses ist der zentrale Grund für diesen Schritt zur Auflösung. Wir sind in den 24 Jahren unserer Existenz nicht viel mehr geworden, gehören aber noch nicht zur gerontologischen Linken. Die meisten von uns radikalisierten sich in den 1970er und 1980er Jahren in Westdeutschland. Diese Phase linker Militanz und Subversion hat uns geprägt. Anders gesagt: In Libertad! waren bis zuletzt Genoss/innen organisiert, die eine längere politische Geschichte haben als die von Libertad!. Libertad! war für uns alle ein wichtiger Ort, jenseits des üblichen Politikbetriebs. Ein Ort substanzieller Diskussionen, ein Ausgangspunkt gemeinsamer Praxis und langjähriger politischer Freundschaft. Wir waren gerne zusammen.

Obwohl wir mit manchen unserer Projekte durchaus den Nerv der Zeit trafen, konnten wir den eigenen Handlungsraum nie wirkungsvoll erweitern. Das war eine der Grenzen, an die wir immer wieder gestoßen sind. Es war unsere Grenze als Initiative, wie es die Grenze vieler radikaler linker Projekte und Gruppen war und sicher noch ist. Hinzu kommt das Scheitern einer tatsächlichen Internationalisierung linker Politiken an der Frage der Menschenrechte und

der Freiheit der politischen Gefangenen. Schon 1992, im Ausgangsjahr unserer Initiative, versickerten die Absichtserklärungen und Verabredungen im allgemeinen Zerfallsprozess linker Solidaritäts- und Befreiungsorganisationen.

Die einen versuchten in ihrem Land einen Frieden zu retten, andere sprachen aus Kämpfen, die längst Geschichte waren, wieder andere flüchteten ins revolutionäre Pathos. Es waren die Jahre der großen Fragezeichen. Die Mauer des Ostens war kurz zuvor gefallen und damit war klar, dass der sowjetische Weg zum Kommunismus unwiderruflich zu Ende war. Die ideologischen Schockwellen dieses Ereignisses kamen bei allen unterschiedlich an, je nachdem, woher sie kamen, je nachdem, wie stark ihre Politik wirklich war. Selbstverständlich glaubten wir nicht, das Ende der staatssozialistischen Entwicklungsversprechen aufheben zu können, aber wir hofften, in den Brüchen dieser Zeit eine neue Spur des Gemeinsamen begründen zu können. Dafür ließen wir uns gerne von unserem Voluntarismus überlisten, der der Macht der historischen Umbrüche letztlich aber wenig anhaben konnte. Vielleicht unterschätzten wir als linksradikale Initiative aus dem Land der stillgestellten Klassenkämpfe, wie existenziell es damals für viele Genoss/innen etwa im Baskenland oder in der Türkei war, die eigene Zukunft zu erkämpfen oder die Politik in neue Formen der sozialen Auseinandersetzung zu überführen.

Hinzu kam bei vielen Organisationen eine Politik des Alltags, die fast immer im nationalen Rahmen dachte. Verkürzt gesagt, stellte ihr Verständnis von Solidarität nicht das gemeinsame Handeln in den Vordergrund, sondern fragte danach, was in anderen Ländern ihrem Kampf zugutekam. Die Prioritäten lagen im eigenen sozialen Terrain und erst in zweiter Linie im internationalen Raum. So ist es zwar nicht so schwer, einen internationalen Aktionstag auszurufen, aber eine ganz andere Sache, aus der symbolischen Gleichzeitigkeit eine gemeinsame Politik zu entwickeln.

Andere wiederum dachten, dass wir in Deutschland für sie ein Solidaritätsbüro eröffnen würden. Das war aus ihren Bedürfnissen zu verstehen, aber es war nicht das, was wir für

notwendig hielten. Wir wollten eine transnationale Struktur der Solidarität, an den sozialen Kämpfen und politischen Gefangenen orientiert, zugleich völlig frei von ML-Dogmatismus und ideologischer Vereinnahmung. Es waren die alten Probleme radikaler Linker, die zuweilen grotesk aktuell sind. Manches gelang uns gut. Etwa unsere Solidaritätskampagne „Kein Stammheim am Bosphorus“, mit der wir gegen die Einführung der Isolationshaft in der Türkei protestierten. Sie war auch ein kollektiver Wissenstransfer. In dem von uns ermöglichten Film „Sessiz Ölüm“ („Der Stille Tod“, 2000) erzählen ehemalige politische Gefangene aus Westeuropa von ihren Erfahrungen der Einzelhaft und Weißen Folter. Der Adressat war die linke Öffentlichkeit in der Türkei.

Libertad! war als internationales und internationalistisches Projekt gedacht, nicht als revolutionäre Organisation (was immer das damals gewesen wäre). Das war nie unser Selbstverständnis. Wir verstanden uns als Teil einer weltweiten Befreiungsbewegung, auf die wir orientierten und auf die wir uns bezogen, die – weil sie nicht Organisation, sondern Prozess, also im Fluss ist – sich immer wieder neu zusammensetzt. Per Definition war Libertad! internationale Basisstruktur – mehr nicht. In unserem Verständnis machten wir nie etwas anderes als Basisarbeit in sozialen und politischen Antagonismen, was eben nicht identisch mit dem Ort von Strategiefindung und Intervention, also revolutionäre Organisation, ist. Weil diese Stelle leer blieb, wir die Notwendigkeit ihrer Herausbildung aber betonten, hatte manches die Bedeutung einer An-Stelle-Handlung. Dabei ließen wir uns mehr von George Jacksons „Connections, Connections“ leiten, eben unsere Kämpfe mit denen von anderen verbinden, sie in unsere hineinziehen. Gleichzeitig wurden wir als einzige organisierte Stimme aus dem Post-RAF-Spektrum wahrgenommen. Antiimperialist/innen und Autonome der alten Schule zwar, aber halt keine Steinköpfe. Aktivistisch, aber ohne Reduzierung auf Militanz.

Einige von uns haben die Interventionistische Linke (IL) mitbegründet und Libertad! hat sich seitdem in diesem Kontext verstanden. Auch das erklärt unser langes Schweigen. Was wir in den vergangenen Jahren taten, machten wir im Zusammenhang der IL. Selbstverständlich war das für niemanden von uns. Bis heute bleibt eine spürbare Differenz, für manche ist es eine regelrechte innere Distanz. Sie betrifft unsere in Theorie und Praxis entwickelten Positionen zu

Internationalismus, Menschenrechten oder gegen den kriegerischen Ausnahmezustand; sie betrifft genauso unsere Vorstellungen einer politischen Organisation, die auf einen militanten Kollektivismus ihrer Aktivist/innen setzt. Weder wollen wir die Wiederkehr einer identitär-linksradiakalen Versammlungskultur, noch sehen wir uns als bewegungslinke Nichtpartei-Partei auf der Straße. Dennoch ist die IL unser politischer Ort, weil wir sicher sind, dass die Zukunft einer radikalen Linken eine plurale sein muss und sein wird, in der immer wieder Aushandlungsprozesse über Fragen und Formen der notwendigen und der möglichen Radikalität stattfinden werden.

Die IL lebt in ihrer Praxis. Darin liegt ihr eigentliches politisches Versprechen. Seit der Mobilisierung gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm hat die IL eine Vielzahl gemeinsamer Erfahrungen akkumuliert. Wir denken an die Mobilisierung gegen den NATO-Jubiläums-Gipfel 2009 in Straßburg, an „Dresden nazifrei“, an die Initiative „Castor? Schottern!“ oder an die Blockupy-Mobilisierungen und dabei insbesondere an den 18. März 2015 in Frankfurt am Main. Diese Mobilisierungen und Kämpfe haben über die IL hinaus für viele andere die Möglichkeit des gesellschaftlichen Eingreifens eröffnet und erweitert; ein Eingreifen, das gleichzeitig eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung einforderte. Wie können wir mit möglichst Vielen möglichst radikal den Alltag der imperialen Ordnung unterbrechen? Wie können wir einen Raum schaffen, in dem Hoffnungen möglich sind? Ein glaubwürdiger revolutionärer Ausweg aus unserem alltäglichen Desaster scheint trotz aller Worte und Mobilisierungen der letzten Jahre unendlich weit weg. Öffnen wir aber den Blick auf den globalen Zusammenhang aktueller Verwerfungen, Kämpfe und Revolten, ist sicherlich mehr möglich als aus der Perspektive der deutschen Deckung.

Das wurde, wie schon lange nicht mehr, im vergangenen Jahr deutlich: Die Bewegung der Geflüchteten, die sich auf ihrem Weg zusammenschlossen, die die Zäune durchbrachen oder mit Hungerstreiks und Blockadeaktionen ihre Forderungen durchzusetzen versuchten, waren nicht mehr einige, sie waren viele und sie kamen nach Europa. Und sie trafen auf eine bis in die Dörfer reichende organisierte Solidarität, die – jenseits aller antirassistischer Kampagnen und auch unsererer Online-Demo gegen das Abschiebengeschäft der Lufthansa (2001) – das gesellschaftlich Gegebene manifest nach links

öffnete. Niemals zuvor war die europäische Abschottung so infrage gestellt. Und niemals zuvor wurde so deutlich, dass Flucht ein politischer Akt ist, der das Recht auf ein Leben in Würde einfordert. Es war ein erkämpfter Ausnahmezustand der Freiheit, ein Fest der Autonomie und eine Erweiterung der europäischen Demokratie, schlagartig, von außen und im Sinne der Gleichheit. Wie kann das auch zukünftig gelten? Manche Linke entscheiden hier auf einmal neu, ebenso entstehen überraschende Bündnisse mit Liberalen. Aber es ist die klaustrophobische Seite des Jahres 2015 – die rassistischen Mobilisierungen und Übergriffe sowie der islamistische Terror –, die uns offenbarte, wie sehr wir heute in einer Welt leben, in der die Trennung von hier und dort wohl unumkehrbar aufgehoben ist. Europa ist zur politischen und sozialen Front geworden, weil die Welt nach Europa gekommen ist. Und wir alle sind mittendrin. Eigentlich kein schlechter Ort in dieser Welt ohne Außen.

Revolution? Gesellschaftspolitisch ist es ein Begriff des bürgerlichen Zeitalters. Die Französische Revolution hat sich selbst als solche definiert und ihr Versprechen von *liberté, égalité* und *fraternité* formte bis in die Gegenwart die Vorstellung ganzer Generationen im Kampf auf den Barrikaden. Und sie ist als Recht auf Widerstand gesetzt. „Das Recht auf Revolution“, schrieb einst Friedrich Engels, „ist ja überhaupt das einzige wirklich ‚historische Recht‘, das einzige worauf alle modernen Staaten ohne Ausnahme beruhen.“ Ein zweiter Begriff gehört unmittelbar in diesen Zusammenhang: Krise. Es gibt eine Notwendigkeit von Krisen, also jener historischen Momente, in denen vieles infrage gestellt wird. Die ganze Weltentwicklung dreht sich seit Jahrzehnten um diesen Punkt.

In den vergangenen Jahren deutete sich nach einer langen Zeit der Stagnation ein neuer Zyklus sozialer Kämpfe an. Was vor fünf Jahren seinen Ausgangspunkt in den Revolten Tunesiens und Ägyptens hatte, setzte eine Dynamik frei, die in ihrer Wirkung bis nach Europa ausstrahlte und dort für viele die Möglichkeiten gesellschaftlicher Veränderungen erfahrbar machte. Die Revolution auf dem Tahrir am 25. Januar 2011 war ein Epochenbruch, der eine neue Wirklichkeit sichtbar machte: der öffentliche Platz als Ort der Rebellion, auf dem die aufständische Menge die Frage der realen, wirklichen (Räte-)Demokratie stellt. Occupy, die südeuropäischen Platzbesetzungen, die Blockupy-Mobilisie-

rungen – es geht wieder um eine universelle Idee, die das Recht auf ein Leben in Würde gegen die Ungleichheit auf die Tagesordnung gesetzt hat. Die Revolte zündet dort, wo das Nicht-mehr-aushalten-wollen der Stachel im Alltag ist und kollektive Handlungen eine Erfahrung der Freiheit sind. Das war die unmittelbare Wahrheit des Tahrir im Gegensatz zum konsumorientierten Freiheitsbegriff westlicher Gesellschaften. Aber noch bevor das Scheitern des arabischen Frühlings absehbar wurde, warnten schon viele: Vor den „Islamisten“, den „Flüchtlingsströmen“ oder der „Instabilität im Nahen Osten“. Die soziale Revolte als Bedrohung, das feste Gefüge und die Souveränität als Sehnsucht, das sind Haltungen, die weit bis in unsere, die linken Reihen hineinreichen.

Es gibt die dunkle Seite der Macht in der Bewegung der Vielen und einen ihnen eingeschriebenen Antagonismus: Die religiösen Fundamentalismen unserer Zeit, sie bleiben unsere unerbittlichen Feinde, auch in Zeiten und Konstellationen, in denen sie in Feindschaft zur imperialen Ordnung stehen. Nichts hat die Welt in den letzten 15 Jahren so sehr verändert wie die mit dem 11. September 2001 in Gang gesetzte Mobilmachung gegen den islamistischen Terror. Der Ausnahmezustand wurde zur gesellschaftlichen Normalität, „Innen“ und „Außen“ wurden in der Sicherheitspolitik tendenziell aufgehoben. Der Krieg kehrt zurück und die Militarisierung setzt qualitativ andere Ausgangsbedingungen. Wir erleben es jetzt wieder in Frankreich, wo die autoritäre Strukturierung die Disziplinierung bis in den Alltag fast reibungslos durchgesetzt wird. Dabei gibt die Politik des Ausnahmezustands nicht mehr vor, tatsächlich Angriffe verhindern zu können – es geht allein um das Management der Folgen und der Angst vor der Gewalt. Unsere Anti-Folter-Kampagne zielte auf diese Widersprüche. Und während wir Guantanamo thematisierten, thematisierten wir gleichzeitig, wie sich eine Debatte über die „Notwendigkeit der Folter“ mit dem Frankfurter „Fall Daschner“ bis in die juristischen Seminare und die Medien ausdehnte. Das Neue war nicht die Tatsache dieser Gewalt, sondern ihre Inszenierung und Befürwortung vor den Augen der Weltöffentlichkeit.

Von „Oben“ wird es keine Antwort geben. Menschenrechte und Demokratie können nicht durch imperiale Eingriffe des Westens verwirklicht werden. Die mit der Französischen Revolution zusammenhängende Verbindung von Nationalstaat und Menschenrechten war

schon mit dem Kolonialismus korrumpiert und allerspätestens im Ersten Weltkrieg obsolet. Diese Katastrophen und besonders die des Nationalsozialismus offenbarten das genaue Gegenteil: Der Staat wurde zur Hauptbedrohung der Menschenrechte. Von Afghanistan über Syrien bis nach Mali: auf der einen Seite das reagierende Krisenmanagement der NATO-Planungsstäbe, auf der anderen die „große Erzählung“ des Dschihadismus.

Woran bisher jedes aktuelle revolutionäre Projekt scheiterte, verwirklicht der sogenannte Islamische Staat (IS) scheinbar mühelos: Internationalismus, trügerischer Egalitarismus im Glauben wie im Kampf, dazu eine tatsächliche Attraktivität für viele, die mehr ist als bewaffnet im Geländewagen und die Jungfrauen im Himmel. Das Kalifat wirkt wie ein totalitäres Surrogat eines überkommenen Kommunismus als Sofortprogramm. Jeden Tag verlassen junge Menschen Europa, um sich dem IS anzuschließen und ihren Traum von Macht und Männlichkeit zu verwirklichen oder sich ihnen zu unterwerfen. Doch den Schlüssel zum Verständnis werden wir weniger in der Religionskritik finden als in den Niederlagen und dem Scheitern emanzipatorischer Gesellschaftsentwürfe. Aus diesem Grund hat das Experiment einer kurdischen Kommunalität eine immense Bedeutung für den Nahen Osten wie für die globale Linke. Der wahrhaft revolutionäre Moment der Idee in Rojava liegt nicht nur in ihrer besonderen Form einer Demokratie ohne Grenzen gegen alle Grenzen, sondern in der tatsächlichen Möglichkeit des gesellschaftlichen Ausstiegs aus präfaschistischer Gewalt, ethnischen Terror und Fundamentalismen.

Wo emanzipatorische Kräfte allerdings nicht zur Wirkung kommen, schreitet im gesellschaftlichen Zerfall die reaktionäre Politisierung der Revolte voran. Das gilt für die kriegerische Wende des arabischen Frühlings gleichermaßen wie für die Ausbreitung des rechten Sektors in allen europäischen Ländern. Hier müssen wir verstehen, dass der Neoliberalismus viel mehr ist als nur eine besondere kapitalistische Wirtschaftsweise. Er ist gleichfalls eine mächtige individuelle Glücksformel aller gegen alle, die uns seit Jahrzehnten sagt, dass es außer den materiellen Dingen auf dieser Welt nichts zu genießen gibt. Das Leben ist mehr. Nach Sinn, Freude und Freiheit zu suchen, ist dem Menschen als soziales Wesen möglich. Hier aber verläuft die unüberwindbare Grenze zum Extremismus des kapitalistischen Warenverhältnisses und zu seinem ideologischen Produkt, das uns allein in den

Egoismus treibt. Auch deshalb werden religiöse Fundamentalismen, von denen der islamistische der zurzeit stärkste ist, zum großen Ausweg aus der zutiefst deprimierenden Alleinsamkeit unserer individualisierten Gesellschaften.

Revolution. Schon lange war ihre Notwendigkeit nicht mehr so greifbar: von der griechischen Tragödie bis zur syrischen Katastrophe. Von der verlorenen Zukunft in der Ukraine bis zum massenhaften Sterben im Mittelmeer. Von den Zumutungen des digitalen Alltags bis zur nackten Ausbeutung in den Weltmarktfabriken der Peripherie. Von Fukushima bis zum Klimawandel. Die Krise des Systems ist offensichtlich. Im Feuilleton und in Talkshows geistert die Überfälligkeit gesellschaftlicher Veränderung: Wie lange noch? Lassen sich die Probleme überhaupt innerhalb dieses Kreislaufes aus Ware, Geld, Verwertung und Staat lösen? Oder: Wie viele Flüchtlinge verträgt das Land? Schaffen wir das? Die Krise wird zur Form der politischen Verwaltung. Wir erleben eine Politik ohne Politik und eine institutionelle Kaste, deren Handlungen wie von sich selbst getrieben wirken. Eine Politik der Angst, eine niedere Angst vor dem jeweils anderen und die Angst vor dieser Angst wird zum Maßstab gesellschaftlicher Auseinandersetzungen, durchaus auch bei manchen Linken. Es ist anmaßend in einem Land wie Deutschland von Revolution zu sprechen. Übermächtig sind die Erfahrungen der historischen Niederlagen. 1848, 1918, 1933, 1989 – 150 Jahre des Scheiterns mit konterrevolutionären Einbrüchen und katastrophalen Konsequenzen. „Eine Geschichte wie aus dem Fleischwolf“, meinte die Stadtguerilla RAF einst im Angesicht der NS-Verbrechen. Nein, es gibt keine Garantie, und zur historischen Wahrheit gehört, dass eine emanzipatorische Kraft nicht immer existiert. Aber selbst wenn die Dystopie zur wahrscheinlichsten aller Entwicklungen wird, bleibt keine andere Chance. Eine Auseinandersetzung über den marxischen Begriff der Entfremdung wäre wieder notwendig. Denn es ist die Mühle des 24-Studentags des Kapitals, in dem alles Markt ist und die alle verrückt werden lässt. Aber das hält uns auch fest, weil es den Überlebenskampf zur Maxime erklärt. Die Erkenntnis „Wir essen kein Brot, sondern Reklame“ ist heute genauso aktuell und sprengend wie die Orientierung, dass die Aneignung des Lebens der unauflösbare Widerspruch gegen Staat und Kapital ist. Der marxistische Theoretiker Leo Kofler hat es einmal sinngemäß so formuliert: Hinter einem



Paar Schuhe im Schaufenster steckt – vermittelt über den Preis – ein soziales Verhältnis. Wert ist ein gesellschaftliches Verhältnis und nicht die Eigenschaft von Dingen. Das große Rätsel des Kapitalismus steckt zugleich im Tauschwert – und in der Langeweile, die durch die Zerstörung des Gebrauchswerts produziert wird. Das ist das Dominante und alles Durchdringende in unserer Gesellschaft. Die Zeit ist reif für massenhafte und subversive Praxis, die das in Angriff nimmt. Diese Praxis aber täuschte sich selbst fundamental, glaubte sie, letzten Endes ein Idyll zu finden oder wiederzufinden.

Eine dem Hier und Jetzt angemessene Tat braucht eine europäische Kartografie und ist im besten Sinne sozialrevolutionär. Eine radikale gesellschaftliche Linke ist lebendig, wenn sie in

ihren Aktionen soziale Heterogenitäten verknüpft und zugleich die Welt niemals mehr aus den Augen lässt. Wirkliche Demokratie wird mehr denn je eine Frage der Gleichheit aller in antagonistischer Gegenmacht. Eine Kraft der Vielen, die nicht nur zeigen werden, wie der Aufstand hier möglich wird, sondern die zugleich eine neue kommunistische Erzählung beginnen. Es geht um diese politische Praxis eines Horizonts in Bewegung. Adelante!

Initiative Libertad!, 18. März 2016

PS: Kein Zufall für uns, dass wir diese Erklärung an diesem Tag veröffentlichen. Vom Tag der Pariser Commune über den nicht zuletzt von Libertad! mit initiierten Tag der Solidarität mit den politischen Gefangenen bis zum Blockupy-Aktionstag 2015 ist es die darin fokussierte Erinnerung und Hoffnung. Wir halten daran fest: Die Verhältnisse sind reif für Kommune, „Commune of Europe“, letztlich: Weltkommune – es geht um die Organisation der subjektiven, also unserer Seite des Antagonismus.

# Zwei Stichpunkte, die mir für eine linke Perspektive von Bedeutung sind

Von Peter Nowak

## Den Klassenkampf nicht vergessen

In den letzten Jahren hat es in der außerparlamentarischen Linken erfreulicherweise eine stärkere Hinwendung zu verschiedenen Formen von Arbeitskämpfen gegeben. Das ist sicher auch der Tatsache geschuldet, auf die der Historiker Karl Heinz Roth bereits vor mehr als 20 Jahren hingewiesen hat. Während in den 1970er Jahren Studierende vor Fabrikturen zogen, um die Arbeiter\_innen zu agitieren, suchen heute beispielsweise Beschäftigte des Botanischen Gartens an der FU Berlin, Studierende, die mit ihnen gegen Outsourcing kämpfen. Streiks und Arbeitskämpfe sind mittlerweile an vielen Orten zu finden. Doch anders als in der Zeit des Fordismus ist es heute kaum mehr möglich, einen Arbeitskampf in einem Betrieb zu führen und zu gewinnen. Es braucht die Koordination verschiedener Kämpfe, möglichst auf transnationaler Ebene. Die IL sollte sich auf dem Treffen der Frage der außerbetrieblichen Streiksolidarität widmen. Dazu wäre es sinnvoll, aktuelle Beispiele wie die Amazon-Solidarität zu diskutieren.

## Die Rolle des kollektiven Organisators stärken

Ihr schreibt, dass Ihr darüber diskutieren wollt, was von der Welle der Platzbesetzungen, „in denen der arabischen Frühling zu mehr als einem regionalen Ereignis wurde“ geblieben ist. Kritisch ist dabei anzumerken, dass hier, wie schon in Euren früheren Texten, völlig unterschiedliche Ereignisse zusammengebracht werden. Tatsächlich wäre zunächst festzustellen, dass die Ereignisse, die zum sogenannten arabischen Frühling führten, sehr spezifische Ursachen in den Ländern der Region hatten und mit den Platzbesetzungen in den USA oder Europa von der Entstehung und den treibenden Kräften her wenig zu tun hatten.

Diese analytische Trennung sollte an erster Stelle stehen. Dann kann eine linke Organisation zum Zwecke der Bündelung der Proteste die disparaten Kämpfe zusammenführen. So ist den Bolschewiki 1917 in Russland gelungen, die disparaten Kämpfe der städtischen Arbeiter\_innenbewegung und der Bauernrevolution auf dem Lande für eine bestimmte Zeit zu verbinden. Nur ist diese Verbindung der disparaten Kämpfe der Beitrag der kommunistischen Organisation gewesen. Diese Verbindung war nicht schon da, sondern wurde hergestellt und musste in der politischen Praxis immer wieder verteidigt werden. Zudem wäre es die besondere Rolle der kollektiven Organisation, die disparaten Kämpfe zu verbinden und ihnen eine neue Zuspitzung zu geben. Genau dieser Prozess hat bei den Platzbesetzungen ebenso wenig stattgefunden wie beim sogenannten arabischen Frühling. Es gab schlicht keinen kollektiven Organisator und daher blieb es in allen Ländern bestenfalls beim bürgerlichen Elitentausch, in mehreren Fällen kollabierte der Staat, weil es keiner der herrschenden Eliten gelingt, eine Hegemonie herzustellen. Dieser Befund würde die Notwendigkeit eines kollektiven Organisators besonders deutlich machen. Sonst bleibt eine soziale Bewegung in ihrem rituellen Prozess des Auf- und Abschwungs gefangen. Der Aufbau einer Bewegung, die eine Gesellschaft jenseits des Kapitalismus praktisch umsetzen will, ist ohne einen solchen kollektiven Organisator nicht möglich. Die Platzbesetzungen und sozialen Bewegungen sind dazu objektiv nicht in der Lage. Das ist keine Frage des guten Willens und der Anstrengung, sondern ein strukturelles Problem. Es ist die Frage, ob die IL Teil eines solchen kollektiven Organisators sein kann.

# **BINNEN- PERSPEKTIVEN**

## **Überlegungen zum Internationalismus**

Von der IL Münster

## **Thesen für eine populare Strategie der Linken**

Von Hendrik Sander und Jonas Baliani, Februar 2016

## **Der Aufbau linker Gegenmacht braucht eine strategische Orientierung auf Alltagskämpfe**

Von Sanna und Sebbo, IL Berlin

## **„... vom Verlangen nach einem glücklicheren Leben motiviert“**

Von Marta, IL Berlin

## **... zum gemeinsamen Ausbrechen aus dem Käfig in uns drin**

Von bassrandale, IL Berlin

## **Selbstverständnis Queer-Feminismus in der IL 2016**

Von IL Münster und Leipzig

## **Let's Open Up. No Fear**

Von step (organisiert in der IL Hamburg), März 2016

# Überlegungen zum Internationalismus

Aufschlag: Diskussion beim KoGre-Wochenende Dezember 2015

Von der IL Münster

## 1. Blockupy/Commune of Europe

Die internationalistische Arbeit der IL fand in den letzten Jahren vor allem im Zusammenhang mit Blockupy statt. Ein internationaler Ausdruck von Krisenprotest war wichtig, um zum einen auch hier in der BRD Solidarität mit allen zu demonstrieren, die unter Austeritätspolitik und dem Krisenmanagement der Troika leiden, aber zum anderen auch um verschiedene Kämpfe in der BRD wie darüber hinaus zusammenzuführen und dabei die kapitalistische Logik schlechthin zu kritisieren. Zum anderen ist daraus eine konkrete Zusammenarbeit entstanden, am intensivsten wohl mit den ItalienerInnen von *Global Project*, aber auch etwa durch die Blockupy-Delegationen nach Griechenland oder mit den Schwed\_innen, und die Idee diese Zusammenarbeit in der *Commune of Europe* weiterzuführen und auszuweiten.

Im Moment scheint es nicht so klar zu sein, wie es mit Blockupy weitergeht, es fehlt an konkreten Ideen und Visionen. Die Frage wäre, was das für die internationalistische Perspektive der IL bedeutet. Der eine Aspekt wäre sicher hier der der konkreten Vernetzung; in die Richtung ging beim Treffen in Düsseldorf der Vorschlag mit den Städtepartnerschaften. Politisch entsteht aber auch der Eindruck, dass besonders im Hinblick auf Griechenland das Thema Krise aus dem Blick geraten ist: Nach dem Oxi gab es dazu eine große Euphorie, jetzt scheint Griechenland weitgehend von der Bildfläche verschwunden.

## 2. Rojava/Kurdistan

Unter dem Eindruck der Kämpfe um die Verteidigung Kobanes 2014 ist auch innerhalb der IL eine Rojava-AG mit einer bundesweiten Solidaritätskampagne entstanden, manche Gruppen haben lokal ebenfalls verstärkt dazu gearbeitet. Außerdem gibt es in der IL viele Genoss\_innen, die teilweise schon seit vielen Jahren in der Kurdistan-Soli aktiv sind und darauf hingewiesen haben, dass man die Entwicklungen in Rojava nicht losgelöst sehen kann von den Entwicklungen in Nordkurdistan

in den letzten Jahren. Rojava hat, obwohl es wieder etwas aus dem medialen Fokus geraten ist, Bedeutung, weil es innerhalb des Nahen Ostens einen alternativen Gesellschaftsentwurf darstellt, und somit ein Modell aufzeigen kann jenseits von islamistischen, autoritären oder bürgerlich-kapitalistischen Staatsprojekten. Zum anderen haben die Angriffe der türkischen Regierung auf die kurdische Bewegung in diesem Jahr wieder ein besonders heftiges Ausmaß angenommen. Die Unterstützung der BRD für Erdogans Politik steht dabei auch in engem Zusammenhang mit der Flüchtlingspolitik der EU und der BRD: Erdogan wird unterstützt, weil man sich erhofft, dass er im Gegenzug mithelfen wird, die EU weiter gegen Flüchtlinge abzuschotten. Damit steht diese Politik in guter oder besser schlechter Tradition der politisch-militärischen Unterstützung der Türkei um jeden Preis.

## 3. Flucht/Migration

Beim letzten Treffen in Düsseldorf wurde sehr stark deutlich, dass viele Gruppen besonders intensiv in diesem Bereich arbeiten und hier die Notwendigkeit zu einer stärkeren Zusammenarbeit mit der selbstorganisierten Geflüchtetenbewegung einerseits, aber auch einer Politisierung der zahlreichen in diesem Sommer erstarkten Willkommensinitiativen andererseits sehen. Um zu verstehen, was hier politisch in der BRD gerade passiert und die herrschende Politik wirksam anzugreifen, ist es nötig, die Frage nach Migrationspolitik weiter einzubetten in einen internationalen Kontext und darin etwa zu fragen, wie sich das Migrationsmanagement der EU verändert hat, was diese Entwicklungen bedeuten und wo sie Möglichkeiten für Interventionen schaffen. Aber auch zu konkretisieren, welche Perspektiven Migrationspolitik innerhalb einer radikalen Linken haben kann.

## 4. Syrien und Islamischer Staat

Die Anschläge von Paris im November haben das Thema Terrorgefahr in Europa in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt. Die Bündnis-

treue der Bundesregierung zu Frankreich legitimiert nun den größten laufenden Bundeswehreinsatz in Syrien, ohne dass sich laut Protest regt. Bei der Kritik an diesem Einsatz gilt es die Entwicklungen der letzten Jahre einzubeziehen und auch vom arabischen Frühling, dem Projekt Rojava, der Entwicklung des Bürgerkriegs in Syrien, der Rolle Assads und der Rolle der westlichen Großmächte zu sprechen. Der Bundeswehreinsatz kann von uns nicht einfach aus einer pazifistischen Perspektive kritisiert werden; dass der IS auch militärisch bekämpft werden muss, machen die Kämpfe der Kurd\_innen ja deutlich. Gleichzeitig gilt es, die falsche Alternative IS oder die Hegemonie des neoliberalen Kapitalismus zu kritisieren und unsere Alternative von links im Diskurs zum Vorschein kommen zu lassen. Das scheint umso dringender geboten, als unter dem Stichwort Sicherheit wie Terrorabwehr nun die Legitimierung von Repression gegen jegliche Gegner\_innen der herrschenden Ordnung erfolgen kann, die auch uns auf

längere Sicht gefährden kann. Das erste Beispiel dafür war das Verbot von Demonstrationen anlässlich des Klimagipfels in Paris.

**Insgesamt:** Wie schaffen wir es unsere internationalistische Politik so zu betreiben, dass nicht nur das in den Fokus gerät, was gerade medial Thema ist? Wie lassen sich hier Kontinuitäten aufbauen, auch in unserer politisch-strategischen Ausrichtung? Wie lassen sich die unterschiedlichen Themenfelder so zusammenführen, dass Zusammenhänge und Linien darin deutlich werden? Wie können wir im Bereich des Internationalismus als bundesweite Organisation sprechfähig werden? Gelingt es uns eine alternative Interpretation der Ereignisse und ihrer Zusammenhänge zu geben und so ein Stückweit die hegemoniale Deutung der Herrschenden aufzubrechen? Und zu guter Letzt: Wie gelingt es, die im Blick auf Kurdistan und Blockupy gewonnene neue Qualität internationalistischer Politik eines „gemeinsamen Kampfes“ zu vertiefen und auszuweiten?

# Thesen für eine populare Strategie der Linken

Von Hendrik Sander und Jonas Baliani, Februar 2016

Im vorliegenden Text möchten wir ausgehend von Inspirationsquellen linker Theorie und Praxis die Kernelemente eines linksradikalen Politikverständnisses entwickeln, das auf einer hegemonieorientierten bzw. popularen Strategie beruht und auf eine radikale Umwälzung der Gesellschaft zielt. Damit wollen wir einen Beitrag zur gegenwärtigen Strategie- und Organisationsdebatte innerhalb der Interventionistischen Linken leisten. Der Artikel richtet sich deshalb zunächst an unsere Genoss\*innen in der IL, aber auch an eine um Emanzipation ringende Linke insgesamt. Wir hoffen, damit den produktiven Streit um die strategische Ausrichtung der Linken zu beleben und freuen uns über Zu- oder Widerspruch.

## Ungleichzeitigkeiten in der Vielfachkrise

Wir leben in einer Zeit voller Widersprüche und Ungleichzeitigkeiten. Der Neoliberalismus ist seit Jahren in einer tiefen Krise und hat seinen hegemonialen Charakter verloren. Trotzdem können die herrschenden Kräfte ihn in radikalierter Weise fortführen, nicht zuletzt, weil wirkungsmächtige Alternativen von links fehlen. Insbesondere Deutschland setzt in der EU das autoritäre Krisenmanagement durch. Dagegen haben sich in den letzten Jahren vor allem in den südeuropäischen Peripherien Massenbewegungen formiert, denen es bisher jedoch nicht gelungen ist, das Austeritätsregime der Troika substanziell zu schwächen.

Im Gegensatz dazu scheint hierzulande ein Großteil der Bevölkerung dem Merkel-Kurs in der Hoffnung zu folgen, auch zu den Krisengewinnern zu gehören. Viele andere wenden sich resigniert von jeglicher Politik ab; nicht wenige schließen sich sogar neurechten Bewegungen wie Pegida an. Doch wer überall nur einen aktiven oder passiven Konsens zu den deutschen Verhältnissen ausmacht, läuft Gefahr, ungewollt den herrschenden Blick zu reproduzieren. Denn auch die deutsche Gesellschaft ist seit geraumer Zeit von vielfältigen Krisenprozessen gekennzeichnet, die sich mit dem Einbruch der Weltwirtschaftskrise zusätzlich verschärft haben. Die Arbeits- und Lebensverhältnisse von immer mehr Menschen wurden im deutschen Neoliberalismus zu-

nehmend prekariert. Unsicherheit und Krise sind für viele Menschen zu einer alltäglichen Erfahrung geworden. In der Folge verlieren sie in wachsendem Maße ihr Vertrauen in die etablierten Institutionen der repräsentativen Demokratie. Das Problem ist allerdings, dass sich die vielfältigen Ungerechtigkeits Erfahrungen hierzulande bestenfalls in einem begrenzten und oft individualisierten Widerstand ausdrücken, aber nicht zu einer massenhaften Bewegung und einem neuen kollektiven Subjekt verdichten.

Ist es der deutschen Regierung im Juli 2015 noch gelungen, den Widerstand der Syriza-Regierung in Griechenland zu brechen, wurde sie nur wenige Wochen später durch den Sommer der Migration vor eine ganz neue Herausforderung gestellt. Einerseits ist sie mit der massenhaften Selbstermächtigung der Fliehenden und einer enorm breiten, aber nur implizit politischen Willkommensbewegung konfrontiert. Andererseits konnte die erstarkende Rechte in den letzten Monaten zunehmend die Initiative an sich ziehen und Merkel erfolgreich von rechts unter Druck setzen.

## Strategische Herausforderungen der Linken

Welche mittel- und langfristige Strategie sollte nun die politische Linke in Deutschland in dieser widersprüchlichen gesellschaftlichen Konstellation wählen? Um als Linke eine sinnvolle strategische Antwort darauf geben zu können, müssen zunächst die Kräfteverhältnisse und der aktuelle Stand der Kämpfe genau analysiert werden. So befinden wir uns einerseits gegenwärtig nicht in einer Offensivetappe der Linken, die – wie noch bis vor Kurzem in Griechenland – durch eine manifeste politische Krise und eine Zuspitzung der gesellschaftlichen Situation kombiniert mit einer massenhaften Aktivität der Subalternen und einer breiten Bewegung gekennzeichnet wäre. In einer solchen Konstellation müsste die außerparlamentarische radikale Linke der gesellschaftlichen Dynamik eine radikalisierende Richtung im Sinne eines Bewegungskampfes geben. Andererseits lässt sich aber auch nicht

von einer weitgehenden Marginalisierung und Defensivsituation der Linken sprechen, die etwa nach der deutschen Wiedervereinigung bestimmend war. In der Konsequenz wählten damals nicht wenige Linksradikale den theoretischen Eskapismus (vor allem in Form der Antideutschen). Viele Antifa-Gruppen setzten zudem auf eine antagonistische Strategie der radikalen Minderheit gegen die (vermeintlich) vollständig national integrierte Bevölkerungsmehrheit.

Demgegenüber ist die gegenwärtige Konstellation uneindeutig: Auf der einen Seite sind die herrschenden Verhältnisse weiterhin relativ stabil und eine breite Aktivierung der Subalternen ist nicht zu erkennen. Auf der anderen Seite breitet sich die Empörung über die Zumutungen des neoliberalen Alltags kapillar unter der gesellschaftlichen Oberfläche aus. Progressive Kräfte artikulieren sich in den Massenbewegungen der Willkommensinitiativen und der Anti-TTIP-Protteste. In dieser Situation empfiehlt sich eine populäre Strategie für die Linke: Sie muss ihre linksradikalen Biotope verlassen und im Sinne eines Stellungskampfes in den vielfältigen sozialen Orten der Menschen alltägliche Verweigerungen und Widerstände aufspüren und darin eine organisierende, zuspitzende und katalysatorische Rolle spielen, um die Hegemonie der herrschenden Verhältnisse aufzubrechen und einen gesellschaftlichen Umwälzungsprozess konkret ins Visier zu nehmen. Eine solche politische Strategie kann an Ansätze und Erfahrungen der jüngeren deutschen Bewegungsgeschichte anknüpfen.

### **Inspirationsquellen in der linken Geschichte**

Denn auch zu Zeiten der deutschen Wende gingen nicht alle Linksradikalen den Weg der autonomen Antifa oder der Antideutschen, sondern zogen aus den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen andere Konsequenzen. Gruppen wie Avanti und Fels gründeten sich damals ganz bewusst in Abgrenzung zu den Autonomen. Insbesondere in der sogenannten Heinz-Schenk-Debatte, aus der die Gruppe Für eine linke Strömung (Fels) hervorging, kritisierten einige Aktivist\*innen mit scharfen Worten ihre (ehemaligen) autonomen Genoss\*innen, denen sie eine zunehmend strategie- und fantasielose Kampagnenheinzerei und ein Einrichten im eigenen Szeneghetto vorwarfen. Dagegen forderten sie, wieder tatsächlich in gesellschaftliche Auseinandersetzungen zu inter-

venieren, die eigene Politik theoretisch und strategisch zu bestimmen und neue verbindliche Organisationsformen jenseits der autonomen Plena und Kleingruppen zu erproben. Die aus solchen Debatten entstandenen Gruppen trugen vor rund 25 Jahren zur Formierung einer ganz neuen Richtung der radikalen Linken bei: der postautonomen Strömung.

Was bleibt heute von den damaligen Debatten? Die genannten Gruppen sind inzwischen mit vielen anderen in der Interventionistischen Linken aufgegangen. Ihre politische Tradition ist damit in der neuen Organisation aufgehoben. Es haben sich nicht nur die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, sondern vor allem auch die Bewegungslandschaft verändert. Die Autonomen sind (zum Glück) nicht verschwunden, aber haben längst ihre zentrale Bedeutung in der linksradikalen Bewegung verloren und sich in Teilen auch selbst zum Positiven gewandelt. Linke (Massen-) Organisationen wie Ums Ganze, die Neue antikapitalistische Organisation (NaO), Attac, die Linkspartei und nicht zuletzt die Interventionistische Linke haben auf erfrischende Weise begonnen, die „Szene“ als Bezugsrahmen linker Politik abzulösen. Diese Akteure beantworten die Organisationsfrage jeweils auf ihre eigene Weise, aber insgesamt auf einem viel höheren Niveau. Nichtsdestotrotz – und das ist unser zentrales Argument – sind wir davon überzeugt, dass die damals aufgeworfenen Grundfragen linker Politik auch heute noch aktuell sind, in erneuerter Form beantwortet werden sollten und als strategische Orientierung in der gegenwärtigen Konjunktur der kapitalistischen Gesellschaft weiterhin politisch produktiv sind. Wir möchten im Folgenden eine ganz bestimmte Lesart der postautonomen Strömung, ihrer theoretischen Hintergründe und ihrer bisherigen politischen Praxis herausarbeiten. Bei einem solchen Politikverständnis handelt es sich weder um eine einheitliche historische Tradition noch um ein explizites politisches Programm, sondern vielmehr um eine bestimmte Art, emanzipatorische Politik zu denken und zu machen.

Trotzdem lassen sich gewisse Bezugspunkte, Verbindungslinien und Inspirationsquellen für diesen politischen Ansatz in der Geschichte linker Theorie und Praxis identifizieren. Dort finden sich eine ganze Reihe von Vordenker\*innen und politischen Bewegungen, die den unproduktiven Widerspruch von Reform und Revolution unterliefen und einen

Weg hindurch zwischen etatistischer Sozialdemokratie, autoritärem Sowjetsozialismus und identitärem Anarchismus suchten. Wir denken dabei an die verschiedenen Spielarten austromarxistischer, linkssozialistischer und eurokommunistischer Experimente im bewegten 20. Jahrhundert; an das theoretische und politische Wirken so unterschiedlicher organischer Intellektueller wie Rosa Luxemburg, Antonio Gramsci, Wolfgang Abendroth, Nicos Poulantzas und Joachim Hirsch; nicht zuletzt an die vielfältigen Bewegungen der letzten 150 Jahre, die eine subversive Selbstermächtigung mit Kämpfen um konkrete Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen verbanden. All die genannten Traditionen und Marxist\*innen sind weder einer gemeinsamen kohärenten Schule zuzurechnen noch sind sie jeweils frei von jeglichen unemanzipatorischen Momenten. Dennoch lassen sich aus solchen historischen Erfahrungen und Debatten wie aus einem Steinbruch Kernelemente eines Politikverständnisses herauskristallisieren, das als Grundlage einer popularen, hegemonieorientierten Strategie der Linken dienen kann.

### **Reform, Revolution oder Transformation**

Diese impliziert ein bestimmtes Verständnis, wie ein gesellschaftlicher Prozess zur Überwindung des Kapitalismus und zur Durchsetzung des Sozialismus aussehen könnte. Dabei ist es zweitrangig, ob wir von Revolution oder Transformation sprechen. Beide Begriffe beschreiben vielmehr den notwendigen gesellschaftlichen Umwälzungsprozess aus zwei verschiedenen Perspektiven. Allerdings muss eine antikapitalistische Linke zwei Irrwege vermeiden: sowohl den des klassischen Reformismus als auch den einer putschistischen Revolution. Ideologie und historische Praxis des Reformismus basieren auf der problematischen Vorstellung, eine aufgeklärte linke Regierung könnte im Rahmen demokratisch-parlamentarischer Verfahren, mithilfe eines gesteuerten Prozesses unzähliger gradualistischer Verbesserungen und ohne Gegenwehr des herrschenden Machtblocks eine sozialistische Gesellschaft einführen. Das Scheitern der italienischen Refundazione Comunista und der griechischen Syriza-Regierung und die damit verbundene nachhaltige Schwächung sozialer Bewegungen haben in jüngerer Vergangenheit die Grenzen eines solchen Ansatzes deutlich gemacht. Nichtsdestotrotz bestimmt er weiterhin die politische Orientierung wesentlicher Kräfte in der Partei DIE LINKE.

Komplementär dazu setzen die meisten Linksradikalen weiterhin ein klassisches Revolutionskonzept implizit oder explizit als alternativlosen Weg der Befreiung voraus, das seinen Idealtypus in der bolschewistischen Oktoberrevolution findet. Doch die Orientierung auf eine Revolution im Sinne des großen Bruchs, der entscheidenden Tage auf den Barrikaden oder der kathartischen Endschlacht ist ebenfalls irreführend. Denn in dem revolutionären Aufruhr ist kaum eine kollektiv-demokratische Kommunikation möglich. Aber zugleich müssen Konfliktfragen beantwortet, die Reproduktion der sozialen Lebensbedingungen aufrechterhalten und die konterrevolutionären Kräfte bekämpft werden. In einer solchen Situation ist immer die Gefahr angelegt, dass eine revolutionäre Avantgarde eine unorganisierte Masse dominiert, weil sie nicht die nötige Organisationserfahrung und den Veränderungswillen bei den Menschen voraussetzen kann und dadurch in die Position gerät, den Kollektivwillen der Gesellschaft repräsentieren zu müssen.

Unterstellt der Reformismus also eine lineare und stetig voranschreitende Entwicklung, setzt die Revolution als singuläres Ereignis auf eine exponentielle und eruptive Dynamik. Demgegenüber ist es angesichts der bisherigen historischen Entwicklungen viel realistischer davon auszugehen, dass ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess eher zyklisch, wellenförmig und diskontinuierlich verläuft, aber zugleich klar in eine bestimmte Richtung strebt. Er ist durch Experimente, Aufbrüche, Rückschläge, Niederlagen und Neuanfänge gekennzeichnet. Im Sinne einer revolutionären Realpolitik oder eines radikalen Reformismus wird in einem solchen Prozess der Kampf um tagespolitische Erfolge mit einer postkapitalistischen Perspektive verbunden. Diese Strategie knüpft an die vorhandenen Widersprüche im Alltagsbewusstsein der Subalternen und an die partikularen und oft noch begrenzten Kämpfe an. Sie setzt auf Etappensiege und entwickelt realisierbare Einstiegsprojekte, die unmittelbar die Lebensbedingungen und die Handlungsfähigkeit der Menschen verbessern. Dabei lohnt es sich, die etablierten sozialen Errungenschaften und demokratischen Freiheiten in der kapitalistischen Gesellschaft zu nutzen und auszuweiten.

Die Konstituierung einer neuen Form von Gesellschaftlichkeit wird also nicht in eine ferne utopische Zukunft verschoben, sondern beginnt bereits heute in unseren Kämpfen und Alternativen, in denen sich die Konturen einer



sozialistischen Gesellschaft andeuten. Dafür müssen die emanzipatorischen Kräfte die disparaten Kämpfe, Bewegungen und Forderungen zum Beispiel mithilfe von Richtungsforderungen zu einer gemeinsamen Erzählung und einer umfassenden transformatorischen Strategie verbinden. Der Veränderungsprozess geht von den gegebenen Kräfteverhältnissen aus, zielt aber darauf, sie substanziell und nachhaltig zu verschieben. Die reformerischen Fortschritte müssen die Kampfbedingungen für weiterreichende Veränderungen verbessern. Die Aufgabe der Linken wäre es, das revolutionäre Potenzial in den zunächst systemimmanenten Reformen freizusetzen und sie gewissermaßen über die Grenzen ihrer kapitalistischen Verfasstheit hinauszustoßen und auf dieser Grundlage die gesellschaftliche Entwicklung vor sich herzutreiben. Dem von uns vertretenen Konzept kommt die von Teilen der Rosa-Luxemburg-Stiftung entwickelte Transformationstheorie in grundlegenden Fragen sehr nahe, die deswegen als wichtige Anregung für unsere Überlegungen zu verstehen ist. Allerdings überschätzen einige Vertreter\*innen dieser Theorie die Möglichkeiten, die eine linke parlamentarische Partei in einem Transformationsprozess spielen kann, und sind nicht frei von einem gewissen etatistischen Optimismus.

### **Langfristiger Prozess und Momente der Entscheidung**

Dieser Prozess darf jedoch nicht als gleitender und reibungsloser Übergang missverstanden werden. Gerade weil mit entschlossener Gegenwehr der herrschenden Kräfte und ihrer Unterstützer\*innen in der Bevölkerung gerechnet werden muss, muss er eine Reihe von irreversiblen Brüchen und Punkten der Unumkehrbarkeit einschließen. Es wird notwendig sein, zentrale Staats- und Repressionsapparate aufzulösen, herrschende Gruppen zu entmachten, gesellschaftliche Infrastrukturen anzueignen und mit Grundprinzipien kapitalistischer Vergesellschaftung zu brechen. Dafür müssen sich die kleinteiligen Verschiebungen ab einer bestimmten Entwicklungsstufe in zugespitzten Konfrontationen und Momenten der Entscheidung kristallisieren. Darin kann es zu Schlüssel-situationen kommen, in denen enorm verdichtete Mobilisierungen der kämpfenden Kräfte vonnöten sein werden. Dieser Prozess kann auch als Revolution bezeichnet werden, aber weniger im Sinne eines gewaltsamen Umbruchs, in dem der politische Gegner frontal

angegriffen und zerschlagen wird, sondern eher im Sinne einer Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die an die Wurzel geht. Solche historischen Kristallisationspunkte sind also nur Verdichtungen eines langfristigen Transformationsprozesses, der sich unter Umständen über mehrere Generationen erstrecken kann. Eine Reihe von Gründen spricht für eine solche Perspektive: Erstens muss jede linke Bewegung die Kontingenz und Offenheit gesellschaftlicher Entwicklungen ernst nehmen. Wir können aus einer Reihe von historischen Versuchen und vor allem aus Niederlagen lernen, aber wir wissen nicht, welchen Weg die Geschichte nehmen wird. Wie tatsächlich ein erfolgreicher Emanzipationsprozess aussehen wird, ist kaum vorherzusagen und von vielen überraschenden Zufällen und Dynamiken abhängig. Zweitens muss dieser Prozess mit einer Selbstveränderung und -emanzipation der Menschen einhergehen. Viele Herrschaftsverhältnisse wie Patriarchat, Rassismus und andere sind allerdings nur in einem langfristigen Lernprozess zu überwinden, weil sie tief in die Lebensweisen und Gewohnheiten, die Begehren und Körper der Subjekte eingeschrieben sind. Drittens ist ein wesentlicher Grund für die vielen gescheiterten Revolutionsexperimente, dass nicht in ausreichendem Maße alternative gesellschaftliche Strukturen aufgebaut wurden, in denen ein bedeutender Teil der Menschen Formen solidarischer Ökonomie entwickeln, Organisationserfahrungen sammeln und organische Beziehungen formen kann. Diese Institutionen der Selbstregierung müssten weitgehend unabhängig von den vorherrschenden Herrschaftsstrukturen sein und die neue Gesellschaft bereits in ihrer Keimform beinhalten. Nicht zuletzt bedarf eine tief greifende gesellschaftliche Umwälzung einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft und permanenter Prozesse demokratischer Partizipation an den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Entscheidungen. Indem große Teile der Bevölkerung in diese Entwicklung einbezogen werden, können Räume für kollektive Such- und Lernprozesse geöffnet werden. Die Revolutionär\*innen können nicht antizipieren, was das allgemeine Interesse der gesellschaftlichen Bewegung ist, sondern es muss immer wieder von Neuem ausgehandelt werden. Prinzipiell ist der Prozess gesellschaftlicher Veränderung nie abgeschlossen. In einer postkapitalistischen Gesellschaft werden zwar existenzielle (Klassen-)Gegensätze aufgehoben sein, aber der demokratische Streit über die

Gestaltung des gemeinsamen Zusammenlebens wird dann erst richtig beginnen. Die Linke muss zwar für die politische Form einer radikalen Ausweitung der Demokratie eintreten. Darüber hinaus ist es aber auch ihre Aufgabe, darin für einen bestimmten Inhalt zu kämpfen: Die Überwindung des Kapitalismus und die Einrichtung einer sozialistischen Gesellschaft.

### **Populäre Praxen statt Propaganda der Tat**

Um die gesellschaftlichen Bedingungen eines revolutionären Prozesses zu bestimmen, ist Gramscis Begriff der Hegemonie hilfreich. Darunter verstehen wir nicht nur die Vorherrschaft einer bürgerlichen Ideologie oder bestimmter kultureller Ideen, sondern eine komplexe Technologie der Macht, die auf der Führung der Herrschenden und der aktiven oder passiven Zustimmung der Subalternen zu diesen Verhältnissen basiert. Der Konsens muss in permanenten Auseinandersetzungen im integralen Staat, sprich der widersprüchlichen Einheit von Zivilgesellschaft und Staat im eigentlichen Sinne, reproduziert werden. Diese Analyse trifft auf Deutschland zu, da es sich um eine entwickelte kapitalistische Gesellschaft mit einer ausdifferenzierten Zivilgesellschaft und einer anerkannten Herrschaftsarchitektur handelt. Eine hegemonieorientierte Politik der Linken zielt zum einen darauf, so in die gesellschaftlichen Konflikte zu intervenieren, dass die Führung der herrschenden Kräfte geschwächt und letztlich die Zustimmung zu den bürgerlichen Verhältnissen aufgebrochen wird. Zum anderen ist es ihre Aufgabe, zur Formierung eines gegenhegemonialen Projekts beizutragen, also ein leitendes und vereinendes Zukunftsprojekt zu schaffen. Das setzt einen Stellungskampf voraus, der an vielfältigen, auch unscheinbaren gesellschaftlichen Orten und in ganz unterschiedlichen Formen geführt wird. In einem langfristigen Transformationsprozess ist der Aufbau einer breit verankerten Gegenmacht also eine Voraussetzung, um die zentralen Institutionen der Herrschaft in Bewegungskämpfen angreifen und überwinden zu können. Bei dem langfristigen Ringen um die gesellschaftliche Hegemonie ist es entscheidend, eine breite populäre Unterstützung für das Projekt einer sozialistischen Gesellschaft zu gewinnen, das also auf einer breiten demokratischen Aushandlung und einer gelebten Praxis der Subalternen basieren muss. Die strategische Perspektive muss darin bestehen, unsere eigenen Ziele mehrheitsfähig zu machen. Dafür müssen wir unsere politischen

Forderungen und Praxen so ausrichten, dass aus Minderheiten Mehrheiten werden können bzw. dass sich große Teile der Bevölkerung darin wiederfinden können. Die zentrale Herausforderung für uns besteht darin, all die Menschen, denen wir täglich auf der Straße begegnen, unsere Nachbar\*innen, Kolleg\*innen, Kommiliton\*innen etc. in die Bewegung einzubeziehen. Auch wenn die meisten von ihnen zunächst unpolitisch und manche sogar rassistisch oder sexistisch erscheinen mögen, lohnt es sich an ihren „bizarr zusammengesetzten Alltagsverstands“ (Gramsci) und ihre vielfältigen Ungerechtigkeits Erfahrungen anzuknüpfen, die sie in über 30 Jahren deutschem Neoliberalismus gesammelt haben. Deswegen muss die Linke zunächst erst einmal zuhören und Räume der Begegnung schaffen; sie muss langfristig in Basisinitiativen mitarbeiten und gemeinsame Erfahrungen mit den Subalternen sammeln. Die besondere Rolle der Aktivist\*innen besteht dann darin, die einzelnen Probleme und Forderungen sichtbar zu machen, zu verbinden und auf dieser Basis eine neue politische Kollektivität zu schaffen. Sie müssen Auseinandersetzungen zuspitzen und zu einem langfristigen Aufbau gesellschaftlicher Gegenmacht beitragen. Ausgehend von den konkreten Kämpfen gilt es, eine gemeinsame anti-kapitalistische Erzählung zu entwickeln.

Damit wollen wir weder einer idealistischen Aufklärung noch einer weltfremden Ideologiekritik das Wort reden. In den meisten Fragen emanzipatorischer Politik wird die Linke noch lange eine Minderheit bleiben und sie wird nur schrittweise und vermittelt durch gemeinsame Erfahrungen und Kämpfe ihre soziale Basis ausweiten können. Doch auch wenn diese Arbeit unendlich mühsam sein mag und vorerst kaum sichtbare Ergebnisse produziert, ist eine solche organische Verankerung in den Massen unerlässlich, weil wir nur dann irgendeine substanzielle Rolle in Phasen des gesellschaftlichen Umbruchs spielen werden. Dabei lässt sich von ganz unterschiedlichen Initiativen lernen: *Solidarity4all* in Griechenland, die *Plataforma de Afectados por la Hipoteca* (PAH) in Spanien, die Unterstützung der Amazon-Streikbewegung durch IL-Gruppen in Leipzig und Frankfurt oder ihr Engagement für eine langfristige antifaschistische Basisorganisation in Orten wie Berlin-Rudow oder Northeim bei Göttingen. Zuletzt konstituierten sich in Deutschland eine Reihe von „Stadt für alle“-Initiativen und -Bündnissen, die versuchen, antirassistischen Forderungen und

Kämpfen um ein Recht auf Stadt einen gemeinsamen Ausdruck zu geben.

Zwar können gesellschaftliche Begehren in eventorientierten Aktionen und Kampagnen einen Ausdruck finden bzw. solche Ereignisse können eine wichtige katalysatorische Rolle für latent angelegte Unzufriedenheiten in der Bevölkerung spielen. Irreführend ist hingegen die Annahme, die Linke müsste gewissermaßen als radikale Minderheit von außen im Sinne einer Propaganda der Tat die passiven Menschen wach rütteln oder sogar gegen die integrierte Bevölkerungsmehrheit Politik machen. Eine solche antagonistische Symbolpolitik läuft Gefahr, sich selbst eine politische Stärke vorzutäuschen, sich tatsächlich aber von den widerspruchsvollen Alltagskämpfen der Menschen zu distanzieren. Zum einen geht es also nicht darum, Basisarbeit und Kristallisationspunkte gegeneinander auszuspielen, sondern in ein sinnvolles Verhältnis zueinander zu setzen. Zum anderen erschöpft sich die hier vorgeschlagene populäre Politik der Linken nicht in dieser Frage, sondern beinhaltet eine umfassende strategische Perspektive. Eine Fokussierung auf eine reine Basisarbeit würde sogar einer verengten sozialrevolutionären Strategie folgen, die negiert, dass linksradikale Kampagnen – ausgehend von der Präsenz in den realen Kämpfen – auch eine gezielte Medien- und Öffentlichkeitsarbeit einschließen müssen, die hegemoniale Diskurse infrage stellen und mit ihren alternativen Erzählungen weitaus mehr Menschen erreichen kann.

### **Neukonstituierung der Linken und gegenhegemonialer Block**

Ein ähnlicher Irrweg wie die Propaganda der Tat besteht darin, die eigene Politik in erster Linie auf die radikale Linke und deren Reproduktion auszurichten. Organisationen wie die Interventionistische Linke sollten es sich nicht zur vordringlichen Aufgabe machen, die linksradikale Bewegung zu vergrößern, zu modernisieren und in einem antagonistischen Block zu vereinen. Es reicht nicht aus, den schwarzen Block ein bisschen bunter zu machen, sondern wir müssen angesichts ihrer fortbestehenden Marginalität zur Neukonstitution einer gesellschaftlichen Linken beitragen. Damit wollen wir nicht die hinlänglich bekannte Kritik an den Autonomen repetieren, sondern vielmehr in Erinnerung rufen, dass das zentrale Problem der radikalen Linken nach wie vor in ihrer vollkommen randständigen gesellschaftlichen Rolle besteht. Eine Reflexion dieser Schwäche können wir als

Wegweiser der eigenen strategischen Orientierung nutzen. Deshalb wäre es die Aufgabe der IL, über die radikale Linke hinauszugehen und ihre Bündnispartner unabhängig von vermeintlichen ideologischen und traditionellen Zusammengehörigkeiten, Ausschlüssen und Lagern und ausgehend vom konkreten Thema und Anlass zu wählen. Der Platz der IL ist nicht im Zentrum der radikalen Linken, sondern sie muss eine Brückenposition einnehmen, die identitäre Zuschreibungen in radikale oder bürgerliche Linke transzendiert. Das schließt selbstverständlich auch ein, mit allen (vernünftigen) Gruppen der radikalen Linken zusammenzuarbeiten. Dennoch müssen wir unseren Blick in erster Linie in die Breite der Gesellschaft richten, weil sich dort der Kampf um Hegemonie entscheiden wird.

Das im Umfeld der Rosa-Luxemburg-Stiftung verwendete Konzept der Mosaik-Linken schlägt vor, dass sich alle unterschiedlichen progressiven Akteure wie Bewegungsinitiativen und -organisationen, NGOs, Gewerkschaften, Parteien und Ähnliche in einem breiten gegenhegemonialen Block zusammenfinden, um durch organische Kooperationen untereinander eine gemeinsame Handlungsfähigkeit zu entwickeln. Die Akteure würden darin nicht additiv verbunden, sondern würden jeweils bestimmte Funktionen im Sinne von einzelnen Mosaikstücken übernehmen, die sich zu einem Ganzen zusammenfügen. Einerseits soll dieser Ansatz gewährleisten, dass die Beteiligten ihre Selbstständigkeit bewahren können und ihre jeweiligen Eigenlogiken und speziellen Interessen respektiert werden. Andererseits zielt er darauf, die partikularen Interessen zu verallgemeinern und sie in einem gemeinsamen Gesellschaftsprojekt zu verbinden.

Die Mosaik-Linke bietet eine hilfreiche Orientierung, um den beengenden gedanklichen Bezugsrahmen der linksradikalen Szene zu verlassen und einen gesellschaftlichen Veränderungsprozess in einer breiteren Akteurkonstellation zu begreifen. Das langfristige Ringen um eine Überwindung des Kapitalismus sollte von parlamentarischen, gewerkschaftlichen und anderen institutionellen Kämpfen flankiert werden. Allerdings stößt das bisherige Konzept der Mosaik-Linken insofern an seine Grenzen, als es suggeriert, die bestehenden Institutionen der Linken (die DGB-Gewerkschaften, die LINKE, einzelne Intellektuelle etc.) wären in der Lage, zusammen einen Transformationsprozess zu initiieren. Sie können jedoch nur zu der dafür notwendigen gesellschaftlichen Bewegung der massenhaften

Selbsttätigkeit der Subalternen beitragen, wenn sie aus ihren eigenen (parlamentarischen, gewerkschaftlichen etc.) Teilbereichslogiken und -zwängen ausbrechen und sich selbst grundlegend verändern. So können parlamentarische Parteien zwar unter günstigen Umständen eine wichtige und relativ eigenständige Rolle darin spielen, sie können aber nie die Führung in einer tatsächlichen gesellschaftlichen Umwälzung übernehmen. Die Organisationsformen, die solchen radikal-demokratischen Veränderungsprozessen Räume schaffen und ihnen eine Richtung geben könnten, existieren bisher nur in Ansätzen. In der jüngeren Bewegungsgeschichte lassen sich allerdings einige ermutigende Beispiele finden, die Wege aufzeigen können, wie ein breiter emanzipatorischer Block geschaffen werden könnte: Die heterogene Koalition, die den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm ihre Stärke verliehen hat; die Mobilisierung gegen den NPD-Aufmarsch 2011 in Bremen, die enorme Aktivitäten in weiten Teilen der städtischen Zivilgesellschaft ausgelöst hat, oder die gegenwärtige *Coalizione Sociale* in Italien.

Das hier entwickelte Verständnis einer hegemonieorientierten Politik von links impliziert also ein spezifisches Verhältnis von Basisarbeit und Ereignis, von partikularen Interessen und verbindender Erzählung. Es verweist damit letztlich auf eine bestimmte Perspektive, politische Radikalität zu denken: Radikale Politik bemisst sich demnach an unserer Verankerung in existierenden sozialen Kämpfen und in der Verbreiterung progressiver Positionen, also in unserer politischen Wirksamkeit. Wir müssen vor allem die Menschen, die noch nicht Teil unserer Bewegung sind, mit alltagsnahen Forderungen und Formen abholen und mit den Prekarisierten Räume der kollektiven Wortergreifung schaffen. Das Ziel wäre, sich gemeinsam mit den in Bewegung Gekommenen zu radikalisieren und organisch aus den konkreten Kämpfen weitergehende Forderungen und ein Gemeinsames zu entwickeln. Die antikapitalistische Ausrichtung einer Bewegung wäre insofern nur ein mögliches, anzustrebendes Ergebnis gemeinsamer Auseinandersetzungen und Lernprozesse. Es sollte hingegen nicht die strategische Leitlinie sein, in alle Bewegungen mit einer kompromisslosen antikapitalistischen Position einzusteigen und auf einer vermeintlich wahren Kritik zu bestehen. Denn die Gleichung, je radikaler unsere Forderungen und Aktionen seien, desto schneller könnten wir den Sozialismus verwirklichen, folgt einem problematischen Maximalismus.

### **Kämpfe im und gegen den Staat**

Jede linke Bewegung, die um Veränderungen kämpft, muss sich gezwungenermaßen zum Staat im eigentlichen Sinne in ein Verhältnis setzen. Eine gängige Vorstellung innerhalb der radikalen Linken versteht ihn entweder als Machtinstrument in den Händen der Herrschenden oder aber als unabhängiges Subjekt bzw. ideellen Gesamtkapitalisten, der aus eigenem Interesse den Fortbestand der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gewährleistet. Der Staat ist aber weder eine Festung, die sich umzingeln, stürmen und schleifen ließe, noch ist er ein Tyrann, den wir einfach stürzen könnten. Vielmehr muss er als materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und als asymmetrisches Terrain sozialer Kämpfe begriffen werden. Dieses Verständnis legt ein strategisches Verhältnis zum Staat nahe, das darauf zielt, die grundlegende Herrschaftsförmigkeit des Staates zu überwinden, aber sich zugleich auf die Konflikte innerhalb des Staates zu beziehen. Für eine solche Herangehensweise lässt sich an Poulantzas' Doppelstrategie anknüpfen, der vorschlägt, einerseits gesellschaftliche Veränderungsprozesse auf Basis relativ unabhängiger Strukturen der Selbstverwaltung voranzutreiben, aber andererseits diese Bemühungen mit Auseinandersetzungen auf dem Terrain des Staates zu verbinden.

Es darf jedoch nicht vergessen werden, dass der bürgerliche Staat aufgrund seines grundlegenden Aufbaus und seiner Funktionslogiken immer das Verhältnis von Herrschaft und Subalternität reproduziert. Auch Poulantzas wusste: „Der Klassenfeind steht immer im Staat.“ Deswegen muss ein Kampf *in and against the state* geführt werden, der Widerstandszentren innerhalb der Apparate etabliert, die Konflikte in seinem Inneren eskaliert, mit seinen institutionell verankerten Herrschaftsmechanismen bricht und ihn von innen zersetzt. Zudem müssen Breschen in die Schutzmauern des Staates geschlagen werden, die es den subalternen Bewegungen auf dem Wege radikaldemokratischer Verfahren erlauben, die Kommandozentren des Staates zu fluten, von denen sie bisher ausgeschlossen wurden. Die Linke muss also eine radikale Transformation und Demokratisierung des Staates in Angriff nehmen, um den Weg zu einer sozialistischen Gesellschaft eröffnen zu können. Dabei sollte sich die Bewegung allerdings nicht ausschließlich auf voraussetzungsvolle und oft noch nicht voll entwickelte Formen der Räte- oder Basisdemokratie verlassen. Denn aus Rosa

Luxemburgs scharfsinniger Analyse der noch jungen Herrschaft der Bolschewiki haben wir gelernt, dass die leichtfertige Abschaffung der bürgerlich-demokratischen Freiheiten und Institutionen zu einer Erosion der Rätedemokratie und einer Verselbstständigung der Sowjetbürokratie führen kann. Das Volksbegehren des Berliner Energietischs zur Rekommunalisierung der Stromversorgung oder die neuen linksradikalen Stadtregierungen in Madrid und Barcelona lassen sich als Experimente in diese Richtung interpretieren. Ein strategisches Verhältnis zum Staat beinhaltet auch, sich als Linke für konkrete realpolitische Verbesserungen einzusetzen und Verschlechterungen zu verhindern. Allzu oft beschränkt sich die radikale Linke darauf, Diskurse zu verschieben und Ideologien zu kritisieren, neue Leute in sozialen Auseinandersetzungen zu politisieren und zu organisieren sowie Bewegungen aufzubauen. Das ist zweifellos zentral im Ringen um eine bessere Welt. Darüber hinaus müssen aber Kämpfe ganz bewusst so geführt werden, dass sie auch gewonnen werden können. Denn es finden permanent politische Auseinandersetzungen um die Gestaltung der Gesellschaft statt, von denen wir in jedem Fall ein Teil sind. Die Frage ist nur, ob wir darin gezielt strategisch agieren. Einiges spricht dafür, auch als radikale Linke für realpolitische Erfolge in diesen Kämpfen zu streiten: Sie können Menschen, die nicht aus identitären Gründen oder politischer Überzeugung Aktivist\*innen sind, reale Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen und eine Ausweitung ihrer Handlungsfähigkeit verschaffen und sie auf diese Weise für linke Projekte begeistern. Sie sind dazu geeignet, die Ausgangsbedingungen für zukünftige Kämpfe zu verbessern und erste Schritte eines umfassenden Umwälzungsprozesses einzuleiten. Die Kreuzberger Mieter\*inneninitiative Kotti und Co. organisiert beispielsweise die (migrantische) Nachbarschaft am Kottbusser Tor und kämpft gleichzeitig mithilfe des Berliner Mietenvolksentscheids für substanzielle Verbesserungen im sozialen Wohnungsbau. Projekte wie die *Sanctuary City* setzen sich aus einer unabhängigen Bewegungsposition dafür ein, dass eine Stadt illegalisierten Migrant\*innen grundlegende Rechte garantiert. Das Netzwerk Afrique Europe Interact kämpft mit malischen Kleinbäuer\*innen mithilfe direkter Aktionen vor Ort gegen Landraub und flankiert diese mit einem kritischen Lobbyismus bei deutschen Ministerien.

### **Experimentelle Praxis statt Revolutionsästhetik**

Das hier vertretene Politikverständnis hat Konsequenzen für die politischen Aktions- und Ausdrucksformen einer bewegungsorientierten Linken. Sie kann an erfolgreiche Konzepte wie die selbstermächtigenden und öffentlichkeitswirksamen Aktionen zivilen Ungehorsams anknüpfen. Allerdings besteht ihre zentrale Herausforderung darin, entsprechend der jeweiligen Bedingungen des Kampffeldes und ohne ideologische Vorbehalte immer wieder neue praktische Ansätze auszuprobieren. Diese experimentelle Praxis kann zum Beispiel die Involvierung in Arbeitskämpfe wie am Berliner Charité-Klinikum oder bei H&M, neue Formen der Alltagsorganisation wie die Versuche der militanten Untersuchung am Jobcenter Berlin Neukölln oder Bürger- bzw. Volksbegehren einschließen.

Eine klassische linksradikale Praxis und Ästhetik, die überkommene Formen reproduziert, ist dabei wenig hilfreich. Linker Dresscode, Pyrotechnik und Black Block, Gewaltsymbolik und revolutionärer Verbalradikalismus werden nur von einer marginalen linken Subkultur verstanden und sind deshalb effektiv eine Politik für eine kleine Minderheit. Vor diesem Hintergrund ist auch die Orientierung an Coolness und Anerkennung in der linksradikalen Szene ein falscher Maßstab gesellschaftsverändernder Politik. Außerdem sollte eine Praxis, die darauf basiert, Gesicht zu zeigen und sich zu den eigenen Absichten zu bekennen, einer politischen Haltung vorgezogen werden, die einem übersteigerten Verständnis von Konspiration, Vermummung und Geheimhaltung folgt. Wir sollten uns nicht unter Hasskappen verstecken, sondern offen in der Gesellschaft für unsere Ziele werben. Von einer Autonomie der Kämpfenden und ihrer Aktionsformen auszugehen, folgt einem problematischen Voluntarismus und verkennt, dass wir unsere Politik strategisch entsprechend der gesellschaftlichen Bedingungen und Erfolgsaussichten bestimmen müssen. Dementsprechend kann die Handlungsfähigkeit auf der Straße nie ein Selbstzweck, sondern immer nur taktisches Mittel beim Aufbau von gesellschaftlicher Gegenmacht und beim Ringen um die politische Hegemonie sein.

Das führt uns schließlich zur Bedeutung von Militanz in unserer gegenwärtigen Politik: Gewalt ist weder per se gut noch links, wie es vielleicht noch manche Autonome des vergangenen Jahrhunderts annahmen. Eine offensive (Straßen-)Militanz kann unter ganz

bestimmten Voraussetzungen einer breit getragenen sozialen Konfrontation sinnvoll sein, um Kämpfe zuzuspitzen und einer verbreiteten Wut einen politischen Ausdruck zu geben. In der aktuellen gesellschaftlichen Situation in Deutschland sind jedoch in der Regel vermittelbare Formen vorzuziehen, weil eine militante Praxis viele eigentlich mit unseren Zielen sympathisierende Leute und Bündnispartner abschrecken kann, einer (patriarchalen) Kultur der Gewalt Vorschub leisten kann und nicht zuletzt zahlreiche Menschen ausschließt, die dazu aus körperlichen oder emotionalen Gründen nicht willens oder in der Lage sind. Problematisch ist deshalb die Sichtweise, gewaltbasierte Aktionsformen seien eine stets erstrebenswerte Ausdrucksform politischen Dissenses, die die Brutalität der Verhältnisse demonstrieren und den rebellischen Aktivist\*innen eine Erfahrung der Selbstermächtigung verschaffen könne.

### **Lokale Verankerung und transnationale Vernetzung**

Schließlich möchten wir darauf eingehen, was das in diesem Artikel vorgestellte Politikverständnis für eine internationalistische Ausrichtung bedeutet. Eine grenzübergreifende Solidarität und Zusammenarbeit, eine transnationale Perspektive der Befreiung ist eine unhintergehbare Voraussetzung jeglicher emanzipatorischer Politik. Die Frage ist allerdings, wie das Lokale und das Transnationale zueinander ins Verhältnis gesetzt werden. So legen wir ein Verständnis von Internationalismus zugrunde, nach dem das Primat linker Politik darauf beruhen sollte, sich in den lokalen lebensweltlichen Räumen der Menschen zu verankern. Frei nach einer zapatistischen Losung ist der beste Internationalismus, die eigenen Kämpfe aus einer Perspektive der globalen Solidarität zu führen. Diese sozialen Kämpfe vor Ort müssen dann allerdings ihre lokalen Bezüge überschreiten und sich transnational austauschen und verstärken. Wir müssen also die Kräfteverhältnisse anhand der speziellen gesellschaftlichen Kontexte bestimmen und unsere Strategien entsprechend wählen, die Schlussfolgerungen aber auf eine transnationale Ebene verallgemeinern. Ermutigende Beispiele globaler Bewegungen sind das Kleinbäuer\*innennetzwerk *La Via Campesina*, das eine tatsächliche Massenbasis vor allem in Ländern des globalen Südens mit einer internationalen Struktur verbindet, oder die Bewegungen der Plätze und arabischen Rebellionen, die sich gegenseitig

inspiriert und befeuert haben.

Eine grenzüberschreitende Zusammenarbeit, Koordination und Organisation linker Gruppen spielt in diesem Prozess eine wichtige Rolle. Fragwürdig ist jedoch eine Herangehensweise, die die gewählte Perspektive umdreht, die also die transnationale Vernetzung als Ausgangspunkt nimmt, die Kämpfe vor Ort entfachen soll. Eine solche Haltung würde die strategischen Interventionsmöglichkeiten und Ansatzpunkte auf der Ebene der transnationalen Widersprüche und Herrschaftsverhältnisse ermitteln und die entsprechenden Strategien von dort aus in die lokalen Kämpfe umsetzen. Sie ist deshalb problematisch, weil sie dazu tendiert, die je spezifischen Bedingungen vor Ort und das Ringen um Hegemonie in der eigenen Gesellschaft zu vernachlässigen. Der Fokus rückt in der Konsequenz dahin, die Kämpfe mit und/oder für die marginalisierten Anderen in den kapitalistischen Peripherien auszufeuchten. Darin liegt zudem die Gefahr, die eigene soziale Verankerung gewissermaßen zu überspringen und die eigene Stärke nur aus den internationalen Netzwerken zu ziehen. Wir wollen mit der gewählten Perspektive nicht einer lokalen oder nationalen Borniertheit das Wort reden, sondern dem Umstand Rechnung tragen, dass der Alltag der meisten Menschen trotz aller globalen Kommunikation und Mobilität immer noch wesentlich durch die Gebundenheit an einen sozialen Ort geprägt ist. Es darf nicht vergessen werden, dass eine transnationale Kooperation allein schon wegen der Sprachbarrieren extrem voraussetzungsreich ist. In der Folge können oft nur begrenzte Kreise professioneller Aktivist\*innen daran teilnehmen, was wiederum die Gefahr des Avantgardismus birgt.

### **Massenorganisationen neuen Typs statt Avantgarde**

Eng damit zusammenhängend stellt sich auch die Frage, auf welche Zielgruppen linke Aktionen gerichtet sind und vor allem welche Organisationsformen dafür angemessen sind. So wichtig es ist, gerade durch intensive Bewegungsereignisse die aktivistische Basis zu erweitern und eine neue Generation von Aktivist\*innen zu gewinnen, stößt diese Herangehensweise notwendigerweise an Grenzen. Einige Kampagnen und Praxisformen fokussieren auf dieses aktivistische Potenzial in der Bevölkerung und reproduzieren damit die selektive soziale Zusammensetzung linker Gruppierungen. Einer solchen Perspektive

entspricht eine Organisationsform, die auf schlagkräftigen linksradikalen Aktionsgruppen basiert, die – gewollt oder ungewollt – als Avantgarde von außen in die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen intervenieren und ohne stellvertretend für oder sogar gegen die passive Mehrheit der Menschen agieren.

Nicht alle Menschen, die sich an den alltäglichen Widersprüchen des Kapitalismus politisieren, werden jedoch zu linksradikalen Aktivist\*innen werden wollen. Deswegen müssen Organisationsmodelle erprobt und geschaffen werden, die verschiedenen Lebensrealitäten und kulturellen Hintergründen gerecht werden, unterschiedliche Formen der Beteiligung anbieten und damit eine Organisation der Vielen ermöglichen. Auch wenn die persönliche politische Überzeugung ein wichtiges Motiv bleibt, aktiv zu werden, müssen wir wieder mehr eine Politik der ersten Person stärken. Das heißt allerdings nicht, einem autonomen Bedürfnis nach einem rebellischen Wir-Gefühl zu folgen, sondern vielmehr sich als Student\*innen, (prekär) Beschäftigte, Mieter\*innen, FrauenLesben-TransInter, Papierlose etc. zu organisieren und gemeinsam-solidarisch Kämpfe zu entwickeln. Indem etwa Arbeitskämpfe gewonnen oder Ansätze solidarischer Ökonomie ausprobiert werden, könnten die Beteiligten kollektiv ihre Lebensbedingungen und Handlungsfähigkeit verbessern. Auf diese Weise könnte es auch eher gelingen, die soziale Homogenität vieler linker Zusammenhänge aufzubrechen und verstärkt nicht-akademische und nicht-weiße Gruppen einzubeziehen.

Weder linksradikale Organisationsansätze wie die Interventionistische Linke noch etablierte Großakteure wie die Linkspartei oder die Gewerkschaften können in ihrer bisherigen Form dieser Herausforderung gerecht werden. Es bedürfte eines neuen Typs bewegungsorientierter Massenorganisationen, die basisdemokratisch verfasst sind und einen Raum für vielfältige organische Kooperationsbeziehungen zwischen den Menschen schaffen, die in sich eine große Heterogenität von Subjekten und Ansätzen einschließen, aber zugleich klar auf das Ziel einer radikalen gesellschaftlichen Transformation orientieren. Damit meinen wir keinesfalls Lenins autoritäre Kaderparteien, auch wenn sich durchaus Einiges aus den Erfahrungen der Massenorganisationen der Arbeiter\*innenbewegung lernen ließe. Ein radikaldemokratischer Transformationsprozess kann jedoch nur mit einer Vielfalt von größeren Organisationen und kleineren Initiativen

gelingen, die selbst basisdemokratisch verfasst sein müssen.

Zuletzt: Die von uns vorgeschlagene strategische Orientierung scheint die Frage der politischen Führung unbeantwortet zu lassen. Doch eine Politik der Linken, die vor allem in die Gesellschaft austreut und einen breiten Transformationsprozess anstrebt, muss nicht zum Aufbau von strategischen Kernen und Knotenpunkten in der Bewegung und innerhalb der Organisationen selbst in Widerspruch stehen, sondern erfordert sie sogar. So könnten revolutionäre Akteure wie die Interventionistische Linke eine orientierende Rolle für die skizzierten Massenorganisationen bzw. die Bewegungen spielen. Noch besser sollte sich die IL selbst perspektivisch zu einer solchen Organisation weiterentwickeln.

### Ausblick

Mit der hier entwickelten politischen Perspektive behaupten wir nicht, ein fertiges Programm oder einen widerspruchsfreien Masterplan zur Revolution zu haben, sondern möchten vielmehr eine bestimmte Art, emanzipatorische Politik zu denken und zu praktizieren, innerhalb der Interventionistischen Linken sichtbar und diskutierbar machen. Im produktiven Streit und im gemeinsamen Ausprobieren in der Praxis können sich die verschiedenen strategischen Perspektiven innerhalb der IL und der linken Bewegung gegenseitig befruchten. Wir sind gespannt auf die Debatten, Lernprozesse und Kämpfe der nächsten Jahre. Fragend schreiten wir voran.

### Fußnote

Dieser Text wurde von uns beiden verfasst, basiert aber auf zahlreichen Diskussionen mit einer ganzen Reihe von Genoss\*innen, z. B. der Interventionistischen Linken Berlin, der Basisdemokratischen Linken Göttingen, der Rosa-Luxemburg-Stiftung, von Attac und anderen mehr.

### Literatur

Abendroth, Wolfgang. 1968. Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie: Aufsätze zur politischen Soziologie. Neuwied: Luchterhand.

Avanti – Projekt undogmatische Linke. 2007. Grundsatzpapier.

Brand, Ulrich, und Miriam Heigl. 2006. „Innen‘ und ‚Außen‘: Zu Staat, Bewegung und ‚radikaler Transformation‘ bei Poulantzas“. In Poulantzas lesen: Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie, hrsg. Lars Bretthauer, Alexander Gallas, John Kannankulam, und Ingo Stützel. Hamburg: VSA, 274–289.

Brie, Michael, hrsg. 2014. Futuring: Perspektiven der Transformation im Kapitalismus über ihn hinaus. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Candeias, Mario. 2011. Handlungsfähigkeit und Transformation. Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis (2): 6–13.

Candeias, Mario, und Eva Völpel. 2014. Plätze sichern!: ReOrganisation der Linken in der Krise: Zur Lernfähigkeit des Mosaiks in den USA, Spanien und Griechenland. Hamburg: VSA.

Demirovic, Alex, und Thomas Seibert. 2005. „Ein langanhaltender Prozess: Radikale Demokratie und Perspektive der Aneignung (Ein Gespräch per Email)“. Fantomas: Magazin für

- linke Debatte und Praxis (8): 7–11.
- Esser, Josef, Christoph Görg, und Joachim Hirsch. 1994. Von den „Krisen der Regulation“ zum „radikalen Reformismus“. In Politik, Institutionen und Staat: Zur Kritik der Regulationstheorie, hrsg. Josef Esser, Christoph Görg, und Joachim Hirsch. Hamburg: VSA, 213–28.
- Für eine linke Strömung (FeS), hrsg. 2011. „Heinz Schenk Debatte: Texte zur Kritik der Autonomen – Organisationsdebatte – Gründung der Gruppe ‚Für eine linke Strömung‘ (Neuaufgabe)“.
- Gallas, Alexander. 2010. We may not like it, but we have to be part of it: Poulantzas, die Linke und der Staat. arranca! (41).
- Gramsci, Antonio. 1994. Gefängnishefte (Kritische Gesamtausgabe). hrsg. Wolfgang Fritz Haug. Hamburg/Berlin: Argument.
- Gruppe Soziale Kämpfe. 2010. „Right to the City: Die Krise findet Stadt“. arranca! (42).
- Jewelz, und Buenaventura. 2015. Maulwurf statt Adler: Der Kampf um den Alltag und die Risse im neoliberalen Kapitalismus. arranca! (48).
- Luxemburg, Rosa. 1990. Rosa Luxemburg und die Freiheit der Andersdenkenden: Extraausgabe des unvollendeten Manuskripts „Zur Russischen Revolution“ und anderer Quellen zur Polemik mit Lenin. Berlin: Dietz.
- dies. 2010. Sozialreform oder Revolution? Cottbus: Bernd Müller.
- Poulantzas, Nicos. 1979. Es geht darum, mit der stalinistischen Tradition zu brechen! Prokla 9 (37, 4): 127–140.
- ders. 2002. Staatstheorie: Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus. Nachdruck. Hamburg: VSA.
- Zettelknecht. 1993. Thesen für eine Neukonstituierung der Linken. arranca! (0).
- Zwei Ex-Avantis der IL Berlin Stadt-AG. 2015. Was ist interventionistische Basisarbeit? Über die Herausforderung der (Selbst-)Organisierung in lokalen Kämpfen. arranca! (48).



# Der Aufbau linker Gegenmacht braucht eine strategische Orientierung auf Alltagskämpfe

Von Sanna und Sebbo, IL Berlin

Im Vorfeld der Strategiekonferenz beginnt in der Interventionistischen Linken eine Debatte über die grundsätzliche Ausrichtung der Gesamtorganisation. Im Mittelpunkt der Papiere von Mario Neumann und Sandro Mezzadra sowie dem von Thomas Seibert steht die Frage nach einem linken Umgang mit Europa. Dabei gehen sie von der zutreffenden Einschätzung aus, die Niederlage der Anti-austeritätskämpfe in Griechenland habe seine Ursache auch darin, dass auf der nationalstaatlichen Ebene versucht wurde, eine europäische Politik zu bekämpfen. Machbar wäre eine erfolgreiche Zurückweisung der Austeritätspolitik nur durch eine gemeinsame Anstrengung der europäischen Linken gewesen, die auch für uns neue Räume eröffnet hätte. Wir zweifeln nicht an der Einschätzung, dass es unsere Schwäche hierzulande war, die eine effektive Unterstützung der Linkenregierung und der sozialen Bewegungen in Griechenland unmöglich gemacht hat. Daraus ergibt sich die Frage, die uns alle verbindet: Wie können wir stärker werden?

## Der dritte Schritt vor dem ersten ...

Die bisher vorgeschlagenen Antworten, es gelte nun unsere Politik „ultraeuropäisch“ (Mario und Sandro) auszurichten und den „Übergang zu einer transnationalen Politik weiter zu forcieren“ (Thomas), finden wir allerdings unbefriedigend. Werfen wir aber zunächst einmal einen Blick auf das, was sich die Genossen unter einer strategischen Ausrichtung auf Europa genau vorstellen. Thomas versucht all jene Menschen in der BRD, die dem neoliberalen Projekt zumindest punktuell die Gefolgschaft aufgekündigt haben, unter dem Begriff des „dissidenten Drittels“ zusammenzufassen. Uns scheint das quantitativ eine reichlich zweckoptimistische Einschätzung zu sein. Treffender wäre wohl die Bezeichnung „diffuses Drittel“, wobei Zahlenspiele für uns nicht im Vordergrund stehen. Wichtiger ist, welchen strategischen Schluss Thomas daraus zieht: Es gelte, diesem dissidenten Drittel eine Artikulationsmöglichkeit auf der Ebene

parlamentarischer Politik zu verschaffen. Leisten soll dies eine „vierte Kraft“, eine „Organisation oder eine Organisierung neuen, wenn auch nicht gänzlich neuen Typs“, die als „sonstige politische Vereinigung“ bei Wahlen antritt und sich eher an Attac und Podemos orientiert, als am Konzept der Partei. Damit, so Thomas Hoffnung, könnten sich Viele, die heute entweder gar nicht wählen, die aus Gewohnheit ihr Kreuz bei SPD und Grünen machen, obwohl sie sich eigentlich schon lange nichts mehr von ihnen versprechen, und all jene, die von der traditionalistischen Fraktion in der Linkspartei abgeschreckt sind, gewinnen lassen. Die Tektonik parlamentarischer Politik könnte sich nach links verschieben lassen, wenn es gelänge, diesem Spektrum eine zeitgemäße Artikulationsmöglichkeit zu verschaffen. Das dissidente Drittel könnte sich auf diesem Weg zu einem gegenhegemonialen Block formieren lassen. Der dadurch entstehende politische Druck wäre dann die Grundlage für das von Thomas schon länger, nicht zuletzt im Rahmen des vom Institut Solidarische Moderne (ISM), anvisierte rot-rot-grüne Regierungsprojekt. Dieses soll dann in Zusammenarbeit mit außerparlamentarischen Kräften eine radikale gesamtgesellschaftliche Transformation organisieren. Zunächst aber hätte die europäische Linke damit überhaupt einen gesellschaftlich relevanten Ableger in der BRD, der die Genoss\*innen in Südeuropa unterstützen könnte.

Die von Mario und Sandro eingeforderte „ultraeuropäische“ Orientierung verstehen sie primär als Suche nach einer neuen, bisher noch nicht existierenden politischen Form. Diese soll auf der Grundlage der „Materialität einer alltäglichen Politik ... dazu fähig sein ...“, die europäischen Institutionen direkt und wirksam anzugreifen“. Zugleich sollen zwischen „Blockupy und DiEM25 ... andere (lokale wie nationale und europäische) Akteure“ entstehen, die gemeinsam einen „demokratischen Aufstand“ in Europa anstreben. Auch wenn das als Perspektive reichlich unbestimmt bleibt, gibt es einen Aspekt ihrer Analyse, den wir eindeutig

teilen: Soziale Alltagskämpfe auf lokaler Ebene bilden die Grundlage für politische Handlungsfähigkeit auf nationaler oder europäischer Ebene. Damit haben Sandro und Mario der Einschätzung von Thomas einen wichtigen Aspekt voraus. Doch worin besteht nun dieses „ultraeuropäische“ an ihrer Strategie genau?

Es gelte, „die europäische Dimension von lokalen Erfahrungen und Kämpfen hervorzuheben und politisch zu interpretieren“, also aufzuzeigen, inwiefern die Vielfalt der Alltagskämpfe ihre gemeinsame Ursache in der Architektur der europäischen Institutionen hat. Warum, so könnten wir ihren Einsatz in Fragen umformulieren, sollen die sozialen Kämpfe in der BRD auf genau dieselbe Art und Weise an die Grenzen stoßen, die Europa ihnen setzt, wie die Bewegungen in Südeuropa? Müssen wir deren Fehler und Niederlagen wirklich wiederholen? Wenn die Linksregierungen in Griechenland und Barcelona auf ihrer jeweiligen Ebene nicht in der Lage sind, das Austeritätsregime zu brechen, ist es dann nicht viel klüger, sich von Anfang an auf europäischer Ebene aufzustellen?

### **Europäische Lernprozesse**

Der Impuls, für Lernprozesse unter linken und sozialen Bewegungen einzutreten und zu versuchen, Erfahrungen weiter zu geben, ist richtig. Die für uns entscheidende Frage ist aber, wie solche Lernprozesse funktionieren und wie nicht. Erfahrungen aus Südeuropa lassen sich nicht nahtlos übertragen. Sie können nicht in Griechenland von Aktivist\*innen in Flaschen oder Flugblätter gefüllt, an uns hier übergeben und dann von uns wieder unter die Leute gebracht werden. Um soziale Kämpfe auf europäische Institutionen orientieren zu können, müssen diese Institutionen real als Begrenzung oder Adressaten alltäglicher, sozialer Auseinandersetzungen erfahren werden. In Alltagskämpfen ist das Gegenüber aber sehr selten unmittelbar europäisch. Vielmehr haben sie meist ganz banale alltägliche Namen mit lokalem, regionalem oder nationalem Charakter: Miete, Strom, Jobcenter, Niedriglohn, Senat, Street Harrassment oder rassistische Gewalt. Sie werden erfahren in alltäglichen Lebenswelten, in Athen, Bochum oder Neukölln und nicht in Europa. Erst wenn es sich konkret zeigt, als Gegner\*in der Auseinandersetzung, dann macht es für Bewegungen Sinn, sich auf Europa zu orientieren.

Das setzt zu aller erst ein wesentlich höheres Niveau der Kämpfe voraus. Erst wenn es starke,

breite, offensive Kämpfe im Alltag und in lokalen Räumen gibt – wovon wir zwischen Wien, Berlin und Heidelberg derzeit weit entfernt sind – dann können sich diese verallgemeinern und versuchen, auf der nationalstaatlichen oder europäischen Ebene einen realen Unterschied zu machen.

Dazu müssen aber die Möglichkeiten und Grenzen lokaler und regionaler Kämpfe eine kollektive Erfahrung werden, also eine sinnliche und affektive Dimension bekommen. Kein Flugblatt dieser Welt und keine noch so leidenschaftliche Kader rhetorik kann das ersetzen. Wenn wir durch die Gegend laufen und den Terror auf dem Jobcenter oder steigende Mieten als europäisch interpretieren, dann gewinnen wir damit gar nichts – außer dass wir garantiert auch weiterhin bei den Auseinandersetzungen dort am Rande stehen werden. Und zwar völlig zu Recht, weil wir abstrakte Analysen von uns geben würden, anstatt nach konkreten Antworten zu suchen und für reale Verbesserungen zu streiten. Es ist genau das, was in Griechenland und Spanien auch am Anfang der Stärke der sozialen Kämpfe gestanden hat.

Thomas schlägt auf seine Art ebenfalls vor, den dritten Schritt vor dem ersten zu gehen. Ihm geht es nicht um die politische Reife von sozialen Bewegungen, sondern um eine Form, in der sie sich parlamentarisch ausdrücken können. Er orientiert sich am Modell von Podemos und glaubt offenbar, auf die beiden Schritte, die der Gründung von Podemos in Spanien vorausgingen – die Bewegung der Plätze und der darauf folgende Gang in die Stadtteile –, in der BRD verzichten zu können. Die in solchen jahrelangen Bewegungszyklen entstandenen sozialen Massenorganisationen wie die PAH fehlen hier komplett. Sie treten glaubwürdig für die Interessen breiter Schichten ein, weil es ihnen gelingt, reale Verbesserungen im Alltag zu erkämpfen. Nicht zuletzt auf dieser Grundlage ist Podemos populär geworden. Auch dieser kollektive Lernprozess, an die Grenzen einer Kampfform zu stoßen und aus dieser Erfahrung heraus eine neue zu erfinden, lässt sich nicht überspringen.

### **Das Primat des Lokalen und der Alltagskämpfe**

Keineswegs geht es uns darum, „das Lokale als ausschließlichen Ort einer linken Strategie“ (Mario und Sandro) zu bestimmen. Worum es uns aber sehr wohl geht, ist ein strategisches Primat des Lokalen und der Alltagskämpfe. Doch was genau meinen wir damit?

Wir wissen, dass wir als Organisation unsere heutige Größe und Stärke gewonnen haben, weil wir in der Lage waren, große Ereignisse wie in Heiligendamm, Dresden und Frankfurt zu organisieren. In Dresden haben wir einen realen Unterschied gemacht, in Heiligendamm und Frankfurt haben wir es ernsthaft versucht und konnten die Treffen der Mächtigen dennoch nicht verhindern. Immer gelungen ist uns eine Veränderung unserer Subjektivität. Wir haben kollektive Erfahrungen des Aufbegehrens ermöglicht und es dadurch geschafft, der postautonomen Linken eine Perspektive gesamtgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit zurückzugeben. Zugleich erfordern diese Ereignisse aber auch große Mengen an Ressourcen, die uns nur sehr begrenzt zur Verfügung stehen. Es ist klar, dass wir bei unserer derzeitigen Schwäche auf der europäischen Ebene nicht gewinnen können. Dennoch haben wir es mit Blockupy geschafft, unsere Konstitution als handlungsfähiger Akteur auf europäischer Ebene symbolisch und subjektiv vorwegzunehmen, ein unübersehbares Signal an den Rest von Europa zu senden und eine kollektive Erfahrung der Stärke und der Überschreitung unserer alltäglichen lokalen Kämpfe zu machen. Das ist nicht wenig und kann uns helfen, gestärkt in die alltäglichen Mühen der Ebene zurückzukehren. Gleichzeitig hat Blockupy dies bisher nur bestimmten Leuten ermöglicht und vielen anderen auch nicht. Eine Form zu finden, die unsere Nachbar\*innen im Kiez, Kolleg\*innen in prekären Jobs und den Menschen in den Wartezimmern der Jobcenter Partizipation mobilisiert, haben wir bisher nicht geschafft.

Für uns ist klar, dass wir beginnen müssen, das Versprechen gesamtgesellschaftlicher Handlungsfähigkeit, das wir uns und den Menschen um uns herum durch Heiligendamm, Dresden und Frankfurt gegeben haben, einzulösen. Doch wie können wir dahin kommen, aus unserer symbolischen Politik auf europäischer Ebene reale Handlungsmacht zu entwickeln? Wie kommen wir zu einer gemeinsamen Ausdrucksweise, die über die Szene hinweg mobilisiert und eine Verbreiterung der Kämpfe gegen Austerität und Grenzregime auf die Straße bringt?

### **Der alltägliche Wahnsinn als Ausgangspunkt**

Entscheidend sind dazu die Schlachten, die wir im Alltag schlagen, in denen wir viel bessere Chancen haben, für uns und die Menschen um uns herum reale Verbesserungen erkämpfen zu

können. Aus solchen gewonnen Alltagskämpfen kann für uns eine neue Qualität und Quantität von Unterstützung und Stärke entstehen. Dazu müssen wir im Lokalen und bei konkreten Interessen ansetzen. Damit sind keineswegs nur ökonomische Interessen und Widersprüche gemeint, sondern jedes Begehren, das sich gegen ein Herrschaftsverhältnis richtet. Dies kann zu den eigenen ökonomischen Interessen durchaus in Widerspruch geraten. Wer in Soli-Initiativen Geflüchtete unterstützt, hat vielleicht ein Interesse an einer menschlichen Gesellschaft. Das ist zunächst einmal eine Frage von Werten, deren Verwirklichung ihm\* oder ihr\* nur sehr langfristig nutzen könnte – wenn überhaupt. Trotzdem ist das ein Interesse, das an Alltagserfahrungen und -begegnungen ansetzt, die in lokalen Räumen gemacht werden. Weil Politisierung und politisches Handeln meist an lokalen und alltäglichen Fragen beginnen, müssen politische Auseinandersetzungen auch im ersten Schritt auf dieser Ebene geführt werden. Kleine Kämpfe bewusst und offensiv zu führen und dabei Gewinne zu erzielen, ist die Voraussetzung dafür, Menschen für größere Kämpfe zu motivieren. Es ist doch völlig verständlich, dass kaum jemand mit einer linken Bewegung die europäischen Institutionen angreifen will, wenn diese Bewegung noch nicht einmal bewiesen hat, dem eigenen Vermieter, dem Chef oder dem Lageso zumindest punktuell eine Niederlage bereiten zu können. In diesen Auseinandersetzungen, denen wir selbst in unserem Alltag begegnen, die unser soziales Umfeld bewegen, haben wir als Organisation großen Nachholbedarf und auf sie sollten wir uns in den nächsten Jahren konzentrieren. Alle Blockupys dieser Welt bleiben realpolitisch wirkungslos, wenn wir nicht in unserem Alltag die Grundlage dafür aufbauen, dass wir irgendwann 300.000 oder 3.000.000 mobilisieren. Wie wollen wir es schaffen, auf europäischer Ebene reale Veränderungen zu erkämpfen, wenn wir selbst auf der Ebene von Städten und Kiezen nur selten stark genug dazu sind?

Insofern bezweifeln wir auch, dass von Thomas, Mario und Sandro die richtige Frage gestellt worden ist oder genauer, dass sie die Frage aus der richtigen Perspektive gestellt haben. Denn Europa ist als zentraler Bezugsrahmen in ihren Texten immer schon gesetzt. Doch wenn Alltagskämpfe in den Mittelpunkt unseres Interesses rücken, wird der Fokus auf Europa begründungsbedürftig. Die zentrale Frage ist eben nicht automatisch, was wir als europäische Linke tun, sondern meist ist deutlich relevanter,

was wir als Berliner oder Münsteraner Linke tun, oder wir als Mieter\*innen, als Studis oder prekär Beschäftigte. Doch die uns bevorstehenden und teils schon beginnenden Verteilungskämpfe finden auf kommunaler, bezirklicher oder städtischer Ebene statt und sind daher auch nur dort zu gewinnen. Damit ist nicht ausgeschlossen, dass hier eine Situation eintritt, in der Europa zu einem zentralen Element der Alltagserfahrung wird. Das setzt aber bereits erfolgreiche Antiausteritätskämpfe auf lokaler, regionaler usw. Ebene voraus, die sowohl schon bestimmte Erfolge erzielt haben, als auch an bestimmte Grenzen gestoßen sind. Die europäische Austeritätspolitik und das Grenzregime können dann in einem zweiten oder dritten Schritt angegriffen und im Rahmen dessen dann Teil unserer lokalen Kämpfe und Argumentationen werden. Wir dürfen jedoch nicht den Fehler machen, uns in der Frage, in welcher Form gesellschaftliche Widersprüche für die Meisten heute greifbar werden, zu verschätzen. Wir halten es für sinnvoll, mit einer Vielfalt von Identitäten und Bezugsrahmen zu arbeiten, die ihr Gemeinsames über die Interessen von Menschen und die realen Widersprüche, in denen sie sich bewegen, herstellen. Wenn aus diesen Mikropolitiken ein erfolgreiches gegenhegemoniales Projekt organisiert werden soll, folgt daraus für uns auch die Notwendigkeit, möglichst inklusive Identitäten zu formulieren, die in der Lage sind, möglichst viele soziale Widersprüche und Konflikte aufzugreifen. Die IL hat in diesem Sinne schon sehr vieles richtig gemacht, aber in den letzten Jahren begonnen, hinter bereits Erreichtes zurückzufallen. Das ist schade, denn solche inklusiven Identitäten sind eine wichtige Voraussetzung um eine Verbreiterung der eigenen Politik organisieren zu können.

### Organisierungsfragen

Wir haben in unserer Debatte unterschiedliche Ansätze diskutiert, wie eine solche strategische Orientierung an und Organisation in Alltagskämpfen funktionieren könnte. Das Niveau der Kämpfe in der BRD ist niedrig, aber es ist nicht so, dass es keine gäbe, die nicht von DGB-Gewerkschaften und Sozialarbeit komplett integriert würden. Problematisch ist eher, wie oft wir nichts oder nur sehr wenig mit diesen Kämpfen zu tun haben oder sie „unter der Oberfläche“ bleiben und im Rahmen bestehender Institutionen stattfinden. Einerseits haben wir diskutiert, ob es nicht sinnvoll sein könnte, in bestehende Basisinitiativen und

Kämpfe hineinzugehen, beispielsweise Mitglied in einer Mieter\*innen- oder Willkommensinitiative zu werden. In einigen OGs und AGs sind Genoss\*innen ja bereits in Alltagskämpfen erfolgreich aktiv. Erinnerung sei hier an die Refugee-Center in Kiel und Göttingen (OM10) oder die Unterstützung der Streiks bei Amazon in Leipzig und der Charité in Berlin.

Auch in Anbetracht der vielen Momente und Aspekte, unter denen der Mietenvolksentscheid in Berlin gescheitert ist, zeigt seine erste Phase, welches Potenzial das Anknüpfen an Alltagskonflikte hat. Viele Leuten außerhalb der eigenen Szene lassen sich organisieren, wenn ihnen mit Bezug auf eine alltägliche Auseinandersetzung ein niedrigschwelliges Angebot gemacht wird. Dabei stand für die Meisten nicht die eigene Betroffenheit im Vordergrund, denn konkrete Verbesserungen waren nur für Mieter\*innen im sozialen und kommunalen Wohnungsbau zu erwarten. Aber das Aufgreifen eines alltäglichen Konfliktes, die Eröffnung einer Perspektive auf reale Verbesserung und die Erfahrung, Teil einer großen und dynamischen Bewegung zu sein, hat viele motiviert, sich zu beteiligen.

Auch haben wir über das Konzept der *Solidarity Networks* gesprochen, das von der Gruppe zweiter Mai aus Hamburg gerade übersetzt worden ist. (1) Hier stehen der Aufbau von Gegenmacht im Alltag und das Führen gewinnbarer Kämpfe im Mittelpunkt. Die Frage, in welches Verhältnis wir diese zu unserer sonstigen Politik stellen können und wollen, ist noch völlig offen. In Anbetracht der Tatsache, dass die meisten von uns noch nicht einmal die Widersprüche, in denen sie selbst jeden Tag stecken, als bewusste Kämpfe führen, ist das aber genau die Debatte, die wir brauchen. Wir beanspruchen postautonome Politik zu machen, also auch solche der ersten Person. Aber wer von uns begleitet schon seine Genoss\*innen zum Jobcenter oder führt eine politische Auseinandersetzung, wenn die Miete zu teuer wird?

Das ist alles andere als ein fertiger Plan, zugleich aber eine deutlich erfolgversprechendere Perspektive als die „ultraeuropäische“ Ausrichtung mit einer Vielzahl von Akteuren zwischen DIEM25 und Blockupy oder der Versuch über das Antreten bei Wahlen größere gesellschaftliche Gegenmacht aufzubauen. Wie genau wir diese Orientierung an Alltagskämpfen praktisch machen können, ist auch für uns noch offen. Klar ist jedenfalls, dass es einige Beispiele in der IL gibt, die in eine solche

Richtung deuten. Die Refugee-Center in Göttingen (OM10) und Leipzig (SC4A) lassen sich als Modellprojekte für eine solche Politik verstehen. Die Stadt-für-alle-Bündnisse in Berlin und Frankfurt versuchen, deutlich breiter an alltägliche lokale Konflikte anzuknüpfen. Nicht zuletzt dürfte gegen das Erstarken von AFD und Pegida eine sozialpolitische Antiausteritätsoffensive von links das beste und nachhaltigste Mittel sein. Aber auch ihre Kraft wird davon abhängen, ob wir es schaffen, sie weit über unsere Szene hinaus zu verbreitern. Hier liegt das Potenzial für eine deutlich stärkere und handlungsfähigere Linke. Ob und wie es uns gelingt, dieses auszuschöpfen, hängt am Ende von der Frage ab, inwiefern wir erfolgreich an

Alltagskonflikte anknüpfen können. Dazu müssen wir klären, wie wir uns als IL organisieren wollen und vor allem, welche Organisationsangebote wir den vielen anderen Unzufriedenen machen können. Lasst uns das gemeinsam in Hannover diskutieren und eine starke und breit verankerte interventionistische Linke schaffen!

**Fußnote:**

1) Siehe <http://zweiter-mai.org/files/2016/01/seasol-leitfaden-web-final.pdf>.

**Anmerkung:**

Dieser Text ist das Ergebnis einer längeren Diskussion mit Genoss\*innen aus unterschiedlichen Arbeits- und Ortsgruppen der IL, hauptsächlich aus Berlin. Er ist also nicht nur das Werk von zwei Leuten, zugleich waren wir uns aber auch schnell einig, nicht in größerer Runde einen ausformulierten Konsens versuchen zu wollen.

# „... vom Verlangen nach einem glücklicheren Leben motiviert“\*

Einige vorläufige Überlegungen zur „sozialen Frage“

Von Marta, IL Berlin

Es hat sich in der Linken seit einiger Zeit ein (er-)neu(t)er Fokus auf die „soziale Frage“ herausgestellt. An dieser soll sich eine Offensive gegen den rechten Rollback ebenso wie eine Erneuerung linker Vergesellschaftungsperspektiven entwickeln lassen. So sehr die Frage des Sozialen ganz offenbar als Negativ der neoliberalen Konkurrenz- und Wettbewerbsgesellschaft immer schon aufgerufen ist – und so sicher wir auf ihre Beantwortung angewiesen sind, um in der Abwehr der aktuellen Bedrohung(en) unseren Aufbruch zu finden – so wenig scheint ausgemacht, wie wir sie gemeinsam ausbuchstabieren.

Der „Rechtsruck“ ist derweil längst da und die neoliberalen wie rechten „Krisenlösungen“ werden auch weiterhin auf den Boden einer Ordnung fallen, die Ungleichheit und Konkurrenz als Dogma unauslöschlich in sich trägt. Die notwendige Gegenoffensive aber steckt noch in den Kinderschuhen – wohl auch, weil viel über ihre Notwendigkeit gesprochen wird, es aber bislang keine mutige antagonistische wie populäre Vision und Praxis gibt, an die die Menschen ihre Hoffnung noch knüpfen würden.

Wir linken Kinder der organisierten Vereinzelung entdeckten unsere Hoffnungen zuletzt im arabischen Frühling, auf dem Tahrir und im Gezi, in Rojava und dem Sommer der überwundenen Grenzen wieder. Wir wurden dabei in den vergangenen Jahren immer wieder überrascht, denn viele von uns trau(t)en den Menschen um uns – und auch uns selbst – nicht viel zu. Zu groß schien die Übermacht des Bestehenden, zu klein die eigene Handlungsmacht. Aber wir lernten, dass geschürte Angst und organisierte Hoffnungslosigkeit nicht immer zu Resignation und aggressiver Abgrenzung führen: In den Regionen, die für die kapitalistischen Krisen am schlimmsten zu zahlen gezwungen werden, erhoben sich die Vielen und beweisen sie immer wieder eindrücklich, dass Solidarität und Selbstermächtigung Antworten auf Angst und Abschottung sein können.

Die soziale Frage stellt sich dabei lokal wie

transnational, die Krise von 2009 hat die soziale Spaltung in ganz Europa beschleunigt und mündete in der „schlimmsten humanitären Krise seit 60 Jahren“. Das schrieb das Rote Kreuz 2013 – damals noch mit Blick auf über 40 Millionen Europäer\*innen, die sich kein Essen mehr leisten konnten. Die Situation hat sich seitdem bekanntermaßen in einem immensen Tempo verschärft. Das neoliberale Regime kämpft darum, sich an seiner multiplen Krise zu erneuern. Als Anker einer linken transnationalen Offensive verstanden, müssen wir uns entschließen, die *soziale Frage als radikalen Gegensatz zum Bestehenden* aufzurufen, wenn sie der Fragmentierung und Renationalisierung Europas ebenso wie dessen autoritärer Restituierung etwas entgegensetzen soll. Und wir sollten uns rasch entscheiden, solange das Straucheln der herrschenden Ordnung noch als Möglichkeitsfenster gesehen werden kann.

## (I) Mehr als eine Verteilungsfrage!

*„Wenn der Mensch alle Hoffnung aufgegeben hat, ist er durch die Tore der Hölle geschritten, ob er es weiß oder nicht, und hat sein eigenes Menschsein hinter sich gelassen.“\**

Was erkennen wir im modernen *Subjekt*, für das es keine Gesellschaft mehr gibt (1), wenn es aufgibt oder jene angreift, die wehrlos sind? Viele haben in den letzten Jahren gesagt, die Krise sei nicht in Deutschland angekommen. Gleichzeitig sprechen auch von Hartz-IV-Betroffene seit Jahren von der Erfahrung des *sozialen Todes*.

Depression, Resignation, Suizidalität und Aggression sind Folgen eines Lebens, dessen stille Grausamkeit wir oft zu übersehen schienen. Der frühere entmutigte Rückzug nicht Weniger auf die Position, die Menschen in Deutschland (auf dem Land, im Osten, der sogenannten Unterschicht etc. pp) seien ohnehin tendenziell faschistoid, war dabei auch nicht besonders hilfreich. Wenn er auch vielfach aus dem Gefühl der Macht- und Hilflosigkeit resultieren mochte, er hat dazu beigetragen,

dass wir auch in den eigenen Reihen teils eine gnadenlose oder mindestens desinteressierte Position denen gegenüber vorfinden, die nicht „von allein“ mit uns sind. Dabei geht es mir hier nicht um ein Plädoyer für eine indifferente Haltung gegenüber Täter\*innen und Brandstifter\*innen. Im Gegenteil: Denn auch die Bitterkeit der Vielen, die nun AfD wählen, der Verfolger\*innen und der Resignierten klärt uns über das Ausmaß der Beschädigung auf, die die herrschende Ordnung auch hier erzeugt – und der eine langfristige defensive Position der radikalen Linken nicht viel zu entgegnen hatte. Was die Menschen im Zeitalter der neoliberalen Isolation ganz grundsätzlich überhaupt noch verbindet, scheint zunächst das Negativ der Vereinzelung zu sein: Wir können dieses vielleicht mit Erich Fromm das soziale Bedürfnis nach *Bezogensein* nennen.

Dieses lässt die einen im konkreten Gemeinsamen Hoffnung finden, während seine radikale Abwesenheit die anderen entmenschlicht, verzweifeln oder um sich schlagen lässt. Die negative Kraft, die die Isolation mobilisiert, wenn sie sich in falscher Gemeinschaft gegen die „Anderen“ richtet, ebenso wie die positive Kraft des Bezogenseins und der Solidarität geben uns einen wichtigen Hinweis, dass wir *die soziale Frage nicht als einfache sozialdemokratische Umverteilungs- und Versorgungsfragen missverstehen* dürfen, denn sie muss heute auch eine Antwort auf Vereinzelung, Isolation und Unterwerfung finden, die den Boden für soziale Spaltung und Konkurrenz ebnet.

Es ist nicht der Neid auf die anderen, die sich noch was leisten können, es ist das Nichtstattfinden als Mensch, der soziales Wesen und in Verbindung mit anderen ist, das als *sozialer Tod* erlebt wird und sich ereignet, wenn es keine Orte der Erfahrung von Bezogensein und Bestimmung des eigenen Lebens mehr gibt. Und ein Nichtstattfinden ist, ganz anders, ja auch das besonders Grausame der Erfahrung, die Europa für die Geflüchteten vorsieht und mit der es sie als Menschen zu brechen bereit ist: Ihnen keinen Ort zu lassen, an dem sie sein können, ein soziales Leben haben, die Verhinderung dessen, dass ihr Leben überhaupt irgendwo noch stattfindet, dass sie noch irgendeine Entscheidung zu treffen haben.

Daher muss es uns ganz konkret auch um die Verteidigung und Schaffung von Orten der sozialen Erfahrungen, des gemeinsamen Widerstands und der kollektiven Selbstermächtigung gehen. Der große Zulauf der Willkommensbewegung macht die Kraft des

Da-Seins für und mit anderen deutlich und betont das Bedürfnis des Bezogenseins: „Es macht nun einen Unterschied, ob ich aufstehe oder nicht“, freuen sich Menschen, die materiell trotzdem nicht(s) mehr haben. Die Erfolge und Stärke derjenigen Solidaritätsstrukturen, die auf *kollektive Selbstermächtigung* setzen, machen noch etwas anderes deutlich: Hier sehen wir, wie aus Solidarität Widerstand und Aufbruch werden können.

Wir wissen, dass es in der Regel sozialer Unterstützung bedarf, um sich zu widersetzen. Im berühmt gewordenen Milgram-Experiment sinkt die Rate derer, die dem Versuchsleiter gehorchen, der Stromschläge gegen einen Probanden befiehlt, auf null Prozent, wenn ein zweiter Anwesender die Versuchsperson bestärkt, sich zu widersetzen. Gleichzeitig sagen im Ausgangsexperiment 90 Prozent vorher, dass sie dem Versuchsleiter nicht folgen würden und 63 Prozent tun es dann doch. Vielleicht sagt uns das etwas über die Schwäche und Unsicherheit, die wir spüren, wenn wir allein stehen – oder anders gewendet, über die Zahl derer, die sich mit etwas Unterstützung richtig entscheiden könnten. Empowerment ist jedenfalls keine individuelle Aufgabe und wir tun gut daran, die Kraft der sozialen Erfahrung nicht zu unterschätzen.

Dahin gehend sind auch Initiativen wie beispielsweise „Wir lassen uns nicht spalten!“ aus Berlin interessant, die explizit jene zusammenbringen, die gegeneinander ausgespielt werden sollen. Obgleich sich dahinter eine alte kommunistische Parole verbirgt, kam diese Initiative von Anwohner\*innen, einer migrantischen Theatergruppe, Leuten aus den Solidaritätsstrukturen, nicht aus der radikalen Linken. Wenn die soziale Frage nicht „nur“ befriedend auf die rechten Ausgrenzungsbewegungen wirken, sondern ein Anker für Widerstand und Selbstermächtigung sein soll, können wir von solchen Ansätzen lernen und darin unsere eigene Geschichte wiederentdecken. Dabei ist es aber wichtig, jene Erfahrungen zugleich zu verallgemeinern und uns nicht darüber hinwegzutäuschen, dass sie als Keimzellen des Neuen nur dann eine Entfaltungschance haben werden, wenn wir eine gemeinsame transnationale Strategie des Aufbruchs entwickeln.

## (II) ... Unsere Seite der Barrikade – Antagonistisch und popular?!

„Our time to act has come“  
 „Für ein Ende der Traurigkeit!“

Wir haben langsam begonnen, „unsere Seite der Barrikade“, wie es in der Programmankündigung für die Strategiekonferenz der IL heißt, zu organisieren und wollen dabei aus den Erfolgen von basisorganisierten Versammlungen, Solidaritätsstrukturen und Netzwerken lernen, wie wir sie in Griechenland und Spanien gesehen haben. Wir sind uns einig, dass wir Netzwerke der Solidarität und Selbstorganisation brauchen, die der sozialen Isolation Erfahrungen entgegensetzen, die nicht nur bestehendes Leiden lindern, sondern ebenso Selbstermächtigungserfahrungen und damit die Möglichkeit eines anderen Gemeinsamen hervorheben.

Wir haben die Vision, dass sich rebellische Städte und Gemeinden in Kiezversammlungen oder Stadt-für-alle-Strukturen basisorganisiert gegen die forcierte Spaltung von sogenannten Interessengruppen und gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung in Stellung bringen. Wir gehen seit Langem schwanger mit der Hoffnung, dass sich aus der wachsenden Verbindung der lokal verankerten Aufbrüche über eine gemeinsame Verständigung, Erzählung und strategische Bestimmung unserer Kämpfe, etwas wie die *Commune of Europe* herausbilden könnte, die der Versuch einer Antwort auf die Fragmentierung und Renationalisierung unserer Lebenswelten sein sollte. Gemeinsam mit anderen visieren wir *social strikes*, wilde Referenden und Grenzübertritte, gemeinsame Twitterstorms, die Schaffung sozialer Zentren, Besetzungen und Aneignungen an. All diese Ideen sollen dem „anderen Europa“ der Solidarität und Offenheit zu mehr Raum, Sichtbarkeit, Widerstandskraft und Durchsetzungsstärke verhelfen.

Unsere gemeinsame Offensive muss es leisten, dass jener „Übergang zur transnationalen Politik“, von dem Thomas Seibert schreibt, nicht sukzessive gedacht wird, sondern als internationalistisches oder transnationales Selbstverständnis der Kämpfenden. Statt das Lokale und das Transnationale immer wieder gegeneinander in Stellung zu bringen, sollten wir uns darauf besinnen, dass die Vereinzelung nicht nur lokal gebrochen werden kann. Jener Internationalismus scheint in unseren alltäglichen Kämpfen bereits vielerorts auf und wir sollten weiter über Wege nachdenken, die Verbindung der Kämpfenden gegen die forcierte

Vereinzelung zu stärken, indem wir voneinander wissen, miteinander kämpfen und gemeinsam unsere Strategien bestimmen. Aber wir sind noch immer schwach in der Umsetzung, haben sie teils nicht mal begonnen. Das Erkennen der Leerstelle(n) reicht noch nicht, sie mit Leben zu füllen, und wir merken an vielen Punkten, dass wir selbst nicht gut in der Lage sind, einen wirklichen und glaubwürdigen Unterschied zu machen. Obwohl eine antagonistische Position heute viel leichter vermittelbar scheint als noch vor wenigen Jahren, fehlt es uns oft am entscheidenden Mut, sie einzugehen. Solange wir aber nicht in der Lage sind, die Bedürfnisse der Vielen aufzugreifen und die Überzeugungskraft einer radikal linken internationalistischen Antwort darin zu entdecken, haben wir nichts anzubieten.

Sicher sind auch wir Subjekte des Neoliberalismus und haben gelernt, wenig zu hoffen. Aber wir sind auch radikale Linke. Wir sind geschult an den scharfen Widersprüchen zwischen dem, was ist, und dem, was Erich Fromm *das Verlangen nach einem glücklicheren Leben* nennt. „Wer, wenn nicht wir“ ..., die wir außerdem auf einen breiten Rückhalt in unseren eigenen Strukturen und unseren gewachsenen und vertrauensvollen lokalen wie internationalen Verbindungen zurückgreifen, die wir ein Gemeinsames und eine „Heimat“ in Kämpfen auf der ganzen Welt entdecken können, die wir nicht mit dem Rücken zur Wand stehen und die wir gemeinsam ermutigende Erfahrungen des kollektiven Aufbegehrens erzeugen können, sollte sich trauen zu kämpfen? – Auch das ist Teil der sozialen Frage, wenn wir sie als Frage stellen, wo wir heute die Hoffnung für den Kampf um ein anderes Leben hernehmen sollen – vor allem, wenn wir von den Vielen ausgehen, die objektiv schlechtere Ausgangsbedingungen haben und sich dennoch nicht kampfflos unterwerfen.

„Ein glaubwürdiger revolutionärer Ausweg aus unserem alltäglichen Desaster scheint trotz aller Worte und Mobilisierungen der letzten Jahre unendlich weit weg.“ (2)

Müssen wir uns/muss sich unsere Politik verändern? Ja und nein. Wir sollten uns wieder in die Lage versetzen, von einem anderen als unserem Standpunkt aus politische Erfahrungen machen zu können, sodass wir auch Subjektivitäten und Milieus verstehen und erreichen, die andere (politische und soziale) Biografien und Erzählungen haben. Die Sprache



der Rebellion ist heute vielleicht anders codiert als vor 100, 50 oder 20 Jahren. Aber wir müssen in der Lage sein, in den neuen Pfaden, Orten und Modi der Widerstände unser Eigenes wiederzuentdecken.

Es kann uns auch in der Anrufung einer populären Erfahrung und Gestaltung des Gemeinsamen nicht um ein Schielen auf die (verschwindende) „Mehrheit der Mitte“ gehen, die die falsche Gemeinschaft Isolierter verkörpert. Die Rede von der Mitte, die übrigens unsere griechischen Genoss\*innen immer irritiert hat, ist eine irreführende und befriedende Anrufung eines gesellschaftlichen Konsens als Kompromiss mit dem Bestehenden. Das sozialistische Versprechen war immer ein inklusives und am Antagonismus mit dem Bestehenden zugleich gewonnenes (und vergangene Niederlagen zeugten immer nicht nur von der Stärke des Gegners, sondern auch von unserer Schwäche, diese Offenheit bei eigener Klarheit wirklich zu realisieren). Ich gehe davon aus, dass sich die Menschen heute nicht mehr an Projekte binden wollen, die ihnen einen offensichtlichen Abklatsch von bereits Gesehenem vorschlagen. Die Menschen wollen sich im Guten wie im Schlechten nicht mehr mit leeren Versprechen befrieden lassen – und die radikale Linke sollte auch nicht in Versuchung geraten, dies zu tun.

Die soziale Frage kann als Aufbruch und radikal Anderes, verbindendes Moment gegen Konkurrenz und Unterwerfung in Stellung gebracht werden. Dabei müssen wir auch die Erfahrung ernst nehmen, dass die zahlreichen beeindruckenden Solidaritätsinitiativen z. B. in Griechenland nicht ausreicht(en), um eine wirkliche Gegenmachtposition aufzubauen. Wenn wir die Fragmentierung Europas beantworten und das Regime der herrschenden Ordnung durch eigene, stabile Verbindungslinien angreifen wollen, brauchen wir dynamische aktivierende Strategien und Verbindungen, die nicht zerbrechen, wenn Parteien Neuen Typs oder die organisierte radikale Linke wieder einmal scheitern oder zurückgeschlagen werden. Der Mut, unkontrollierte Prozesse anzustoßen (und auszuhalten), eine unzählbare Praxis zu entwerfen gegen den Frieden ihrer Ordnung ist dabei ein wichtiges Moment. Darin

bleibt die Frage nach dem Aufbau von Gegenmacht, nach radikal-demokratischen Modi der Bestimmung und ebenso, wenn diese nicht leer bleiben sollen, nach der Aneignung und alternativen Gestaltung unserer (Re-)Produktions- und Lebensweisen zu beantworten.

„Soziale Freiheit ist die eigentliche Idee des Sozialismus.“ (3)

Wir haben heute die Aufgabe, ein Projekt wieder mit Leben zu füllen, das uns mit den Kämpfenden vergangener und jüngster Tage in der Hoffnung auf eine wirkliche Zukunft verbindet. Wir haben einen sich als übermächtig inszenierenden, verwundeten Feind zu Fall zu bringen und dort, wo Leiden und Hoffnungslosigkeit herrschen, einen neuen Mut zu entwickeln, der die Kraft des Gemeinsamen zu einer unbezwingbaren Bewegung vereint.

Die Umsetzung all dessen, was wir uns in nächster Zeit an Strategien und Ansätzen überlegen werden, wird sich auch daran messen lassen müssen, ob wir es schaffen, gleichzeitig die Unversöhnlichkeit mit dem Bestehenden und eine lebendige Hoffnung auf einen gemeinsamen Aufbruch auszudrücken und lebendig zu halten, der auch in der Lage ist, die falschen Versprechen der Rechten zu parieren. Dabei wären die hier von mir als „soziale Frage“ aufgerufenen Elemente zugleich Anspruch und Herausforderung unserer Politik. Wir sollten an den Positivbeispielen lernen, die wir haben, sie aber nicht mit der Verwirklichung von Emanzipation verwechseln. Um diese zu erreichen, werden wir anders kämpfen müssen. Dabei sollten wir auch einen Begriff des Sozialen entwickeln, der davon ausgeht, dass die soziale (Un-)Freiheit – im Gegensatz zur neoliberalen – erneut die eigentliche *Idee des Sozialismus* auf den Plan ruft und diese an den Schwierigkeiten und Möglichkeiten des Hier und Jetzt erneuert.

#### Fußnoten:

\* Erich Fromm, *Revolution der Hoffnung*.

1) IL Münster: *Über Willkommens-Inis, vergessene Oxis und diffuse Drittel*, siehe S. 15.

2) *Libertad!*: *Alles hat seine Zeit. Bemerkungen zum Ende der Initiative Libertad!*, siehe S. 51.

3) Axel Honneth, *Die des Sozialismus. Versuch einer Aktualisierung*, Berlin 2015.

## ... zum gemeinsamen Ausbrechen aus dem Käfig in uns drin

Wir brauchen kein Programm – wir brauchen Praxis!

Von **basrandale, IL Berlin**

*„Die politische Situation sieht an vielen Stellen düster aus, gleichzeitig ist sie offen wie lange nicht mehr. Wenn wir die Offensive wagen, ist das unsere Chance.“ IL, März 2016*

*Dieser Text ist die Verschriftlichung eines Beitrages, der auf der Auftaktveranstaltung des IL-Gesamttreffens im Januar 2016 zur Frage „Was tun?“ gehalten wurde. Er wurde von mir niedergeschrieben und vorgetragen, ist aber Resultat von Diskussionen mit anderen Genossinnen\* und Genossen. Auf den Aufruf hin, zur Strategiekonferenz Papiere zu schreiben, habe ich ihn nun ausgearbeitet. Da ich aus einer der Gruppen komme, die von Anfang an am IL-Prozess beteiligt war (gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t.), und eine Zeit in der IL erlebt habe, in der sich unsere Organisation vor allem durch solche Debatten strukturierte, bin ich durchaus eine Freundin dieser internen diskursiven Praxis. Inzwischen sind Jahre vergangen. Das „mal einfach niederschreiben“ gelingt mir im Alltag immer weniger leicht. Die aktuellen politischen Verhältnisse haben dazu geführt, dass ich meine Kapazitäten auf andere politische Arbeit konzentriere, mal ganz abgesehen von der nicht intellektuellen Lohnarbeit und anderen Verpflichtungen im Leben. Auch bin ich mittlerweile in einer Ortsgruppe der IL organisiert, in der es zu meinem Bedauern solche Praxen des kollektiven Schreibens nicht mehr gibt, es für viele (und für Frauen\* noch viel weniger) leider einfach keine Zeit mehr gibt, solche Texte zu verfassen. Kurzum: Ich musste einige OG-Projekte für mich zurückstellen, um dies hier zu schreiben.*

### **Zur Lage der Welt – gesellschaftliche Polarisierung?**

Wir leben in unsicheren Zeiten und je nach Generation sind auch unsere Vorstellungen,

Einsichten und Annahmen über die Welt erschüttert. Diese Unsicherheiten sind Nährboden für gesellschaftliche Spaltung, wie es historisch schon immer Strategie des kapitalakkumulierenden Systems war, soziale Ungleichheiten als Antrieb und Existenzgrundlage zu nutzen. „Töte den Investor in dir!“ ist auf einer Berliner Häuserwand zu lesen und verweist damit treffend auf das erfolgreiche, allgegenwärtige Handlungsparadigma des Ellenbogen-Ausfahrens, um im Hamsterrad laufend des eigenen Glückes Schmied zu sein. Die Idee eines solidarischen, gesellschaftlichen Lebens, in dem gemeinsam Verantwortung für unser vergängliches Leben und die massive Vernutzung unsere Umwelt getragen wird, ist aktuell nicht nur umkämpft – denn das ist sie schon immer: Die Idee von solidarisch, gemeinsamem Leben wird zerschlagen.

Wir dürfen die derzeitigen gesellschaftlichen Verhältnisse nicht abstrakt als Linksrutsch oder Rechtsrutsch sortieren, denn so werden wir nicht handlungsfähig. Wir haben bisher keine Antwort darauf, dass die derzeitigen Angriffe und sozialen Spaltungslinien nicht nur entlang von Verteilungsfragen verlaufen, sondern sich superstark um Identität, kulturelle Bezüge und Wunsch nach Stabilität drehen. In dieser Gemengelage wird der Krieg gegen den Terror nach 9/11 auf eine perfide Weise radikalisiert. Perfide in dem Sinne, weil sich die soziale Angst und Unsicherheit der Menschen zunutze gemacht wird, um totale Überwachung, Gewalt und Krieg zu legitimieren. Wir werden eine massive Vertiefung der Sicherheitsgesellschaft erleben müssen, in der die Perfektionierung der

Regierung unserer Selbst, postmoderne Individualisierung und vermeintliche Liberalisierung der Lebenswelt mit einer reaktionären und wertkonservativen auf Abschottung setzende Zurichtung der Gesellschaft einhergeht – wenn wir nicht in der Lage sind, dies aufzuhalten.

In Ungewissheit suchen Menschen nach sicheren, Sinn gebenden Zuständen – seien es Räume, sei es die bürgerliche Ehe –, in denen man sich aufgehoben fühlt. Das ist der Grund, weshalb Menschen zum ISIS gehen oder zu Pegida. Wir sehen die Suche nach völkisch, religiös-fundamentalistischen oder anderen vermeintlich sicheren Gemeinschaften. Die Linke hat Null-Komma-Null anzubieten: weder emotionale noch rebellische Sicherheit, die man auf Straße, Plätzen, Küchen, Theaterbühnen oder Schlafzimmern gewinnen könnte (denn in vielen haben wir derzeit keine kollektive Praxis), noch haben wir etwas, was uns selbst einen Funken an materieller Sicherheit gewähren könnte. In diesen polarisierenden Zeiten fehlt dezidiert linke, faktische Gegenmacht. Es passiert total viel um uns herum, wir geben dabei aber keinerlei Takt an, können noch nicht mal richtig mitgehen. Mein Vorschlag, einen eigenen Standpunkt zu entwickeln, darf dabei nicht selbstreferenziell sein, da wir sonst wie Mario Neumann und Sandro Mezzadra konstatieren, Gefahr laufen, die Machtfrage aus dem Auge zu verlieren. Doch große linksradikale, politische Initiativen können nur schlagkräftig sein, wenn sie mit unserem eigenen politischen Interesse gefüllt sind.

Neben dem üblen rechten Aufwind erleben wir seit dem Sommer aber auch die größte, solidarische zivilgesellschaftliche Bewegung seit dem Mauerfall. Die Situation ist in alle Richtungen offen und es kommt darauf an, was wir tun oder eben nicht tun. Unsere eingeübten politischen Routinen helfen uns dabei nicht groß weiter, sondern scheinen uns zum Teil eher zu blockieren.

Wir haben ein großes Zeichen der Solidarität – sozusagen ein brennendes OXI – durch Blockupy gesetzt, doch dann hat uns im Sommer mit dem Putsch gegen Griechenland die europäisch verfasste

Macht ihre ganze Härte entgegen geschleudert. Wir waren im September in Heidenau und danach spontan in der Lage unsere überregionalen Zusammenhänge zu nutzen, um an die Grenzen zu fahren, um auf den Routen der Refugees zu sein. Diese Erfahrungen haben einiges positive in unserem kollektiven Wissensapparat hinterlassen. Doch wir konnten bisher Austerität, Krieg und eine restriktive Flüchtlingspolitik nicht mal ansatzweise verhindern, ebenso wenig Anschläge und Angriffe auf Unterkünfte auf dem Land und in den Städten. Wir bekommen es leider bisher zu selten hin, das Potenzial und die Kapazität unseres kollektiven Wissensapparates produktiv handlungsfähig zu nutzen. Um uns herum herrscht Krieg und ganz ehrlich gesagt, macht das Angst. Eine Angst, über die wir in unserer Gruppe nur selten sprechen. In der Türkei werden täglich Genoss\*innen gejagt, gefoltert, ermordet und alle Welt schaut zu und kuscht vor Erdogan. Wir als radikale Linke sind unvorbereitet, was die politische Gesamtlage angeht. Da gilt nicht unbedingt analytisch, vielmehr haben wir keinerlei Orte, Instrumente oder rebellische Handlungsrouninen. Wir schaffen es nicht, hier in der BRD eine Öffentlichkeit dafür zu schaffen, Druck auf die Bundesregierung zu machen oder zumindest mal vor der türkischen Botschaft Rabatz zu machen. All in all: Es ist düster da draußen und die aufblitzenden Momente von Solidarität und Emanzipation geschehen meist ohne uns.

### **„Der Käfig um uns rum ist jetzt schon in uns drin“**

Die politischen Reaktionen von oben auf diese vielfachen Krisen weisen in klare Richtungen: Austerität, Autoritarisierung und eine Politik der Angst. Und ich nehme mir an dieser Stelle heraus, zu sagen: Sie sind für uns, die Jugend, die in Zeiten des *No future* und *Mauerfall* geboren sind und dann mit dem immer wieder angeblichen „*wir schaffen das – du schaffst das*“ groß geworden sind, massiv einschneidend. Es gibt nix mehr zu träumen für die „Generation Krise“, es gibt nur noch zu schaffen und auszuhalten. Griechische Be-

wegungen diskutieren seit vielen Jahren auf Grundlage ihrer Erfahrung eine Politik des Ausnahmezustandes. Auch in wissenschaftlichen Debatten wird eine zunehmende Autoritarisierung der europäischen Politik nachgewiesen. Diese Gewissheit haben wir und werden sie weiter beobachten müssen nach Paris. Da werden Diskussionen um Selbstbewaffnung geführt, um „sich sicherer zu fühlen“, und der Etat für öffentliche Überwachung und die Exekutivgewalten werden aufgestockt. Mit welchem strukturellen Rassismus diese Sicherheitspolitik nach Köln begleitet und politisch durchgesetzt wird, ist erschreckend und macht wütend. Ziel dieser Politik ist konkret, uns alle zu gefügigen, atomisierten, vereinzelt Kadavern zu machen. Körperhüllen und kein Fleisch, welches miteinander agiert. Diese Politik ist recht erfolgreich, denn wir alle (ich sag mal so ab 1980 geborenen), tragen diesen neoliberalen Investor in uns selbst. Da braucht es nicht allein Geschimpfe auf die Herrschenden; wir regulieren, disziplinieren, verurteilen uns doch selbst ganz zauberhaft.

Nur im Gemeinsamen, in Anerkennung unserer Unterschiedlichkeiten und Verletzungen des Lebens, kann der Ausbruch aus diesen Käfigen gelingen.

### **Warum uns das praktisch werden so schwer fällt**

Um in die Gänge zu kommen, müssen wir bei der Befragung unseres eigenen politischen Organisationsversuches ansetzen, wie wir es uns zentral für Anfang April mit der Strategiekonferenz vornehmen. Sie ist einer der wichtigsten Orte in diesem Jahr für uns als Interventionistische Linke und hat hoffentlich eher den Charakter einer Vollversammlung mit Freund\*innen. Unsere Organisationsdebatte und die geschaffenen Strukturen befähigen uns derzeit keineswegs zur politischen Handlungsfähigkeit. Auch wenn ich mich etwas ärgere über den im Berliner Sumpf kursierenden Witz „Wie viele Leute braucht die IL um eine Glühbirne zu wechseln? – Hundert!“ steckt etwas Wahres drin (deshalb ärgert es mich ja auch). Wir

sind häufig ein Pseudo-Apparat und blockieren uns selbst beim ausleben, erleben und etablieren unserer lebendigen Kultur. Wir sind nicht diejenigen, die die Sache vorantreiben, sondern versuchen die IL irgendwo unterzubringen. Das erinnert an die Linkspartei, die wir nicht sind und nicht sein wollen. Es fällt uns immer mehr auf die Füße, dass wir unsere Praxis entlang einer objektiv-moralischen Verpflichtung entwickeln, nicht aber entlang unseres eigenen politischen Interesses. Wir müssen unsere sozialen Verhältnisse politisieren, uns ein kulturelles Milieu schaffen, unseren eigenen Standpunkt (?) verteidigen und damit selbstbewusst in die Öffentlichkeit treten. Wenn es nicht mehr nur Häuser, Infoläden, linken Cafés und Buchläden allein sind, welche Orte sind es dann, die wir brauchen?

Wir alle machen „große Politik“ doch unsere Organisation schießt auf all die Widersprüche, die wir als Rebell\*innen im Alltag ausstehen haben. Wir sind un-kreativ, laufen Prozessen hinterher, anstatt mit eigenen Ideen und Vorschlägen einen Schritt voraus zu sein.

Hierbei ist unsere derzeitige Ohnmacht meines Erachtens neben der Ermangelung eigener Orte auch davon geprägt, dass wir unser Verhältnis zum digitalen Raum, und Technologie nicht reflektieren. Sovieles Mehr und Neues ist uns möglich mit dem SocialWeb und im transnationalen Kontakt. Doch im Unterschied zu den sozialen Kämpfen der 1970er Jahre und Folgende waren Sozialrevolutionär\*innen nicht mit einer permanenten Informationswelle konfrontiert. Informationspolitik, herrschende Nutzung von Technologie und wachsende Bedeutung des nicht-analogen Lebens hat den Alltag allgemein massiv beschleunigt. So sehen wir uns selbst in einem permanenten Handlungsdruck an tausend Ecken, weil wir in Echtzeit mit Bildern und Nachrichten aus aller Welt konfrontiert sind. Außerdem wurden mit diesen Entwicklungen gut funktionierende, politische Modi (bisher von uns recht unreflektiert) über Bord geworfen: Es werden weniger Plakate und Manifeste gedruckt, die Häuserwende und Fenster markieren; das

Schreiben eines Flugblattes – nicht nur um nach außen einen kollektiven Standpunkt kundzutun, sondern als Instrument kollektiver Wissensaneignung, um sich als Gruppe gemeinsam eben einen politischen Standpunkt zu erarbeiten und auf Formulierungen zu einigen –, geschieht jenseits von Aufrufen kaum bis gar nicht mehr (und stammt meist aus der Feder meist einzelner und zuhauf männlicher Genossen\*). Daraus folgt vor allem das Problem der Unsicherheit in unseren Praxen.

Die IL ist dennoch eine Erfolgsgeschichte. Seit nunmehr zehn Jahren gibt es uns, die mit dem sperrigen Namen und dem Iltis. Wir sind angetreten, ein linksradikaler, gesellschaftlich handlungsfähiger Akteur werden zu wollen. Wir wollten uns einmischen, wollten Stachel sein und mehr werden. Wir sind ein Haufen kompetenter Genoss\*innen und haben es geschafft, linksradikal zu sein und mit ausschließenden Szenecodes zu brechen. Wir sind ein wunderschön, auch diverser Schwarm und so wie, wir unsere Kollektivität lokal, überregional und auch transnational zu leben und zu organisieren versuchen, zeigt: *We already make a difference!* Wir haben bemerkenswerte Kampagnen gestemmt, sind nach innen massiv beschäftigt und herausgefordert, das undogmatisch, radikal Neue sein zu wollen. In Berlin kommen viele Leute zu uns, doch wie können wir gemeinsam reflektieren, dadurch nicht diffus zu werden? Wie und mit welchem Modus können wir auf Dauer sicherstellen, an einem gemeinsamen zentralen Strang zu ziehen?

Neben den teils sperrigen eigenen Strukturen und der bisher ausgebliebenen Selbstbestimmung gegenüber Technologie sehe ich die größte Selbstblockade darin, dass wir die vielen kleinen Widersprüchlichkeiten im Alltag aus unserem Politikbetrieb ausklammern. Andere und auch ich persönlich stelle mir die Frage, wie lange kann ich im Rahmen unserer gegebenen Strukturen „dabei bleiben“? Der Schwarm an Genoss\*innen lokal, bundesweit und transnational sowie unser Potenzial sind Luft zum Atmen. Aber Organisation muss neben Diskussionen, auch Überarbeitungen

und Frustrationen, die das linksradikale mit sich bringen, vor allem gemeinsame rebellische Momente hervorbringen. In Berlin schaffen wir es mit unserer derzeitigen Großorganisation beispielsweise kaum, irgendwo mal spontan Dampf abzulassen. Wir erinnern, erahnen, wissen um unsere potenzielle Bewegungskraft. Zu selten ist aber in Anbetracht der derzeitigen politischen Situation das Gefühl da, wirklich gemeinsam zu kämpfen. Wie kommen wir also in die Gänge?

### **Ansatzpunkte linksradikaler Intervention**

Wir brauchen als überregionale Organisation eine Zentralperspektive, einen strategischen Gesamtplan, der uns nach innen und außen Orientierung und Perspektive bietet. Dieser sollte nicht als reine Theorie, sondern als theoretische Praxis entworfen werden.

Nach den letzten Jahrzehnten neoliberaler Weltwirtschaftspolitik, seit Seattle ist die Diskussion über ein Verbot von alternativen Bildern zum kapitalistischen Wahnsinn gebrochen. Es braucht konkrete Rebellion und konkrete Vorstellung anderer Vergesellschaftung. Politische Systeme sind nie stabil und wir befinden uns jetzt in einem Moment der Erschütterung vermeintlicher Sicherheiten und Wahrheiten. Damit ist die Situation offen. Mit TTIP kommt eine weitere absurde Spitze nicht-globaler Handelspolitik auf uns zu, sondern eine konkrete wirtschaftspolitische Umwälzung, die in unser aller Leben, vor allem in die Konsum-, also die Reproduktionssphäre eingreifen wird, und die wir mitgestalten werden. Die Krise ist der erbarmungslose Kampf um den Zugriff auf unsere Körper, unser Selbst, unser Sein.

Ich schlage daher in unserer Strategie-debatte eine Verständigung über einen Zeitstrahl vor, der einen nach innen gerichteten Vorschlag beschreibt, und drei Perspektivvorschläge, um über uns hinaus zu wachsen:

Wir brauchen 1. eine permanente, nach innen gerichtete politische Reproduktionsweise, um uns gemeinsam weiterzuentwickeln und uns gemeinsam umeinander zu sorgen.

Wir brauchen 2. eine realpolitische Sozialoffensive, die physisch zwischen Menschen statt- und Orte findet.

Wir brauchen 3. eine Auseinandersetzung über die Frage „Technologie und wir?“, um uns im digitalen Raum bewegen zu können.

Wir brauchen 4. einen wirtschaftspolitischen Entwurf und sollten dabei unter anderem von den Solidarischen Ökonomie lernen.

1. betrifft Weiterbildungen, Wissensweitergabe und Empowerment nach innen und mit Freund\*innen, das Eröffnen von vertrauensvollen Räumen zwischen uns, um über Frustrationen, Ängste, Repression, die Lohnarbeit, Wut, Sorgen reden zu können, aber auch die wunderbaren Verrücktheiten, die das unangepasste Leben mit sich bringen wie Liebe, Sexualität und Rausch, auch das Bühne stürmen, Zäune einreißen und das Tanzen zu teilen. Organisierungspolitisch sehe ich in dem Punkt der politischen Reproduktionsweise nach innen den vielleicht konkretesten, ersten Punkt für unsere aktuelle Strategiediskussion. Wir können nur permanent scheitern, wenn wir versuchen, zu allen aktuellen politischen Dringlichkeiten angemessen zu reagieren. Wir müssen nicht fragen, was braucht die Welt und Menschheit von uns der IL – sondern: Was brauchen und wollen wir voneinander? Ich denke, wir könnten eine unbezähmbare Waffe damit entwickeln. Als postautonome Organisation brauchen wir diese Räume nicht zuletzt, um uns zur Frage der Regelübertritte zu verständigen, um uns unserer politischen Mittel und Interventionen kollektiv zu vergewissern und uns gegenseitig zu ermächtigen. Wir brauchen diesen Weg auch, um mit Menschen jenseits unseres Umfeldes ins Gespräch zu kommen und Alternativen real, physisch zu schaffen – um uns, wie wir so oft wünschen, lokal einzubetten und uns überhaupt als lokal eingebettet zu begreifen.

Als IL braucht es einen strategischen Vorschlag, mit dem wir 2. aus der sozialen Situation heraus eine politische Initiative entwickeln. Anfang 2016 haben wir uns gemeinsam darauf geeinigt mit „Solidarity for all“ eine weiterzuführende strategische Debatte zu verfolgen. Wir sind damit an-

getreten, nicht Partei sein, dennoch über die Szene hinaus wachsen zu wollen. Nun ist es an der Zeit uns zu fragen: Welches sozial-kulturelle Milieu ist die „unangepasste Grauzone“, das „dissidente Drittel“, wie es Thomas Seibert beschreibt, kurzum wer sind die Guten, die gegen den ISIS, Krieg, Austerität kämpfen und wie verbünden wir uns mit ihnen? Was können wir für einen Beitrag leisten, ein sozial-kulturelles nicht angepasstes, rebellisches Milieu in unserer Stadt mitzugestalten? Eine handlungsfähige, gesellschaftliche Linke, von der wir Teil sein wollen, gründet sich nicht am Schreibtisch oder auf einem Bündnistreffen. Das Leben und „Verwalten“ eines sozial-politischen Milieus, das Institutionen und Parteien nicht leisten können, ist unsere Aufgabe. Wir müssen unbedingt beginnen, mehr Erfahrungen diesbezüglich zu sammeln, denn im Vergleich zu den Kollektiven bspw. in Südeuropa verfügen wir kaum über rebellisches Verwaltungswissen von Orten und sozialem Leben. Das ist auch der Grund, weshalb wir häufig so fantasielos sind.

Wir rutschen derzeit wieder zurück, politische Felder ausdifferenziert als Themen zu behandeln. So rauben wir uns nicht zuletzt gegenseitig Kapazitäten. Ich denke, wir sollten uns die soziale Frage und die Frage nach den grundsätzlichen gesellschaftlichen Produktions- und Reproduktionsweisen als Klammer zurückerobern. Wir sollten uns also auf eine sozialpolitische Offensive wie *Solidarity for all* oder lokal „Berlin für alle“ als Gesamtperspektive einigen und anhand derer einige thematische Konfliktzuspitzungen entsprechend unseres Wissens und Know-hows angehen – und damit bei uns selbst beginnen und uns mit Technologie und alternativen Wirtschaftsweisen beschäftigen!

Es gäbe viele Ansatzpunkte: „Eine Form der Intervention ist banal: Reden!“, wie die Genossen aus Münster schreiben, aber auch sich beginnen aufzubauen gegen die alltägliche Politik der Angst und Überwachung, die um sich greift; Dampf machen gegen die Türkei, gegen deutsche Rüstungs-

unternehmen, gegen die ekelhaften rechtsreaktionären Sexisten im Alltag und im Besonderen der AfD. Die zentrale Frage für uns sollte nicht unbedingt sein: Wo müssen wir intervenieren – sondern worum wollen und müssen *wir* kämpfen? Auf diesem Wege können wir in der Lage sein, Konflikte zu zuspitzen und auch auszutragen, denn ansonsten sind wir bloß ein Sammelbecken von aktivistischem Engagement und damit ein neues Attac. Meines Erachtens erweist sich in der technologischen Entwicklung eine massive Veränderung kapitalistischer (Re-)Produktionsweise, die Geld-, Zeit-, Raum- und Sozialbeziehungen verrücken. Es ist mal wieder so ambivalent, dass uns die tollen Smartphones, die *by the way* unter blutigsten Arbeitsbedingungen wie Silvia Federici nicht ermüdet zu erinnern, produziert werden, soviel Tolles und Praktisches – auch was Protest angeht, wie Spanien zeigte – ermöglicht. Gleichzeitig beschleunigt es aber auch und entkörperlicht unsere sozialen Beziehungen. Es irritiert uns zu Recht, wenn wir uns fragen, wo sind die richtigen Orte des Widerstandes. Dass wir selbst sehr lahm sind betreffs kontinuierlicher Öffentlichkeitsarbeit, könnte auch mit diesen Veränderungen zusammenhängen. Lasst uns mal ernsthaft über diese technologischen Revolutionen von oben reden, die schon seit den 1970er Jahren als Reaktionen auf die weltweiten sozialen Kämpfe vonstattengehen. Wir müssen uns als radikale Linke dazu verhalten, dass Produktions- und Reproduktionsverhältnisse zunehmend ineinanderfließen. Gegenüber all den repressiven Aspekten der herrschenden, technologischen Nutzung sollten wir uns darüber verständigen, was wir an widerspenstigem Potenzial aus Technologie und dem digitalen Raum ziehen wollen.

**„Die Soziale Frage ist offen – lassen wir sie nicht rechts liegen.“**

**IL, Januar 2015**

Der Sommer der Migration hat die soziale Frage wieder deutlich hervor geholt. Während sich TINA – *There is no alternative* – breit machte, gab es mit 1989/90 eine offene soziale Situation, die wir verloren haben. Die Welle der Geflüchteten hat nun den massiven Sozialabbau offen gelegt und in eine tiefe politische Krise geführt. Die beste grenzenlose Solidarität können wir generieren, wenn wir beginnen, von uns selbst ausgehend um soziale Strukturen und Verhältnisse zu kämpfen: Bildung für alle, Gesundheitsversorgung für alle, Wohnraum für alle. Das Fenster ist geöffnet, um laut „Wir wollen mehr – wir wollen alles!“ zu fordern. Wissen wir selbst, um was wir zentral kämpfen, hätten wir endlich auch das „Mehr“ in der Hand, um die Vernetzung mit unseren Genoss\*innen aus anderen Ländern konkreter werden zu lassen. Wir können hierbei auch auf unsere Vergesellschaftungsdebatte und die Diskussionen um *Commons* der letzten Jahre zurückgreifen.

Schlussendlich noch mal in Bezug auf die Debattenbeiträge von Thomas Seibert und aus Münster: ja, das dissidente Drittel kann und sollte ein politischer Bezugspunkt für unsere Perspektive auf eine gesellschaftliche Linke sein. Aber in welchem Verhältnis stehen wir als radikale Linke dazu und was ist unsere konkrete Aufgabe? Ich denke, lasst uns aufhören, die Unsichtbaren, Überflüssigen, Unterdrückten anzurufen, sondern wir sind es selbst, die ein sozial- kulturelles Milieu schaffen müssen. Wir sind es, die Teil dieser vom ISIS so verhassten, unangepassten, gesellschaftlichen Grauzone sind und wir müssen uns in unserem Alltag und zueinander dazu bekennen. Lasst uns unser Leben in die Hand nehmen und lasst uns unser politisches Handeln gestalten – „von der Eröffnung oder Fortsetzung eines politischen Diskurses bis hin zur militanten politischen Aktion“, wie es aus Münster heißt. Lasst uns unerschrocken sein, um diesen Wahnsinn zu brechen: Lasst uns einen Unterschied machen: Zusammen!

# Selbstverständnis Queer-Feminismus in der IL 2016

Eine Zustandsbeschreibung – Thesen und reale Arbeitsschwerpunkte der queer-feministischen und Care Gruppen in der IL

Von IL Münster und Leipzig

*Dieses Papier aus Münster und Leipzig ist als Diskussionspapier gedacht, das die vorangegangenen Auseinandersetzungen zu bündeln versucht und zur Formulierung eines Selbstverständnisses hinführen soll. Es formuliert unsere Diskussionsergebnisse vom Treffen der Queer-feministischen AG in Hamburg im November 2015.*

*Wir möchten gerne perspektivisch einen gemeinsamen Standpunkt formulieren, inklusive kontrovers oder umstrittener Positionen. Wir versprechen uns damit Orientierung im politischen Organisationsprozess, wenn wir gesellschaftliche Widersprüche erkennen und damit zielgerichtet Interventionsmöglichkeiten ausmachen können.*

## Teil 1 Münster

Es soll ein Blick auf feministische Diskussionen und Verortungen innerhalb der Interventionistischen Linken geworfen werden, um eine Positionsbestimmung zu versuchen, die möglichst breit die Vielfältigkeit der unterschiedlichen historisch gewachsenen Stränge dieser jungen Organisation dokumentiert.

Seit ca. 2011 gibt es eine erst unterschwellige, dann systematische Auseinandersetzung um den Begriff „Queer-Feminismus“. Mutet dies zunächst als theoretische Wortklauberei an, verbirgt sich dahinter ernst zu nehmendes Ringen um eine gesellschaftspolitische Positionsbestimmung. Es geht um eine Verhältnisbestimmung von queer zu feministisch und umgekehrt. Schon in *ak – analyse und kritik* gab es 2011 dazu einige Artikel, in denen die virulenten Knackpunkte gut nachzuvollziehen sind. (Vgl. *ak* 558/560) Um es vorwegzunehmen; es ist gängige Praxis in der IL von einem Kompromiss auszugehen, der die Anliegen der Queertheorie mit Feminismus zusammendenken möchte, weil dies tatsächlich der Praxis in den IL-Gruppen entspricht. Unter den Labeln von queer – feministisch – care arbeiten wir konstruktiv an den verschiedensten Angriffspunkten gegen patriar-

chalen Kapitalismus oder kapitalistisches Patriarchat und es fiel schwer, hier analytische Trennungen vornehmen zu wollen. Dies ist unser Ausgangspunkt und unser „Pfund“, das wir in unseren Kämpfen in die Waagschale legen wollen.

Nichtsdestotrotz merken wir, dass es dafür einer theoretischen Verhältnisbestimmung und Klärung bedarf, um strategische Entscheidungen für zukünftige queer-feministische Politik sowohl innerhalb der IL im Organisationsprozess als auch gesellschaftspolitisch nach außen zu treffen.

*„Queer ist cool – queer ist in“ – „Feminismus ist oldschool, miefig und out“? Warum es notwendig ist, am Begriff des Feminismus festzuhalten*

Im Folgenden möchten wir kurz umreißen, warum

- im „queer“ die feministischen Kämpfe nicht aufgehen können,
- warum die Aufhebung kapitalistischer Verwertungsverhältnisse und Warenproduktion Voraussetzung für eine Aufhebung bipolarer Geschlechteridentität sind und damit einhergehender Abwertung eines Geschlechterpols mit allen bekannten Folgeerscheinungen.

## *Dialektik des Fortschritts*

Seit Judith Butlers Dekonstruktivismus, der sich vor allem im akademischen Raum zum Ende der 1990er Jahren durchsetzte, ist die konsequente logische Schlussfolgerung daraus, Gender-Zuweisungen zurückzuweisen, denn es gibt ja kein biologisches und damit unausweichliches Geschlecht. Es gibt kein Wesen der Frau, worauf auch schon Simone de Beauvoir in den 1950er Jahren, allerdings hier noch in sozialer Konstruktion – damals sensationell – gedacht, hingewiesen hatte. Ebenfalls im akademischen Raum wurde das Verhältnis von Klasse zu Rasse/Ethnie und Geschlecht neu bestimmt. Marxistisch-feministische Kritik verschwand aus der Debatte, im Sog der kolossalen Niederlage der real existierenden



sozialistischen Staaten 1989 und des Siegeszugs des Kapitalismus in neoliberalen Gewand.

Mit dem Dekonstruktivismus wurden – vielleicht nicht als Absicht, aber als Ergebnis – reale materielle Unterdrückungsverhältnisse von Frauen in die zweite Reihe gestellt, in den Vordergrund gerückt wurde seither das Ringen um verschiedengeschlechtliche Identitäten und der Kampf um ihre Daseinsberechtigung und gesellschaftliche Anerkennung.

Feminismus verkam zur bürgerlichen Mittelschichts- und Wellnesskultur, durchlief eine tiefe Sinnkrise und erfuhr nicht zuletzt dadurch eine grundlegende Abwertung im gesellschaftlichen Mainstream, der an die diskriminierenden Beschimpfungen der 1980er Jahre gut andocken konnte, („Emanze“, „Kampflesbe“ etc.). Dem Feminismus als Kampfbegriff gegen patriarchale Herrschaft wurden „die Zähne gezogen“. Zu Recht, wenn auch geschichtslos, wollten junge Frauen unter diesem Begriff nicht mehr antreten, sahen und sehen sie sich nicht als Opfer, Ohnmächtige oder Unfähige, sondern als selbstbewusste Frauen, war doch dekonstruktivistisch individualisiert *Empowerment* (Selbstermächtigung) und „mein Körper gehört mir“ angesagt. So richteten sich als Dialektik des Fortschritts die emanzipatorischen Inhalte und genau diese Slogans der Frauenbewegung der 1970er Jahre gegen sie selbst und verwandelten sich hinter ihrem Rücken unbemerkt in neoliberale Subjektivitätszurichtungen.

Frauen und Männer der queer-feministischen Bewegung sprechen daher auch von sich als der „3. Welle der Frauenbewegung“ oder von sogenannten Altfeministinnen und meinen Frauen der Frauenbewegung der 1970/80er Jahre. Die ebenfalls seit den 1980er Jahren aus den USA kommende Queer-Bewegung, die für eine Sichtbarmachung und Anerkennung gleichgeschlechtlicher sexueller Orientierung – unter dem Kürzel LBTG bekannt – auf den Plan trat, ist dafür verantwortlich, dass der Widerstand und Kampf gegen patriarchale Herrschaftsstrukturen als eine zumindest begriffliche Symbiose die Bezeichnung Queer-Feminismus erhielt. Sich unter „queer“ neu zu versammeln, bot einen gangbaren Ausweg aus der gefühlten Miefigkeit „frustrierter Frauen“ in der Frauenbewegung. Mit den damit notwendig verbundenen theoretischen Diskussionen, die eine Verknüpfung von queer und feministisch bedeuten, stehen wir in der IL allerdings erst am Anfang.

### *Warum queer sein nicht reicht*

Wenn man den Gedanken der Queertheorie zu Ende denkt, erübrigt sich tatsächlich ein feministischer Ansatz – wo es keine Frauen mehr gibt, gibt es auch keinen Platz für feministische Theorie und Politik! Doch wäre nicht alles grundlegend anders zu denken? Gesellschaften, die nicht mehr auf männlich/weiblich oder Heterosexualität aufbauen könnten, wären doch tatsächlich grundlegend andere. Wäre dies nicht der Frontalangriff auf neoliberale kapitalistische Verhältnisse?

Wir glauben, nein. Denn kapitalistische Wirtschaftsweise beruht auf Mehrwertproduktion. Gleichzeitig müssen die Voraussetzungen geschaffen werden, diese Mehrwertproduktion zu gewährleisten, also die Reproduktion der Produktion von Mehrwert zu garantieren. Die Tätigkeiten im Reproduktionsbereich – Kinder aufziehen, Haushalt führen, Sexualhygiene, um Beispiele zu nennen, sind von ihrem Wesen nach nicht messbar und daher nicht in Wert zu setzen. „Die Frau soll dabei auch noch eine angenehme und gemütvolle Atmosphäre schaffen, in der nicht der schneidende Ton der Konkurrenz herrscht wie draußen im Leben der kapitalistischen Öffentlichkeit von Ökonomie, Politik und Wissenschaft. Die Frau ... soll ein Gespür für persönliche Beziehungen haben, emotional und weich sein.“ (Robert Kurz: Weibliche Tugenden) Kapitalistische Warenproduktion spaltet diesen Bereich daher ab, er ist uninteressant, da nicht unmittelbar zu vergolden. Dennoch ist er unabdingbar. Um diesen Widerspruch aufzulösen, wurde in historischen Prozessen der Reproduktionsbereich den Frauen zugeordnet, da sie in patriarchaler Gesellschaft schon immer als dem Manne unterlegenes minderwertiges Geschlecht galten. Frauen wurden mit Durchsetzung kapitalistischer Produktion im 19. Jahrhundert sowohl aus dem politischen Raum von Gesellschaft herausgedrängt. Ihre Tätigkeit im Reproduktionsbereich wurde unsichtbar gemacht, indem diese als nichtproduktive Arbeit eingestuft wurde. Es war der Frau in die Natur ihres Wesens eingeschrieben. Der Kapitalismus braucht die Reproduktionsarbeit unbedingt „umsonst“.

Der „abstrakte Mensch“, das individuelle Gesellschaftsatom seit der Aufklärung, soll ebenso gut Frau wie Mann sein können. Doch die Benachteiligung und Minderbewertung der Frau in der Moderne ist kein Überrest vormoderner Verhältnisse oder ein bloßer männlicher Machtanspruch, sondern wurzelt in den

modernen Verhältnissen selbst. Alle Bereiche und Momente des Lebens, die sich nicht in Geld ausdrücken lassen, müssen „abgespalten“ werden (Roswitha Scholz) und werden historisch den Frauen zugewiesen, indem sie als das minderwertige Geschlecht bezeichnet werden und umgekehrt ihre Minderwertigkeit lebendig ständig reproduzieren, wenn sie in dem ihnen zugewiesenen Bereich verharren. Zieht man nun oberflächlich betrachtet die Schlussfolgerung daraus, diesen inferiorisierten Bereich zu verlassen, damit der Spuk endlich ein Ende hat, ändert das nichts daran, dass kapitalistische Warenproduktion auf den Bereich unbezahlter bzw. nicht bezahlbarer Arbeit, ein großer Teil dessen, was wir heute unter „Care“ begreifen, was sich tatsächlich nicht in Wert setzen lässt, angewiesen ist.

Ein großer Teil dieser notwendigen gesellschaftlichen Arbeit ist, wie oben dargelegt, nicht in Geldwert zu messen und kann so nicht in die Mehrwertproduktion eingehen. Das heißt, dass die kapitalistische Verwertungslogik notwendig eine inferiorisierte Menge braucht, der sie die nicht verwertbare Arbeit zuweisen kann. Diese Gruppe lässt sich historisch bestimmen und ist für die Zukunft womöglich sogar nicht als „Frau“ zu denken. Kann es nicht sogar denkbar sein, Bipolarität der Geschlechter zugunsten eines androgynen beliebig beschreibbaren, allseits verwertbaren Typs aufzugeben, weil es der Flexibilität kapitalistischer Verwertung im 21. Jahrhundert eher entgegenkommt, den Reproduktionsbereich einer beliebigen Identität, wie auch immer definiert, zuzuweisen?

Nun lässt sich zu Recht einwenden, dass gerade die oben genannten „weiblichen“ Qualifikationen der Reproduktionsarbeit zunehmend von kapitalistischer Produktion eingesogen werden, indem sie in Wert gesetzt und zur Ware werden. Alles was wir unter Care oder Sorgearbeit verstehen, erscheint im sogenannten Dienstleistungsbereich, in der Altenpflege, im Gesundheitsbereich, Qualitätsmanagement in den Schulen und Krankenhäusern, als Prozesse der Objektivierung und Messbarmachung ansonsten schwer messbarer Tätigkeiten. Jedes Lächeln, jede Art menschlicher Zuwendung wird zum Produkt gemacht und gehört zur definierten Leistungsanforderung. Gehört damit die Abspaltung weiblich konnotierter Sorgearbeit der Vergangenheit an? Wir sind der Meinung, dass wir mit dieser Beobachtung und den Auswirkungen für unsere Analyse und politische Praxis erst am Anfang stehen. Genauso wie in der politischen

Ökonomie der sogenannte tendenzielle Fall der Profitrate dem Kapitalismus inne liegt, die kapitalistische Produktion sozusagen aus sich selbst heraus an ihre eigenen Grenzen stößt und in die Krise gerät, genauso könnte es sich mit der Reproduktionsebene verhalten. Indem immer mehr Anteile der Reproduktion in die kapitalistische Verwertung eingesogen werden, verringert sich der „kostenlose“ Anteil der Arbeit, der gleichzeitig aber für die Mehrwertproduktion notwendig ist. Dies könnte ein neuer und zusätzlicher Krisenfaktor sein, den die herrschende Klasse auf dem Rücken von Frauen global regulieren muss. Dies wird uns in Zukunft zu beschäftigen haben. Gehen wir in die Gegenwart, müssen wir feststellen, dass unabhängig von neuen Diskursen, die Realität nach wie vor durch bipolare Geschlechterkonstruktion bestimmt ist. Eine ausschließliche Fokussierung auf Queertheorie, die zu Recht diese bipolare Zuweisung offen legt, zurückweist, muss sich die Frage gefallen lassen, ob sie nicht, wie schon oben beschrieben in der Frauenbewegung der 1970/80er Jahre, in negativer Dialektik neoliberalen Bedürfnissen und Verwertungsinteressen unbewusst zuarbeitet.

Inwiefern? Insofern „queer“ Geschlecht unsichtbar macht oder machen will und in Identität auflöst. Indem „queer“ den Diskurs auf Geschlecht als bipolar fokussiert, verkürzt dies die Kritik an der Geschlechterzuweisung, indem die Ebene der Produktion und Reproduktion, sagen wir mal eine materialistische Geschlechteranalyse, herausgelassen wird. Vor allem die kapitalistische Entwicklung über den Fordismus zum Postfordismus und seiner vollen Ausgestaltung in den 1990er Jahren, ideologisch in die Köpfe und Herzen der Menschen implementiert durch neoliberale Subjektivität, wirft ernsthafte Fragen auf, ob identitäre Politik der individuellen Subjektivität, z. B. die Rede von der Bezeichnung durch Pronomen, geeignet ist, die herrschende Warenproduktion zu überwinden. Nach wie vor gibt es fundierte Geschlechtszuweisungen entlang bipolarer Geschlechterverhältnisse. Machen wir uns also in unserer Herrschaftskritik nicht sprachlos, wenn wir uns von den Kategorien „Frau“ und „Mann“ vorschnell verabschieden! Queer übergeht womöglich voreilig, dass die Konstruktion des Weiblichen sehr real ist und Frauen und Männer im Griff hat; wir können uns nicht voluntaristisch davon verabschieden, nur weil wir theoretisch die Begrenzungen und Brüchigkeiten dieser Konstruktion erkannt haben. Eine vorschnelle

Aufgabe vernebelt die reale Unterdrückung der Frauen und ihrer strukturellen Diskriminierung.

Oder umgekehrt formuliert: Tun wir uns einen Gefallen, uns den Begriff der „Frau“ nehmen zu lassen und damit zu riskieren, reale gesellschaftliche Unterdrückung und Ausbeutung durch Männer, durch das Patriarchat nicht mehr besprechbar zu machen, quasi das Geschäft des Patriarchats im Kapitalismus selbst zu betreiben und unsichtbar zu machen.

Eine Diskurs-Rekonstruktion verändert noch lange nicht die Verhältnisse.

## **Teil 2: Reale Arbeitsschwerpunkte der queer-feministischen Arbeitsgruppen in der IL, Leipzig**

### *1. Das Arbeitsfeld Queer-Feminismus*

Im Arbeitsfeld Queer-Feminismus sehen wir die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen als eine Polarisierung an, die sich aus der Verstärkung der Brüche im „traditionellen“ Geschlechterverhältnis ergibt. Mit diesen Brüchen meinen wir die relativ breite gesellschaftliche Infragestellung heteronormativ-patriarchaler Lebensmodelle durch die Normalisierung queerer Lebensweisen und der zunehmenden Normalität von Abweichungen von starren Geschlechterrollen. So werden Forderungen der LGBTQI\*-Bewegungen beispielsweise zunehmend in die bürgerliche Gesellschaft integriert („Homo-Ehe“). Gleichzeitig dürfen wir nicht übersehen, dass queere Lebensweisen marginalisiert und institutionell diskriminiert bleiben. Dennoch – das Lebensmodell der bürgerlichen Kleinfamilie wird zu Teilen infrage gestellt. Dies ist von einigen Personen selbst gewählt, von anderen jedoch auch durch prekäre Arbeitsverhältnisse und neoliberale Vereinzelung bedingt.

Und nicht zuletzt gewinnt die bürgerliche Kleinfamilie in Zeiten sozialstaatlichen Abbaus im Postfordismus wieder verstärkt an Bedeutung, um die Reproduktion zu gewährleisten. Insofern ist auch staatlich gesteuert, dass die Kleinfamilie keineswegs ein Auslaufmodell ist. Das zeigen auch Initiativen wie die der „Familienarbeitszeit“ (Manuela Schwesig, Familienministerium), die Reproduktionsarbeit zwar in Mittelschichtsfamilien auf beide Eltern verteilt wissen will, aber trotzdem nicht unbezahlte Reproduktionsarbeit innerhalb von Kleinfamilien infrage stellt.

Dieses Modell der Familienarbeitszeit können aufgrund der derzeitigen Arbeitsverhältnisse längst nicht alle leben. So sehen wir die Seh-

sucht bzw. den Kampf für traditionelle Familienmodelle und Geschlechterrollen auch als eine Antwort auf die Verunsicherungen neoliberaler Gesellschaft an. Nicht alle Frauen\* können dem neoliberalen Anspruch der „Top-Girls“ als Karrierefrau (Lohnarbeit + Familienarbeit + Weiblichkeit) gerecht werden. Dieses Bild ist aber durch Frauen wie Merkel, von der Leyen, Petry etc. wirkmächtig und wird von bürgerlichen Frauen\* in Büchern wie „Die neue F-Klasse“ und „Lean in“ flankiert. Den organisierten Kampf für traditionelle Familienmodelle und Geschlechterrollen sehen wir durch Teile der CDU, durch die AfD und durch die Maskulistenbewegung/organisierte Antifeminist\*innen geführt (Birgit Kelle, Gabriele Kuby, MannDat etc.). Entlang all dieser Akteur\*innen sehen wir die christlichen Fundamentalist\*innen positioniert. Relevante Aktivitäten sind beispielsweise die Bündelung „Besorgter Eltern“ bei den „Demos für alle“ gegen Bildungspläne etc. und die „Märsche für das Leben“. Auch in anderer Hinsicht gewinnt dieser biopolitische Diskurs an Bedeutung, wenn trotz ihres, zumindest statistisch gesehen, offensichtlichen Scheiterns die „deutsche“ heterosexuelle Kleinfamilie nach wie vor als „Keimzelle der Nation“ stilisiert wird. Dieser Diskurs wird vom national-konservativen AfD-Flügel (Frauke Petry) gestärkt, der mit der Lebensschutzbewegung verbunden ist und mit Beatrix von Storch eine prominente Gegnerin des Rechts auf Abtreibung und reproduktiver Rechte von Frauen\* im Allgemeinen als Abgeordnete im EU-Parlament hat. Abgesehen davon begegnen wir den genannten Akteur\*innen, wenn sie staatliche Gender-Mainstreaming-Programme und akademische Geschlechterstudien massiv diffamieren und angreifen. Dies geht einher mit Hassschreiben und Bedrohungen gegen feministische Blogs und Kommentare.

Den Demonstrationen gegen christliche Fundamentalist\*innen und Co. messen wir unterschiedlich viel Bedeutung bei. Für die einen ist dies ein zentrales Kampffeld, weil dort feministische Errungenschaften bedroht werden (reproduktive Rechte, Anerkennung der Heterogenität sexueller Identitäten und Geschlechteridentitäten). Im Bereich reproduktiver Rechte sehen andere von uns aber eher die Bedrohung durch neue Reproduktionstechnologien. Durch Technologien wie *social freezing* und Präimplantationsdiagnostik werden biologistische Vorstellungen von Verwandtschaft und damit die bürgerliche Kleinfamilie verfestigt. Darüber hinaus wird mit

dem Karrierebild der „modernen Frau“ ermöglicht, ihren Kinderwunsch jederzeit und geplant zu erfüllen. Und nicht zuletzt sind diese Technologien behindertenfeindlich, weil sie eine gezielte Selektion „lebenswerter“ Embryonen mit sich bringen. Doch die Kritik an kapitalistischer Reproduktionstechnologie müssen wir noch weiter vertiefen, um den Widerstand gegen die Inwertsetzung menschlicher Körper gezielt in Gang zu setzen.

## 2. Voraussetzungen unserer Arbeit als Queer-Feminismus-AG

Als Voraussetzung für eine wirksame queer-feministische Politik sehen wir – analog zu vielen anderen Praxisfeldern – die Notwendigkeit, unsere Politik weniger in der „Szene“ zu machen bzw. durch unsere Sprache und Aktionen sich nur auf die Szene zu beziehen. Damit meinen wir sowohl die queer-feministische als auch die linksradikale Szene in all ihren Überschneidungen.

Aber wir sehen auch die Notwendigkeit zur Veränderung innerhalb der IL, queer-feministische Arbeitsfelder als unabweislichen Bestandteil linksradikaler Politik zu begreifen. Nicht nur sind wir als Queer-Feminismus-AG gefragt, unsere erfolgreichen Ortsgruppenprojekte innerhalb der IL sichtbar zu machen. Beispielsweise haben viele Ortsgruppen in Feminismus-AGs zum Sozial- und Erziehungsdienststreik gearbeitet, wir haben es aber verpasst, diese Verknüpfungen überregional zu bündeln und auch nach außen als IL sichtbar zu machen. Aber auch mit anderen AGs zusammen könnten wir unsere IL-Politik queer-feministischer gestalten, um als AG eine „Zuständigkeit für Gender-Fragen“ nicht nur zurückzuweisen, sondern auch zu überwinden. Dies haben wir mit der Organisation der queerfeministisch-antirassistischen Demo in Köln am 12.3.2016 teilweise geschafft.

## 3. Möglichkeiten und Ziele

Wir sind als Queer-Feminismus-AG der IL noch kaum gemeinsam handlungsfähig. Wir sehen uns in einem gemeinsamen Arbeitsprozess, um über reine Vernetzung hinauszugehen. Die fehlende Handlungsfähigkeit zeigt sich auch an der Schwierigkeit, ein gemeinsames politisches Ziel im Kampf gegen Patriarchat, Heteronormativität und Kapitalismus formulieren zu können. So bleibt unsere Arbeit an lokalen Frauen\*kampftagen, gegen christliche Fundamentalist\*innen, die Rojava-Soliarbeit und die Arbeit im Care-Bereich zumeist lokal vereinzelt. Einige Ansatzpunkte zur Bündelung gibt es – lasst uns sie vertiefen, gemeinsam Angriffspunkte formulieren und daran arbeiten! Dies ist auch eine Aufforderung an uns selbst, queer-feministische Positionen und Perspektiven präserter innerhalb der IL und unserer Kampagnen zu positionieren. So haben wir lokal immer wieder Überschneidungen und Zusammenarbeit mit den Antifa-AGs, wenn wir gegen Rechte und christliche Fundamentalist\*innen auf die Straße gehen. In dieser Hinsicht sehen wir auch Potenzial für eine bundesweite Zusammenarbeit.

Wir wollen mit der Care-AG vernetzt bleiben, weil wir am Bereich Care nicht nur mögliche Brüche um prekäre Arbeitsbedingungen und das Gute Leben für alle sehen, sondern auch mögliche Brüche in der geschlechtsspezifischen Zuweisung von Care-Arbeiten. Insofern suchen wir gerade danach, ob und inwiefern wir uns stärker in das Netzwerk CareRevolution einbringen können.

Gemeinsam suchen wir nach ausdrucksstarken Formen, um die herrschenden kapitalistisch-patriarchalen strukturierten Geschlechterverhältnisse, der Vereinnahmung von (Queer-) Feminismen und dem offenen Antifeminismus eine linksradikal-queerfeministische Praxis entgegenzustellen.

# Let's Open Up. No Fear

Von step (organisiert in der IL Hamburg), März 2016

Wenn wir uns als organisierte radikale Linke nicht auch selbst verändern, werden wir den aus der allgemeinen (welt-)gesellschaftlichen Zuspitzung erwachsenden sehr ernststen Gefahren nicht angemessen begegnen sowie die sich eröffnenden Chancen nicht nutzen können. Für eine gesellschaftliche Öffnung der IL, ein bewusstes Bestreben nach vielvielviel mehr Vielfalt in der Zusammensetzung der Organisation sowie eine für ALLE verständliche Sprache in unseren öffentlichen Äußerungen, auch unseren Organisationsnamen betreffend. Weil das, worum es geht, ALLE angeht.

## 1. „What's the time on the clock of the Universe?“ (Grace Lee Boggs)

Überall brennt es - global. Seit mittlerweile geraumer Zeit eskalieren die systemischen sozial-ökologisch-ökonomischen Widersprüche des Kapitalismus immer augenfälliger und schreiender auf breiter Front. Soziale Ungleichheit nimmt weltweit, abgesehen vom Innenverhältnis in einigen Ländern Lateinamerikas, immer noch brutalere Ausmaße an; die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen schreitet ungebremst Richtung Kippunkte voran; Kriege und gewaltsam getragene Konflikte breiten sich weiter aus; etc. Wie ein gegeneinander gerichteter, zwanghaft-unendlicher Expansionsprozess auf einem begrenzten Planeten eben mehr und mehr aussieht, wenn Widerstand, Solidarität, menschlich orientierte Vernunft in der Summe das Nachsehen haben. Auch in sogenannten „erfolgreichen“, in der globalen Konkurrenz „gewinnenden“, d. h. riesige Exportüberschüsse anhäufenden Ländern wie Deutschland geht es sehr vielen Menschen schlechter: Kinder- und Altersarmut, Hartz-IV-Regime, tiefe Krise sozialer Reproduktion, Intensivierung und Prekarisierung der Erwerbsarbeit, Vielfach-Diskriminierung von Migrant\*innen, Depressions- und Psychopharmakarekorde, etc. Trotz alledem gewinnen wir als radikale Linke mit unserer grundlegenden Systemkritik bisher kaum bis gar nicht an gesamt-gesellschaftlichem Einfluss. Unsere Niederlage des „Oxi!“ im Sommer 2015 bestätigte das nur ein weiteres schmerzliches, besonders unübersehbares Mal. Und spätestens seit Frühherbst 2015 ist nun wie zuvor schon in vielen europäischen Ländern

auch in Deutschland trotz beeindruckender Willkommensbewegung der Rechtspopulismus massivst auf dem Vormarsch und die Zahl rassistischer Gewalttaten in die Höhe geschneilt. Auch das ist in der Summe eine weitere schwere Niederlage nicht zuletzt auch von uns, der radikalen Linken.

Welche Perspektiven sich aus der allgemeinen Zuspitzung der globalen-kontinental-nationalen-regionalen-lokalen Situation ergeben und wie wir die Chancen nutzen und den Gefahren begegnen können, bedarf der Einschätzung und Diskussion. Dazu gehört allerdings – neben allen sinnvollen Bemühungen um z. B. global-strategische Analysen und diffus-dissidente Drittel (1) – ebenso die Notwendigkeit, uns als organisierte radikale Linke in ernsthafter Weise auch selbstkritische Fragen zu stellen. Sonst riskieren wir, unser Potenzial im Umgang mit den sich abzeichnenden Gefahren und Chancen in gravierender Weise zu limitieren.

Also: Was könnte *unser* Anteil an unserer bisher nicht durchbrochenen Dauer-Defensiv-Situation sein, wie wirken wir – allgemein als radikale Linke sowie auch spezifisch als IL – mit an unserer eigenen Marginalisierung, wie glaubwürdig sind wir bzw. werden wir wahrgenommen, wie gesellschaftlich sind wir, die IL?

## 2. Ist-Zustand, Anspruch und was ist *unser* Anteil an der Differenz?

Aus der Antwort der IL Göttingen (Basisdemokratische Linke) auf die Frage „Wie ... gesellschaftlich ist die IL?“ (Dez. 2015): „Nach unserer Wahrnehmung ist die IL in Hinblick auf die Altersstruktur vielfältiger als die radikale Linke insgesamt, teilt aber ansonsten hinsichtlich ihrer Zusammensetzung die üblichen Probleme linksradikaler Gruppen, d. h. Leute, die weiß, männlich, bideutsch sind und/oder einen akademischen Hintergrund haben, sind überrepräsentiert. (...) Wenn wir die gesellschaftliche Verankerung der IL verbessern wollen, müssen wir die Zugänglichkeit unserer Strukturen für Leute, die nicht aus unseren klassischen Rekrutierungsfeldern kommen, erhöhen. Ein Schritt – das müssen wir ganz selbstkritisch anmerken – bestünde darin, in Zukunft nicht mehr eine bildungs-

bürgerliche Sprache zu verwenden, die für große Teile der Bevölkerung schlichtweg unverständlich ist.“ (2)

Was bedeutet dieser, nicht zum ersten Mal gestellte Befund? Was würde daraus folgen, ihn tatsächlich ernst zu nehmen?

Entgegen dem Istzustand ist es ja unser erklärter Anspruch, eine wirkliche gesellschaftliche, breit in der Gesellschaft verankerte radikale Linke werden zu wollen und in dieser glaubwürdig und überzeugend unsere Sache allgemein wahrnehmbar und verstehbar, präsent, unübersehbar, populär, schließlich hegemonial zu machen – d. h. nichts weniger als die Abwesenheit einer Systemalternative, einer der Säulen der von Thomas Seibert beschriebenen „Metastabilität der neoliberalen Un-Ordnung“ (1), schrittweise aufzuheben.

Es versteht sich von selbst, dass sehr viele Faktoren dabei eine Rolle spielen, dass es uns trotz guter Vorsätze so schwer fällt, diesen erklärten Zielen zumindest etwas näher zu kommen. Und fraglos liegen gewichtige der bestimmenden Faktoren außerhalb unseres – unmittelbaren – Einfluss. Genannt sei hier als ein Beispiel nur das Agieren in einer autoritären Leistungsgesellschaft mit stark ausgeprägter „Standort-Identifikation“. (3) Auch gibt es in Bezug auf die unterschiedlichen in der IL unterrepräsentierten Gruppen eine große Vielzahl von jeweils spezifischen, abseits unserer unmittelbaren Einflussphäre liegenden Umstände, welche entsprechende Unterrepräsentiertheit in der IL befördern und durch uns bestenfalls nur zum Teil aufgefangen werden können; es bleibt hier dahin gestellt, inwieweit das potenziell mögliche Auffangen durch uns „bereits“ geschieht. Stellvertretend nur ein Beispiel für diese je spezifischen Umstände: Bei überdurchschnittlich vielen Menschen ohne akademischen Hintergrund ist das für politische Meinungsbildung und Handlungsfähigkeit unerlässliche Minimalmaß an Selbstbewusstsein durch klassengesellschaftliche, auch von Institutionen wie z. B. Schulen geprägte Sozialisation ernsthaft unterminiert, oft gar in traumatischer Weise beschädigt.

Ebenso von selbst versteht es sich aber, dass wir uns und unseren Anliegen einen Bärenienst erweisen würden, in billig-bequem-ängstlicher Weise solidarisch-kritische Selbstreflexion zu unterlassen, quasi nur nach dem Motto „Wir sind halt in einer strategischen Defensivlage, wir sind so schwach, (einzig) weil die Verhältnisse so besch... und Kapital/Patriarchat/Rassismus-Regime/etc. so

(vermeintlich) stark sind“.

Was könnte also tatsächlich unser Anteil daran sein, dass wir gemessen an der in der Gesellschaft als Ganze bestehenden Diversität so homogen und in mehrfacher Hinsicht überwiegend privilegiert zusammengesetzt sind?

Warum sprechen wir immer wieder, allzu oft auch einhergehend mit entsprechendem Habitus, eine allgemein nicht verstehbare Sprache, die im Ergebnis die meisten nicht einlädt, teils ausgrenzt, die dazu beiträgt, dass wir generell nur einen begrenzten Kreis von Menschen erreichen, die also uns selber marginalisiert, die in Sachen radikaler Demokratisierung unsere Vertrauenswürdigkeit infrage stellt?

Was wären entsprechende Voraussetzungen und eventuell konkret umzusetzende Schritte zwecks gesellschaftlicher Öffnung der IL?

Zwischenbemerkung zwecks Vermeidung eines eventuellen Missverständnisses: Wenn ich hier von „Öffnung“ etc. schreibe, dann meine ich ausdrücklich nicht naiven Verzicht auf Anti-Repressions- und sonstige Sicherheitsmaßnahmen. Die Praxis von z. B. Aufnahme-gesprächen inkl. anschließenden „Sicherheits-Check“ (bei der die bisherige Biografie einer an Einstieg in die Gruppe interessierten Person u.a. hinsichtlich einer eventuellen Tätigkeit z. B. für staatliche Repressionsorgane ins Auge genommen wird) hatte sich z. B. bei Avanti klar bewährt und sollte fortgesetzt bzw. dort eingeführt werden, wo dies in der IL noch nicht praktiziert wird. Gerade argloses Vertrauen genährt z. B. dadurch, dass eine Person gewisse „Szenecodes“ erfüllt, dem ein Misstrauen gegenüber Personen entspricht, bei denen dies weniger der Fall ist, erleichtert z. B. Repressionsorganen ihr Tun.

### 3. Wer wagt, kann gewinnen

Unsere Zusammensetzung, die von uns gesendete Sprache und Ausstrahlung sowie die von uns erreichten Menschen („Sendungsradius“) stehen in wechselseitiger relativer Bedingtheit. Sehr wahrscheinlich ist leider, dass eine gemessen an der Gesamtgesellschaft relativ homogene, nur einen relativ kleinen Kreis von Menschen erreichende Gruppe auch relativ homogen und einflusslos bleibt, wenn sie denn nicht überhaupt erst mal ihre eigene relative Homogenität, ihren begrenzten Sendungsradius und die damit einhergehende Einschränkung von gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit bewusst als Problem wahrnimmt – fürwahr keine Selbstverständlichkeit in einem in der Regel eng und stressig getakteten, daher schon

notgedrungen oft routiniert ablaufenden (Politik-)Alltag.

Erst das bewusste Bedürfnis nach Vielfalt ergibt eventuell die Neugier und Bereitschaft, ein *Wagnis* von Offenheit und Selbstveränderung einzugehen, die Mühen entsprechender konkreter Maßnahmen auf sich zu nehmen, nicht zuletzt sich gegebenenfalls teils auch von vertrauten, identitär besetzten Ritualen, Symbolen, Begriffen, Phrasen etc. zugunsten von zunächst Ungewohntem zu verabschieden. Und all das gilt übrigens untrennbar sowohl für individuelle Begegnungen von Mensch zu Mensch als auch für die „offizielle“ Praxis als kollektive Organisation.

#### **4. Schade: Absolutismus der verselbstständigten politischen Form**

Anhand der Indignados und weiterer 2011 entstandener südeuropäischer Bewegungen konstatiert Mario Neumann eine nicht nur in Südeuropa, sondern ähnlich fast überall, auch hierzulande weitverbreitete erhebliche Distanz, die sehr viele Menschen, auch viele tendenziell eher „links“ fühlende, handelnde, denkende, nicht nur zum etablierten parlamentarischen Politikbetrieb, sondern auch zur außerparlamentarisch organisierten Linken, also u.a. zu uns empfinden. (4)

Als wesentlichen Grund dafür beschreibt Neumann ein „Absolut-Setzen der verselbstständigten politischen Form“ durch die Linke. Es liegt nahe, dass dies auch mit zu den wichtigsten der multiplen Gründe zählt, warum z. B. Menschen mit akademischen Hintergrund sowie traditionell männlich sozialisierte Menschen, zu denen übrigens auch ich gehöre, in der IL aaarrrrgg überrepräsentiert sind. Zur Verdeutlichung aus dem Text von Mario Neumann ein längerer Ausschnitt:

„Viele Menschen lehnen aus biografischen und politischen Erfahrungen das, was ihnen als die Rationalität des Politischen erscheint, ab – und zwar zu Recht. Dem, was sich ihnen als Politik darstellt, haben sie abgeschworen und sie zählen die Linke – auch die außerparlamentarische – zu diesem Kosmos dazu. Politik erscheint ihnen als ein Ort, in dem sie regelmäßig als Stimmvieh, als bloße Füllmasse auf einer Demonstration oder als Geldgeber gefragt sind, um damit den politischen Erfolg anderer abzusichern, der sich nicht spürbar auf ihr eigenes Leben auswirkt. Politik wird so zur Sache derer, die sich von ihr überhaupt noch etwas versprechen. Die Linke erscheint ebenfalls als Teil dieses Spiels. Und in der Tat ist selbst eine heimliche Verwandtschaft von

parlamentarischen und außerparlamentarischen Initiativen nicht von der Hand zu weisen: Beide operieren primär im Modus des Wettstreits der Positionen, der politischen Meinungskonkurrenz. In dieser Gefangenheit vieler linker Akteure in der politischen Form, der eine Vereinseitigung des Hegemoniebegriffs auf Fragen der öffentlichen und wissenschaftlichen Meinungsbildung entspricht, liegt der Kern der Herausforderung, vor die ein Blick nach Südeuropa die Linke stellt.

Diese politische Form ist nicht einfach das Ergebnis einer intellektuellen Abstraktion, sondern der faktischen Auseinandergerissenheit der bürgerlichen Gesellschaft: der Trennung von Staat und Gesellschaft, von Politik und Ökonomie, von politischen und privaten Problemen. Sie ist somit – als politische Rationalität – eine Wahrheit und zugleich eine Beschränkung und Befähigung Einzelner, die allzu oft von weiten Teilen der Linken als Überlegenheit fehlinterpretiert wird. ‚Zusammengenommen hat dies zur Folge, dass die Politik von Parteien, Verbänden und selbst von sozialen Bewegungen von der ‚Logik des Staates‘, genauer von den in der kapitalistischen politischen Form wurzelnden Mechanismen bestimmt wird. Dies heißt, dass die in der allgemeinen Formbestimmung des Politischen liegenden Widersprüche auch innerhalb der ‚zivilgesellschaftlichen‘ Organisationen und Institutionen zum Ausdruck kommen.‘ (Hirsch 2005, 36) Das Problem des Auseinandertretens von Gesellschaft und politischer Form also nur aufzufassen als ein Problem der Entpolitisierung der Gesellschaft, greift entschieden zu kurz. Es gibt ebenso eine parallele Tendenz: die Verselbstständigung der politischen Form.

Dieses Phänomen ist keinesfalls neu. In einer Überlegung von erstaunlicher Aktualität zum schlesischen Weberaufstand porträtiert Marx das Unverständnis der politischen Klasse und ihrer Intellektuellen für die scheinbar ‚unpolitischen‘ Aufständigen und argumentiert, dass nicht etwa die rebellierenden Weber die Fähigkeit zum politischen Denken erlernen müssten, sondern vielmehr der partikulare ‚politische Verstand‘ das Überschüssige, Universelle und Eigentümliche dieses Aufstands verstehen solle. ‚Das Gemeinwesen aber, von welchem der Arbeiter isoliert ist, ist ein Gemeinwesen von ganz anderer Realität und ganz anderem Umfang als das politische Gemeinwesen. Dies Gemeinwesen, von welchem ihn seine eigene Arbeit trennt, ist das Leben selbst, das physische und geistige Leben, die

menschliche Sittlichkeit, die menschliche Tätigkeit, der menschliche Genuß, das menschliche Wesen. Das menschliche Wesen ist das wahre Gemeinwesen der Menschen. Wie die heillose Isolierung von diesem Wesen unverhältnismäßig allseitiger, unerträglicher, fürchterlicher, widerspruchsvoller ist als die Isolierung vom politischen Gemeinwesen, so ist auch die Aufhebung dieser Isolierung und selbst eine partielle Reaktion, ein Aufstand gegen dieselbe um so viel unendlicher, wie der Mensch unendlicher ist als der Staatsbürger, und das menschliche Leben als das politische Leben. Der industrielle Aufstand mag daher noch so partiell sein, er verschließt in sich eine universelle Seele: der politische Aufstand mag noch so universell sein, er verbirgt unter der kolossalsten Form einen engherzigen Geist.' (Marx 1981: 408)

Marx charakterisiert das politische Leben hier als eine Form der individuellen und gesellschaftlichen Schizophrenie: Politischer Verstand zeichnet sich dadurch aus, dass er in einem Raum scheinbarer Neutralität und Abstraktheit operiert. Er ist gekennzeichnet durch ein Heraustreten, durch eine Abstraktion; sein Medium, seine Form ist der Wille, der durch Diskurs und Philosophie immer wieder neu bestimmt wird. Seine zentrale Konsequenz ist die politische Position als Ausdruck eines solchen Willens, seine Inkarnation der Staatsbürger. Wenn sich ein solcher politischer Verstand aber nicht als diese Verkürzung versteht, sondern als das Absolute oder Eigentliche, das es in die Welt zu verbreiten gilt, dann wird er zu etwas, das denjenigen, die nicht in ihn eingeübt sind, als eine Beschränkung gegenüberreten muss. Wenn sich die Beschränkung des politischen Verstandes zu einem intellektuellen Vorsprung verklärt, verhärtet er sich gegen das Subjektive, das Neue und das Irritierende – er wird zum modernen Dogma, das in seiner analytischen Härte eine fast eingebaute Tendenz zum Zynismus besitzt.

Worauf es Marx dabei ankommt, ist nicht etwa der Nachweis eines Fehlers, sondern der Hinweis auf eine Verengung, die die Form der Politik implizit vollzieht und die nicht zuletzt auf die materielle Möglichkeit zum intellektuellen Abstand angewiesen ist. Der politische Verstand im Sinne von Marx ist also gewissermaßen die Verselbstständigung der politischen Form – und das heißt auch: der Herrschaft – im Denken der politischen Akteure. In all ihren unterschiedlichen Formen tritt diese Verselbstständigung hervor als die

Unfähigkeit, sich in eine organische Beziehung zu anderen Artikulationen, anderen Lebensformen, anderen Bedürfnissen zu setzen als denen der politisch-intellektuellen Wahrheitsfindung. Nur im abgetrennten Kosmos der politischen Vernunft und ihres philosophischen Überbaus kommt man zur falschen Gewissheit, die richtigen Lösungen bereits zu kennen, weil sie auf politische Fragen verkürzt sind, zu deren Beantwortung es allein des Sachverstands bedarf. Eine Ermächtigung, die sich nicht in ihrer Logik vollzieht und artikuliert, erscheint dann als Anmaßung, die es auf ihren wirklichen, eigentlichen Begriff zu bringen gilt, anstatt ihre Eigenheit und ihren Überschuss zu erfassen.“ Soweit der Auszug aus dem Text von Mario Neumann. Erkennen wir uns wieder? Hundertprozentig? Gar nicht? Zum Teil?

### **5. Auch schade: Mythos „Kader\*Innen“ versus „passive Massen“**

Der Wunsch nach gesellschaftlicher Öffnung der IL, nach einer wenigstens tendenziell der Gesellschaft entsprechenden Vielfalt innerhalb der Organisation, nach allgemein verstehbarer Sprache, nach einem allgemein verstehbaren Organisationsnamen etc. wird von manchen so beantwortet: „Wir wollen uns gar nicht öffnen, wir – die IL – sind eine Organisation von Kader\*Innen (= Old-School-Jargon für Aktivist\*Innen, dabei teils mitunter auch mit-schwingend, diese wären vermeintlich ganz besonders fähig, bis hin zu quasi ‚berufen‘) und wir wollen gar kein Massenverein mit passiver Mitgliedschaft werden.“ Warum gesellschaftliche Öffnung und größere oder von mir aus auch sehr gerne richtig große Organisationen unvermeidlich mit nicht-aktivistischer, passiver Mitgliedschaft einhergehen müssen, wird nicht weiter begründet, wird einfach als gegeben gesetzt.

Aus dieser Antwort spricht ein krasses Misstrauen in das Potenzial von bisher nicht „zu uns“, der (radikalen) Linken gehörigen Menschen, eine entsprechend erschreckend elitäre Selbstüberschätzung und Überheblichkeit, ein Hang zu tragisch-verbitterter Verhärtung. Und all dies steht dem erklärten Ziel radikaler Demokratisierung diametral gegenüber. Hatten wir nicht auch solche Tendenzen an den Anti-Deutschen und an „reiner Kritik“ (zu Zeiten, als diese Strömungen im Gegensatz zu heute noch eine irgendwie relevante Rolle spielten) zu Recht kritisiert?



## 6. Lernen, Arbeit und verliebt

Das Projekt Emanzipation ist schlicht von vornherein zum Scheitern verurteilt und es bleibt tatsächlich dann nur noch Abschottung, Zynismus, Resignation und Angst, wenn wir nicht auf die trotz allem nach wie vor *real vorhandenen* Möglichkeiten emanzipatorischer Selbstveränderung der Menschen, einschließlich uns selber, hoffen – was sicherlich oft, z. B. in Zeiten wie diesen, nicht leicht ist.

Eine solche *Hoffnung* ist etwas grundsätzlich anderes als Schwärmerei und sich etwas vorzumachen. „Es kommt darauf an, das Hoffen zu lernen. Seine Arbeit entsagt nicht, sie ist ins Gelingen verliebt statt ins Scheitern.“ (5) So jene, nicht zufällig die Wörter lernen, Arbeit und verliebt beinhaltende, vielvielvieltitierte Formulierung Ernst Blochs. Mit Hoffen meinte Bloch ausdrücklich nicht ein unerfreuliche Realitäten ausblendendes Abheben. Sondern ein die zu erfassenden Tendenzen der Wirklichkeit – sowohl Gefahren als auch Chancen – einbeziehendes, „tätig sich ins Werdende hineinwerfendes“ Setzen und Beharren auf die Möglichkeiten des guten Ausgangs des Geschehens.

Wenn es dann auch noch sowieso schon zutrifft, dass *das* emanzipative, revolutionäre Subjekt nicht anhand von Eigenschaften wie z. B. Schulabschluss, akademischen Bildungsgrad, Klassenzugehörigkeit, Gender, biologisches Geschlecht, Herkunft, Höhe des Einkommens, Alter oder auch z. B. Musik-, Mode- oder sonstigem Geschmack „objektiv“ ausgemacht werden kann (6), um so mehr müssten wir doch in unseren öffentlichen Manifestationen versuchen, tatsächlich möglichst viele, möglichst *alle* anzusprechen und einzuladen. Was zugleich auch unserer Glaubwürdigkeit in Sachen radikaler Demokratisierung zugutekäme.

## 7. Sprache für *alle* – weil das, worum es geht, *alle* angeht

Sprache – in ihren diversen Erscheinungen: u.a. Texte, Namen, Symbole, Layout, Musik, weitere Künste – formt sich zunächst aus zwei sich wechselseitig bedingenden Grund-Intentionen: *Was* will gesagt werden und *zu wem*? Nicht unbedingt aber sind Sprechenden ihre tatsächlichen Grundintentionen wirklich bewusst. So kann es ihnen passieren, zu meinen, sie sprächen z. B. zu *allen*, faktisch jedoch sprechen sie nur zu ihrer (kleinen) Bezugsgruppe, eventuell weil dies ihre eigentliche, unterbewusst sich durchsetzende Grundintention ist. Die mit einzelnen Sprachbausteinen – z. B. Begriffen – verknüpfte Bedeutung ist nicht

statisch, sie verändert sich durch z. B. Kontext, Position der Sprechenden, Adressat\*innen, Diskursgeschichte und stimmt allzu oft bei Sprechenden und Empfangenden nicht überein. Kommunikation kann auch misslingen, wenn Sprechende Zusammenhänge als selbstverständlich, bekannt, gegeben voraussetzen, die dies bei Empfangenden jedoch gar nicht sind. Bewusst zu versuchen, sich ins Gegenüber hinein zu versetzen, beugt dem eventuell vor.

Dem Wunsch nach allgemein verständlicher Sprache in unseren öffentlichen Manifestationen wird mitunter entgegen gehalten, er *unterschätze* die Adressat\*innen. Allzu oft jedoch geht mit diesem Einwand eine unhinterfragte Hierarchisierung von Sprachstilen einher, bei der ein voraussetzungsvoller, bildungsbürgerlicher, die von Mario Neumann beschriebene „Absolutierung der verselbstständigten politischen Form“ begünstigender Stil als „fortgeschrittener“, „höherstehend“ etc. gesetzt wird.

Verwandt dazu ist die These, allgemein verständliche Sprache limitiere angeblich die „Kreativität“. Dazu ist zunächst mit einer Passage aus Ingeborg Bachmanns „Frankfurter Vorlesungen“ zu sagen, dass „neue“, „kreative“ Sprache an sich kein Selbstzweck ist: „Mit einer neuen Sprache wird der Wirklichkeit immer dort begegnet, wo ein moralischer, erkenntnishafter Ruck geschieht, und nicht, wo man versucht die Sprache an sich neu zu machen, als könnte die Sprache selber die Erkenntnis eintreiben und die Erfahrung kundtun, die man nie gehabt hat. Wo nur mit ihr hantiert wird, damit sie sich neuartig anfühlt, rächt sie sich bald und entlarvt die Absicht. Eine neue Sprache muß eine neue Gangart haben, und diese Gangart hat sie nur, wenn ein neuer Geist sie bewohnt.“ (7)

Die soziale, stofflich-ökologische, politische Wirklichkeit verändert sich fortwährend und von entsprechend neuen Erfahrungen und Erkenntnissen beflügelt muss auch das Projekt der Emanzipation, das Projekt des Gemeinsamen aktualisiert, weiter gedacht, entwickelt, organisiert werden. Dafür, aus einem neuen Geist heraus, ist neue Sprache zu finden. Diese wird jeweils um so treffender und um so wirkmächtiger sein, je mehr Menschen sie verstehen. Denn es gibt auch Grundlegendes, das sich nicht ändert – nicht zuletzt dass das, worum es geht, *alle* angeht.

## 8. Sag' mir, wie du heißt

Konkrete Schritte zwecks gesellschaftlicher Öffnung der IL? Denkbar wäre einiges, immer

aber nur vorausgesetzt, dass überhaupt diesbezügliches Problembewusstsein vorhanden ist. Ich möchte in diesem Zusammenhang ein zentrales Element unserer Sprache als Organisation thematisieren: den Organisationsnamen.

Der jetzige *Name* – Interventionistische Linke – ist in mehrfacher Hinsicht tatsächlich leider gerade nicht interventionistisch. Einigen mag diese Feststellung paradox erscheinen, sie gründet jedoch auf mehreren der im vorhergehenden Abschnitt aufgeführten Fallstricke von Sprache.

Der *Name* Interventionistische Linke richtet sich inhaltlich gerade nicht an die gesellschaftliche Allgemeinheit, an *alle*. Denn die schiere Selbstverständlichkeit, dass eine Linke in gesellschaftliche Auseinandersetzungen eingreifen will, statt sich auf die eine oder andere Weise abzukapseln, hatte Bedeutsamkeit nur in einer spezifischen, rein innerlinken Angelegenheit: der notwendigen Abgrenzung zur anti-deutschen und zur rein-kritischen Strömung. Die Namensgebung Interventionistische Linke mag in der damaligen Situation innerhalb der radikalen Linken teils einen gewissen Sinn gemacht haben, heute jedoch sind die genannten Strömungen nahezu vollständig bedeutungslos geworden. Wodurch der *Name* Interventionistische Linke inzwischen nicht nur wie von Anfang an ein Beispiel linker Selbstbezogenheit verkörpert, sondern zugleich auch noch zu einem Anachronismus geworden ist.

Die beiden Hauptdefizite des *Namens* Interventionistische Linke sind, dass er für die große Mehrheit der gesellschaftlichen Allgemeinheit 1. inhaltlich nicht relevant und 2. für diese schlicht unverständlich ist. Für die Allermeisten ist der Begriff „interventionistisch“ unklar, sie verknüpfen ihn nicht mit jener Bedeutung, die sich unter uns entwickelt hat. Darüber hinaus auch noch löst „Interventionistische Linke“ bei Vielen eine Reihe von unerquicklichen Negativ-Assoziationen aus: militärische, akademisch-elitäre, dirigistisch-dominierende, pädagogische, psychiatrische etc.

### 9. Gemeinsam für *alle*

Sich als Organisation einen neuen Namen – der für *alle* relevant und verständlich ist – zu suchen und zu geben, wäre ein beachtlicher konkreter Schritt in Richtung gesellschaftlicher Öffnung der IL. Schon ein solcher Suchprozess hätte potenziell beträchtlichen, uns bewusst öffnenden „Eigentherapie“-Wert.

Mein persönlicher Favorit für den Posten eines neuen Organisationsnamens war zunächst

„Gutes Leben für alle“, seit circa zwei Jahren bevorzuge ich jedoch „Gemeinsam für ALLE“, was aus meiner Sicht drei wesentliche Vorteile aufweist:

- „Gemeinsam für ALLE“ legt die Betonung mehr auf den Weg im Hier und Jetzt, auf eine wirkliche, wirkende *Bewegung*, weniger auf einen irgendwann zu erreichenden, „idealen“ Zustand. (8)

- „Gemeinsam für ALLE“ ist das genaue, straighte, radikale *Kontra* gegenüber der herrschenden Ideologie des „Alle gegen alle“.

- „Gemeinsam für ALLE“ öffnet etwas weiter als „Gutes Leben für alle“, dass es nicht „nur“ um so was wie „Caritas für alle“, sondern darüber hinaus um einen *systemisch* anderen, mit- statt gegeneinander ausgerichteten, Commons statt Privateigentum in den Mittelpunkt stellenden Welt-Gesellschafts-Modus geht.

Einige werden beim letzten Punkt sagen: „Müssen wir nicht die Systemfrage und unsere antagonistische Position wesentlicher eindeutiger markieren, z. B. mit dem Begriff Kommunismus?“

Es macht in der Tat eine radikale Linke aus, mehr als „Caritas für alle plus wahre Demokratie“ zu kommunizieren. Nämlich – neben radikaler Kritik des herrschenden Natur- und diverser Macht- und Normierungsverhältnisse – dass und warum z. B. „Caritas für alle“ letztlich unvereinbar mit der sich über den strukturell bedingten, unendlichen Akkumulationszwang vermittelnden, insofern subjektlosen Herrschaft des Kapitals ist. Weshalb ernst gemeinter befreiender Wandel letztlich an diese Wurzeln greifen, diese Ketten lösen, diese Sad-Mad-Dead-Machine stoppen muss *und* zugleich eine andere, funktionierende globale solidarische Ökonomie etablieren muss. Doch wie ließe sich das tatsächlich in einem Namen kurz und bündig und für *alle* verständlich ausdrücken?

Der *Begriff* „Kommunismus“ hilft dabei meines Erachtens leider *nicht*. Denn es mag zwar unter uns eine ungefähre Übereinkunft geben, welche Bedeutungen wir mit dem Begriff „Kommunismus“ in etwa verbinden (Erfreuliches wie Pariser Kommune, Marxens kategorischer Imperativ wider alle menschenfeindliche Verhältnisse etc.). In der gesellschaftlichen Allgemeinheit jedoch ist der Begriff „Kommunismus“ diffus, dabei größtenteils mit Negativvarianten der Vielzahl von historischen Bedeutungen belegt – Stalinismus, Nordkorea usw. (9) An *alle* gerichtet ist es daher bei Gebrauch des K-Worts unverzichtbar, explizit zu differenzieren, was jeweils genau damit gemeint

sein soll und was nicht. Weshalb für Kurzformen wie Namen oder Slogans, meist auch Überschriften, der Begriff „Kommunismus“, auch wenn noch so gut und radikal intendiert, nicht funktioniert.

Zurück zur Sad-Mad-Dead-Machine. Der gesellschaftlich allgegenwärtige, subjektlos sich vollziehende Akkumulationszwang bedingt sich strukturell größtenteils aus dem Verhältnis der kapitalistischen Konkurrenz – also dem Gegenteil des Gemeinsamen. Dieses mit der kapitalistischen Expansion über Jahrhunderte entstandene, tendenziell stets zunehmend globaler werdende Verhältnis wird ideologisch als angeblich alternativloser „Naturzustand“ verbrämt. Eine Ideologie, die auch deshalb so einflussreich ist, weil faktisch – auch wenn im Hier und Jetzt soziale Bewegungen durchaus die Sad-Mad-Dead-Machine punktuell, manchmal sogar partiell, zurückdrängen, manchmal sogar zeitweise außer Betrieb setzen können – im Ganzen und anhaltend das (globale) Konkurrenzverhältnis nicht einfach mal eben von heute auf morgen „abgeschafft“ werden kann.

Zugleich spricht sehr viel dafür, dass die systemischen sozial-ökologisch-ökonomischen Widersprüche sich nicht „einfach“ wieder „beruhigen“ lassen werden, sondern weiter und weiter eskalieren werden, die Situation sich weiter und weiter zuspitzen wird, dass die Funktionseliten letztlich ratlos sind, weil das subjektlos prozessierende System keine wirklichen Optionen mehr bereithält. Wenn dieser Annahme Einige, angesichts in der Vergangenheit schon vielfach verkündigter, bisher aber nicht eingetretener Enden des Kapitalismus, mit Skepsis begegnen, ist das einerseits verständlich. Andererseits gilt es sich unter anderem klar zu machen, dass das sogenannte Wachstum exponentiell verläuft, was bei z. B. durchschnittlich ca. 2,5 bis 3 Prozent jährlicher globaler Kapitalexpansion in gerade mal ca. 28 bis 23 Jahre eine Verdoppelung der Kapitalmenge bedeutet. Welche sich dann ja wiederum weiter verwerten will bzw. muss, also in tendenziell entsprechend größerem Ausmaß auch sozial-ökologisch-ökonomisch-politische Zerstörungen anrichtet. Auf einem begrenzten Planeten wird es schließlich – und es deutet heute vieles genau darauf hin – in der Summe (10) tendenziell immer schwieriger und konfliktgeladener, für diese unvorstellbar immer gigantischeren Kapitalmengen überhaupt noch Rendite bringende Anlagemöglichkeiten zu finden.

Auf jeden Fall müssen wir entgegen den Heils-

erwartungen einiger früherer linker Weltanschauungen in aller Deutlichkeit realisieren, dass ein Ende des Kapitalismus *keineswegs* „automatisch“ den Durchbruch von Emanzipation bedeuten würde. Immanuel Wallerstein (11), der Begründer der Welt-systemanalyse, sieht uns in einer noch einige Jahrzehnte sich weiter zuspitzenden, den Kapitalismus immer weiter aus dem Gleichgewicht bringenden, immer chaotischer und konfliktreicher verlaufenden Übergangszeit, in der dem subjektiven Faktor potenziell eine außergewöhnliche Wirkungskraft zufällt und die schließlich auf eine Weggabelung, eine Entscheidung hinausläuft, was für ein System dem jetzigen nachfolgen wird – ein besseres, egalitäres, tatsächlich demokratisches oder ein noch schlechteres, noch mehr von Hierarchie, Ausbeutung und Ungleichheit geprägtes. Laut Wallerstein – der neben Frantz Fanon und Fernand Braudel den Komplexitätstheoretiker Ilya Prigogine als wesentlichen Einfluss nennt – ist der Ausgang dieser Entscheidung nicht vorhersehbar, weil dies das Resultat einer unendlichen Anzahl von Handlungen *aller* Menschen sein wird. Entsprechend gelte es, möglichst viele Menschen für die Sache eines besseren Systems zu gewinnen. Soziale Bewegungen haben laut Wallerstein in der Übergangszeit eine enorme Bedeutung und drei sehr schwierige Grundaufgaben: 1. überhaupt zu verstehen, was in der Welt passiert, 2. kurzfristig-taktisch-defensiv „Schmerzenslinderung“ und *zugleich* 3. mittelfristig-strategisch(-offensiv) grundlegend-systemische Weltveränderung zu erkämpfen.

Als radikale Linke müssen wir *nicht nur* jeweils zusammen mit „moderateren“ Mitte-Links-Bündnispartner\*innen im Sinne von „Schmerzenslinderung“ z. B. die soziale, ökologische, (queer-)feministische, antirassistische oder demokratische Frage stellen (bzw. Kombinationen aus diesen, weil oft inhaltlich sowieso zusammen fallend, weiter führender, gemeinschaftlicher). *Zugleich* gilt es für eine radikale Linke, die Systemfrage und das jeweilige Verhältnis der „Einzelfragen“ zu ihr zu formulieren sowie strategisch auf grundlegend-systemische Weltveränderung hin zu orientieren. Dieses *zugleich* von mehr unmittelbarer „Schmerzenslinderung“ und mehr der Systemfrage näherstehenden Aspekten ist mitunter schwierig und eventuell widersprüchlich (z. B. aktuell beim Kohle-Ausstieg bezüglich der noch in der Kohleindustrie Lohnarbeitenden). Eine radikale Linke aber, die es wirklich ernst meint, muss im Zweifelsfall Farbe

bekennen für eine *allen* Menschen geltende, globale Solidarität (... remembering Rosa, Karl & others).

Umfassende und anhaltende Überwindung von Konkurrenzverhältnis, Verwertungszwang, Entfremdung, sozialer Ungleichheit, Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, Hierarchien, Ausbeutung, Ausschluss etc. kann nur geschehen in einem längerfristigen, ausgreifenden, letztlich globalen Prozess von Kooperation einer Vielzahl von antikapitalistisch-emanzipatorisch-demokratischen Gegenbewegungen von „unten“. Kristallisationspunkt eines solchen Prozesses wäre die sukzessive Herausbildung eines wirkmächtigen, letztlich universellen Miteinanders statt Gegeneinander, das alle menschenfeindlichen Verhältnisse umwerfen will, das jeglichen Formen von „Othering“ entgegen tritt, ausnahmslos keinen Menschen als nicht zugehörig, als essenziell „Andere“ oder gar als feststehenden „Feind“ definiert, das beharrlich-beweglich-lebendig *alle* einlädt, gemeinsam für *alle* zu wirken.

#### Fußnoten

- 1) Siehe u.a. Thomas Seibert, <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/458.erste-notizen-zum-plan-a-einer-neuen-linken.html>.
- 2) Reader zur Vorbereitung der Strategie-Konferenz 2016 der IL, Fragen & Antworten der Arbeits- und Ortsgruppen, Seite 22 (Antwort auf Frage 23)
- 3) Siehe dazu: Die stabilisierte Mitte – Rechtsextreme Einstellung in Deutschland 2014, Oliver Decker, Johannes Kiess, Elmar Brähler, [http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte\\_Leipzig\\_Internet.pdf](http://research.uni-leipzig.de/kredo/Mitte_Leipzig_Internet.pdf).
- 4) <http://www.solidarische-moderne.de/de/article/437.sturm-und-drang-der-multitude.html>
- 5) Ernst Bloch „Das Prinzip Hoffnung“, Seite 1
- 6) ... und das ist m.E. sowohl empirisch ersichtlich als auch unmittelbar logisch einleuchtend anhand der intersektional verknöteten, d. h. von einer Vielzahl von Herrschaftsformen geprägten, in uns Individuen sich komplex und widersprüchlich abbildenden Realität ...
- 7) Ingeborg Bachmann „Frankfurter Vorlesungen“, Seite 16
- 8) Karl-Uwe Mags & Freddy Angels („Die deutsche Ideologie“): „Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben [wird]. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, welche den jetzigen Zustand aufhebt.“
- 9) Siehe auch: Wolfgang Lieb „Das K-Wort als politisches Totschlagargument“ <http://www.nachdenkseiten.de/?p=7950>
- 10) Hier wirken sehr viele, komplex verwobene, (potenziell) dynamische Faktoren hinein: Entwicklung von Nachfrage, sozialer Ungleichheit, Rationalisierung der Produktion durch Maschinen, Ausschlüsse, „globale“ Verhandlungs-„Macht“ der Subalternen, Ressourcenverfügbarkeit (Land, Wasser, fruchtbare Böden, diverse Metalle, Energie, Phosphor etc.), sogenannte Defensivkosten (ökologische, soziale, „Sicherheit“ betreffende, Steuern), Kriege und gewaltsame Konflikte, Orientierung und Stärke sozialer Bewegungen, etc.
- 11) Zwei schenswerte Interviews mit Immanuel Wallerstein finden sich hier:  
<http://www.kontext-tv.de/sendung/29062011/kapitalismus/immanuel-wallerstein>,  
<http://www.kontext-tv.de/sendung/20052015/immanuel-wallerstein>.